



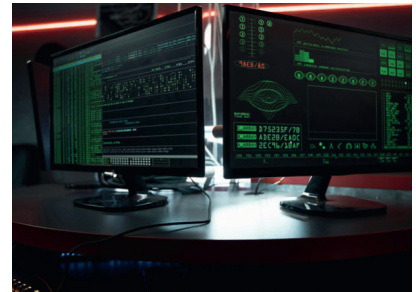
WIR SIND DIE RESERVE

VERBAND DER RESERVISTEN
DER DEUTSCHEN BUNDESWEHR e.V.

SAMMELBAND

Beiträge der SiPol-Newsletter 2020 bis 2024

Einblicke in Regionen und Themen



Herausgeber:
Sachgebiet Sicherheitspolitik des Reservistenverbandes

reservistenverband.de

#Reservistenverband #WirSindDieReserve #115Tausend1Ziel #ReserveRockt



SAMMELBAND
Beiträge der SiPol-Newsletter
2020 bis 2024

Einblicke in Regionen und Themen

Herausgeber:
Sachgebiet Sicherheitspolitik des
Reservistenverbandes

IMPRESSUM

2024 von

Sachgebiet Sicherheitspolitik des Reservistenverbandes

Autorinnen und Autoren

Die Artikel wurden vom Sachgebiet Sicherheitspolitik und Studierenden entsprechender Fachbereiche verfasst.

Lektorat

Julius Vellenzer, Bonn

Layout

Julia Spieß, Bonn

Fotos (v.l.o.n.r.u.)

MONUSCO Photos, Wikimedia Commons

Annette Dubois, Wikimedia Commons

Tima Miroshnichenko, pexels.com

Staff Sgt. Jacob N. Bailey, U.S. Air Force

Darshak Pandya, pixabay.com

Quintin Soloviev, Wikimedia Commons

Gargarapalvin, Wikimedia Commons

Darafsh, Wikimedia Commons

Army Maj. Kurt M. Rauschenberg, U.S. Department of Defense

Inhalt

1.	Europa und NATO	4
2.	Naher Osten	47
3.	Asien	66
4.	Afrika	105
5.	Klima, Umwelt und Flucht	133
6.	Neue Techniken und Räume	159

1. Europa und NATO

Julius Vellenzer

Proteste in Belarus: Entstehung einer Ukraine 2.0?

Die aktuellen Proteste in Belarus gegen den autoritären Präsidenten Alexander Lukaschenko wecken Erinnerungen an die Revolution im Nachbarland Ukraine. Mit der Unterstützung pro-russischer Separatisten und der Annexion der Krim griff Wladimir Putin 2014 aktiv in das Geschehen ein. Insbesondere die baltischen Staaten fühlen sich seitdem von Russland bedroht. Während in der Ukraine die Kämpfe zwischen Separatisten und Regierung bis heute andauern, könnte in Belarus ein weiterer Konflikt in Osteuropa an der Außengrenze der Europäischen Union und der NATO eskalieren. Können die EU und Russland trotz unterschiedlicher Interessen gemeinsam zu einer friedlichen Lösung der Belarus-Krise beitragen? Ein Rückblick auf die Ukraine und ein Blick auf die Lage in Belarus.

Die Ukraine war nicht der erste post-sowjetische Staat, in dem Russland zur Wahrung seines Einflusses militärisch eingriff. Bereits im Jahr 2008 fand eine militärische Intervention in Georgien statt, die zwar eine Verurteilung westlicher Staaten, aber kaum politische Konsequenzen nach sich zog. Die Gründe hierfür könnten in der geringen geopolitischen Bedeutung der kleinen kaukasischen Republik gelegen haben. Im Gegensatz dazu wurde der Ukraine aufgrund ihrer Größe und geografischen Lage seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine strategische Schlüsselstellung beigemessen. Das flächenmäßig zweitgrößte Land Europas wies im Jahr 2015 eine Einwohnerzahl von rund 42 Millionen auf und hatte Außengrenzen mit vier EU-Staaten. Ethnische Ukrainer stellten mit 78 Prozent die Mehrheit, während auf die überwiegend in den östlichen Gebieten, dem Donbass, beheimateten Russen gut 17 Prozent der Bevölkerung entfielen.

Die seit 1991 unabhängige Ukraine erklärte sich zu einem neutralen Staat und ging sowohl eine militärische Partnerschaft mit Russland als auch mit dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO ein. Die Neutralität des Landes wurde 1994 im Budapester Memorandum von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Russland zugesichert. Unter dem 2010 zum Präsidenten gewählten Wiktor Janukowytsch näherte sich das osteuropäische Land außenpolitisch jedoch stärker Russland an, verhandelte aber parallel mit der EU über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen. Janukowytschs Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit der Eurasischen Union, die eine Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan zur Folge gehabt hätte, verschärfte diesen Widerspruch. Die europäische Staatengemeinschaft forderte daraufhin eine Entscheidung der ukrainischen Regierung, während Russland wirtschaftlichen Druck ausübte und mit Sanktionen drohte. Nachdem im November 2013 die Aussetzung des EU-Abkommens verkündet wurde, organisierten weite Teile der Bevölkerung unter dem Namen „Euromaidan“ Proteste und forderten den Rücktritt des Präsidenten. Es folgten schwere, zum Teil blutige Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und Sicherheitskräften. Die Opposition übernahm die Macht und bildete im Februar 2014 eine Übergangsregierung, während Janukowytsch nach Russland flüchtete.

Die russische Bevölkerung der Ukraine lehnte diese Entwicklungen entschieden ab, richtete Anti-Maidan-Demonstrationen aus und organisierte separatistische Bewegungen, die eigene Volksrepubliken ausriefen. Die politische Führung Russlands betrachtete die ukrainische Übergangsregierung als illegitim und erkannte die Volksrepubliken im Donbass an. Putin ließ Streitkräfte an der Landesgrenze mobilisieren, leugnete aber ein militärisches Eingreifen im bis heute andauernden Krieg gegen die Staatsregierung. Im März 2014 erfolgte jedoch der Einmarsch russischer Truppen auf der Halbinsel Krim, die kurzerhand annektiert wurde. Putin rechtfertigte die Annexion mit der vorangegangenen NATO-Osterweiterung, die die militärischen Verdrängung Russlands vom Schwarzen Meer herbeigeführt habe.

Auf die völkerrechtswidrige Krim-Annexion reagierte die EU – wie die USA und andere westliche Staaten – mit Sanktionen, die wiederholt verlängert wurden und eine Finanzkrise in Russland auslösten. Vor allem die baltischen Mitgliedstaaten Estland, Lettland und Litauen, die wie die Ukraine ehemalige Teilrepubliken der Sowjetunion sind, fühlten sich von der russischen Aggression bedroht. Im September 2014 entstanden nach Verhandlungen zwischen Staatsvertretern aus Deutschland, Frankreich, Belarus, Russland und der Ukraine die ersten Minsker Protokolle, die einen Waffenstillstand im Donbass zum Ziel hatten. Trotz Unterschriften aller Ländervertreter sowie der beiden Separatisten-Anführer wurde das Vorhaben von den Kriegsparteien nicht umgesetzt. Auch die Unterzeichnung der zweiten Minsker Protokolle im Februar 2015 führte bis heute nicht zur Beendigung der Kampfhandlungen in der Ostukraine.

Sicherheitspolitische Interessen Russlands und der EU

Nach der Einnahme der Krim und der Unterstützung separatistischer Gruppen in der Ukraine verstärkte Russland seine aggressive Außen- und Sicherheitspolitik. So begann im September 2015 eine militärische Intervention in Syrien, um dem verbündeten Autokraten Bashar al-Assad im Bürgerkrieg zu stärken. Das russische Eingreifen habe nach Einschätzung von Fachleuten den Verlauf des Konflikts entscheidend zugunsten des Regimes beeinflusst und Fakten geschaffen. Die Mehrheit der EU-Staaten verurteilte die Intervention, scheute aber gleichzeitig vor einer direkten Konfrontation mit Assad zurück. Im Bürgerkrieg in Libyen stellte sich Putin auf die Seite des Warlords Chalifa Haftar, der mit Rüstungsgütern unterstützt wurde. Des Weiteren ist seit 2018 das russische Sicherheitsunternehmen Gruppe Wagner im Land militärisch aktiv, dem eine enge Zusammenarbeit mit dem russischen Verteidigungsministerium und Nachrichtendienst nachgesagt wird.

Global strebt Russland den Ausbau seines politischen Einflusses und die Bildung von Netzwerken an. Laut Gerassimow-Doktrin von 2013 gelten die NATO und die USA als größte militärische Gefahren, während parallel der Machtanspruch Russlands auf den post-sowjetischen Raum hervorgehoben wird. Das Land ist als Nachfolgestaat der Sowjetunion eine von fünf Vetomächten im UN-Sicherheitsrat und betrachtet sich als Pendant des Westens. Neben engen bilateralen Beziehungen zu China und Indien fokussiert sich die Staatsführung außenpolitisch vor allem auf den Nahen Osten sowie auf ehemalige Länder des Warschauer Paktes in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien. Die NATO-Osterweiterung und der Beitritt osteuropäischer Staaten zur EU betrachtet Russland als Bedrohung und Einschneiden seiner politischen Einflussphäre. Eine Annäherung der Ukraine an die europäische

Staatengemeinschaft lehnt Putin vehement ab. Gegen Oppositionelle aus Politik und Medien im Inland wird, wie der Giftanschlag auf Alexei Nawalny zeigt, brutal vorgegangen. Die Unterstützung der separatistischen Bewegungen in der Ostukraine und die Annexion der Krim führten schließlich zur deutlichen Verschlechterung der Beziehungen zum Westen.

Die EU als politischer und wirtschaftlicher Staatenverbund ist vor allem an Frieden, Stärkung der Demokratie und Zusammenarbeit auf dem Kontinent interessiert. Um dieses Ziel zu erreichen, wird außenpolitisch eine Erweiterung der Gemeinschaft angestrebt. Über Europa hinaus tritt die EU als außen- und sicherheitspolitischer Akteur auf und repräsentiert die Interessen aller Mitgliedstaaten. Um mit einer außenpolitischen Stimme sprechen zu können, ist stets die Zustimmung aller 27 Länder notwendig. Dies betrifft auch Themen wie Beitrittsgespräche, Grenzsicherungen oder gemeinsame Sanktionen wie zum Beispiel gegen Russland nach der Aneignung der Krim. Aufgrund der Mitgliedschaft von 21 EU-Staaten in der NATO wurde in einem Abkommen die Zusammenarbeit beider Organisationen geregelt. Auch die Beziehungen zu den USA sind eng und beinhalten ökonomische und militärische Kooperation. Parallel schuf die europäische Staatengemeinschaft im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) mit EUFOR multinationale Militärverbände, die sich weltweit an Einsätzen beteiligen.

Proteste in Belarus und politische Reaktionen

Die Republik Belarus erlangte 1991 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion und weist eine Bevölkerung von mehr als neun Millionen Einwohner auf. Rund 84 Prozent sind ethnische Belarusen, von denen aber die Mehrheit im Alltag die russische Sprache verwendet. Alexander Lukaschenko führte nach seiner Machtübernahme 1994 wieder sowjetisch angelehnte Symbole und Wirtschaftsmaßnahmen ein, wie die Verstaatlichung weiter Teile der Industrie. Seine Herrschaft stützt sich vor allem auf die Armee, die Polizei und den Geheimdienst KGB. Das Land ging eine enge wirtschaftliche und verteidigungspolitische Partnerschaft mit Russland ein. Nach dem Millennium und insbesondere nach der russischen Intervention in der Ostukraine kühlte sich das Verhältnis beider Länder zwischenzeitlich ab, blieb aber überwiegend freundschaftlich. Im Januar 2020 verschlechterten sich die Beziehungen, als Lukaschenko öffentlich Russland der geplanten Annexion von Belarus beschuldigte. Wenige Monate später wurden russische Söldner der Gruppe Wagner verhaftet, die angeblich das Land im Vorfeld der Präsidentschaftswahl im August destabilisieren sollten.

Massendemonstration in der Hauptstadt Minsk

Die aktuellen Demonstrationen in Belarus gegen den autoritären Machthaber begannen Ende Mai 2020. Neben Demokratiedefiziten und der politischen Repression gegen Oppositionelle, die nicht als Kandidaten zur Präsidentschaftswahl zugelassen wurden, stellte das schlechte Agieren des Regimes in der Corona-Pandemie eine Ursache der Proteste dar. Im Gegensatz zur Ukraine war eine politische Annäherung an die EU und eine Abkehr von Russland nicht das Ziel der Opposition. Statt blauer Europa-Fahnen hissten die Demonstrierenden die weiß-rot-weiße Fahne der früheren belarusischen Republik. Nach Bekanntgabe des Sieges von Lukaschenko mit 80 Prozent der Stimmen am 9. August erhielt die Protestbewegung noch größeren Zulauf. Ein Großteil der Bevölkerung erkannte das Ergebnis nicht an und forderte Neuwahlen. Hunderttausende nahmen an den ersten Demonstrationen teil, während die in den Wahlen

offiziell unterlegene Kandidatin Swetlana Tichanowskaja in das EU-Land Litauen flüchtete und den Koordinierungsrat gründete. Die Oppositionsführerin steht in regelmäßigem Kontakt mit den Regierungen der europäischen Mitgliedstaaten und der Opposition in Belarus.

Trotz des Zwischenfalls im Januar gratulierte die russische Staatsführung Lukaschenko umgehend zu seinem Wahlsieg. Im Zuge der Demonstrationen bat der belarussische Machthaber sogar Putin um militärische und politische Unterstützung, die ihm zugesichert wurde. Eine russische Reservetruppe von Sicherheitskräften für den Extremfall wurde aufgebaut, während Lukaschenko den Grenzschutz seines Landes personell verstärkte und das Militär in Alarmbereitschaft setzte. Am 23. September ließ er sich schließlich ohne Vorankündigung im kleinen Kreis zum sechsten Mal als Präsidenten von Belarus vereidigen. Es folgte der Entzug von Akkreditierungen für ausländische Redaktionen, um eine weitere unabhängige Berichterstattung zu verhindern. Während der Machthaber im Oktober mit inhaftierten Oppositionellen im Untersuchungsgefängnis des Geheimdienstes über Verfassungsänderungen debattierte, drohte er den Menschen auf der Straße mit einer Eskalation der Gewalt. Einen Rücktritt oder einen vom Koordinierungsrat geforderten Dialog lehnt Lukaschenko weiterhin ab. Die belarussische Opposition übt ihren Protest mittlerweile auf mehreren kleineren Demonstrationen aus, bei denen regelmäßig Hunderte Menschen festgenommen werden. Oppositionelle und Journalisten berichten von Misshandlungen und Folter während der Haft. Im Dezember beschloss das Regime die Schließung aller Landesgrenzen und verwehrt seitdem der Bevölkerung jegliche Ausreise.

Das Verhältnis der EU zu Belarus gestaltete sich aufgrund der autoritären Herrschaft von Lukaschenko seit jeher schwierig. Von Politikern und Analysten oft als „letzte Diktatur Europas“ bezeichnet, verhängte die europäische Staatengemeinschaft aufgrund der massiven Menschenrechtsverstöße und Demokratiedefizite regelmäßig Sanktionen gegen das Regime. Nach den Ereignissen im August 2020 beschlossen die Mitgliedsstaaten auf einem Sondergipfel einstimmig das Ergebnis der Präsidentschaftswahl nicht anzuerkennen und verurteilten die Gewalt gegen die Protestierenden. Eine politische Einmischung von außen wurde jedoch abgelehnt. Die EU brachte neue Sanktionen gegen belarussische Verantwortliche auf den Weg wie Einreiseverbote und Kontoeinfrierungen. Da man das Land nicht noch stärker in die Arme Putins treiben wollte, habe man Lukaschenko zunächst verschont. Aufgrund der fortschreitenden brutalen Repression weitete die Staatengemeinschaft die Sanktionen ab November auf Personen großer Institutionen und Unternehmen aus. Ziel der EU ist es, Druck auf das politische und wirtschaftliche Umfeld des Machthabers auszuüben, um einen Dialog in Belarus einzuleiten.

Zweite Ukraine oder transnationaler Dialog?

Die Krise in Belarus stellt sowohl für das Regime und die Opposition als auch für die außenstehenden Akteure Russland und EU eine große politische Herausforderung dar. Die Absage der europäischen Staatengemeinschaft an eine direkte Einmischung in die Geschehnisse des Landes führt unweigerlich zur Frage, wie die russische Staatsführung reagieren wird. Trotz der Zusage der Unterstützung an Lukaschenko wartet Putin noch ab und beobachtet die Ereignisse im Nachbarland. Da eine weitere Eskalation in Belarus nicht in seinem Interesse liegen kann, sind aus russischer Perspektive zwei Szenarien realistisch: Eine

militärische Intervention oder eine mit der EU ausgehandelte Transition. Ein Einmarsch zugunsten des Regimes würde Fakten schaffen und Belarus so stark wie noch nie von Russland abhängig machen. Das Resultat käme einem Anschluss gleich, vor der – sinnbildlich für das derzeit ambivalente Verhältnis zu Putin – Lukaschenko Anfang des Jahres noch warnte.

Eine de facto Annexion von Belarus würde jedoch die durch die Ukraine-Krise bereits angespannte Situation in Osteuropa verschärfen. Vor allem die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die zum Teil große russische Minderheiten aufweisen, könnten sich als nächste Ziele Putins betrachten. Aber auch das belarussische Nachbarland Polen würde sich stark bedroht fühlen. Da alle vier Länder Mitglieder der EU – und der NATO – sind, wären die Beziehungen des Staatenverbunds zu Russland über einen längeren Zeitraum stark belastet. Mit Belarus entstünde somit eine zweite Ukraine. Die EU-Mitgliedsstaaten könnten sich nun auch im Hinblick auf den Bürgerkrieg im Donbass noch deutlicher positionieren und die politischen Beziehungen zur ukrainischen Regierung weiter vertiefen. Des Weiteren könnte durch eine militärische Intervention die russlandfreundliche Einstellung der Bevölkerung von Belarus kippen. Da der Einfluss Russlands auf Osteuropa – vom Baltikum über Belarus bis zur Ukraine – somit langfristig geringer wäre, kann Putin dieses Szenario nur als Notlösung betrachten.

Eine Kooperation Russlands mit der EU zur Beilegung der Belarus-Krise und Gestaltung einer Transition wäre die friedliche Alternative. Hierzu wäre ein Runder Tisch mit belarussischen Vertretern aus Opposition und hohen Staatsinstitutionen sinnvoll. Ein solches Format wurde in einigen Ländern des Warschauer Paktes während der demokratischen Revolutionen 1989/90 eingesetzt. Da es in Belarus damals keine solche Revolution gab, könnte ein Runder Tisch nun „nachgeholt“ werden. Als Vermittler kämen das deutsche und russische Außenministerium in Frage. Die Vorteile dieses Formats wären neben der friedlichen Lösung der Krise die Einbeziehung der belarussischen Opposition und Regierung sowie die Mitwirkung von EU und Russland. Einen Runden Tisch schlug Ende September auch Tichanowskaja vor. Die europäische Staatengemeinschaft müsste jedoch von der Strategie der Nicht-Einmischung abrücken und Putin müsste zur Aufklärung in der Nawalny-Affäre beitragen, um eine vertrauensvolle Gesprächsgrundlage zu schaffen. Eine weitere Voraussetzung für das Gelingen dieses Szenarios ist der Rücktritt von Lukaschenko, der aber bisher kompromisslos und mit gewaltsamen Mitteln gegen die Demokratiebewegung vorgeht.

Runder Tisch in Belarus als Signal für mehr Europa

An einer Eskalation der Lage in Belarus kann weder die Opposition noch der europäische Staatenverbund oder Putin interessiert sein. Mit einem Einmarsch Russlands wären insbesondere die Länder Osteuropas in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Folglich wäre das Verhältnis zwischen EU und Russland auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt. Für beide Parteien, deren Verhältnis durch die Causa Nawalny zusätzlich belastet ist, ergibt daher im Hinblick auf die Belarus-Krise nur eine friedliche und gemeinsame Lösung Sinn. Außenpolitische Vertreter der EU und Russlands könnten an einem Runden Tisch zwischen belarussischen Oppositionellen und hohen Staatsvertretern – ohne die Personalie Lukaschenko – vermitteln und die Bildung einer Übergangsregierung unterstützen. Das würde nicht nur zur Entspannung in der Region beitragen, sondern auch die Beziehungen zwischen

der europäischen Staatengemeinschaft und Russland verbessern. Insbesondere Polen und die baltischen Staaten wären an einer Politik der Entspannung interessiert. Zudem könnte nach einem Übereinkommen in Belarus die Wiederbelebung der Minsker Gespräche zur Beilegung des Ukraine-Konflikts ins Auge gefasst werden.

Literaturtipps:

- British Broadcasting Corporation (2020): What's happening in Belarus?, URL: <https://www.bbc.com/news/world-europe-53799065>
- Brunner, Simone (2021): Belarus: Das Ende einer Utopie, Die Zeit, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/belarus-proteste-alexander-lukaschenko-2021/komplettansicht>
- Kappeler, Andreas (2015): Ukraine, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209367/ukraine/>
- Richter, Wolfgang (2014): Die Ukraine-Krise: Die Dimension der paneuropäischen Sicherheitskooperation, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/ukraine-krise-und-paneuropaeische-sicherheitskooperation>

Julius Vellenzer

Pulverfass Balkan – Zwischen europäischer Integration und brüchigen Frieden

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist das angestrebte oder bereits erreichte Ziel der Staaten des Balkans. Dennoch gilt die Halbinsel als die Konfliktregion Europas. Viele Gesellschaften sind multiethnisch und multikonfessionell geprägt, was bis heute zu Spannungen führt. Aktuell sorgt die angekündigte Abspaltung des serbischen Landesteils vom bosnischen Zentralstaat für Aufregung. Der langjährige Frieden in Bosnien-Herzegowina steht auf der Kippe. Auch die Kosovo-Frage bleibt ein politisches Streitthema. Ob der Angriff Russlands auf die Ukraine die Spannungen auf dem Balkan anheizt oder aber die EU-Beitrittsverhandlungen fördert, bleibt abzuwarten. Ein Blick auf die aktuelle soziale und politische Lage in den Ländern.

Eine allgemeingültige Definition des Balkans existiert nicht. Abgeleitet vom gleichnamigen Gebirge werden aus politischer Sicht Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Slowenien hinzugezählt. Geografisch betrachtet liegen auch Griechenland sowie Teile Rumäniens und der Türkei auf dem Balkan. Für europäische Verhältnisse einzigartig ist die neben dem katholischen und orthodoxen Christentum jahrhundertlang Präsenz des Islams. Dies ist auf die Vorherrschaft des Osmanischen Reiches zurückzuführen, das die Gebiete als Rumelien bezeichnete. Heute wird meist Südosteuropa als Synonym für den Balkan verwendet. Die politische Definition ist die geläufigste und beinhaltet die Länder des ehemaligen Jugoslawiens sowie Albanien und Bulgarien.

Politisch und wirtschaftlich stabil: Slowenien und Kroatien

Aus politischer und wirtschaftlicher Sicht haben Slowenien und Kroatien die erfolgreichste Entwicklung absolviert. Als erster Balkanstaat trat Slowenien 2004 der EU bei und führte drei Jahre später den Euro als Währung ein. Im gleichen Jahr erfolgte auch die Aufnahme in die NATO. Die Bevölkerung von 2,1 Millionen besteht fast ausschließlich aus katholischen Slowenen. Die Wirtschaft ist stark entwickelt und der Lebensstandard hoch. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt mit über 28.000 Euro fast auf dem Niveau Spaniens. Zudem hat das Land eine der weltweit niedrigsten Raten der sozialen Ungleichheit. Politisch betrachtet handelt es sich um eine stabile parlamentarische Demokratie. Slowenien gilt in Bezug auf Freiheits- und Bürgerrechte auch innerhalb Europas als vorbildlich. Seit 2022 regiert der grün-liberale Premierminister Robert Golob. Er löste den Rechtspopulisten Janez Janša ab, gegen dessen Minderheitsregierung jahrelang Proteste stattfanden.

Kroatien ist seit 2013 EU-Mitglied und weist eine Bevölkerung von 3,9 Millionen auf. Die Gesellschaft setzt sich aus 90 Prozent katholischen Kroaten und 5 Prozent orthodoxen Serben zusammen. Die soziale, wirtschaftliche und demokratische Entwicklung gilt als hoch, erreicht aber nicht das Niveau des nördlichen Nachbarlandes. Das Durchschnittseinkommen beläuft sich auf etwa 16.000 Euro und entspricht dem von Polen. Ökonomisch bedeutsam ist der

Tourismus, der 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Premierminister der parlamentarischen Republik ist seit 2016 der Konservative Andrej Plenković. Seine pro-europäische Mitte-Rechts-Koalition will 2023 der Eurozone beitreten. Kroatien ist seit 2009 Mitglied der NATO.

Korruption und soziale Krise in Bulgarien

Bulgarien trat 2007 der EU bei und stellt die schwächste Ökonomie innerhalb des Staatenverbunds dar. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 11.000 Euro das niedrigste aller Mitgliedstaaten, während die Korruptionsrate die höchste darstellt. Auch bei der Einkommensverteilung und dem Lebensstandard ist das Land Schlusslicht der EU. Des Weiteren befindet sich Bulgarien in einer demografischen Krise. In den letzten zehn Jahren hat sich die Bevölkerung um eine halbe Million verringert. Von den aktuell nur noch 6,9 Millionen Einwohnern sind offiziell 85 Prozent orthodoxe Bulgaren. Bedeutsame Minderheiten stellen muslimische Türken mit 9 Prozent und Roma mit 5 Prozent dar. Die Europäische Kommission schätzt den Anteil der Roma sogar auf 10 Prozent.

Die parlamentarische Demokratie gilt als stabil, obwohl provisorische Regierungen keine Seltenheit sind. Korruptionsfälle und Einschränkungen der Pressefreiheit unter dem konservativen Ex-Premierminister Bojko Borissow hatten bis 2021 eine Protestwelle ausgelöst. Die Bevölkerung musste im letzten Jahr dreimal zu Parlamentswahlen aufgerufen werden. Seit Dezember 2021 stellt eine Mitte-Links-Koalition unter Kiril Petkow die Regierung, die jedoch nach einem halben Jahr durch ein Misstrauensvotum gestürzt wurde. Die meisten Parteien sind pro-europäisch ausgerichtet und befürworten die 2004 vollzogene NATO-Mitgliedschaft. Parallel existieren in Teilen der Bevölkerung und Parteien eine große Verbundenheit zu Russland.

Montenegro, Nordmazedonien und Albanien: Ab in die EU?

Das seit 2006 unabhängige Montenegro hat hinsichtlich eines EU-Beitritts die größten Verhandlungsfortschritte zu verzeichnen. Trotz einer Bevölkerung von nur 622.000 Einwohner*innen handelt es sich um einen Vielvölkerstaat. Die größten Gruppen sind orthodoxe Montenegriner mit 45 Prozent und Serben mit 29 Prozent. 11 Prozent bezeichnen sich als Bosniaken oder slawische Muslime und 5 Prozent als muslimische Albaner. Das Durchschnittseinkommen beträgt 9.000 Euro. Auch die politische Stabilität und Freiheitsrechte liegen unter dem Niveau Bulgariens. Im Gegensatz dazu entsprechen der Wohlstand und die Einkommensverteilung den Werten Kroatiens. Die kleine parlamentarische Republik ist seit 2017 NATO-Mitglied und die Parteien überwiegend pro-europäisch eingestellt. 2020 endete die langjährige Regierungszeit der nationalistischen Sozialdemokraten. Aktueller Premierminister ist Zdravko Krivokapić, der als konservativ und Freund Serbiens gilt. Die nationale Identität Montenegros, insbesondere die Beziehung zu Serbien, bleibt ein kontroverses Thema.

Nordmazedonien hat eine Bevölkerung von 2,1 Millionen und ist ebenfalls ein Vielvölkerstaat. Neben 64 Prozent orthodoxen Mazedoniern existiert eine große albanische Minderheit islamischen Glaubens von 25 Prozent. Weitere Volksgruppen sind Türken mit 5 Prozent und Roma mit 3 Prozent. Insbesondere Albaner fühlen sich diskriminiert und es kommt zu immer

wieder zu ethnischen Spannungen. Der Lebensstandard ist für europäische Verhältnisse niedrig. Das Jahres-Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 6.700 Euro und die Löhne sind relativ ungleich verteilt. Ein großes Problem stellt die weitverbreitete Korruption in Politik und Wirtschaft dar. Andererseits wurde in den letzten Jahren eine Verbesserung des Schutzes von Bürger- und Freiheitsrechten festgestellt. Regierungschef der parlamentarischen Demokratie ist der Sozialdemokrat Zoran Zaev. Nach einer Einigung mit Griechenland über den Staatsnamen konnte Nordmazedonien 2020 der NATO beitreten. Das Ende des Namenstreits ermöglichte die EU-Beitrittsgespräche, die wegen Bulgariens stocken. Streitpunkt ist die nordmazedonische Identität, die sich erst im 20. Jahrhundert von der bulgarischen emanzipierte.

Einen der ethnisch homogensten Staaten des Balkans stellt Albanien dar. Die parlamentarische Republik hat eine Bevölkerung von 2,8 Millionen. Ein wichtiges politisches Ziel ist der Schutz der Rechte albanischer Minderheiten im Ausland. Seit 2009 ist das Land Mitglied der NATO. Die Verhandlungen mit der EU starteten 2020. Wie Nordmazedonien weist das Land einen für Europa niedrigen Lebensstandard und hohe Korruptionsrate auf. Das durchschnittliche Einkommen beträgt 6.000 Euro pro Jahr. Das staatliche System ist ähnlich stabil wie das von Montenegro. Seit 2013 ist der Sozialdemokrat Edi Rama Premierminister, dessen Partei pro-europäisch eingestellt ist.

Kosovo und Serbien: Zwischen Spannungen und Dialog

Der zweite Balkanstaat mit albanischer Bevölkerungsmehrheit ist der Kosovo. Nach der Auflösung Jugoslawiens kämpften separatistische Milizen für die Unabhängigkeit von Serbien. Die Spannungen mündeten Ende der 1990er Jahre in einen Krieg. Vor dem Hintergrund der ethnischen Säuberungen gegen die albanische Bevölkerung griff die NATO in den Konflikt ein. Hierbei handelte es sich um den ersten Militäreinsatz außerhalb des Bündnisfalles. Nach dem Krieg folgte die NATO-Friedensmission Kosovo Force (KFOR), an der sich auch die Bundeswehr beteiligte. Die 2008 proklamierte parlamentarische Republik wird von fast allen EU-Staaten und NATO-Mitgliedern anerkannt. Ausnahmen auf dem Balkan sind Serbien und Bosnien-Herzegowina. Die Bevölkerung von 1,9 Millionen Einwohner*innen setzt sich aus 92 Prozent Albanern und 5 Prozent Serben zusammen. Vor allem im von der serbischen Minderheit bewohnten Norden kommt es immer wieder zu Spannungen. Der Wohlstand ist äußerst gering und das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei 4.800 Euro. Des Weiteren hat der Kosovo eine der höchsten Korruptionsrate und niedrigsten Freiheitswerte in Europa. Bei den Parlamentswahlen 2021 gingen die Sozialdemokraten unter Albin Kurti als Sieger hervor.

Die ökonomischen Abkommen zwischen dem Kosovo und Serbien 2020 stellen einen wichtigen Schritt zur Normalisierung dar. Da die serbische Regierung keine Kontrolle über das Kosovo hat, wird dieser demografisch nicht zu Serbien gezählt. Das Land hat somit eine Bevölkerung von rund 6 Millionen. Trotz einer serbischen Mehrheit von 83 Prozent gilt Serbien als Vielvölkerstaat. Bedeutsame Minderheiten stellen Ungarn und Kroaten im Norden, Bosniaken im Südwesten und landesweit Roma dar.

Serbien ist eine parlamentarische Republik, deren Politik von der nationalkonservativen Fortschrittspartei unter Aleksandar Vučić dominiert wird. Zunächst Premierminister, gewann Vučić 2017 die Präsidentschaftswahl. Seitdem führt er de facto ein autokratisches

Präsidentenregime, das die Presse- und Meinungsfreiheit stark einschränkt. In Europa zählt Serbien zu den fragileren Staaten. Korruption ist weit verbreitet und das Durchschnittseinkommen beläuft sich auf 8.700 Euro. Das Land gilt als russlandfreundlich und beteiligte sich nicht an den EU-Sanktionen gegen Russland nach der Invasion der Ukraine 2022. Trotz der Demokratiedefizite und Russlandnähe finden seit 2014 EU-Beitrittsverhandlungen statt.

Brüchiger Frieden in Bosnien-Herzegowina

Kein Staat auf dem Balkan ist ethnisch-konfessionell und politisch so stark gespalten wie Bosnien-Herzegowina. Die Hälfte der Bevölkerung sind muslimische Bosniaken, 31 Prozent orthodoxe Serben und 15 Prozent katholische Kroaten. Alle drei Völker sprechen serbokroatische Dialekte, die gegenseitig verständlich sind. Das Pro-Kopf-Einkommen ist mit 6.700 Euro niedrig. Bosnien-Herzegowina war Hauptschauplatz des Jugoslawienkriegs der 1990er Jahre. In der Stadt Srebrenica fand der erste Völkermord in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Das Massaker an mehr als 8.000 Bosniaken führten serbische Nationalisten durch.

Nach dem Krieg wurde 1995 eine föderale parlamentarische Republik geschaffen. Das Land besteht aus zwei Gliedstaaten: Der serbischen „Republika Srpska“ und der bosniakisch-kroatischen „Föderation Bosnien und Herzegowina“. Ein kleiner Distrikt im Norden wird von beiden Landesteilen verwaltet. Das kollektive Staatsoberhaupt setzt sich aus je einem Vertreter der drei Volksgruppen zusammen. Die höchste politische Autorität ist der Hohe Repräsentant für Bosnien-Herzegowina, der die Umsetzung des Friedensabkommens überwacht. Aktueller Amtsinhaber ist Christian Schmidt von der CSU. Bosnien-Herzegowina zählt zu den politisch fragilsten, unfreisten und korruptesten Staaten Europas. Diese Defizite bemängelt auch die EU, deren Mitgliedschaft das Land 2016 beantragte.

Die Abspaltung der „Republika Srpska“ ist seit Jahren das Ziel bosnischer Serben, die von Milorad Dodik angeführt werden. Seit Ende 2021 droht die Lage zu eskalieren. So beschloss das Regionalparlament im Oktober die Trennung von der Arzneimittelbehörde. Im Dezember verkündete Dodik die Loslösung des Gliedstaates von der bosnischen Justiz, Finanzverwaltung und Armee. Unterstützt wird dieses Vorgehen nicht nur von Serbien, sondern auch von Russland. Insbesondere seit der russischen Invasion der Ukraine wächst die Sorge vor einem neuen Bosnien-Krieg. Um einen Konflikt und Flächenbrand zu verhindern, will sich die EU wieder verstärkt auf die Beitrittsperspektive der Balkanstaaten fokussieren.

Ausblick: Potenziale und Gefahren

Die Situation der Länder auf dem Balkan ist höchst unterschiedlich. Slowenien, Kroatien und Bulgarien haben den Weg in die EU gefunden. Während die ersten beiden wirtschaftlich und politisch stabil sind, hat Bulgarien mit Korruption und einem Bevölkerungsrückgang zu kämpfen. Ein EU-Beitritt wird auch von Montenegro, Nordmazedonien und Albanien angestrebt. Trotz wirtschaftlichen Fortschritten stellt vor allem die Korruption ein großes Problem dar. EU-Beitrittsgespräche führt auch Serbien, das sich aber zu einem autokratischen Regime entwickelt. Zudem lehnt Serbien bis heute die Unabhängigkeit des Kosovos ab. Der junge Staat ist für europäische Verhältnisse von hoher Armut und Instabilität geprägt.

Das größte Konfliktpotenzial weist Bosnien-Herzegowina auf. Kein Staat in der Region ist so multiethnisch geprägt und politisch fragil. Eine Abspaltung des serbischen Landesteils wäre nicht nur das Ende der Republik, sondern auch das Ende des langjährigen Friedens. Zudem könnte dies die ethnischen Spannungen in anderen Vielvölkerstaaten wie Nordmazedonien, Montenegro oder Serbien verschärfen. Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 engagiert sich die EU wieder verstärkt auf dem Balkan. Mit Beitrittsperspektiven und neuem Tempo in den Verhandlungen soll dem russischen Einfluss entgegengetreten und der 27-jährige Frieden in der Region gewahrt werden.

Literaturtipps:

- Braun, Daniel (2021): EU-Beitrittsperspektive Nordmazedoniens nach den Wahlen in Bulgarien, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/eu-beitrittsperspektive-nordmazedoniens-nach-den-wahlen-in-bulgarien>
- Brey, Thomas (2020): Neustart für den Balkan, Internationale Politik, URL: <https://internationalepolitik.de/de/neustart-fuer-den-balkan>
- Cenić, Svetlana (2022): Pulverfass Balkan: Steht Bosnien-Herzegowina vor dem Kollaps?, Internationale Politik und Gesellschaft, URL: <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/aufloesungserscheinungen-5641/>
- International Crisis Group (2021): Den Kosovo-Serbien-Dialog wiederbeleben, Europe Report N°262, URL: <https://www.crisisgroup.org/de/europe-central-asia/balkans/kosovo/262-relaunching-kosovo-serbia-dialogue>
- Stefanov, Nenad (2022): Grenzen und Grenzziehungen in Südosteuropa, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/europa/suedosteuropa/329355/grenzen-und-grenzziehungen-in-suedosteuropa/>

Julius Vellenzer

Nächstes Ziel Kaukasus? Russland und seine südlichen Nachbarn

Die russische Invasion der Ukraine im Februar 2022 hat die sicherheitspolitische Lage in Europa erschüttert. Die Blicke der NATO und Europäischen Union konzentrieren sich vor allem auf die Mitgliedstaaten im Baltikum, die in direkter Nachbarschaft zu Russland liegen. Auch der Balkan steht wieder im politischen Fokus der EU. Eine andere Region in direkter Nachbarschaft Russlands wird gerne vergessen: der Kaukasus. Die an der Grenze zwischen Europa und Asien gelegene Region gilt als höchst fragil und zwischen „Ost“ und „West“ gespalten. Das politische und militärische Eingreifen Russlands im Bergkarabach-Krieg 2020 hat die Ambitionen von Kreml-Herrscher Wladimir Putin unterstrichen. Welche Auswirkungen hat der Krieg in der Ukraine auf den Kaukasus?

Im November 2020 schickte Russland Soldaten zur Friedenssicherung in das Krisengebiet Bergkarabach. Die Region gehört völkerrechtlich zu Aserbaidschan, wird aber von Armeniern bewohnt und regiert. Der Militäreinsatz war Teil des Waffenstillstandsabkommens zwischen Russland, Aserbaidschan und Armenien. Die russischen Streitkräfte sollen das umstrittene Gebiet bewachen und zur Deeskalation beitragen. Der Bergkarabach-Konflikt stellt jedoch lediglich einen Konflikt im Kaukasus dar, dessen Name sich vom gleichnamigen Gebirge ableitet.

Der Norden: Fest in russischer Hand

Der nördliche Teil der Region gehört zur Russischen Föderation. Er zeichnet sich durch eine Vielzahl an ethnischen Gruppen islamischen Glaubens aus. Hierzu zählen die Tschetschenen, Avaren, Darginer, Kumyken, Tscherkessen, Inguschen und Lesgier. Die ebenfalls ansässigen Osseten hingegen sind überwiegend christlich-orthodox. Bezeichnend für den Nordkaukasus ist auch seine hohe sprachliche Diversität. Aufgrund der kulturellen Vielfalt haben die meisten Ethnien autonome Republiken innerhalb Russlands.

Islamistisch-separatistischen Gruppierungen reicht die bisherige Autonomie nicht aus. Die Zunahme an Selbstmordattentaten im Nordkaukasus und in russischen Großstädten seit der Jahrtausendwende wird zumeist auf Islamisten aus den Republiken Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien zurückgeführt. Eine wichtige Rolle nahm hierbei das dschihadistische Kaukasus-Emirat ein. Die Terror-Organisation ging 2015 in den regionalen Ableger des Islamischen Staates auf.

Tschetschenien und Ossetien: pro-russische Teilrepubliken

In Tschetschenien kam es nach dem Zerfall der Sowjetunion von 1994 bis 1996 und von 1999 bis 2009 zu zwei Unabhängigkeitskriegen. Die Kriege zeichneten sich durch massive Menschenrechtsverletzungen auf beiden Seiten und eine hohe Anzahl an zivilen Opfern aus. Insbesondere bei der russischen Bombardierung von Wohnblöcken werden Parallelen zum Vorgehen im aktuellen Ukraine-Krieg offenbar. Seit dem Kriegsende wird Tschetschenien vom

kremltreuen Warlord Ramsan Kadyrow mit harter Hand regiert. Die für ihre Brutalität berüchtigten Spezialtruppen Kadyrows beteiligen sich am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Ein Sonderfall stellt die Situation der Osseten dar. Der nördliche Teil des Siedlungsgebiets ist eine Teilrepublik der Russischen Föderation. Südossetien hingegen gehört völkerrechtlich zu Georgien. Nach der Auflösung der Sowjetunion strebte die zuvor autonome Provinz im Süden nach Unabhängigkeit. Erst der Einmarsch russischer Streitkräfte 2008 ermöglichte die Abspaltung von Georgien. Seitdem ist die Provinz politisch und militärisch vom Kreml abhängig. Die Regierung Südossetiens befürwortet den russischen Militäreinsatz in der Ukraine und strebt den Beitritt zur Russischen Föderation an.

Georgien: Streben nach Europa und regionale Konflikte

Georgien ist geprägt von zwei regionalen Konflikten, in die Russland militärisch involviert ist. Neben Südossetien hat die georgische Regierung seit 2008 auch keine Kontrolle mehr über die Region Abchasien. Die Abchasen ähneln kulturell und sprachlich den Tscherkessen, sind aber meist orthodoxe Christen. Während Russland die Unabhängigkeit beider Regionen anerkennt, lehnen dies weltweit fast alle Staaten ab. Die georgische Regierung betrachtet Abchasien und Südossetien als von Russland militärisch besetzt. Ohne die beiden abtrünnigen Regionen weist das Land eine Bevölkerung von über 3,7 Millionen auf. Rund 87 Prozent sind christlich-orthodoxe Georgier.

Die Republik strebt nach Westen und wehrt sich gegen den destabilisierenden Einfluss Russlands. Alle Regierungen nach der Rosenrevolution 2003 haben die Aufnahme in die EU und NATO zum Ziel. Auf dem NATO-Gipfel 2008 erhielt Georgien die Perspektive für eine zukünftige Mitgliedschaft. Das Land verknüpft damit eine Stabilisierung der Region. Russland hingegen nahm dies zum Anlass militärisch im Land einzugreifen. Georgien hat auch die Beziehungen zur EU in den letzten Jahren vertieft. Den ursprünglich für 2024 geplanten Mitgliedschaftsantrag hat das Land unmittelbar nach der russischen Invasion der Ukraine eingereicht. Im Gegensatz zu den nahezu zeitgleichen Bewerbungen der Ukraine und Republik Moldau erhielt Georgien im Juni 2022 keinen EU-Kandidatenstatus.

Die georgische Regierung und Bevölkerung sind pro-europäisch eingestellt und solidarisieren sich mit der Ukraine. Viele fühlen sich an die russischen Militäroperationen im eigenen Land erinnert. Im April 2022 verkündete die Regierung, sich an den internationalen Sanktionen gegen Russland zu beteiligen. Die EU unterstützt das Land darin, energiewirtschaftlich unabhängiger von Russland zu werden.

Armenien: Isoliert und von Russland abhängig

Armenien hat eine Bevölkerung von knapp 3 Millionen Menschen, von denen 98 Prozent christlich-orthodoxe Armenier sind. Die Republik hat keinen Meereszugang und gilt als relativ arm. Aufgrund der schlechten Beziehungen zu den Nachbarstaaten Aserbaidschan und Türkei pflegt das Land enge sicherheitspolitische und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. So ist Armenien Mitglied im von Russland dominierten Verteidigungsbündnis „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS). Die 2002 gegründete Militärallianz gilt als Gegenstück zur NATO. Infolgedessen hat sich das Verhältnis zu Georgien deutlich abgekühlt.

Die enge Bindung an Russland belastet das Verhältnis des Westens zu Armenien. So haben die Vereinigten Staaten als traditionelle Unterstützer ihre Finanzhilfen stetig reduziert. Neben der Nähe zu Russland kritisieren die USA auch das gute Verhältnis Armeniens zum Iran. Eine NATO-Mitgliedschaft gilt als höchst unwahrscheinlich. Die Beziehungen zur EU hingegen sind gut und mündeten 2017 in einen Partnerschaftsvertrag. Aufgrund der Abhängigkeit von Russland hat Armenien den russischen Angriffskrieg in der Ukraine nicht verurteilt.

Aserbaidshon: Ölfreichtum und außenpolitischer Spagat

Der wirtschaftliche stärkste, unabhängige Staat im Kaukasus ist Aserbaidshon. Dies ist vor allem auf die großen Ölvorkommen zurückzuführen. Die Republik wird seit 2003 vom autoritären Präsidenten İlham Aliyev regiert. Rund 92 Prozent der Bevölkerung sind muslimische Aserbaidshoner. Aufgrund ihrer sprachlichen und kulturellen Nähe zu den Türken gelten die Beziehungen zwischen beiden Ländern als eng. Trotz der guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland gilt das Verhältnis zu Georgien als freundschaftlich. Aserbaidshon erhält Rüstungsgüter aus Russland, ist aber nicht Mitglied im russischen Militärbündnis OVKS.

Das Streben nach außenpolitischer Unabhängigkeit zeigt sich auch beim Verhältnis zur NATO und EU. So wurde die Kooperation zwischen Aserbaidshon und der NATO in den letzten Jahren ausgebaut. Das Land beteiligte sich an Friedensmissionen im Kosovo, im Irak und in Afghanistan. Auch die Beziehungen zur EU haben sich auf politischer und wirtschaftlicher Ebene verbessert. Problematisch für den Westen sind die schlechte Menschenrechtslage, die guten Beziehungen zu Russland und der Bergkarabach-Konflikt.

Bergkarabach-Konflikt: russische Militärpräsenz im Süden

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshon um die Region Bergkarabach eskalierte bereits 1988. Damals waren beide Staaten noch Teil der Sowjetunion. Das Ende des ersten Krieges 1994 führte zur Vertreibung der aserbaidshonischen Minderheit und Gründung einer de facto eigenständigen Republik. Die folgenden Jahre waren von einzelnen Zwischenfällen geprägt. Im September 2020 brach ein neuer Krieg aus, den Aserbaidshon auch dank Unterstützung der Türkei gewann. Mitentscheidend für den aserbaidshonischen Sieg war der großflächige Einsatz von Kampfdrohnen. Vor diesem Hintergrund sprachen Militärexperten auch vom ersten Drohnenkrieg.

Unter Vermittlung des russischen Präsidenten Putin unterzeichneten Armenien und Aserbaidshon im November 2020 ein Waffenstillstandsabkommen. Teile von Bergkarabach mussten von der armenischen Bevölkerung evakuiert und an Aserbaidshon abgetreten werden. Des Weiteren stimmten beide Staaten der Stationierung von 2.000 russischen Soldaten zur Friedenssicherung zu. Hierbei handelt es sich um die erste Stationierung russischer Streitkräfte im Südkaukasus nach der Auflösung der Sowjetunion.

Die Zwischenfälle nehmen seit Anfang 2022 wieder erheblich zu. Sicherheitsexperten vermuten, dass Russland militärische Einheiten aus Bergkarabach für den Krieg in der Ukraine abgezogen hat. Parallel finden Friedensverhandlungen unter Vermittlung Russlands und der EU zwischen Armenien und Aserbaidshon statt. Eine Einigung beider Länder ohne russische Beteiligung liegt nicht im Interesse von Kreml-Herrscher Putin und könnte für politischen

Sprengstoff sorgen. Im September 2022 eskalierte der Konflikt erneut, nachdem Aserbaidzhan Orte in Armenien angriff.

Was wird im Kaukasus geschehen?

Der russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hinterlässt auch Spuren im Kaukasus. Dass Russland die Region als seine Einflusszone betrachtet, zeigt die Militärpräsenz in Bergkarabach und in den abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien. Der Norden des Kaukasus – von den russischen Teilrepubliken bis zu den abtrünnigen Provinzen – gilt als kremltreu und befürwortet die Invasion der Ukraine. Im Süden der Region gehen die Meinungen weit auseinander. Während sich das autoritär regierte Aserbaidzhan als neutraler Vermittler anbietet, vermeidet das wirtschaftlich von Russland abhängige Armenien jegliche Kritik am Angriffskrieg.

Georgien hingegen orientiert sich seit der russischen Invasion der Ukraine noch stärker am Westen. So führte das Land nicht nur die Sanktionen gegen Russland ein, sondern stellte den Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft. Die Ablehnung des EU-Kandidatenstatus änderte nichts an der pro-europäischen Haltung der georgischen Regierung und Zivilgesellschaft. Das bereits angespannte Verhältnis zu Moskau bleibt belastet und könnte durch einen offiziellen Beitritt Südossetiens zu Russland verschärft werden. Auch ein möglicher Vermittlungserfolg der EU zwischen Armenien und Aserbaidzhan im Bergkarabach-Konflikt könnte für politische Turbulenzen sorgen. Sollten sich beide verfeindeten Staaten ohne Russland einigen und Georgiens politische Orientierung gen Westen folgen, wäre ein Konflikt mit Russland im Kaukasus faktisch vorprogrammiert.

Literaturtipps:

- Chiari, Bernhard/Pahl, Magnus (2008): Wegweiser zur Geschichte: Kaukasus, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, URL: <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5324258/5e86ec9023d67d47883a8b3f3c6ba9c5/wegweiser-kaukasus-data.pdf>
- Dzidziguri, Shalva (2022): Georgien könnte eine historische Chance verspielen, Die Zeit, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-06/georigen-eu-beitritt-kandidatenstatus-protest/komplettansicht>
- Halbach, Uwe (2021): Russlands Einflussmacht im Kaukasus: Konkurrenz und Kooperation mit Regionalmächten und globalen Akteuren, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-einflussmacht-im-kaukasus>
- Schrapel, Thomas (2022): Krieg mit Ansage: Zu Genese und Entwicklung des Konflikts um Bergkarabach, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/krieg-mit-ansage>

- von Hirschhausen, Ulrike (2022): Russische Kriegskontinuitäten, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/506277/russische-kriegskontinuitaeten/>

Julius Vellenzer

Schwieriger Partner, notwendiger Partner? Der außenpolitische Spagat der Türkei

Seit Beginn der russischen Invasion auf die Ukraine im Februar 2022 bietet sich die Türkei als Vermittler im Konflikt an. Neben der geografischen Lage am Schwarzen Meer spielen auch die diplomatischen Beziehungen zu den Kriegsparteien eine wichtige Rolle. Doch nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis zum Kreml geht das NATO-Mitglied Türkei seinen eigenen außenpolitischen Weg. In Syrien kämpft das Land gegen Kurdenmilizen, die von den USA unterstützt werden. Des Weiteren blockiert die Türkei den NATO-Beitritt Schwedens und heizt die Spannungen mit Griechenland um Inseln in Mittelmeer stetig an. Wohin steuert die Türkei außenpolitisch?

Den russischen Militäreinsatz hat die Türkei umgehend verurteilt. Das Land pflegt enge Beziehungen zur Ukraine, die türkische Kampfdrohnen erhielt – sehr zum Ärger des Kremls. Mit der Sperrung der Bosphorus-Straße für Kriegsschiffe griff Ankara früh und zum Nachteil Russlands in den Krieg ein. Gleichzeitig haben die beiden autokratischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und Wladimir Putin die Wirtschafts- und Verteidigungsbeziehungen in den letzten Jahren ausgebaut. So bestellte die Türkei 2017 das russische Flugabwehrraketensystem S-400. Diese Aktion wurde nicht nur von der Ukraine kritisiert, sondern stieß vor allem bei NATO-Partnern auf Unverständnis und Unmut.

Militäreinsatz in Syrien

Der außenpolitische Sonderweg der Türkei gegenüber NATO-Partnern zeigte sich bereits im Bürgerkrieg in Syrien. Zu Kriegsbeginn 2011 unterstützte Erdogan wie die Vereinigten Staaten die oppositionelle Freie Syrische Armee (FSA). Die Verbindungen zu islamistischen Gruppen sowie die temporäre Ablehnung der Verwendung des Luftwaffenstützpunktes Incirlik für die US-Luftwaffe ließen jedoch aufhorchen. Statt den Kampf des Westens gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ zu unterstützen, galten für Erdogan die von den USA unterstützten Kurdenmilizen als Hauptfeind. Mithilfe der Türkei spaltete sich zudem 2017 die „Syrische Nationale Armee“ von der FSA ab.

Nach kleineren Militäroperationen in den vorangegangenen Jahren erfolgte 2019 eine großangelegte Offensive in Nordsyrien. Ziel war die Zurückdrängung der von Erdogan als kurdische Terrororganisation bezeichneten „Demokratischen Kräfte Syriens“. Ankara rechtfertigte den Militäreinsatz und die anschließende Besetzung nordsyrischer Gebiete als Selbstverteidigung. Dagegen verurteilten die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten die Operation als völkerrechtswidrig.

Aufgrund der NATO-Mitgliedschaft der Türkei war Washington faktisch gezwungen seine Streitkräfte zur Ausbildung der Kurdenmilizen abzuziehen. Die Vereinigten Staaten hatten kein Interesse Teil des türkisch-kurdischen Konflikts zu werden, der bis in den Irak reicht. Zudem war aus Sicht amerikanischer Militärs und Diplomaten die geografische Position der Türkei

strategisch zu wichtig. Jedoch führten die USA Sanktionen gegen das türkische Verteidigungs-, Innen- und Energieministerium ein. Des Weiteren wurden die Verhandlungen mit Ankara zu einem lukrativen Handelsabkommen vorerst eingestellt.

Wirtschaftskrise und Rolle im Ukrainekrieg

Die Türkei befindet sich seit Jahren in einer prekären wirtschaftlichen Lage. Dies ist vor allem auf die Sanktionen der Vereinigten Staaten ab 2017 zurückzuführen. Anlass waren neben der Inhaftierung amerikanischer Zivilisten nach dem Putschversuch in der Türkei 2016 der Erwerb russischer Rüstungsgüter. Finanzpolitische Fehlentscheidungen der Regierung befeuerten die Wirtschaftskrise. Der Wert der Währung Lira fiel in den Keller. Folglich nahmen die Inflation und Lebensmittelpreise stetig zu. Im Oktober 2022 erreichte die Inflationsrate mit über 85 Prozent ihren Höhepunkt, im März 2023 betrug sie 55 Prozent.

Erdogan ist innenpolitisch angeschlagen und mit seinem militärischen Sonderweg innerhalb der NATO isoliert. Er benötigt daher dringend Erfolge in der Außenpolitik, um die Präsidentschaftswahl im Mai 2023 nicht zu verlieren. Mit dem Ukrainekrieg nahm die geostrategische Bedeutung der Türkei wieder zu. Hintergrund waren die Blockade ukrainischer Häfen durch die russische Marine. Da die Ukraine eine der größten Produzenten und Exporteure darstellt, kam es weltweit zu Lebensmittelengpässen. Die daraus entstandene Verteuerung von Getreide traf nicht nur Entwicklungsländer hart, sondern auch die wirtschaftlich angeschlagene Türkei.

Unter Vermittlung Ankaras einigten sich Vertreter Russlands und der Ukraine im Juli 2022 auf einen Getreide-Deal. Seitdem können Schiffe wieder ungefährdet durch das Schwarze Meer fahren. Während das Interesse Kiews die Auslieferung der Lebensmittel war, zielte Moskau auf eine Lockerung der Sanktionen ab. Putin zeigte sich bereits wenige Monate später unzufrieden mit der Vereinbarung und drohte sie aufzulösen. Dennoch wurde das Abkommen mehrfach verlängert, so zuletzt im März 2023. Ob Erdogan über den Getreide-Deal hinaus vermitteln kann, ist fraglich. Zum einen, da die von der Inflation geplagte Türkei seit Kriegsbeginn von einer Verdopplung an russischen Ölimporten profitiert. Zum anderen, weil eine diplomatische Lösung aufgrund der Militäroffensiven der Ukraine seit September 2022 in weite Ferne gerückt ist.

Blockade der NATO-Norderweiterung

Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine folgte bei Schweden und Finnland eine Kehrtwende der Sicherheitspolitik. Beide nordeuropäischen und bündnisfreien Staaten beantragten im Mai 2022 den Beitritt zur NATO. Das Vorgehen wurde von allen Mitgliedern des Verteidigungsbündnisses begrüßt – bis auf Ungarn und der Türkei. Im Gegensatz zur Türkei drohte Ungarn jedoch (noch) nicht mit der Blockade der Aufnahmeverfahren.

Erdogan nannte als Grund für die Blockade die angeblichen Sympathien Schwedens und Finnlands für die kurdische Arbeiterpartei PKK und die Gülen-Bewegung. Die Türkei stuft beide Gruppen als Terrororganisationen ein. Fachleute hingegen mutmaßen, dass das Interesse an US-Rüstungsgütern der tatsächliche Grund sei. Prominentes Beispiel ist das Kampfflugzeug F-35. Die Vereinigten Staaten setzten die geplanten Auslieferungen 2018 aus, da Ankara das

russische Flugabwehrraketensystem S-400 einkaufte. Auch der Streit um die amerikanische Unterstützung von Kurdenmilizen in Syrien könnte eine Rolle spielen.

Da alle NATO-Mitglieder Beitrittsanträgen zustimmen müssen, waren Gespräche zwischen der Türkei und beiden skandinavischen Staaten notwendig. Bei einem gemeinsamen Treffen im Juni 2022 kam es zu einer Einigung. So stimmte Schweden der Auslieferung von Personen zu, die auf der Terroristenliste der türkischen Regierung standen. Der Weg zur NATO-Norderweiterung schien voranzuschreiten. Doch im Oktober 2022 drohte Erdogan mit der Aufkündigung der Vereinbarung, da sich Schweden nicht an die Absprachen gehalten habe. Nach einer Koranverbrennung durch einen schwedischen Rechtsextremisten im Januar 2023 verschob die Türkei ein geplantes Treffen mit beiden Ländern. Im März 2023 traf sich Erdogan mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö und gab grünes Licht für den NATO-Beitritt Finnlands. Kurze Zeit später stimmte das türkische Parlament dem offiziell zu. Gegenüber Schweden bleibt die Türkei bei ihrer Blockadehaltung.

Krieg unter NATO-Mitgliedern?

Nahezu zeitgleich mit den erfolgreichen Operationen der ukrainischen Armee spitzt sich die Lage im türkisch-griechischen Streit im Ägäischen Meer zu. So drohte Erdogan im September 2022 offen mit der Invasion griechischer Inseln, die er als „besetzt“ betrachtet. Griechenland stellte klar, dass es sein – international anerkanntes – Hoheitsgebiet verteidigen werde. Parallel setzt Athen auf Deeskalation und Verhandlungen. Im Inselstreit wird Griechenland sowohl von der Europäischen Union als auch von den Vereinigten Staaten unterstützt.

Inmitten der Spannungen stationierten die USA im Oktober 2022 den Flugzeugträger „USS George H. W. Bush“ auf der griechischen Insel Kreta. Der Marinestützpunkt im Souda-Hafen hat aufgrund seiner geografischen Position eine hohe Bedeutung für die USA. Er gilt als größter Seestützpunkt für NATO-Streitkräfte. Ankara betrachtete die Stationierung als weiteren Ausdruck der amerikanisch-griechischen Annäherung. Des Weiteren wurde die Aktion als erneute Provokation Griechenlands bezeichnet. Auch wenn die öffentlichen Drohungen seitens der Türkei abgenommen haben, bleibt die Lage angespannt.

Internationale Medien werteten Erdogans scharfe Rhetorik als Vorbereitung auf den Wahlkampf und als Ablenkung von der Wirtschaftskrise. Der türkische Präsident benötige dringend außenpolitische Erfolge, um seine Wiederwahl zu sichern. Fachleute weisen jedoch darauf hin, dass sich das Land keinen weiteren Militäreinsatz neben Nordsyrien leisten könne. Zudem ist ein Vorgehen gegen ein von den USA unterstütztes Griechenland aussichtslos und würde das Verhältnis der Türkei zur NATO dauerhaft schädigen. Dieses Risiko könne Ankara nicht eingehen.

Der türkische Sonderweg

Der außenpolitische Spagat der Türkei nimmt immer drastischere Züge an: Der Militäreinsatz gegen syrische Kurdenmilizen, der Erwerb russischer Waffensysteme, die Blockade der NATO-Norderweiterung und die Provokationen im Inselstreit mit Griechenland. Erdogan reizt die strategisch wichtige Position seines Landes gegenüber den westlichen Partnern immer mehr aus. Da er innenpolitisch unter Druck steht, versucht er außenpolitisch Fakten zu schaffen. In

Nordsyrien hat er das bereits militärisch unter Beweis gestellt, während er sich im russisch-ukrainischen Konflikt als Vermittler anbietet.

Dem westlichen Verteidigungsbündnis sind die Alleingänge Ankaras seit Jahren ein Dorn im Auge. So haben die USA mit Wirtschaftssanktionen, der Stornierung eines Waffendeals und einem Flugzeugträger auf Kreta scharf reagiert. Das Problem bei der Sache: Die NATO braucht die Türkei. Zum einen ist ihre geografische Lage für die Kriege in der Ukraine und in Syrien von hoher strategischer Bedeutung. Des Weiteren wird die Zustimmung der türkischen Regierung für die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO benötigt. Somit wird bei einer möglichen Wiederwahl Erdogans die Türkei ein schwieriger, aber auch ein notwendiger Partner des Westens bleiben.

Literaturtipps:

- Cevik, Salim (2022): Turkey's Military Operations in Syria and Iraq, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/turkeys-military-operations-in-syria-and-iraq>
- Isachenko, Daria (2022): Russland und die Türkei, dekode, URL: <https://www.dekoder.org/de/gnose/russland-tuerkei-beziehungen-interessen>
- Kaufmann, Nicolas (2022): Die Furcht vor dem nächsten Krieg: Wie sich der Streit zwischen der Türkei und Griechenland verschärft, Stern, URL: <https://www.stern.de/politik/ausland/tuerkei--wie-sich-der-streit-mit-griechenland-verschaerft-32804274.html>
- Marz, Rasim (2023): Drohnen für Kiew, Deals mit Moskau, Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/drohnen-fuer-kiew-deals-mit-moskau-6505/?utm_campaign=de_40_20230214&utm_medium=email&utm_source=newsletter
- Meyer, Henrik (2022): Abgeblitzt, Internationale Politik und Gesellschaft, URL: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/iran-gipfel-erdogan-abgeblitzt-6089/>

Roland von Kintzel

Europäische Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von NATO und EU

Europa zu verteidigen ist eine komplexe und undankbare Aufgabe. Im Stimmengewirr aus EU, NATO und regionalen Organisationen muss eine gemeinsame Linie für rund dreißig Staaten gefunden werden. Auch die Rolle der USA und die immer wiederkehrende Frage nach der fairen Lastenteilung zwischen den Staaten sind Reibungspunkte. Der externe Schock des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die damit einhergehende Verkündung der gerade im Ausland viel beobachteten Zeitenwende scheinen damit aufzuräumen. Doch wo genau liegen die Verstrickungen, was sind die Knackpunkte und wie lässt sich die Verteidigung Europas straffen, vereinheitlichen und auf eine politische Linie bringen?

Endlich ist sie da: Die Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland. Weit hinten versteckt im Koalitionsvertrag war sie eigentlich noch für das erste Jahr der neuen Bundesregierung angekündigt. Nach einigen Aufschüben und hartem Ringen um inhaltliche Punkte dauerte es nun rund ein halbes Jahr länger als geplant. Dass sie inhaltlich so dünn ausfällt, wie vielerorts bereits jetzt kritisiert wird, beruht auf zwei Gründen: Erstens ist, anders als etwa beim Weißbuch der Bundeswehr 2016, eine viel größere Breite an Ressorts an der Erstellung der Strategie beteiligt gewesen. In Berlin ist derzeit häufig zu hören, dass vor allem das Finanzministerium in der Schlussredaktion noch viele fromme Wünsche aus dem Papier hat streichen lassen. Die Haushaltslage ist durch Pandemie, Inflation und Russlands Angriffskrieg in der Ukraine bereits jetzt schon zu angespannt für viele der ambitionierten Projekte der Ampel. Allein der Passus, dass alle Vorhaben im Einklang mit der Schuldenbremse durchzuführen seien, spricht Bände. In Kreisen des Verteidigungsministeriums ist die Rede von einer „Palliativmaßnahme“.

Zweitens aber ist die Bundesrepublik in ihrem Handlungsspielraum für eigene Impulse im Bereich der Außensicherheit zu sehr eingespannt in Systeme der kollektiven Verteidigung, als dass sie dort viel eigene Kreativität ausleben könnte. Zumal die Erstellung des Papiers hinter die Veröffentlichungen der zwei wichtigsten strategischen Papiere in der westlichen Hemisphäre fällt, nämlich der Ende 2021 veröffentlichten Vision „NATO 2030“ und dem im März 2022 veröffentlichten „Strategischen Kompass“ der EU.

Neue NATO-Strategie

Die NATO versucht mit ihrer neuen Strategie die Vielstimmigkeit im Bündnis zu konsolidieren. Für die Zukunft des Bündnisses wird es unabdingbar sein die zunehmende politische Heterogenität, insbesondere den – je nach Wahlergebnissen – drohenden Isolationismus der USA, aufzufangen. Das Gezerre um den NATO-Beitritt Schwedens führt uns gerade drastisch vor Augen, wie weit sich einige Partner vom vermeintlichen Konsens über die Wertegemeinschaft NATO entfernt haben. Dabei wirkt das Vorgehen bei näherer Betrachtung reichlich hilflos. Bedrohungen außerhalb der konventionellen Gefährdungen für die Existenz des Westens und der liberalen Weltordnung werden weiterhin nur kommentiert, nicht

angegangen. Es lässt den Leser ein wenig ratlos zurück, dass die NATO ihr Fähigkeitsprofil für die Reaktion auf einen hochintensiven konventionellen Krieg in Europa verbessern will, obwohl mit einem solchen vorerst nicht mehr zu rechnen ist.

Die regelmäßigen Berichte des britischen Geheimdienstes über die russischen Verluste in der Ukraine machen deutlich, dass Russland um Jahrzehnte in der Rüstung zurückgeworfen wurde. Außerhalb der nach wie vor ernstzunehmenden Nuklearbedrohung hat das strategische Gewicht Russlands in Europa massiv abgenommen. Das umfasst vor allem die russischen Hochwert-Einheiten, dazu kommen immense Material-Verluste und eine Rüstungs-Industrie, die ohne westliche Elektronik-Bauteile auskommen muss. Militärisch und (kriegs-)wirtschaftlich betrachtet liegt Russland am Boden, völlig unabhängig vom weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges. Doch die NATO bereitet sich nicht auf Fallout-Effekte eines zerfallenden Russlands vor, sondern hält mit „more of the same“ eine verstärkte Strategie des status quo ante vor. Allerdings kann vor allem mit Blick auf die völlig unklare Zukunft Russlands die Gefahr an der Ostflanke damit nicht ad acta gelegt werden. Es sind endlos viele verschiedene Szenarien denkbar, denen die NATO lieber besser als schlechter vorbereitet gegenüberstehen sollte.

Gefahr erkannt, Gefahr ignoriert?

Die reine Anerkennung des Klimawandels als „sicherheitspolitischen Bedrohungsmultiplikator“, wie es sowohl bei NATO als auch bei der EU heißt, zeigt, dass der Westen dessen Bedeutung nach wie vor unterschätzt (auch wenn die aggregierte Haltung der Nationalstaaten hier weiter sein dürfte als die vorherrschende Meinung in der sicherheitspolitischen Teil-Öffentlichkeit). Sicherlich ist es richtig zunehmende Push-Faktoren in der Migration, veränderte Herausforderungen auf den Schlachtfeldern der Zukunft, strategische Veränderungen durch das Abschmelzen des Arktis-Eises, die zu erwartende Zunahme an humanitären Einsätzen, Instabilität durch zum Beispiel Desertifikation in Subsahara-Afrika zu benennen. Es zeigt aber auch die Engstirnigkeit des Ressort-Denkens, den Klimawandel selbst nicht als wichtigstes Sicherheitsrisiko dieser und kommender Generationen anzuerkennen. Das Versprechen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock, mit der Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Silo-Denken auszubrechen, wird nicht erfüllt. Auch hier wird zwar festgestellt, dass die Klimakrise unsere Lebensgrundlagen bedrohe, doch mehr als weiche Formulierungen à la „wir müssen mehr tun“ gibt es nicht. Operative Formulierungen oder feste Zielgrößen sucht man vergebens.

Apropos Klimawandel: „Russland ist der Sturm, China ist der Klimawandel“ lautet ein viel zitiertes Bonmot von Bundesverfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang. Das zielt nicht nur auf die global veränderte Bedrohungslage ab. Es meint, dass der Sicherheitsbegriff eben nicht eindimensional auf militärische Abschreckung eingedampft werden darf. Denn die Art der russischen Bedrohung für das innere Gefüge Europas ist eine grundsätzlich andere als die der chinesischen. Es zielt aber nicht nur auf die Mehrdimensionalität von Sicherheit ab, sondern ist auch ein Wink in Richtung eines anderen ungeliebten Themas in der deutschen außen- und sicherheitspolitischen Debatte, nämlich dem der Lastenteilung. Ein naheliegender Taschenspielertrick in den kommenden Haushaltsdebatten wird sein, diese beiden Themenblöcke gegeneinander auszuspielen – eine mehrdimensionale Sicherheitsdefinition

lädt schließlich dazu ein, ressortübergreifend Ressourcen anzurechnen, um vermeintliche Mehrausgaben zu belegen. Dabei sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass die vielbeschworene Zeitenwende keinesfalls die erste ihrer Art ist, denn bereits seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland 2014 wurde in Deutschland angestrebt, die Ressourcenverteilung zwischen Auslandseinsätzen und Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung ins Gleichgewicht zu bringen.

Doppelte Strukturen, halbe Effektivität

Die Überschneidung der staatlichen Kooperationsebenen birgt das Risiko von Doppelstrukturen. Im sicherheitspolitischen Sprech wird das gern als „single set of forces“ bezeichnet, also die banale Feststellung, dass jeder Panzer und jeder Soldat genau einmal vorhanden sind und folgerichtig nicht in verschiedenen Verwendungen gleichzeitig gebunden sein können. Aus in der Hauptsache politischen Gründen gibt es daher ein System der Kontingente. In der Praxis ist Europas Verteidigung, schaut man beispielsweise auf die Enhanced Forward Presence (EFP) in Litauen, längst als multinationaler Einsatz aufgebaut. Insofern ist die Rückbesinnung auf das militärische Kerngeschäft, als die Re-Fokussierung der Bundeswehr auf den Einsatzbereich der Landes- und Bündnisverteidigung intern propagiert wurde, illusorisch. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass die Abschreckung zum Feind getragen werden muss, nicht umgekehrt. Wenn also die kontinentale Verteidigung in Europa das oberste Ziel europäischer Verteidigungspolitik bleibt, so sollte sie das auch ernstnehmen. Dennoch tragen die USA de facto nach wie vor den größten Teil der Sicherheitslast, auch wenn sich die Rhetorik verändert hat. Immerhin sind sie größter Hilfsmittelgeber der Ukraine und tragen bei Übungen wie dem gerade stattfindenden Air Defender 2023 einen Großteil der logistischen Last und des Materials – von 250 für die Übung nach Deutschland verlegten Flugzeugen sind 100 aus den USA. Wenn die USA die Lastenteilung für die Abschreckung Chinas vor einer Invasion Taiwans und die allgemeine Sicherheit der Seewege im Indopazifik übernehmen sollen – der europäische Beitrag ist auf diesem Gebiet bislang nicht messbar und würde eine grundlegend neue Aufstellung der europäischen Verteidigungsinfrastruktur verlangen – muss noch viel geschehen.

Bliebe also die Frage, was derzeit an eigenen Projekten in EU und NATO vorangetrieben wird, um, wenn schon nicht strategisch autonom, so doch ein Stück unabhängiger zu werden. Zur Illustration werden im Folgenden drei aktuelle Projekte skizziert, die Schwierigkeiten und Chancen von multilateraler Kooperation im EU-NATO-Kontext aufzeigen. Zuerst gibt es das System der Permanent Structured Cooperation (PESCO), das Barrieren in der Interoperabilität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten abbauen soll. Im Rahmen von PESCO gibt es auch einige kleinere Beschaffungsprojekte, an denen allerdings nie alle Mitgliedsstaaten zugleich beteiligt sind. PESCO ist als Handlungsrahmen schon mehrfach von US-amerikanischer Seite kritisiert worden, denn viele der Ideen und Aufgaben von PESCO seien nach ihrer Auffassung eigentlich NATO-Aufgaben. Hier zeigt sich ein dauerhaftes Dilemma im Streben der EU nach zunehmender strategischer Autonomie, denn ein Mehr in der Lastenübernahme seitens der EU bedeutet oft gleichzeitig ein Weniger an Einfluss für jene NATO-Verbündeten, welche keine EU-Mitgliedsstaaten sind. Das gelegentlich scherzhaft als „Panzer-Schengen“ bezeichnete Projekt der Military Mobility findet ebenfalls im Rahmen der PESCO statt, allerdings unter Beteiligung der USA. Hier geht es darum, Verlegefähigkeiten zwischen den EU-

Mitgliedsstaaten zu verbessern, hin bis zu vermeintlich banalen Dingen wie Straßenzulassungen für Kampffahrzeuge.

Ein weiteres aktuelles Projekt findet derzeit unter dem Namen Future Combat Air System (FCAS) statt. Hier soll der Mehrzweck-Kampffjet der nächsten Generation entwickelt und zur Serienreife gebracht werden. Es ist derzeit noch vollkommen unklar, wie das Endprodukt aussehen wird. Bleibt es bei einem menschengelenkten Jet oder wird es eher eine „Kampfwolke“ aus Drohnen geben? Unterschiedliche Vorstellungen – auch ethischer Natur – zu autonomen Waffensystemen treffen hier genauso aufeinander wie das leidige Thema der Rüstungsexporte. Teilnehmerländer des bis 2040 angepeilten Vorhabens sind derzeit Frankreich, Deutschland und Spanien. Die Unsicherheiten des Projektes und die häufig zu optimistischen Prognosen haben dazu geführt, dass einige EU-Staaten in den letzten Jahren US-amerikanische F-35 als „Lückenfüller“ für die aktuelle Multifunktionsjet-Generation beschaffen mussten. Strategische Kohärenz sieht anders aus.

Zuletzt sei das neuste Vorhaben von 15 europäischen Staaten erwähnt, das kurz nach dem Einmarsch Russlands ins Leben gerufen wurde: Die European Sky Shield Initiative (ESSI). Unter deutscher Federführung sollte als Antwort auf Sorgen in der Bevölkerung vor russischen Raketenangriffen ein europäisches Luftverteidigungssystem geschaffen werden. Abermals geht es um großangelegte Beschaffungsprojekte für sehr spezifische Fähigkeiten. Dabei verfügt die NATO bereits über einen Verbund von Luftverteidigungssystemen, nämlich das NATO Integrated Air and Missile Defence System (NATINAMDS), das auch die vor allem im Baltikum aktiven NATO Air Policing Missionen überwacht. Allerdings hatte ausgerechnet hier die Türkei mit dem Erwerb russischer Systeme (bei gleichzeitiger Stationierung von Systemen amerikanischer Bauart unter deutschem Kommando) nicht nur den Bündnispartnern Unmut bereitet, sondern auch die technische Zusammenarbeit einzelner Systemkomponenten verunmöglicht. Also wird auch hier letzten Endes eine Doppelstruktur notwendig sein.

Leben in der Lage

Abschließend bleibt also festzuhalten, dass bei allem Gerede über Strategie und Autonomie die sicherheitspolitischen Realitäten in Deutschland, EU und NATO bis auf weiteres aus einem Geflecht an gleichzeitigen und überschneidenden Einzelprojekten bestehen bleiben werden. Das ist einerseits ernüchternd, andererseits aber eben erwartbar, denn für einen „großen Wurf“, welcher politischen Richtung auch immer, braucht es in EU und NATO eben nicht nur Mehrheiten, sondern auch Konsens. Der ist aber bereits dann nicht erreicht, wenn ein Staat seine Interessen nicht berücksichtigt sieht und bei insgesamt 35 Staaten, von denen 23 in beiden Organisationen vertreten sind, nicht weiter verwunderlich. Die vermeintlichen Allianzen einiger Mitgliedsstaaten mit Gegnern der Wertegemeinschaft haben sich als wenig belastbar herausgestellt. Auch Ungarn und die Türkei wurden durch den Krieg in Europa zu einer Rückkehr an die gemeinsame Linie gezwungen. Trotzdem ist dieses Störfeuer etwas, was die Staatengemeinschaften weiterhin ausbremsen wird.

Literaturtipps:

- Bundesregierung (2023): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland: Nationale Sicherheitsstrategie, URL: <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de/>
- North Atlantic Treaty Organization (2021): NATO 2030: Making a Strong Alliance Even Stronger, URL: <https://www.nato.int/nato2030/>
- Rat der Europäischen Union (2022): Ein Strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrzehnt, URL: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/21/a-strategic-compass-for-a-stronger-eu-security-and-defence-in-the-next-decade/>

Julius Vellenzer

Von Kooperation bis Isolationismus: Sind die USA noch ein zuverlässiger Partner?

Die Terroranschläge des 11. September 2001 prägten jahrelang die Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. Es folgten Interventionen in der islamischen Welt und das Land erhielt das Image der Weltpolizei. Die Einsätze waren aufgrund ihrer Dauer auch in der einheimischen Bevölkerung zusehends unbeliebt. Ex-Präsident Donald Trump propagierte nationalistischen Isolationismus und reduzierte die amerikanischen Streitkräfte im Ausland. Sein Nachfolger Joe Biden setzt wieder verstärkt auf transatlantische Kooperation, aber seine Wiederwahl ist unsicher. Sind die USA in Zeiten globaler Krisen noch ein zuverlässiger Partner für Europa?

Im August 2021 endete der NATO-Einsatz in Afghanistan – auf chaotische und unrühmliche Art und Weise. Einerseits drängte die von den USA angeführte Intervention das für den 11. September verantwortliche islamistische Terrornetzwerk al-Qaida global zurück. Auch konnten die Anführer Osama bin Laden 2011 und Aiman az-Zawahiri 2022 getötet werden. Allerdings überraschte der plötzliche US-Abzug nicht nur die NATO-Partner, sondern sorgte für den blitzschnellen Wiederaufstieg der radikalislamischen Taliban. Seitdem haben die Islamisten wieder die politische Macht im Land. Der Ablauf und die Folgen des Rückzugs ließen den Westen global schwach aussehen. Die Zunahme an Drohgebärden Chinas gegenüber Taiwan sowie der Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 sind höchstwahrscheinlich kein zeitlicher Zufall.

Militärische Interventionen nach 9/11

Die Interventionsphase der Vereinigten Staaten begann unter dem früheren republikanischen US-Präsidenten George W. Bush (1998 bis 2008). Dieser rief 2001 als Reaktion auf die islamistischen Terroranschläge den Krieg gegen den Terrorismus aus, den sein Nachfolger Barack Obama (2008 bis 2016) weiterführte. Einsätze gegen al-Qaida und deren Verbündete sowie später den Islamischen Staat waren die unmittelbare Folge. Die USA intervenierten zusammen mit Partnerländern in Afghanistan, dem Irak, Somalia, Jemen sowie in Syrien und Libyen gegen islamistische Terrorgruppen. Die Bundeswehr beteiligte sich unter anderem an den NATO-Missionen in Afghanistan und Somalia.

In der islamischen Welt stieß die Welle des militärischen Engagements der USA auf wenig Gegenliebe. Die Einsätze wurden als Einmischen in innere Angelegenheiten und vielfach als neue „Kreuzzüge“ gegen den Islam betrachtet. Zudem empfanden die Menschen in Afghanistan und im Irak die jahrelange Besatzung von Ländern als ungerecht. Die Vereinigten Staaten galten auch in Teilen des Westens nun als die Weltpolizei, die nach Belieben Drohnenangriffe und Interventionen durchführte. Das Image der USA und ihrer westlichen Verbündeten erreichte im Nahen und Mittleren Osten einen Tiefpunkt.

Aufgrund der Länge und der hohen Kosten der Militäreinsätze nahm auch in der amerikanischen Gesellschaft die politische Zustimmung merklich ab. Paradoxerweise erhielten

die Gegner dieser Politik ausgerechnet in der konservativen Republikanischen Partei Zulauf, die 2001 noch die Interventionspolitik unterstützte. Mit Donald Trump gewann 2016 ein rechtspopulistischer Republikaner die US-Präsidentschaftswahl, der das Ende von Militäreinsätzen und eine drastische Reduzierung amerikanischer Streitkräfte im Ausland forderte.

Nationalistischer Isolationismus von Trump

Trumps Politik stellte in vielfacher Hinsicht einen Bruch der vorherigen US-Außenpolitik dar. So leitete er nach seinem Amtsantritt tatsächlich den Abbau des amerikanischen Militärs im Ausland ein. Seine Außenpolitik war protektionistisch und isolationistisch ausgerichtet. Während Trumps Präsidentschaft zogen sich die USA auch von transnationalen und internationalen Kooperationen zurück. Er bezeichnete die NATO als „obsolet“ und kritisierte offen Deutschland für seine unzureichenden Verteidigungsausgaben. Vor diesem Hintergrund ist auch seine Ankündigung, 9.500 US-Soldaten aus Deutschland abzuziehen, zu sehen.

Nicht die Zusammenarbeit mit Partnerländern, sondern der alleinige Kampf gegen China um die globale Vormachtstellung standen auf Trumps nationalistischer Agenda. Unzufrieden mit dem Handelsdefizit gegenüber dem Reich der Mitte initiierte er einen Handelskrieg. Die gegenseitige Einführung von Strafzöllen schadete jedoch beiden Ökonomien. Trump weitete die Strafzölle auf enge US-Partner wie die Europäische Union, Kanada und Mexiko aus. Im Gegenzug lobte er den russischen Präsidenten Wladimir Putin und traf sich öffentlichkeitswirksam zweimal mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-Un.

Sinnbildlich für den Abschied vom Image der Weltpolizei steht das Doha-Abkommen von 2020. Hierbei handelte es sich um einen Friedensvertrag zwischen den USA und den radikalislamischen Taliban. Ohne Beteiligung der afghanischen Regierung wurde der Abzug der amerikanischen Streitkräfte und Partnerländer geregelt. Die Taliban gaben Sicherheitsgarantien, führten jedoch die Kämpfe im Land fort. Das Abkommen schwächte die Stellung der afghanischen Regierung und gilt als Ursache für die Machtübernahme der Taliban ein Jahr später.

Ära der Kooperation unter Biden

Der Sieg des liberalen Demokraten Biden bei der US-Präsidentschaftswahl 2020 sorgte vor allem in Europa für große Erleichterung. Als ehemaliger Vizepräsident unter Obama galt er als Gegenstück zum Isolationismus und Rechtspopulismus von Trump. Er übernahm ein innenpolitisch stark gespaltenes Land, das er seitdem zu versöhnen versucht. Biden hob die Bedeutung der NATO hervor und baute die Beziehungen zu Partnerländern wieder auf. So nahm er die von Trump angekündigte Reduzierung von US-Streitkräften aus Deutschland zurück. Insgesamt setzt er auf eine engere Zusammenarbeit mit Staaten des Westens.

Den von seinem Amtsvorgänger eingeleiteten Handelskonflikt mit der Europäischen Union beendete Biden 2021. Im Fokus steht eine verstärkte wirtschaftliche und politische Kooperation mit Europa, um geeint gegen China und Russland bestehen zu können. Die USA und alle EU-Mitgliedstaaten verurteilten gemeinsam den russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022. Sie führten Sanktionen gegen Russland ein und beteiligen sich an Waffenlieferungen für die Ukraine. Des Weiteren beliefern die USA europäische Länder wie

Deutschland mit Flüssiggas, um die seit dem Krieg ausbleibenden Gasmengen aus Russland zu kompensieren. China hingegen verurteilt die russische Invasion nicht und spricht sich gegen Sanktionen aus.

Biden meidet eine direkte militärische Konfrontation mit Russland oder China. Die USA unterstützen die Ukraine mit Rüstungsgütern, senden aber keine Streitkräfte in das Land, da es kein NATO-Mitglied ist. Das von China als abtrünnige Provinz betrachtete Taiwan erhält Sicherheitszusagen, aber eine US-Intervention bei einem chinesischen Angriff gilt als ausgeschlossen. Biden sucht diplomatische Lösungen und stimmt sich in außenpolitischen Fragen mit Partnerländern ab. Sein Ziel ist eine Einheitsfront gegen China und Russland, welche er als größte Gefahr gegen die freie und demokratische Welt sieht.

Die USA und der Ukraine-Krieg

Die Vereinigten Staaten zählen zusammen mit der EU seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 durch Russland zu den wichtigsten Unterstützern der Ukraine. Mit Beginn des russischen Angriffskriegs ist Kiew mehr denn je auf Finanzhilfen und vor allem Rüstungsgüter aus dem Westen angewiesen. Da eine direkte Beteiligung am Konflikt sowohl von den USA als auch von der EU ausgeschlossen ist, stehen die Lieferung von Kampfpanzern, Raketensystemen, Munition und Schutzausrüstung im Vordergrund.

Die pro-ukrainische Außenpolitik der Biden-Regierung ist in der amerikanischen Gesellschaft und Politik nicht unumstritten. Während die Demokraten den Kurs vollumfassend mittragen, stellen einige Republikaner die Hilfen infrage. Hierzu zählen neben Trump auch dessen Parteikonkurrent Ron DeSantis, die zur Präsidentschaftswahl 2024 antreten wollen. Beide Rechtspopulisten betonen die politischen und wirtschaftlichen Interessen der USA und fokussieren sich auf die Rivalität zu China. Folglich haben weder die Ukraine noch die transatlantische Freundschaft hohe Priorität. Auch wenn Europa – und dabei insbesondere Deutschland – einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Ukraine leistet: Laut Fachleuten könne die EU mittel- und langfristig nicht die Lücke der USA füllen.

Ausblick

Die Vereinigten Staaten folgen seit jeher ihren eigenen außen- und sicherheitspolitischen Interessen, stimmen sich aber in der Regel mit ihren Partnern ab. Während der Interventionsphase beteiligte sich Deutschland an den Missionen in Afghanistan und Somalia, nicht aber am Einmarsch in den Irak. Dennoch war das Verhältnis der USA zu Europa und Deutschland unter Bush und Obama freundschaftlich. Die politischen Alleingänge von Trump und sein konfrontativer Umgang mit Europa hingegen stellten die Zuverlässigkeit der USA infrage. Mit der Wahl von Biden haben sich die transatlantischen Beziehungen wieder normalisiert – doch für wie lange?

2024 steht die nächste US-Präsidentschaftswahl an, bei der Biden mit über 80 Jahren erneut antreten wird. Trump macht keinen Hehl aus seinen politischen Ambitionen. Trotz des laufenden Gerichtsprozesses stehen seine Chancen Meinungsinstituten zufolge nicht schlecht. Er steht auch besser da als sein nicht weniger radikaler Parteikonkurrent DeSantis. Sollte Trump wieder ins Weiße Haus einziehen, könnte sowohl der Taiwan-Konflikt eskalieren als auch die militärische Unterstützung für die Ukraine drastisch reduziert werden. Auch die

Zukunft der Sanktionen gegen Russland ständen zur Debatte. Somit wäre die von Biden wiederhergestellte Zuverlässigkeit der USA sowie die Sicherheitsgarantien für Europa wieder in Gefahr. Aufgrund dieser Unsicherheit ist eine stärkere sicherheitspolitische Autonomie der EU notwendig – bei Fortführung der transatlantischen Partnerschaft.

Literaturtipps:

- Braml, Josef (2022): Transatlantische Illusion: Warum Europa politisch, wirtschaftlich und militärisch selbstständiger werden muss, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/transatlantische-illusion>
- Hermisson, Bastian (2017): Werte? Fehlanzeige: Die nationale Sicherheitsstrategie der Trump-Regierung, Heinrich-Böll-Stiftung, URL: <https://www.boell.de/de/2017/12/20/werte-fehlanzeige-analyse-der-nationalen-sicherheitsstrategie-der-trump-regierung>
- Rotter, Andrea (2023): Wider alte Muster: Anforderungen an Deutschland im Zuge des verschärften Ungleichgewichts in den transatlantischen Beziehungen, Hanns-Seidel-Stiftung, URL: <https://www.hss.de/publikationen/wider-alte-muster-pub2463/>
- Rudolf, Peter (2022): Bidens Balanceakt: Die Ukraine stärken, Krieg mit Russland vermeiden, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/bidens-balanceakt-die-ukraine-staerken-krieg-mit-russland-vermeiden>
- Winter, Theresa Caroline/Dobber, Jeroen (2021): Ground Zero: Der globale Krieg gegen den Terror und der Kampf für liberale Werte, Friedrich-Naumann-Stiftung, URL: <https://www.freiheit.org/de/global-security-hub-bruessel/ground-zero-der-globale-krieg-gegen-den-terror-und-der-kampf-fuer>

Julius Vellenzer

Zwischen EU und Russland: Auf wessen Seite steht Serbien?

Die Europäische Union hat nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 den Balkan wieder in den Blick genommen. Die Region gilt aufgrund der ethnisch-religiösen Spannungen und der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre als besonders fragil. Während Slowenien und Kroatien bereits EU-Mitglieder sind, haben Serbien und vier weitere Balkanstaaten den Beitrittskandidatenstatus inne. Serbien nimmt wegen seiner engen Beziehungen zu Russland – vor allem mit Blick auf den Krieg in der Ukraine – eine besondere Stellung ein. In welche Richtung wird sich das Land entwickeln?

Im Jahr 2012 erhielt Serbien offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Zwei Jahre später wurden die Verhandlungen aufgenommen. Aleksandar Vučić, serbischer Machthaber seit 2014, macht sich für den Beitritt stark. Parallel unterstützt er den Nationalismus serbischer Minderheiten in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo. Das Europäische Parlament erklärte 2021 die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo zur Bedingung für einen Beitritt. Das stellt für Serbien ein Problem dar, da es die Unabhängigkeit des albanisch geprägten Landes bis heute nicht anerkennt – wie auch Russland. Insbesondere seit dem russischen Angriffskrieg blickt die europäische Gemeinschaft kritisch auf das Verhältnis zum „großen Bruder“ in Moskau.

Serbiens besonderes Verhältnis zu Russland

Obwohl die serbische Regierung die Aufnahme in die EU anstrebt, zeichnen sich die Regierungen sowie weite Teile der Bevölkerung durch eine ausgeprägte „Russlandliebe“ aus. Gemein ist beiden Ländern die Zugehörigkeit zum slawischen Sprachenkreis und die religiös-kulturelle Prägung durch das orthodoxe Christentum. Beide Aspekte spielten in der Geschichte Serbiens eine bedeutsame Rolle – und bilden die Grundlage für das heutige bilaterale Verhältnis.

Im Vorfeld des Ersten Weltkriegs propagierte das Russische Zarenreich die Ideologie des Panlawismus und trat als Schutzmacht aller slawischsprachigen Völker auf. Vor allem der von verschiedenen Großmächten umkämpfte Balkan stand nun im Fokus. Folglich unterstützte Russland Serbien im Unabhängigkeitskrieg gegen das Osmanische Reich und später im Konflikt mit Österreich-Ungarn. Letzteres trug zur Eskalation der Julikrise 1914 und zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs bei.

Neben der sprachlichen Verwandtschaft vertiefte die gemeinsame Zugehörigkeit zur orthodoxen Kirche die Bindung beider Länder. Dies liegt auch in der religiösen Vielfalt des Balkans begründet. So sind Serbien, Bulgarien und Nordmazedonien christlich-orthodox geprägt. In Slowenien und Kroatien hingegen sind die katholische Kirche sowie in Bosnien-Herzegowina und Albanien der Islam vorherrschend. Bezeichnenderweise unterstützte Russland in den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre nicht die ebenfalls slawischsprachigen Kroaten oder Bosniaken, sondern die politischen Forderungen der Serben. Auch im

anschließenden Kosovo-Krieg gegen die albanische Bevölkerung stand Russland auf der Seite Serbiens.

EU fordert Bekenntnis zur europäischen Sicherheitspolitik

Seit Russlands Angriff auf die Ukraine richtet die europäische Gemeinschaft ihr Augenmerk wieder verstärkt auf den Balkan. Beim Westbalkan-Gipfel im Dezember 2022 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitglieder die Beitrittsperspektive für Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien und Albanien. Die EU stellte finanzielle Förderungen in Aussicht, forderte aber politische Reformen von den Beitrittskandidaten. Des Weiteren wurde die Bestätigung und Umsetzung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik als unabdingbar bezeichnet. Dies schließt auch die Beteiligung an den EU-Sanktionen gegen das Putin-Regime und dessen Unterstützer mit ein.

Die Forderung der EU nach der Übernahme der Sanktionspakete richtete sich vor allem an Serbien, das eine ambivalente Haltung zum russischen Angriffskrieg einnimmt. Einerseits stimmte das Land – im Gegensatz zu China oder Indien – für die Resolution der Vereinten Nationen, die die russische Invasion missbilligte. Jedoch sprach sich Präsident Vučić, wie auch damals bei der russischen Annexion der Krim 2014, gegen Sanktionen aus. Folglich steht das Land nicht auf Russlands Liste „unfreundlicher Staaten“. Dass die serbische Bevölkerung in dieser Frage gespalten ist, machte sich auf den Straßen bemerkbar: Neben pro-russischen, von Rechtsextremisten organisierten Demonstrationen kam es seit dem Überfall auf die Ukraine auch verstärkt zu pro-ukrainischen Kundgebungen.

Die Beitrittsverhandlungen Serbiens mit der EU laufen seit 2014, sind aber die letzten Jahre ins Stocken geraten. Neben der umstrittenen geopolitischen Ausrichtung des Landes werden mangelnde Reformen und die zunehmende Beschneidung der Pressefreiheit kritisiert. Des Weiteren bleibt seitens der europäischen Gemeinschaft die Destabilisierung des Balkans durch die serbische Regierung nicht unerkannt.

Zündeln in Bosnien-Herzegowina

Ein Hindernis auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft Serbiens stellt die destruktive Politik Belgrads in Bezug auf Bosnien-Herzegowina dar. Bei Bosnien-Herzegowina handelt es sich um einen föderalistischen Vielvölkerstaat. Muslimische Bosniaken stellen die Hälfte der Bevölkerung, orthodoxe Serben 30 Prozent und katholische Kroaten 15 Prozent. Das kollektive Staatsoberhaupt besteht aus je einem Vertreter der drei Ethnien.

Aufgrund der fragilen Situation seit den Jugoslawienkriegen wird der Frieden im Land vom Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina überwacht. Derzeitiger Amtsinhaber ist Christian Schmidt, ehemaliger deutscher Landwirtschaftsminister. Die von den Vereinten Nationen geschaffene Position weist eine hohe Machtfülle auf und kann die demokratischen Institutionen des Landes überstimmen. Aufgrund der schwierigen Regierungsbildung mussten die Hohen Repräsentanten wiederholt eingreifen.

Insbesondere in den letzten Jahren haben die politischen Krisen in Bosnien-Herzegowina zugenommen. Dies ist vor allem auf die politischen Anführer der serbischen Minderheit zurückzuführen, die vermehrt mit Abspaltung drohen. So sagte sich die autonome Republik

Srpska 2021 vom Justizsystem und der Armee Bosnien-Herzegowinas los. In ihrem Streben werden sie von der serbischen Regierung – und damit von Russland – unterstützt. Die europäische Gemeinschaft kritisiert die Destabilisierungspolitik von Vučić massiv. Mit ihrem Vorgehen blockiert die serbische Regierung den eigenen Beitritt zur EU sowie den von Bosnien-Herzegowina.

Erneute Eskalation im Kosovo

Auch in der Kosovo-Frage ist Serbien der destabilisierende Akteur. Der Kosovo ist ein von nahezu ausschließlich Albanern bewohntes Gebiet, das sich 2008 von Serbien lossagte. Rund 5 Prozent der Bevölkerung sind Serben, die vor allem im Norden leben. Hier kommt es immer wieder zu Protesten und Ausschreitungen. Wie die serbische Regierung erkennen sie die Unabhängigkeit des Kosovos nicht an und betrachten die Region weiterhin als Teil Serbiens. 2020 unterzeichneten die Regierungen von Serbien und Kosovo ein Wirtschaftsabkommen, wovon sich EU-Vertreter eine Normalisierung und Annäherung erhofften.

Doch nach einer Lokalwahl Mitte 2023 in einer fast nur von Serben bewohnten Gemeinde im Norden eskalierte die Situation erneut. Da die serbischen Einwohner die Wahl boykottierten, wurde ein Albanischstämmiger zum Bürgermeister gewählt. Es folgten die größten und gewalttätigsten Proteste seit Jahren. Hierbei wurden auch Soldaten der NATO-Truppe für den Kosovo (KFOR) verletzt, die versuchten das Rathaus zu schützen.

Nach den Protesten nahmen Spezialeinheiten aus Serbien drei kosovarische Polizisten fest. Die serbische Polizei begründete die Aktion mit einem angeblichen Grenzübertritt und bezeichnete die Verhafteten als „terroristische Bande“. Die Regierung des Kosovos hingegen warf Serbien die Entführung von Polizisten und eine absichtliche Destabilisierung des Landes vor. Auch Fachleute gehen davon, dass die Aktion sowie die Demonstrationen – wie auch in der Vergangenheit – von Serbien aus und damit von Vučić gesteuert werden. Unterstützung erhielt Serbien und die serbische Minderheit im Kosovo umgehend von Russland.

Wohin steuert Serbien?

Seit dem Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren hat Serbien an Einfluss im Balkan verloren. Dem möchte der serbische Machthaber Vučić entgegenwirken, der er eine Doppelstrategie verfolgt: Einerseits betreibt er eine Annäherung an die EU, andererseits unterstützt er den serbischen Nationalismus im Ausland und bleibt treu an der Seite Russlands. Diese Taktik ist de facto gescheitert.

Mit der Ablehnung der EU-Sanktionen gegen das Putin-Regime sowie der Destabilisierungspolitik in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo entfernt sich Serbien immer mehr von einem Beitritt zur europäischen Gemeinschaft. Die Eskalation im Kosovo Mitte 2023 hat zudem vor Augen geführt, dass sich Serbien der Rückendeckung durch Russland auch in Zukunft sicher sein kann. Womit auch ersichtlich wird, welchen nicht zu unterschätzenden Einfluss Moskau auf dem Balkan noch innehat. Eine EU-Mitgliedschaft Serbiens erscheint unrealistischer denn je – ebenso ein dauerhafter Frieden in der Region.

Literaturtipps:

- Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Spannungen zwischen Serbien und Kosovo, URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/517988/spannungen-zwischen-serbien-und-kosovo/>
- Seferi, Idro (2023): Serbien-Kosovo: Neue Eskalationsstufe im Konflikt, Deutsche Welle, URL: <https://www.dw.com/de/serbien-kosovo-neue-eskalationsstufe-im-konflikt/a-65921967>
- Sonne, Werner (2023): Land mit ungewisser Zukunft: Die Herausforderungen für Bosnien-Herzegowina, Deutsche Atlantische Gesellschaft, URL: <https://ata-dag.de/opinions-on-security/land-mit-ungewisser-zukunft/19100/>
- Vulović, Marina (2023): Außen- und sicherheitspolitische Beziehungen der Westbalkanländer mit externen Akteuren: Geostrategische Konkurrenz für die EU oder lokale Machtkämpfe?, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/aussen-und-sicherheitspolitische-beziehungen-der-westbalkanlaender-mit-externen-akteuren>

Hannes Fritz & Leonard Kleiber

Europa und die Arktis – auf einem Auge blind?

Blickt man auf eine Weltkarte, so nimmt die Arktis einen vermeintlich kleinen Raum an der Peripherie ein. Jedoch entwickelt sich der arktische Raum im vergangenen Jahrzehnt wieder zu einem geopolitisch bedeutsamen Gebiet, das die Aufmerksamkeit internationaler Akteure immer stärker auf sich zieht. Angesichts der sich verändernden geopolitischen Dynamiken, des Klimawandels und Ressourcen im nördlichen Vorgarten Europas, Asiens und Amerikas ist eine auf die Arktis gerichtete Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) von zunehmender Relevanz. Welche Bedeutung hatte die Arktis für Europa und trägt die Europäische Union dieser Bedeutung Rechnung?

Die Bedeutung der Arktis für Europa wuchs seit dem Mittelalter stetig. Bis zum 20. Jahrhundert war sie vor allem ein Ort wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Expansion. Spuren dieser Zeit finden sich bis heute in der Namensgebung von Orten wie dem Franz-Josef-Land als österreich-ungarisches Zeugnis. Sie verdeutlichen das europäische Engagement in der Arktis, welches sich nicht nur auf die klassischen Seemächte beschränkte. Mit dem Zeitalter der globalen Kriege beginnt die Wahrnehmung der Region als militärisch und sicherheitspolitisch relevanter Raum.

Historische Bedeutung der Arktis für Europa

Bereits im Ersten Weltkrieg nutzte Russland arktische Seerouten als Alternative zur gesperrten Ostsee für den Nachschub. Während des Zweiten Weltkrieges erweisen sich diese Seewege als existenziell. Im Rahmen des 1941 zwischen den USA und der Sowjetunion beschlossenen Leih-Pacht-Abkommen lieferten amerikanische und britische Geleitzüge der Sowjetunion über die Barentssee und die Beringstraße viereinhalb Millionen Tonnen Nachschub. Obwohl in der geografischen Peripherie gelegen, wurde die Arktis zu einer Überlebensader für die Sowjetunion und zu einem elementaren maritimen Operationsgebiet für den europäischen Kriegsschauplatz. Auch im Kalten Krieg behielt die Region ihre Bedeutung als Manövrierraum. Fortan operierten strategische U-Boote und Bomber beider Blöcke im Rahmen der Erst- und Zweitschlagfähigkeit unter und über dem Eis des Nordpolarmeeres. Das militärische Potenzial der Arktis lag in ihrer Abgeschiedenheit und der direkten Nachbarschaft von Ost und West. Hierdurch war sie ein Ort höchster militärischer Aktivität, dem in einem heiß gewordenen Kalten Krieg eine wichtige Rolle zugekommen wäre.

Mit Ende des Kalten Krieges sollte die öffentliche Aufmerksamkeit rapide abnehmen und die Zeiten des Konflikts in der Arktis beendet sein. Bereits 1987 bezeichnete Michail Gorbatschow die Arktis der Zukunft als „Zone des Friedens“. Die Gründung des Arktischen Rats (AR) 1996 als zwischenstaatliches Forum für den Dialog und Interessenausgleich zwischen arktischen Staaten repräsentierte eine fragile internationale Aufbruchsstimmung. Einerseits gab es internationale Projekte, wie die Planungen zur Erschließung des Shtokman-Gasfeldes zwischen Russland, Norwegen und Frankreich, welches aufgrund mangelnder Nachfrage 2010 scheiterte. Andererseits machten Signale wie die Absetzung der russischen Flagge am

geographischen Nordpol durch eine russische Expedition im Jahr 2007 die Arktis wieder zu einem ambivalenten Ort zwischen unilateralem Anspruchsdenken und Kooperation. 2021 warnte der russische Außenminister Sergei Lawrow den Westen vor jeglichen Besitzansprüchen in der Region, da jedem klar sein müsse, „dass dies unser Territorium ist“. Vermengt man Äußerungen wie diese mit dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 sowie die hieraus resultierende Erweiterung der NATO-Nordostflanke durch die Beitritte Finnlands und Schwedens, so wird deutlich, dass die sicherheitspolitische Krise die Arktis längst erfasst hat.

Aktuelle Konfliktfelder der Region

Die heutige Lage macht zwei Konfliktfelder erkennbar, die vor allem durch die Auswirkungen des Klimawandels zutage treten. Dazu gehören die bereits erwähnten Gebietsansprüche im Zusammenhang mit den zugehörigen Ressourcen. Eine Untersuchung des United States Geological Surveys aus dem Jahr 2008 vermutete nicht weniger als 30 Prozent aller unerschlossenen Erdgasvorkommen sowie 13 Prozent aller Ölvorkommen in der Arktis. Hiervon liegen 2/3 auf europäisch-russischer und 1/3 auf kanadisch-amerikanischer Seite, das meiste davon in Küstennähe. Hinzu kommt die potenzielle Bedeutung der Region für den Fischfang. Obwohl momentan nur einprozentige Zahlen des weltweiten Fisches im Nordpolarmeer gefangen werden, welches bisher von der Überfischung verschont geblieben ist, ermöglicht das Schmelzen des Eises einen hypothetisch größeren Fangansatz.

Das zweite Konfliktfeld betrifft die Nutzung potenzieller Seerouten. Der intensiven wirtschaftlichen und kommerziellen Nutzung dieser Seewege stand bisher das ewige Eis im Weg. Dieses wird durch den Klimawandel seine Ewigkeit verlieren und damit die arktischen Gewässer in Zukunft zu einer ernsthaften Alternative zu den konventionellen Seerouten machen. Während der Seehandel von Asien nach Europa bei der Fahrt durch den Suezkanal 20.000 Kilometer zurücklegen muss, würde sich bei ganzjährig eisfreien Fahrinnen der Weg entlang der russischen Nordküste über die Nordostpassage auf rund 15.000 Kilometer reduzieren. Gemeinsam mit der Nordwestpassage, die Routen durch den Panamakanal ersetzen würde, und der zentralen transpolaren Route gilt sie als der bisher aussichtsreichste Seeweg der Zukunft. Eine kurzfristige Nutzung sehen Experten aufgrund fehlender Infrastruktur und des extremen Wetters noch kritisch. Langfristig steht der Nutzung jedoch wenig entgegen. Die Frage der Kontrolle über diese potenziellen Lebensadern der Weltwirtschaft ist auch für Europa, welches von diesen abhängig ist, eine zentrale ökonomische und sicherheitspolitische Frage der Gegenwart und Zukunft.

EU als sicherheitspolitischer Akteur

In Anbetracht der Lage bestimmte die EU den Schutz der Arktis, die friedliche internationale Zusammenarbeit sowie Innovationen zum Schutz der Natur zu den drei Kernprinzipien ihrer Arktispolitik. Aufgrund des langjährigen Engagements in der Region und einer Vielzahl an Projekten, wie zum Beispiel die Arctic PASSION oder MOSAiC, kann die EU als ein arktischer Akteur betrachtet werden, auch wenn sie kein Mitglied des Arktischen Rates ist und keinen formellen Beobachterstatus innehat. Informell hat die EU dennoch Einfluss auf den Rat, da die drei EU-Staaten Dänemark, Finnland und Schweden Mitglieder sind. Das genannte Potenzial der Region führt jedoch dazu, dass auch Länder wie Indien oder China öffentliche Diskussionen

über eine eigene Arktisstrategie führen. Sie verfolgen daher Strategien, um ihre Interessen in Bezug auf Ressourcengewinnung, Schifffahrt und politische Einflussnahme in der Region zu wahren.

Am 8. November 2019 erklärte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Europa müsse die Sprache der Macht lernen, das heißt „eigene Muskeln aufzubauen (...) etwa in der Sicherheitspolitik.“ Dafür wurden verschiedene Projekte, wie zum Beispiel das Rüstungsgroßprojekt „Future Combat Air System“ oder die Militär-Trainingsmissionen, die in Zusammenarbeit mit den EU-Staaten durchgeführt werden, eingeführt. Deshalb ist es wenig verwundernd, dass sich die am 13. Oktober 2021 veröffentlichte gemeinsame Mitteilung der EU-Kommission über die Arktisstrategie explizit mit sicherheitspolitischen Herausforderungen beschäftigt. Als potenzielle Konfliktakteure werden China und vor allem Russland betrachtet. China wird nur nebenbei erwähnt, während Russland für seine militärischen Operationen und sein gesteigertes Selbstvertrauen in der Arktis und im Luftraum kritisiert wird. Die EU betont außerdem, dass dies die Auswirkungen des Klimawandels weiter verschlimmern könnte. Bemerkenswert ist hierbei, dass die EU anerkennt, dass es einen Zusammenhang zwischen Klimawandel und Militäroperationen geben kann. Dabei stellt sich die Frage: Kann die EU-Strategie den neuen Herausforderungen gerecht werden?

Arktisstrategie der EU

Die aktuelle Arktisstrategie der EU ist im „Joint Communication to the European Parliament and the Council: An integrated European Union policy for the Arctic“ festgehalten. Diese Strategie betont die Bedeutung der Arktis als ein einzigartiges Ökosystem und bekräftigt das Engagement der EU für die Nachhaltigkeit, den Umweltschutz, die wissenschaftliche Forschung und die Förderung der Zusammenarbeit in der Region. Ferner werden konkrete Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels, zur Förderung von Frieden und Sicherheit sowie zur nachhaltigen Entwicklung skizziert. Die EU bemüht sich um Sicherheitspolitik in der Arktis, insbesondere im Bereich der maritimen Sicherheit, da die zunehmende Erschließung der Region aufgrund des Klimawandels zu verstärkter Schifffahrt führt. Die maritime Sicherheit ist aufgrund der rauen Umweltbedingungen, des begrenzten Rettungsdienstes und daraus resultierenden Katastrophen von großer Bedeutung. Durch die Entwicklung einer umfassenden maritimen Sicherheitsstrategie trägt die EU dazu bei, die Umwelt zu schützen und die Sicherheit von Schifffahrtswegen zu gewährleisten. Eine effektive maritime Sicherheitsstrategie ist daher ein wichtiger Bestandteil der Sicherheitspolitik der EU.

Es ist anzumerken, dass es keine spezielle Militärstrategie im herkömmlichen Sinne seitens der EU für die Arktis gibt, die auch von der NATO abgekoppelt wirkt. Die EU setzt auf zivile Maßnahmen, multilaterale Kooperation und Diplomatie, um potenzielle Konflikte zu vermeiden und Herausforderungen zu lösen. Eine sicherheitspolitische Strategie in der Region wird dann von den einzelnen arktischen Anrainerstaaten sowie der NATO verfolgt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die EU auch eine gemeinsame sicherheitspolitische Doktrin für die Arktis entwickelt, um Konflikten begegnen zu können, die aufgrund des wachsenden Potenzials und der globalen Lage ausbrechen könnten. Diese müssten unabhängig von ihren transatlantischen Verbündeten funktionieren. Ansatzpunkte für eine autarke Sicherheitsdoktrin wären die Erarbeitung eines Krisenplanes, der Aufbau einer

ernstzunehmenden maritimen Präsenz, europäische Übungen bei gleichzeitiger Beibehaltung der NATO-Manöver, die Betonung der Bedeutung der Arktis für alle europäischen Staaten sowie der verstärkte Austausch von Informationen. Um die an erster Stelle stehenden präventive Diplomatie und Konfliktvermeidung zu fördern, sollte die EU ihre diplomatische Zusammenarbeit mit allen Akteuren in der Arktis und solche, die sich in Zukunft platzieren möchten, intensivieren.

Ausblick

Trotz der ausformulierten Strategie scheint die EU die historische sowie künftige Bedeutung der Arktis und die durch ihr Potenzial entstehenden Spannungen zumindest offiziell nicht zu berücksichtigen. Es ist lobenswert, dass die EU als Friedensvermittler auftritt und über ein maritimes Sicherheitskonzept verfügt. Möglichen Ansprüchen um die Kontrolle von Ressourcen und zukünftigen Seewegen darf die EU jedoch nicht naiv begegnen. Die Geschichte zeigt, dass die Region stets ein Raum bedeutender Seerouten war und sein wird, von denen Europa abhängig sein kann. Hieraus leitet sich die gesamteuropäische Verantwortung ab, Interessen zu wahren und mögliche Konflikte im arktischen Raum als realistisch zu erachten, sie frühzeitig entschärfen oder im Konfliktfall souverän agieren zu können. Die Erfahrungen des russisch-ukrainischen Krieges zeigen, dass die EU eine sicherheitspolitische Doktrin entwickeln muss, die auch unabhängig von der NATO funktionieren kann. Wollen die EU-Staaten in einer bi- oder multipolaren Weltordnung weiterhin Gewicht haben, so müssen sie als Staatenbund auftreten. Ein gemeinsamer, sicherheitspolitischer Blick auf die Arktis wäre hierfür ein wichtiges Zeichen.

Literaturtipps:

- Baumann, Gabriele/Tucker, Julian (2023): Die Arktispolitik der Nordischen Länder: Im Spannungsfeld zwischen Klimawandel, wirtschaftlicher Nutzung und Sicherheit, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/die-arktispolitik-der-nordischen-laender>
- Hilde, Paal Sigurd (2022): Auf Eis gelegt: Sicherheitspolitik und internationale Beziehungen in der Arktis nach der Zeitenwende, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, URL: <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2022/auf-eis-gelegt-sicherheitspolitik-und-internationale-beziehungen-in-der-arktis>
- Paul, Michael (2021): Die neue Arktisstrategie der EU, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2021A14/>
- Rachold, Volker (2022): Sicherheitspolitik in der Arktis. Abriss einer Analyse, German Arctic Office, URL: <https://www.arctic-office.de/publikationen/sicherheitspolitik-in-der-arktis/>

Julius Vellenzer

Vom Zuschauer zum Akteur? Die NATO und das Schwarze Meer

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022 hat dem Westen die geopolitische Bedeutung des Schwarzen Meeres wieder vor Augen geführt. Aktuell halten die Streitkräfte Russlands den Großteil der ukrainischen Küste besetzt. Zusammen mit den russischen Küstengebieten, die bis nach Georgien reichen, hat Russland seine Position erheblich ausgebaut. Dies setzt die NATO, die vor allem dank der Türkei in der Region stark präsent ist, unter Druck. Obwohl die Türkei mit ihren politischen Alleingängen der letzten Jahre die Partnerländer verärgerte, stellt sie als zweitgrößte NATO-Armee weiterhin eine wichtige Stütze dar. Zudem hat das Land im Zuge des Ukrainekriegs an militärpolitischer Bedeutung gewonnen. Wie kann das westliche Verteidigungsbündnis wieder ein relevanter Akteur in der Region werden?

Mit der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim stellte Russland 2014 den Grundstein für seine weiteren Expansionspläne. Die völkerrechtswidrige Besetzung war geostrategisch und militärisch motiviert. So befindet sich der Hauptstützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte in der ukrainischen Stadt Sewastopol. Seit Beginn des Angriffskriegs 2022 kontrolliert Russland die Küstenstadt Mariupol, während die Hafenstadt Odessa regelmäßig unter russischem Beschuss steht. Cherson konnte die Ukraine im November 2022 wieder befreien. Seit dem *de facto* Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive 2023 macht Russland wieder Geländegewinne. Die Ukraine wehrt sich vehement und attackiert russische Schiffe mit Drohnen und Flugkörpern.

Das Schwarze Meer als russisches Einflussgebiet

Für Russland ist das Schwarze Meer seit Jahrhunderten Teil der Interessensphäre. Seine regionale Machtposition erlangte das Land nach dem Sieg über das Osmanische Reich 1774. Neun Jahre später folgte die Annexion der Krim, die zur Gründung der Schwarzmeerflotte führte. Diese nahm nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund der regionalen Dominanz der Sowjetunion eine bedeutende Rolle ein. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 belastete das russisch-ukrainische Verhältnis auch wegen der Schwarzmeerflotte. Hintergrund war, dass der Hauptstützpunkt nun auf der Krim – das heißt auf ukrainischem Territorium – lag. Russland stellte die Flotte unter seine Kontrolle, führte Gespräche mit der Ukraine und pachtete 1999 den Hafen von Sewastopol für 20 Jahre.

Die Kontrolle des Schwarzen Meeres soll auch den Zugang in den Nahen Osten, Nordafrika, Südeuropa und Zentralasien sichern. Wie wichtig auch die östliche Küste der Region für Russland ist, zeigte der Kaukasuskrieg 2008. Beim Angriff auf Georgien war die Schwarzmeerflotte beteiligt. Sie blockierte nicht nur die Küstengebiete, sondern führte auch Angriffe auf die georgische Marine durch. Nach dem Krieg entstanden die zwei abtrünnigen, russlandtreuen Republiken Südossetien und Abchasien. Letztere liegt am Schwarzen Meer,

womit Russland seinen Einfluss weiter expandiert hat. Retrospektiv betrachtet gilt der Krieg gegen Georgien als Vorläufer des Ukrainekriegs.

2010 erfolgte eine neue Einigung mit der Ukraine über die Schwarzmeerflotte. Für die Zusicherung der Stationierung bis 2042 wurde der Ukraine günstiges russisches Gas zugesprochen. Mit der Krim-Besetzung 2014 wurden alle Vereinbarungen null und nichtig. Russland hat seitdem die Schwarzmeerflotte materiell und personell ausgebaut. Im Krieg gegen die Ukraine seit 2022 nimmt die russische Marine eine bedeutende Rolle ein. Einerseits trug sie maßgeblich zur Einnahme des nordöstlichen Schwarzen Meeres bei. Andererseits ist die Flotte seit dem Untergang des Flaggschiffs „Moskwa“ und weiterer Schiffe durch die Ukraine in der Defensive. Da die Seeherrschaft vor den ukrainischen Küsten nicht gelungen ist, folgte auf russischer Seite ein Strategiewechsel.

Kontrolle der Häfen und Seewege als politisches Druckmittel Russlands

Ein schneller Sieg über die Ukraine ist Russland weder zu Land noch auf See gelungen. Während sich die Kampfhandlungen zu Land zu einem Stellungs- und Abnutzungskrieg entwickelt haben, hat Russland auf See gegenüber der Ukraine weiterhin die Oberhand. Aufgrund der schwachen Flugabwehr gegen Angriffe mit Flugkörpern und Drohnen erfolgte jedoch kein Durchbruch. Im Rahmen eines Strategiewechsels nutzt Russland daher seine maritime Dominanz aus, um die Wirtschaft der Ukraine zu schwächen. So ist es der Schwarzmeerflotte gelungen ukrainische Häfen zu blockieren und Seeverbindungslinien abzuriegeln. Die Ukraine konnte keine Schiffstransporte, wie den Export von Getreide oder Düngemittel, mehr durchführen. Dies traf die ukrainische Wirtschaft, die durch den Krieg und die Abwanderung von Millionen Menschen bereits geschwächt wurde, hart. Des Weiteren trugen die ausbleibenden Transporte der „Kornkammer“ Europas weltweit zu Engpässen von Lebensmitteln und ihrer Verteuerung bei. Davon betroffen waren vor allem Länder des globalen Südens.

Erst ein Getreideabkommen unter Vermittlung der Türkei – eines NATO-Mitglieds – ermöglichte die Wiederaufnahme der Schiffstransporte. Das Abkommen zwischen Kiew und Moskau lief im Juli 2023 aus. Russland stuft seitdem alle Schiffe als „potenziell feindlich“ ein. Neben dem Beschuss ukrainischer Transportschiffe durch die Marine erfolgte auch die Bombardierung des Hafens von Odessa durch die Luftwaffe. Die Ukraine reagierte mit Drohnen- und Raketenangriffen auf Kriegsschiffe und auf den Hauptstützpunkt der Schwarzmeerflotte auf der Krim. Dies zwang die russische Marine zu partiellen Rückzügen – so zuletzt im Juni 2024 nach der Zerstörung eines Angriffsschleppers durch eine ukrainische Drohne. Aufgrund der Bedrohungslage zog sich Kiew zufolge die Schwarzmeerflotte einen Monat später von der Krim zurück. Ende August 2024 führte ein ukrainischer Luftangriff zum Untergang eines Treibstofffrachters vor der russischen Küste. Dank der erfolgreichen Gegenschläge der Ukraine sind wieder, wenn auch in geringerem Maße, Exporte von Lebensmitteln und Dünger möglich.

NATO weiterhin größter militärischer Akteur – dank der Türkei

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die geopolitische Bedeutung des Schwarzen Meeres, wo auch die NATO aktiv ist, unterstrichen. Das westliche Verteidigungsbündnis ist mit der

Türkei, Bulgarien und Rumänien vertreten. Nur diese drei Mitgliedstaaten dürfen auch dauerhaft maritime Einheiten stationieren. Dass die NATO den größten militärischen Akteur der Region darstellt, ist vor allem auf die Türkei zurückzuführen. So besitzt die zweitgrößte Armee der NATO vier Marinestützpunkte in den Städten Bartın, Karadeniz Ereğli, Samsun und Trabzon. Bulgarien und Rumänen haben kleinere, zum Teil mit altem sowjetischem Gerät ausgestattete Seestreitkräfte. Wie wichtig die Region für die westliche Allianz ist, zeigen die regelmäßigen Besuche der „Standing NATO Maritime Group 2“. Der ständige maritime Einsatzverband ist Teil der Eingreiftruppe „NATO Response Force“, deren Einheiten im Zuge des Ukrainekriegs aktiviert wurden.

Die Türkei nimmt nicht nur aufgrund ihrer Marine eine Schlüsselstellung für die Allianz ein. Sie hat eine sehr lange Küste und kontrolliert die Bosphorus-Passage bei Istanbul. Ihre geostrategische Position zwischen Europa und Asien fungiert als eine Drehscheibe der NATO in den Nahen Osten und Kaukasus sowie nach Zentralasien. Die Türkei bildet damit faktisch das westliche Pendant zu Russland. Wie Moskau betrachtet auch Ankara das Schwarze Meer als Interessenzzone. Seine Machtposition untermauerte das Land zu Beginn des russischen Angriffskriegs, als es die Passage für alle Kriegsschiffe sperrte. Auch beim Getreideabkommen wurde das türkische Selbstbewusstsein ersichtlich.

Problematisch für das transatlantische Bündnis waren die Alleingänge der Türkei in den letzten Jahren. Vor allem die Bestellung des russischen Flugabwehrsystems S-400 im Jahr 2017, das nicht NATO-kompatibel ist, sorgte für heftigen Streit. Die USA stoppten daraufhin die geplante Auslieferung des Kampfflugzeugs F-35 an die Türkei. Zudem sprach sich Ankara mit Moskau im Syrienkrieg ab, um militärisch gegen kurdische Einheiten im Nachbarland vorzugehen. Mit der politischen Annäherung an Russland wurde die Position der NATO geschwächt – auch im Schwarzen Meer. Die Hinauszögerung der NATO-Beitritte von Finnland (2023) und Schweden (2024) belastete ebenfalls das Verhältnis zu den Bündnispartnern. Nach Ankaras Zustimmung zur schwedischen Mitgliedschaft verbesserten sich die Beziehungen zu den NATO-Partnern, insbesondere zu den USA. So folgte aus Washington umgehend die Zusage der Lieferung des Kampfflugzeugs F-16. Des Weiteren wurde der Türkei Anfang 2024 die Wiederaufnahme in das Programm des F-35 in Aussicht gestellt.

Mehr Beachtung und mehr Zusammenarbeit notwendig

Dass das Schwarze Meer an militärpolitischer Relevanz gewonnen hat, ist auch in Washington angekommen. Jahrzehntlang wurde das Binnenmeer von den USA, der größten NATO-Armee, wenig beachtet. Ende 2023 konnte die Regierung von US-Präsident Joe Biden parteiübergreifend eine Sicherheitsstrategie zur kritischen Region beschließen. Die Strategie fußt dabei auf fünf Säulen: Verstärktes bilaterales und multilaterales Engagement, regionale Sicherheitskooperationen durch erhöhte NATO-Präsenz, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Energiesicherheit sowie demokratische Resilienz. Von der politischen Aufmerksamkeit und den finanziellen Investitionen der USA profitieren die NATO-Anrainerstaaten Türkei, Bulgarien und Rumänien.

Die vorsichtige Wiederannäherung der Türkei an die NATO wird auch am Schwarzen Meer deutlich. So unterzeichneten die Verteidigungsminister der Türkei, Bulgariens und Rumäniens im Januar 2024 ein Abkommen zur Aufstellung einer Taskforce. Ziel ist die Sicherung von

Schiffen gegen Seeminen, die seit dem russischen Angriffskrieg im Binnenmeer treiben. Einen Monat zuvor kam es noch zu einer Explosion an einem ukrainischen Getreideschiff vor der Küste Rumäniens. Die drei NATO-Mitglieder senden jeweils ein Minenabwehrschiff und ein Kommandoschiff zu Patrouillen. Überwacht wird die Taskforce von einem Marineausschuss, dessen Vorsitz halbjährlich zwischen den Partnerländern wechselt. Auch vermehrte gemeinsame Übungen sollen stattfinden.

Mit der neuen Schwarzmeer-Strategie der USA und der Verbesserung der amerikanisch-türkischen Beziehungen ist das transatlantische Bündnis auf dem ersten Blick wieder ein aktiver und ernstzunehmender „Player“ in der Region geworden. Doch ausgerechnet die beiden Mitglieder mit den größten Streitkräften stellen zugleich Unsicherheitsfaktoren dar. So betonte Ankara zwar auf dem NATO-Gipfel im Juli 2024, dass es eine stärkere Rolle in der Allianz anstrebe. Parallel denkt die Türkei aber auch laut über einen Beitritt zur von China und Russland geführten BRICS-Gruppe nach. In den USA wiederum stehen im November 2024 Präsidentschaftswahlen an, bei denen die Transatlantikerin Kamal Harris gegen den Nationalisten Donald Trump antritt. Trump drohte in seiner ersten Amtszeit als Präsident (2017-2021) mit einem Austritt aus dem Verteidigungsbündnis und stellte im Wahlkampf wiederholt die NATO-Beistandspflicht infrage.

Abschreckung der NATO – doch für wie lange?

Für den Kreml stellt das Schwarze Meer seit jeher eine geostrategische Interessenszone dar. Dies hat der Angriffskrieg auf die Ukraine, bei dem die Schwarzmeerflotte eine wichtige Rolle einnimmt, unterstrichen. Doch auch die Türkei mit ihren vier Marinestützpunkten und der Kontrolle der Bosphorus-Passage betrachtet die Region als Einflussphäre. Vor dem Hintergrund der neuen amerikanischen Schwarzmeer-Strategie und der Wiederannäherung der Türkei an Partnerländer wirkt die NATO geeinter und gestärkter wie lange nicht. Beide Aspekte sind für Abschreckung und Verteidigung als Kernaufgabe des Militärbündnisses von entscheidender Bedeutung.

Doch das westliche Verteidigungsbündnis steht vor großen Herausforderungen. Sollte Trump erneut ins Weiße Haus einziehen, könnte er die US-Militärpräsenz in Europa zurückfahren oder gar den NATO-Austritt in die Wege leiten. Die Allianz würde ihre glaubwürdige Abschreckung gänzlich verlieren und Europa stünde allein einem militarisierten Russland gegenüber. Dieses potenzielle „Horror-Szenario“ sowie der Ukrainekrieg verdeutlichen, welche Rolle die Türkei in der NATO – über das Schwarze Meer hinaus – einnimmt. Eine politische Orientierung Ankaras in Richtung Russland und China muss daher von den USA und Europa verhindert werden. Parallel sollte der Weg der Wiederannäherung fortgeführt werden, da die Türkei auch in Zukunft als wichtige Stütze des Militärbündnisses benötigt wird.

Literaturtipps:

- Aydin, Yasar (2024): Die Türkei in der NATO: Beziehungsstatus schwierig, Qantara, URL: <https://qantara.de/artikel/die-t%C3%BCrkei-der-nato-beziehungsstatus-schwierig>

- Dupuy, Arnold C. (2023): The Biden administration finally has a Black Sea security strategy, Atlantic Council, URL: <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/the-biden-administration-finally-has-a-black-sea-security-strategy-its-what-comes-next-that-matters/>
- Isachenko, Daria/Swistek, Göran (2024): Das Schwarze Meer als Mare Clausum, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A36/>
- Jentzsch, Christian (2022): Die Marinen und maritimen Interessen der Schwarzmeeranrainer, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, URL: <https://zms.bundeswehr.de/de/mediathek/zmsbw-dossier-ukraine-jentzsch-schwarzes-meer-5533248>
- Latschan, Thomas (2024): Ukraine-Krieg: Das Schwarze Meer und seine Bedeutung, Deutsche Welle, URL: <https://www.dw.com/de/ukraine-krieg-das-schwarze-meer-und-seine-bedeutung/a-66498100>

2. Naher Osten

Julius Vellenzer

Jemen – Der vergessene Kriegsschauplatz

Eine der größten humanitären Katastrophen mit hunderttausend Toten und Millionen Hungernden in einem nicht endenden Bürgerkrieg. Die Vereinten Nationen sprechen hierbei nicht von Syrien oder Libyen, sondern von dem ärmsten Land des Nahen Ostens: Jemen. In dem südlich von Saudi-Arabien gelegenen Land tobt seit Jahren ein Krieg, der in den Nachrichten deutlich weniger präsent ist als andere Konflikte in der Region. Folglich sind auch die politischen und sozialen Hintergründe kaum bekannt. Doch warum ist das der Fall? Und was sind gute Gründe, dem Jemen größere Aufmerksamkeit zu geben?

Für das Verständnis des aktuellen Konflikts ist ein kurzer Blick auf die jüngste Vergangenheit des arabischen Landes wichtig. Die heutige Republik Jemen entstand 1990 durch die Vereinigung des ehemaligen Königreichs Nordjemen und des kommunistischen, zuvor britischen Südjemens. Im Gegensatz zu anderen geteilten Ländern waren die Beziehungen der beiden Republiken freundlich, was die Vereinigung begünstigte. Bereits vier Jahre später brach jedoch ein von Separatisten aus dem Süden ausgelöster Bürgerkrieg aus. Dieser konnte zwar schnell von den Regierungstruppen gewonnen werden, aber die politischen Spannungen blieben bestehen.

Neben dem politischen Konflikt im Süden war und ist das wiedervereinigte Jemen auch auf gesellschaftlicher Ebene gespalten. Zum einen zeichnet sich das Land mit seinen rund 30 Millionen Einwohnern durch stark von verschiedenen arabischen Stämmen geprägte Strukturen und Gewohnheiten aus. Des Weiteren ist die islamische Gesellschaft konfessionell in 55 Prozent Sunniten und 45 Prozent Schiiten geteilt. Letztere haben ihre Heimat in den nördlichen Gebieten und stellten die Herrscher des früheren Königreichs, das sich zum Nordjemen entwickelte. Die meisten Schiiten fühlen sich sozial diskriminiert und politisch nicht repräsentiert. Die südlichen Teile des Landes und die politische Führung waren hingegen stets sunnitisch geprägt. Gemein ist allen Regionen eine geringe wirtschaftliche Entwicklung trotz Öl- und Gasressourcen, da Abhängigkeiten zu ausländischen Produzenten bestehen und die Infrastrukturen unzureichend sind. Jemen gilt daher als das ärmste Land im Nahen Osten.

Im Jahr 2011 erfuhr das jahrzehntelang von Präsident Ali Abdullah Salih autoritär regierte Jemen eine historische Zäsur: Die von den Ereignissen in Tunesien inspirierten Proteste mündeten in eine Revolution und zwangen den Machthaber zum Rücktritt. Allerdings gelang es der neuen Regierung unter ex-Vizepräsident Abed Rabbo Mansur Hadi nicht, alle politischen und sozialen Kräfte in eine von ihm geleitete Transformation zu integrieren. Unter den Oppositionsgruppen – zu denen auch die separatistische Südliche Bewegung und Bündnisse aus Islamisten zählen – hat insbesondere die Huthi-Miliz als Vertreter der Schiiten eine entscheidende Rolle im Kampf um die politische Vorherrschaft im Land eingenommen. Die Einnahme der Hauptstadt Sana'a durch die schiitischen Rebellen bis Anfang 2015 zwang die Hadi-Regierung zur Flucht und die angekündigte politisch-militärische Expansion auf den gesamten Jemen entfesselte schließlich einen neuen Bürgerkrieg.

Von inneren Kämpfen zum Krieg der Regionalmächte

Der Huthi-Miliz wurde von Seiten der Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien und weiterer Golfstaaten früh enge politische Verbindungen zum Iran, der größten schiitischen Nation, vorgeworfen. Der Erzfeind des saudischen Königreichs soll den Rebellen Waffenlieferungen, Ausbildungen und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt haben, um seinen Einfluss in der Region weiter auszubauen. Laut einem UN-Bericht von 2015 habe diese Unterstützung bereits im Vorfeld der Revolution begonnen. Sowohl die schiitischen Rebellen als auch der Iran bestreiten die Existenz direkter Verbindungen auf politischer oder militärischer Ebene. Auf der anderen Seite finden Treffen zwischen ranghohen Vertretern statt und Rebellen werden ideologisch und militärtechnisch durch Spezialisten im Iran geschult. Des Weiteren werden in iranischen Medien Angriffe der Huthis als Maßnahmen zur Selbstverteidigung legitimiert und Erklärungen für deren Unterstützung ausgestrahlt.

Mit der Eroberung weiter Teile des Nordens durch die schiitische Miliz hat sich der Jemen zu einer der Hauptfronten des Konflikts der Regionalmächte Iran und Saudi-Arabien im Nahen Osten entwickelt. Beide Länder verfolgen hierbei strategische Interessen. In der Zeit vor den revolutionären Ereignissen befand sich das Land politisch, ökonomisch und militärisch in der saudischen Einflussphäre. Der Fall der Hauptstadt Sana'a und die Absetzung der offiziellen, pro-saudischen Regierung stellt für das streng sunnitische Königreich eine geopolitische Bedrohung dar. Auf die Erfolge der dem Iran nahestehenden Huthis reagierte Saudi-Arabien mit einer großflächigen militärischen Intervention, die von einigen Golfstaaten militärisch und von den USA logistisch unterstützt wurde. Innerhalb weniger Wochen sollten die schiitischen Rebellen besiegt und aus der Hauptstadt vertrieben werden.

Das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens seit 2015 stellt in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt in der Entwicklung des Jemen dar: Zum einen griff erstmals ein Nachbarland direkt – sowie offiziell und mit Hilfe der Weltmacht USA – in den Konflikt ein. Des Weiteren haben die Operationen enorme Folgen für die Bevölkerung nach sich gezogen. Maßnahmen wie die Meeresblockade haben die Hungersnot und mangelnde medizinische Versorgung im Land verschärft und von den flächendeckenden Bombardierungen waren insbesondere Zivilisten betroffen. Schließlich bedeutete die Intervention die nächste Stufe der Eskalation des saudisch-iranischen Konflikts um die politische Vorherrschaft im Nahen Osten, da nach dieser militärischen Operation Gegenreaktionen erwartet werden.

Stellvertreterkrieg zulasten der Bevölkerung

Der ursprünglich innerstaatliche Konflikt zwischen politisch-religiösen Gruppierungen entwickelte sich durch die Blockaden und Luftangriffe Saudi-Arabiens auf Gebiete, die unter Kontrolle der pro-iranischen Huthi-Miliz stehen, immer mehr zu einem Stellvertreterkrieg. Saudi-Arabien positionierte sich seit Beginn der Revolution auf Seiten der offiziellen Regierung, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf den Jemen weiterhin zu sichern. Ein instabiles Nachbarland im Süden ist schlecht für das sunnitische Königreich, der Fall des Landes in die Hände einer Iran-nahen Regierung wäre jedoch eine geopolitische Katastrophe. Der Iran hingegen konnte durch die politisch-militärischen Erfolge der schiitischen Glaubensbrüder seine Position im Nahen Osten, die seit der Unterstützung der Assad-Regierung im syrischen

Bürgerkrieg gestärkt ist, weiter ausbauen. Eine vollständige Integration des Jemen in die iranische Einflussosphäre wäre ein Riesen-Coup und käme einem Erdbeben in der Region gleich.

Die Übernahme des Landes durch die schiitischen Huthis versuchen Saudi-Arabien und seine Verbündeten seit 2015 mit militärischen Mitteln zu verhindern. Diese Operationen haben nicht nur die Lage des Konfliktes, sondern auch die Situation der Bevölkerung massiv verändert. So haben die Bombardierungen vor allem Wohngebiete, Krankenhäuser, Einkaufszentren, Schulen und wichtige Infrastrukturen getroffen. Bei den Angriffen wird zum Teil Streumunition verwendet, deren Herstellung und Einsatz von den meisten europäischen Staaten verboten ist. Wichtige Lieferungen wie Lebensmittel sind seit dem saudischen Militäreinsatz weder über den Luftraum noch über Landwege möglich. Mit der Besetzung des Meereszugangs wurde der Jemen schließlich wirtschaftlich vollständig isoliert, da nun auch Transportschiffen der Zugang zu Häfen verwehrt wird.

Aufgrund der umfassenden Blockade sind neben Nahrungsmitteln auch Trinkwasser und Medikamente knapp. Dadurch hat sich seit 2016 eine Hungersnot im Land ausgebreitet, die etwa die Hälfte der Bevölkerung betrifft und für den Tod von etwa 50.000 Kindern innerhalb eines Jahres verantwortlich ist. Des Weiteren hat die mangelnde Hygiene im Kriegsgebiet laut Weltgesundheitsorganisation zum weltweit größten Cholera-Ausbruch mit über zwei Millionen Verdachtsfällen beigetragen. Journalisten und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen vor Ort bezeichnen die Lage der Bevölkerung als desaströs. Die Vereinten Nationen sprechen vor dem Hintergrund der Hungersnot und des Choleraausbruchs im Jemen von der zurzeit „größten humanitäre Katastrophe der Welt“, wobei die Auswirkungen der aktuellen Corona-Pandemie noch nicht berücksichtigt sind. Nach den Berechnungen der UN werden sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit COVID-19 infizieren und etwa 40.000 Menschen daran versterben. Insgesamt sind im Verlauf des Bürgerkriegs bisher mehr als 112.000 Menschen gestorben.

Waffenlieferungen und Angriffe auf Öltraffinerien

Ungeachtet der Notlage weiter Teile der Bevölkerung geht der Konflikt im Land weiter – und damit auch das Aufrüsten. So fing die US Navy im Zuge der Meeresblockade 2016 ein Schiff mit einer Lieferung von tausenden Waffen aus dem Iran, vor allem AK-47 und Panzerabwehr-Granatwerfer, ab. Die amerikanische Regierung geht hierbei von einer Lieferung in den Jemen aus. Des Weiteren wurden auf Seiten der schiitischen Miliz unter anderem die Verwendung von russischen Katjuscha-Raketenwerfern und Kornet-Panzerabwehrkraketen sowie iranischen Artilleriesystemen und Drohnen entdeckt. Aufgrund der Herkunft der Waffen gehen Experten von einer Lieferung über die paramilitärische Revolutionsgarde des Iran aus. Sowohl die Aussagen von Generälen der Revolutionsgarde über ihren großen Einfluss auf die Huthis als auch die Zusage der „spirituellen Unterstützung“ seitens des Obersten Führers Ali Chamenei im Jahr 2019 deuten auf eine stärkere militärische Involvierung des Iran im Bürgerkrieg hin.

Parallel dazu hat auch Saudi-Arabien sein Vorgehen im Land und seine militärische Präsenz in der Region intensiviert. Die Luftangriffe auf von der schiitischen Miliz kontrollierte Gebiete dauern ungebrochen an und Angriffe der jemenitischen Armee werden logistisch und militärisch unterstützt. Da Saudi-Arabien direkt in den Bürgerkrieg im Jemen eingreift, hat das

Land in die eigene Aufrüstung investiert und 2017 einen Waffendeal mit den Vereinigten Staaten in Höhe von 110 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Der Kaufvertrag beinhaltet unter anderem Panzer, Kriegsschiffe, Bomben sowie Raketenabwehr-, Radar-, Kommunikations- und Cybersicherheitssysteme. Die massive Aufrüstung des Landes wird als Gegenmaßnahme zum zunehmenden iranischen Einfluss im Nahen Osten interpretiert und ist als Zeichen der Fortsetzung des Stellvertreterkriegs im Jemen anzusehen.

Die fortlaufende militärische Intervention Saudi-Arabiens hat jedoch auch Konsequenzen im eigenen Land nach sich gezogen. So haben die Huthis als Vergeltungsmaßnahmen erfolgreich südliche saudische Provinzen angegriffen, Grenzorte eingenommen und mittels Drohnen und Kurzstreckenraketen Flughäfen und Ölfelder im gesamten Land attackiert. Insbesondere der überraschende Drohnenangriff auf die weltweit größte Öltraffinerie im September 2019 hat die Verwundbarkeit Saudi-Arabiens und die regionale bis globale Dimension des Bürgerkriegs im Jemens aufgezeigt. Zum einen hat das Königreich seine Öltagesproduktion auf die Hälfte drosseln müssen, was fünf Prozent des weltweiten Verbrauchs entspricht und mit für die aktuelle Entwicklung des Ölpreises verantwortlich ist. Des Weiteren gehen die US-Regierung und Saudi-Arabien aufgrund der professionellen Technologie und geografischen Nähe der östlich gelegenen Fabrik nicht von einem Angriff aus dem Jemen, sondern aus dem Iran aus. Der Erzfeind des sunnitischen Königreichs wehrt sich gegen die Vorwürfe, jedoch müssen laut Ansicht von Experten zumindest die Waffen aus dem Iran stammen. Unabhängig vom Grad der Involvierung wird die Überraschungsattacke als nationale und globale Prestigesteigerung des von US- und EU-Sanktionen betroffenen Irans und als weitere Zuspitzung des Konflikts der beiden Regionalmächte interpretiert.

Regionaler Konflikt mit globaler Dimension

Der Jemen befindet sich seit fast zehn Jahren in einer schweren politischen Krise, die vor fünf Jahren in einen bis heute andauernden Bürgerkrieg gemündet ist. Obwohl bereits mehr als 112.000 Menschen gestorben sind und die Bevölkerung unter Hungersnot, Cholera sowie aktuell unter Corona leidet, ist das Land in den Medien weniger präsent als Syrien oder Libyen. Dies ist zum einen geografisch zu begründen, da der Jemen im Gegensatz zu den anderen Ländern deutlich weiter von Europa entfernt ist und keine Land- oder Meeresgrenze zu einem Mitgliedstaat oder Nachbarland der Europäischen Union aufweist. Folglich kommen so gut wie keine jemenitischen Flüchtlinge in Europa an, was dazu führt, dass das Land in der deutschen Flüchtlingsdebatte de facto keine Rolle einnimmt. Aufgrund der großen Distanz wird der Bürgerkrieg primär als ein innerstaatlicher bis regionaler Konflikt wahrgenommen. Dies wird durch das geringere Engagement von Seiten der EU und Deutschlands – als Vergleiche können die Bundeswehrmission in Syrien oder der Ausbau der europäischen Grenzagentur Frontex im Mittelmeer herangezogen werden – unterstrichen.

Bei genauer Betrachtung handelt es sich bei dem Bürgerkrieg im Jemen jedoch – eventuell noch stärker als bei Syrien und Libyen – um einen regionalen Konflikt mit globalen Ausmaßen. Aufgrund des militärischen Eingreifens von Saudi-Arabien und des Engagements des Irans, das bis zu potenziellen Drohnenangriffen auf Gebiete des Erzfeindes reicht, stehen sich die beiden Regionalmächte nirgendwo so nah gegenüber wie im Jemen. Mit der Unterstützung der saudischen Operationen durch die Großmacht USA, die unter Trump einen Konfrontationskurs

zum Iran fährt, und der Angriffe auf wichtige Ölfabriken erreicht der Konflikt eine globale Dimension. Die militärisch-politische Konstellation im Bürgerkriegsland und das direkte Aufeinandertreffen der Regionalmächte trägt schließlich zur weiteren Instabilisierung des Nahen Ostens bei. Da die Auswirkungen auf andere Regionen und somit auch auf Europa unkalkulierbar sind, sollte dem Jemen auch vor dem Hintergrund der humanitären Krise insgesamt eine stärkere mediale und politische Beachtung gegeben werden.

Literaturtipps:

- Heinze, Marie-Christine (2020): Jemen, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54611/jemen/>
- Kleber, Mark (2018): Krieg, Hunger, Cholera und kein Ende, Deutschlandfunk, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/die-lage-im-jemen-krieg-hunger-cholera-und-kein-ende-100.html>
- Philipp, Peter (2015): Stellvertreterkrieg am Golf von Aden, Deutschlandfunk, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/jemen-stellvertreterkrieg-am-golf-von-aden-100.html>

Julius Vellenzer

Zehn Jahre Arabischer Frühling – Rückschau und Ausblick

Die Welle an Protesten gegen autoritäre Machthaber im Nahen Osten und Nordafrika von Ende 2010 bis Mitte 2012 ging als Arabischer Frühling oder Arabellion in die Geschichtsbücher ein. Repressive Regime, die ihr Versprechen nach Arbeit und Wohlstand für alle nicht mehr erfüllten, sahen sich dem Druck hunderttausender Menschen ausgesetzt, die für Demokratie und Freiheit auf die Straßen gingen. Die Verläufe der Demonstrationen waren höchst unterschiedlich und reichten von ersten Demokratien über Konterrevolutionen bis hin zu Bürgerkriegen. Zehn Jahre nach den Ereignissen ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme: Wie sieht die aktuelle Lage in den Ländern aus und wo ist eine Demokratisierung gelungen?

Der Beginn des Arabischen Frühlings stellt die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi in Tunesien dar, der damit öffentlich gegen die Willkür des autoritären Regimes von Zine el-Abidine Ben Ali protestierte. Große Teile der Bevölkerung schlossen sich dem Protest an und es entwickelte sich im Dezember 2010 eine pro-demokratische Massenbewegung, die zur Flucht des Machthabers führte. Die Revolution in Tunesien inspirierte viele Menschen in anderen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas, die seit Januar 2011 ebenfalls in Massen auf die Straßen gingen und politische Freiheiten forderten. Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Proteste nahm die junge Generation ein, die sich auf sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter austauschte.

In Ägypten, dem bevölkerungsreichsten Land der Region, kam es infolge der Demonstrationen zur Absetzung des langjährigen Herrschers und Generals Muhammad Husni Mubarak. Entscheidend hierbei war das Verhalten des mächtigen Militärapparats, der sich im Verlauf der Revolution auf die Seite der Demonstrierenden stellte, um seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss zu wahren. Auch im Jemen gelang es den Demonstrierenden ihren autoritären Präsidenten Ali Abdullah Salih zum Rücktritt zu zwingen. Allerdings entwickelte sich in dem armen Golfstaat zunehmend ein politischer Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten. Konträr dazu ging Muammar al-Gaddafi in Libyen gewaltsam mit Sicherheitskräften gegen die Bevölkerung vor und entfesselte einen achtmonatigen Bürgerkrieg. Der seit über 40 Jahren regierende Diktator konnte erst mithilfe einer militärischen Intervention der NATO von Rebellen gestürzt und getötet werden.

In anderen Ländern führten die Demonstrationen und anschließenden Ereignisse nicht zur Beendigung der repressiven Herrschaft. Die vor allem von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit getragenen Proteste in Bahrain gegen das autoritäre sunnitische Königshaus wurden mit Unterstützung der saudischen Armee blutig niedergeschlagen. In Syrien ging Machthaber Baschar al-Assad gewaltsam mit Sicherheitskräften gegen die Protestierenden vor. Nach der Abspaltung von Teilen des Militärs zur Freien Syrischen Armee entwickelte sich schließlich ein Bürgerkrieg. Die Königshäuser in Marokko und Jordanien hingegen stellten politische Reformen in Aussicht. Auch die autoritären Regime in Algerien und

im Sudan versprochen den Menschen Neuerungen und Teilhabe. In anderen Ländern wie im Irak, Oman und in Kuwait kam es zu Regierungsumbildungen.

Militärputsch, Islamismus und Bürgerkriege

Nach den Massendemonstrationen machte sich in den Bevölkerungen der Länder schnell Ernüchterung breit. Aus den ersten freien Wahlen in Ägypten ging die radikale Muslimbruderschaft unter Führung von Mohammed Mursi als Sieger hervor, die eine islamistische Verfassung und Transformation der Gesellschaft anstrebte. Viele Menschen protestierten gegen die Maßnahmen der neuen Regierung, woraufhin das im Hintergrund agierende Militär 2013 die Gelegenheit zu einem Putsch nutzte. Ein Jahr später ließ sich General Abd al-Fattah as-Sisi offiziell zum neuen Präsidenten wählen, der seitdem das Land repressiv regiert und damit de facto die politische Linie Mubaraks fortführt. Das Regime in Algerien hob nach den Massenprotesten den langjährigen Ausnahmezustand auf, setzte aber keine in Aussicht gestellten politischen Reformen um. Das Versprechen des Diktators und Kriegsverbrechers Omar al-Bashir im Sudan, bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2015 nicht mehr anzutreten, setzte dieser nicht um.

Der nach den Protesten entstandene und bis heute fortdauernde Bürgerkrieg in Syrien zeichnete sich von Beginn durch einen starken Einfluss ausländischer Akteure aus. Während Saudi-Arabien die islamistische Opposition unterstützte, förderte der Iran schiitische Rebellen und die Truppen der Assad-Regierung. Der Konflikt drohte mehrfach auf den multikonfessionell geprägten Libanon überzugehen. Im politisch instabilen Nachbarland Irak entwickelte sich von 2014 bis 2017 ein Bürgerkrieg zwischen der schiitischen Regierung und sunnitischen Milizen. Hierbei wurde insbesondere die terroristische und jihadistische Organisation Islamischer Staat zu einer bedeutenden Kriegspartei, die auch in Syrien militärische Eroberungen und Massaker durchführte. Neben nationalen Beteiligten ging ab 2014 auch eine internationale Koalition unter Führung der Vereinigten Staaten gegen die Terrororganisation vor. Ein Jahr später startete der Assad-Verbündete Russland einen bis heute andauernden Militäreinsatz in Syrien, der den Kriegsverlauf entscheidend beeinflusste und den Machterhalt des Regimes sicherte. Beide Bürgerkriege lösten 2015 eine Flüchtlingswelle in Nachbarländer und nach Europa aus, die sich erheblich auf die dortigen politischen Systeme auswirkte.

In Libyen entwickelte sich nach der Tötung von Gaddafi und dem NATO-Rückzug ein Machtvakuum zwischen rivalisierenden bewaffneten Gruppen. Die zunehmende politische Gewalt und Instabilität führten 2014 zur Entstehung eines zweiten, bis heute fortwährenden Bürgerkriegs, in dem sich zwei selbsternannte Regierungen gegenüberstehen. Zeitlich nahezu parallel eroberten im Jemen die schiitischen, vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen die Hauptstadt und entfesselten einen primär konfessionell geprägten Bürgerkrieg. Wie in Syrien nahmen in dem bis heute bestehenden Konflikt von Beginn an die Regionalmächte Iran und Saudi-Arabien eine wichtige Rolle als Verbündete der Konfliktparteien ein. Das saudische Königshaus startete 2015 mit Unterstützung der USA eine militärische Intervention aufseiten der jemenitischen Regierung, die durch flächenmäßige Bombardierungen die Zerstörung des Landes und eine humanitäre Katastrophe herbeiführte.

Der Zeitraum nach dem Arabischen Frühling wird aufgrund der Konterrevolutionen durch autoritäre Regime oder der Entstehung langjähriger Bürgerkriege als „Arabischer Winter“ bezeichnet. Sinnbildlich für das Scheitern der Proteste stehen die fortschreitenden Konflikte in den Ländern Syrien, Libyen und Jemen, während der Irak auch nach dem Ende des Bürgerkriegs weiterhin von politischer Gewalt und Instabilität geprägt ist. Schätzungen zufolge starben bis Ende 2019 allein in Syrien und im Jemen mehr als 500.000 bzw. 230.000 Menschen.

Demokratische Reformen und neue Proteste

Zwei Monarchien in der Region versprachen im Zuge der Massenproteste politische Reformen. Der jordanische König Abdullah II. setzte die Regierung ab, leitete eine Neugestaltung des Wahlsystems ein und verkündete mehr politische Freiheiten. In Marokko hingegen wurde eine von König Mohammed VI. in die Wege geleitete neue Verfassung, die eine Stärkung der Position des Premierministers und eine geringere politische Einflussnahme des Monarchen vorsah, in einem Referendum angenommen. Beide Monarchien zählen laut Bericht der Nichtregierungsorganisation Freedom House von 2020 zu den wenigen „teilweise freien“ und damit im Ranking höchstplatzierten arabischen Staaten.

Eine vollumfassende Transformation zur Demokratie nach der Arabellion ist lediglich in Tunesien gelungen. Aus der ersten Parlamentswahl nach der Revolution ging die islamisch-konservative Ennahda als Sieger hervor. Befürchtungen, die neue Regierung könnte, wie die Muslimbrüder in Ägypten, eine Islamisierung des Landes durchsetzen und die politischen Errungenschaften der Revolution gefährden, bewahrheiteten sich nicht. Stattdessen beteiligte sich die Partei an der Gestaltung einer neuen demokratischen Verfassung, die politische Freiheiten und ein parlamentarisches System etablierte. Dennoch musste die junge Demokratie in den folgenden Jahren einige Krisen überstehen. Hierzu zählten neben der Ermordung des linksorientierten Oppositionsführers im Jahr 2013 zwei Terroranschläge auf die für das Land wichtigen Tourismusgebiete 2015. Das Land stabilisierte sich jedoch und Regierungswechsel, wie zuletzt im Oktober 2019, verlaufen frei und demokratisch. Tunesien, das immer noch mit sozialen Problemen zu kämpfen hat, stellt laut Freedom House das einzige „freie“ Land in der arabischen Welt dar.

Ab 2018 entwickelten sich in einigen Ländern neue Massenproteste, die auch als zweiter Arabischer Frühling bezeichnet werden. In Jordanien führte ein Generalstreik gegen ein neues Steuergesetz zur Absetzung des Premierministers. Auch im Libanon und Irak, wo die Proteste gegen Korruption und soziale Missstände teilweise noch anhalten, kam es zu Regierungswechseln. In Algerien zwangen die Demonstrierenden den langjährigen Machthaber Abdelaziz Bouteflika zum Rücktritt. Es wurden geringfügige Verfassungsänderungen beschlossen, die 2020 in einem Referendum angenommen, aber von der Demokratiebewegung als unzureichend kritisiert wurden. Die größte Veränderung ereignete sich jedoch im Sudan, wo 2019 eine Revolution gelang. Nach massiven Protesten und Ausschreitungen der Bevölkerung putschte die Armee den seit Jahrzehnten regierenden Herrscher al-Bashir, liberalisierte die zuvor islamistische Rechtsprechung und leitete eine Transition zur Demokratie bis 2022 ein.

Rückschau und Ausblick

Der Arabische Frühling stellt einen historischen Wendepunkt im Nahen Osten und Nordafrika dar. Initiiert von der Selbstentzündung eines tunesischen Gemüsehändlers entwickelten sich in vielen Ländern Massenproteste bis hin zu Revolutionen, die zum Sturz langjähriger autoritärer Herrscher führten. Doch während sich in Tunesien ein demokratisches System etablieren konnte, entstand in Ägypten nach einem Putsch ein neues Militärregime und im Jemen ein politisch-konfessioneller Bürgerkrieg. In Bahrain fand bereits in den Anfängen der Proteste eine militärische Konterrevolution statt, wohingegen sich in Syrien und Libyen sowie später auch im Irak Bürgerkriege entwickelten. Die Monarchen in Jordanien und Marokko stärkten den Parlamentarismus, während das saudische Königshaus bis heute islamistische Gruppierungen in der Region gegen pro-demokratische oder pro-iranische Akteure unterstützt.

Zehn Jahre nach der Arabellion wird ersichtlich, dass sich die Hoffnungen vieler Menschen auf eine Demokratisierung und Verbesserung ihrer Lebenssituation überwiegend nicht erfüllt haben. Vielerorts haben sich politische und religiöse Gewalt sowie Instabilität oder Bürgerkriege als Status quo etabliert. In Syrien, Libyen oder im Jemen sind im Zuge der Dauerkonflikte Städte und Landstriche zum Teil vollkommen zerstört, in anderen Staaten wie im Irak oder Libanon hat die saudisch-iranische Rivalität das politische Klima nachhaltig vergiftet. Bis auf Tunesien sowie in Jordanien und Marokko konnte nach den Massenprotesten keine – mehr oder weniger ausgeprägte – Demokratisierung der politischen Systeme erreicht werden. Die junge Demokratie in Tunesien, das Aufflammen neuer Proteste in den letzten Jahren sowie die Revolution im Sudan zeigen jedoch, dass viele Menschen in der arabischen Welt weiterhin mehr Selbstbestimmung und politische Teilhabe fordern.

Literaturtipps:

- Gehlen, Martin (2016): Der Arabische Winter, Die Zeit, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/arabischer-fruehling-fuenf-jahre/komplettansicht>
- Göbel, Alexander/Blaschke, Björn/Rossi, Sabine (2016): Wie aus dem Frühling ein langer Winter wurde, Deutschlandfunk, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/fuenf-jahre-arabische-revolution-wie-aus-dem-fruehling-ein-100.html>
- Kreuz, Michael (2019): Die Muslimbruderschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/286322/die-muslimbruderschaft/>

Julius Vellenzer

„Unruheherd“ Irak: Was passiert nach dem Abzug der USA?

Im März 2020 begannen die Vereinigten Staaten mit dem Teil-Abzug ihrer Truppen aus dem Irak. Einen Monat später haben amerikanische Streitkräfte bereits vier Militärbasen an die irakische Armee übergeben. Es folgten die Übergabe weiterer Stützpunkte und eine deutliche Reduzierung der Truppenpräsenz. Aufgrund der Zunahme an Anschlägen des Islamischen Staats fanden 2021 neue Sicherheitsgespräche zwischen den USA und dem Irak statt. Hierbei verkündete US-Präsident Joe Biden den Abzug aller Kampfeinheiten zum Jahreswechsel. Amerikanische Soldaten im Irak sollen künftig ausschließlich militärisch beraten und trainieren. Eine Entscheidung mit weitreichenden Auswirkungen auf den politisch instabilen Irak?

Die Diskussion um einen Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem Irak ist nicht neu. So haben bereits 2011 alle US-Truppen das nahöstliche Land verlassen, wodurch der 2003 begonnene Irak-Krieg formell beendet wurde. Nach dem Sturz des diktatorischen Regimes von Saddam Hussein wurde eine parlamentarische Demokratie und ein föderaler Staat geschaffen. Seitdem wird die Politik des Landes von schiitischen Arabern dominiert. Diese stellen fast zwei Drittel der Bevölkerung. Sunnitische Araber und die im Norden des Landes beheimateten Kurden sind die größten Minderheiten. Die meisten Kurden sind sunnitische Muslime, während ein kleiner Teil der Glaubensgemeinschaft der Jesiden anhängt.

Nach dem US-Truppenabzug 2011 flammten die Spannungen zwischen den Völkern und Konfessionen wieder auf. Die politische Gewalt nahm erheblich zu. Militante sunnitische Gruppen bestehend aus Anhängern des Saddam-Regimes und radikalen Islamisten verübten verstärkt Anschläge auf staatliche Institutionen. Der dschihadistischen Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gelang es, ranghohe Mitglieder dieser Gruppen und desertierte Soldaten für sich zu gewinnen. Ab 2013 konnte die Miliz erfolgreich westliche und nördliche Gebiete des Landes erobern. Die irakische Armee war hoffnungslos überfordert. Auf Bitte der Regierung erfolgte eine erneute amerikanische Intervention. In Zusammenarbeit mit Partnerländern konnte der IS vier Jahre später in den Untergrund vertrieben werden.

Spirale der Gewalt und Instabilität

Nach dem militärischen Sieg über den IS 2017 kam der Irak weiterhin nicht zur Ruhe. Die neue, nach Kriegsbeginn gebildete Regierung unter Premierminister Haider al-Abadi sorgte zunächst für eine gesellschaftliche und politische Entspannung. So zeichnete sich das Kabinett durch eine breitere religiöse und ethnische Aufstellung aus. Die öffentliche Meinung vieler arabischer Sunniten wechselte von der Unterstützung radikaler Paramilitärs zugunsten der neuen Regierung. Gleichwohl trugen der IS und seine Verbündeten mit sporadischen Attentaten zur dauerhaften Destabilisierung bei.

Die Auswirkungen des Krieges gegen die Terrororganisation waren in vielerlei Hinsicht verheerend für den Irak. Zum einen befand sich das Land gerade einmal zehn Jahre nach der US-Invasion wieder in einem militärischen Konflikt. Der Krieg von 2013 bis 2017 zeichnete sich

aufgrund der Brutalität des IS durch eine enorme Zerstörung und hohe Anzahl an zivilen Opfern aus. Schätzungen zufolge belaufen sich die Zahlen auf rund 70.000 Tote. Allein der Völkermord des IS an kurdischen Jesiden kostete 5.000 Menschen das Leben. Die großflächige Verwüstung zerstörte die Wirtschaft und führte zu mehr als sechs Millionen Binnenflüchtlingen. Betroffen davon waren vor allem die kurdischen Gebiete im Norden.

Die Entspannung der politischen Lage durch die Regierung al-Abadi währte nicht lange. So scheiterten die angestrebten politischen Reformen 2016 am Widerstand schiitischer Parteien. Im Zuge der Proteste stürmten radikal-schiitische Demonstrierende das Regierungsviertel. Das Parlament musste seine Arbeit unterbrechen und in der Hauptstadt Bagdad galt temporär der Notstand. Nach der Normalisierung der Lage konnte al-Abadi ein Jahr später den Sieg über den IS verkünden. Dennoch zeichnete ein Scheitern der Regierung und eine Krise des politischen Systems ab. Notwendige Wirtschaftsreformen und der Kampf gegen die hohe Korruption blieben auf der Strecke. Die von Wahlfälschungsvorwürfen begleitete Parlamentswahl 2018 brachte die größte Zersplitterung der irakischen Parteienlandschaft mit sich. Erst nach fünf Monaten einigten sich die Parteien auf Adil Abdul-Mahdi als neuen Premierminister.

Einflussnahme von außen und Massenproteste

Die Ergebnisse der Parlamentswahl 2018 waren Ausdruck der Unzufriedenheit über die soziale und politische Lage. Eine wichtige Rolle spielte die zunehmende ausländische Einflussnahme auf den Irak seit dem Krieg gegen den IS. Die erneute Präsenz amerikanischer Streitkräfte nach der zuvor achtjährigen Besatzung erfolgte auf Bitte der irakischen Regierung. Der Einsatz der US-Truppen war aus militärischer Sicht unabdingbar, aber gesellschaftlich umstritten. Einerseits wurde die amerikanische Unterstützung zur Befreiung vom IS vielerorts begrüßt, vor allem in kurdischen und schiitischen Gebieten. Auf der anderen Seite war und ist der Wunsch nach einem irakischen Staat, der politisch und militärisch unabhängig agieren kann, in der Bevölkerung sehr groß.

Der Kampf gegen den IS hat auch den Einfluss des schiitischen Irans auf den Irak erheblich erhöht. Das Nachbarland unterstützte die irakischen Streitkräfte und Schiiten-Milizen mit Waffen. Amerikanischen Quellen zufolge habe der Iran neben Luftangriffen auf IS-Stellungen auch eigene Soldaten entsendet, was die iranische Regierung zurückwies. Des Weiteren nahmen Beobachter an, dass die Militärkoalition zwischen Russland, Syrien, Iran und Irak auf den iranischen General Qasem Soleimani zurückgehe. Der Kommandeur der Elitetruppe „Quds“ trug als Koordinator militärischer und politischer Operationen maßgeblich zum stärkeren Einfluss auf den Irak bei. Diese Entwicklung war nicht in der gesamten irakischen Bevölkerung beliebt.

Ende 2019 brach der Unmut vieler Menschen im Irak aus. Vor allem in den zentralen und südlichen Provinzen kam es zu Massenprotesten. Diese richteten sich gegen die hohe Arbeitslosigkeit und Korruption sowie gegen die militärische Präsenz und politische Einmischung der USA und des Irans. Zudem sprachen sich die Demonstrierenden für ein säkulares politisches System und Wahlrecht aus. Das brutale Vorgehen irakischer Sicherheitskräfte gegen die Proteste kostete hunderte Menschenleben. Abdul-Mahdi trat als Premierminister zurück und Mustafa Al-Kadhimi nahm 2020 seine Position ein. Das Parlament beschloss ein neues Wahlrecht, dass politisch Unabhängigen mehr Chancen einräumen soll.

Eskalation am Flughafen

Wenige Monate vor den irakischen Massenprotesten kam es zur Zuspitzung der amerikanisch-iranischen Spannungen am Persischen Golf. Auslöser war die vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump beschlossene Erhöhung der Militärpräsenz in der Region im Mai 2019. Ziel war der Schutz amerikanischer Einheiten und Interessen gegen iranische Angriffe. Zudem kündigte Trump das iranische Atomabkommen auf und reaktivierte die Sanktionen gegen den Iran. Die USA machten das Land für Attacken auf ausländische Frachtschiffe im Persischen Golf und den Abschuss einer Drohne verantwortlich. Iranische Kampfseinheiten besetzten einen irakischen Öltanker und führten Raketen- und Drohnenangriffe auf saudische Erdölfabriken aus.

Der von politischer Instabilität geprägte Irak entwickelte sich zusehends zum Schauplatz dieses Konflikts. Den Raketenangriff auf einen Luftwaffenstützpunkt im Norden schrieb die US-Regierung einer Iran-nahen Miliz zu. Dabei starb ein amerikanischer Militärberater. Vier amerikanische Servicemitarbeiter und zwei irakische Sicherheitskräfte wurden verwundet. Die USA antworteten im Dezember mit landesweiten Luftangriffen auf Waffendepots und Stellungen der Paramilitärs. Die irakische Regierung und Armee verurteilten die US-Bombardierungen, über die sie vorab nicht informiert waren. Pro-iranische Milizen und Unterstützer attackierten daraufhin die US-amerikanische Botschaft in Bagdad. Washington machte den Iran dafür verantwortlich und erhöhte sein Militäraufgebot vor Ort.

Die Spannungen eskalierten im Januar 2020. Mit einer gezielten Drohnenattacke töteten die USA den iranischen General Soleimani auf dem Bagdader Flughafen. Dabei starben auch zwei Milizenführer und sieben Zivilisten. Soleimani galt als zweitmächtigste Person des Irans und Hauptverantwortlicher der militärischen Aktionen. Die iranische Führung verurteilte den Anschlag und antwortete mit zwei Luftangriffen auf US-Stützpunkte im Irak. Für die USA stellte die Aktion eine notwendige Vergeltungs- und Schutzmaßnahme dar. Der Irak hingegen sah darin eine Verletzung seiner nationalen Souveränität und forderte den Abzug aller ausländischen Streitkräfte.

Erneuter Rückzug der USA

Der Luftangriff auf den Bagdader Flughafen verstärkte den Wunsch der irakischen Regierung nach dem erneuten Abzug aller US-Truppen. Die entsprechende Forderung lehnte US-Präsident Trump zunächst ab. Ab März 2020 kam es dennoch zu den ersten Übergaben von Militärstützpunkten an die irakische Armee. Die COVID-19-Pandemie und die Zunahme an Attacken pro-iranischer Milizen beschleunigten die Transfers. Im Juni begannen beide Länder mit Sicherheitsgesprächen über die künftige militärische, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Zahl amerikanischer Streitkräfte wurde bis Ende des Jahres von 5.200 auf 2.500 reduziert.

Trotz des partiellen Abzugs der US-Truppen beruhigte sich die Situation im Irak nicht. Ein Selbstmordattentat des IS auf einem Markt in Bagdad im Januar 2021 kostete 32 Menschen das Leben und verletzte 110. Nur einen Monat später führten Iran-nahe Milizen Raketenangriffe auf eine US-Militärbasis am Flughafen im nördlichen Erbil durch. Mit zwei Toten und mehreren Verletzten handelte es sich um die schwerste Attacke auf die amerikanische Militärkoalition seit einem Jahr. Während die Anschläge schiitischer

Paramilitärs abnehmen, kam es zu vermehrten Attacken durch den IS. Die instabile Lage des Landes verdeutlicht der Platz 20 von 179 auf dem „Fragile States Index 2021“.

Die Proteste im Irak ebten bis Mitte des Jahres ab. An der schlechten sozialen Situation der Bevölkerung hatte sich wenig geändert. Auch die Forderung nach dem Abzug aller US-Streitkräfte hatte sich nicht erfüllt. Im April startete der neu gewählte US-Präsident Joe Biden einen Sicherheitsdialog mit der irakischen Regierung. Hierbei wurde vereinbart, dass der amerikanische Kampfeinsatz Ende Dezember offiziell beendet werde. Schätzungen zufolge bleiben jedoch weiterhin rund 2.500 US-Soldaten im Irak. Diese sollen als militärische Trainer und Berater die irakischen Streitkräfte unterstützen. Eine minimale US-Präsenz sei notwendig, um den IS im Untergrund zu halten und den Einfluss pro-iranischer Paramilitärs zu minimieren.

Parlamentswahl 2021 und Ausblick

Die große Unzufriedenheit der irakischen Bevölkerung zeigte sich bei der vorgezogenen Parlamentswahl im Oktober 2021. Die Wahlbeteiligung war mit 41 Prozent historisch niedrig. Deutliche Verluste musste die Iran-nahe Fatah-Allianz hinnehmen, die den radikalen Schiiten-Milizen nahesteht. Sie sprachen wie andere pro-iranische Parteien von einer Wahlmanipulation. Als stärkste Kraft mit 73 von 329 Sitzen ging die Partei des populistischen, schiitischen Klerikers Muktada al-Sadr hervor. Seine politische Bewegung gilt als Königsmacher. Der Geistliche warnte andere Staaten vor einer Einmischung in die Regierungsbildung. Dies richtete sich unmissverständlich an die USA und den Iran.

Der Irak hat bis heute keine neue Regierung. Seit Februar 2022 hat das Land auch keinen neuen Präsidenten, da die Mehrheit der Abgeordneten die Wahl boykottierte. Da das repräsentative Staatsoberhaupt offiziell den Regierungschef ernennt, verstärkt sich die politische Krise. Ohne eine neu gewählte Regierung können notwendige Wirtschaftsreformen und der Kampf gegen Korruption nicht umgesetzt werden. Hinzu kommt die Unsicherheit, wie sich die Sicherheitslage nach dem Abzug der US-Kampftruppen entwickeln wird. Das Aufflammen großer Proteste oder eines neuen Krieges ist nicht ausgeschlossen. Der Irak kommt weiterhin nicht zur Ruhe.

Literaturtipps:

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Länderreport 25 - Irak, Referat Länderanalysen, URL: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-25-irak.html>
- Chokr, Mae Anna (2021): Irak: Die Vergangenheit bleibt präsent, CSS Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 289, Center for Security Studies (CSS), URL: https://css.ethz.ch/content/specialinterest/gess/cis/center-for-security-studies/de/publications/search/details.html?id=/n/o/2/8/no_289_the_persisting_past_of_iraqnr_289

- Frieser, Regina/Jaecke, Gregor (2019): Lagebericht Irak: Proteste der Bevölkerung eskalieren, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/lagebericht-irak-proteste-der-bevoelkerung-eskalieren>
- Lemke, Bernd/Brenner, Stefan Maximilian (2019): Wegweiser zur Geschichte: Irak und Syrien, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, URL: <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/zmsbw-publikationen-wegweiser-irak-syrien-5324206>
- Rohde, Achim (2020): Innerstaatliche Konflikte: Irak, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54603/irak/>
- Steinberg, Guido (2019): Überleben im Untergrund, Internationale Politik 4, Juli/August 2019, S. 98-103, URL: <https://internationalepolitik.de/de/ueberleben-im-untergrund>

Emma Nentwig

Iran: Regionalmacht am Kipppunkt?

Sei es das Atomabkommen oder die Unterstützung militanter Gruppierungen, die für Gewalt und islamistischen Terror im Nahen und Mittleren Osten sorgen: Der Iran und sein islamisches Regime machen schon lange keine positiven Schlagzeilen mehr. Doch mit den aktuellen Protesten überschlagen sich geradezu die Meldungen von Menschenrechtsverletzungen, Vergewaltigungen oder Hinrichtungen – auch von Kindern und Jugendlichen. Doch wie konnte es so weit kommen, was sind die gesellschaftlichen Hintergründe in dem doch sehr vielschichtigen Land und welche geopolitischen Auswirkungen können sich daraus ergeben? Ein Überblick.

Infolge des Todes der 22-jährigen Kurdin Mahsa (kurdischer Name: Jina) Amini, die wegen eines nicht vorschriftskonform getragenen Kopftuchs am 22. September 2022 in der Haft der iranischen Sittenpolizei in Teheran starb, kommt es landesweit regelmäßig zu Protesten. Und obgleich es auch in der Vergangenheit immer wieder zu Unruhen kam, sind die aktuellen Ereignisse anders als zuvor: Die Aufstände sind nicht nur landesweit, sondern auch ethnien- und klassenübergreifend. Damit haben sie die größte gesellschaftliche Basis seit der Islamischen Revolution 1979, entsprechend bezeichnen manche Aktivisten und Analysten die aktuellen Aufstände bereits ebenfalls als eine Revolution. Der Politikwissenschaftler Ali Fatollah Nejad sieht deren Ursprung allerdings nicht in dem Mord an Amini, sondern macht ihn an den Unruhen von 2017 fest. Damals ging vor allem die Unterschicht auf die Straße, um gegen hohe Benzin- und Nahrungsmittelpreise zu protestieren. Das Regime schlug gewaltsam zu, hunderte Demonstrierende wurden erschossen. Die soziale Frage wurde plötzlich zu einer Systemfrage, denn bis dahin galt die Unterschicht als soziale Basis des Regimes. Mittlerweile geht es den Demonstrierenden aber nicht mehr nur um Reformen – sie wollen einen Regimewechsel und vor allem weg vom Islamismus mit all seinen Einschränkungen.

Iranische Identität

Doch woher kommt das islamische Regime und weshalb ist es so unbeliebt in der iranischen Bevölkerung? Feststeht, dass der schiitische Klerus im persisch geprägten Iran traditionell schon immer eine starke Stellung innehatte. Damit unterscheidet sich der Iran von den anderen Staaten im Nahen und Mittleren Osten, die zumeist arabisch und sunnitisch geprägt sind. Entsprechend sieht sich das Regime im Iran als Beschützer der Schiiten, die in den anderen Staaten häufig als Minderheit leben. Des Weiteren spielt er durch seine Größe, seinen Reichtum an Rohstoffen und seine geostrategisch wichtige Lage im Zentrum zwischen Europa, Maschriq, Zentral- und Ostasien eine wichtige Rolle als Regionalmacht, besonders nach dem Zerfall des Iraks infolge des Einmarsches der USA 2003. Damit sieht sich der Iran als Gegenmacht zu Saudi-Arabien, das durch seine Nähe zu den USA und damit implizit auch Israel als imperialistisch dargestellt wird. Der Iran dagegen sieht sich seit der Revolution von 1979 als anti-imperialistisch und Verteidiger des „wahren“ Islams gegen den westlichen Einfluss.

Denn als es ab 1978 zu Aufständen gegen den damaligen von den USA unterstützten und in der Bevölkerung äußerst unpopulären Herrscher Schah Mohammad Reza Pahlavi kam, konnten sich unter den verschiedenen Gruppierungen der Revolution die Islamisten mit ihrem Anführer Ajatollah Chomeini 1979 durchsetzen. Dessen neue Staatsform der „Herrschaft der Rechtsgelehrten“ baut auf der Scharia auf und der Versuch der Islamisierung hat – verglichen mit der Zeit unter dem Schah – große Auswirkungen auf die Gesellschaft: Kleiderverordnungen (für Männer und Frauen), eine strikte Trennung der Geschlechter, das Verbot von Alkohol, Musik und Film sowie vielem Weiteren.

Das schwierige Verhältnis zum Westen

Dabei sind es vor allem zwei Ereignisse, zu denen es noch während und kurz nach der Revolution kam, die das Selbstbild und das Verhältnis zu anderen Staaten, insbesondere zu den USA, bis heute prägen: Die Geiselnahme von 52 US-Diplomaten in Teheran und den ersten Golfkrieg. Bereits während der Revolution, zu Beginn des Jahres 1979, stürmten linksgerichtete Demonstranten die US-Botschaft in Teheran und nahmen die dort arbeitenden US-Amerikaner als Geiseln. Doch während Chomeini die Botschaft das erste Mal räumen ließ und die Geiseln freigab, waren es seine eigenen Anhänger, die im November desselben Jahres den Angriff wiederholten. Wieder wurde die Botschaft gestürmt und 52 Geiseln genommen. Diese wurde 444 Tage festgehalten, um so die Auslieferung des gestürzten iranischen Machthabers Schah Reza Pahlavi aus den USA zu fordern. Versuche der gewaltsamen Befreiung durch die USA scheiterten und erst durch das Lockern von harten Sanktionen konnten die Diplomaten fast anderthalb Jahre später ausgeflogen werden. Damit führte das islamische Regime die USA vor aller Weltöffentlichkeit vor, was bis heute zu Spannungen zwischen den beiden Staaten führt.

Noch während die Diplomaten der Vereinigten Staaten gefangen gehalten wurden, erklärte unterdessen 1980 der Irak unter Saddam Hussein der noch jungen islamischen Republik Iran den Krieg. Der erste Golfkrieg dauerte insgesamt acht Jahre und zog massive menschliche und wirtschaftliche Verluste mit sich. Rund eine Millionen Menschen starben, viele davon waren Zivilisten. Saddam Hussein setzte dabei gezielt international geächtete biologische und chemische Kampfstoffe ein, sowohl gegen gegnerische Stellungen, aber auch gegen iranische sowie die einheimische kurdische Zivilbevölkerung. Doch obwohl der Iran die internationale Gemeinschaft aufrief zu intervenieren, lieferten Staaten wie die USA, die Sowjetunion, Saudi-Arabien und viele europäische Länder, darunter auch die Bundesrepublik, Waffen an den Irak und ermöglichten so die Fortsetzung des Krieges. Wenngleich auch der Iran mit Rüstungsgütern unter anderem aus westlichen Staaten beliefert wurde, zieht das islamische Regime bis heute aus dieser fehlenden Unterstützung und dem gefühlten Ausschluss aus der internationalen Gemeinschaft die Legitimierung und die Notwendigkeit eigener Atomwaffen.

Das iranische Nuklearprogramm und seine Konsequenzen

Aus verschiedenen Gründen begann der Iran Anfang der 2000er waffenfähiges Uran anzureichern. Zum einen sieht sich der Iran als Regionalmacht, die von anderen Atommächten wie Indien, Pakistan, Russland und Israel umgeben ist. Hinzu kommt der verpuffte Hilferuf an die internationale Gemeinschaft während des ersten Golfkrieges. Das Land kann sich also nicht – so das iranische Narrativ – auf internationales Recht verlassen und braucht eigene

Atomwaffen, um seine Nachbarn nachhaltig abzuschrecken und einen Krieg wie den gegen den Irak zu verhindern. Da jedoch besonders Israel und damit die USA iranische Atomwaffen vermeiden wollen, kam es 2015 zum ersten Atomabkommen: Der Iran versprach auf die Anreicherung von Uran zu verzichten und im Gegenzug entließen westliche Staaten Wirtschaftssanktionen. Dabei wurde das Abkommen als Annäherung und als Rückkehr des Irans in die Weltgemeinschaft gefeiert. Insbesondere in der Bevölkerung war die Freude groß, da es einen Aufschwung der geplagten Wirtschaft implizierte.

Doch 2018 kündigte der damalige US-Präsident Donald Trump das Abkommen einseitig, da der Iran nach israelischen Informationen heimlich weiter Uran angereichert haben soll. Europa zeigt sich davon nicht überzeugt und hält an dem Abkommen fest. Doch die westlichen Konzerne verließen das Land trotzdem, da die USA drohten Unternehmen vom heimischen Markt auszuschließen, wenn sie weiter Handel mit dem Iran treiben. Entsprechend groß war die Enttäuschung innerhalb der iranischen Bevölkerung gegenüber den europäischen Staaten, die sich nur allzu abhängig von den USA präsentierten. Trotzdem hält Europa, allen voran Deutschland, bis heute an dem Atomabkommen fest, wenngleich es als gesichert gilt, dass der Iran seit 2019 erneut Maßnahmen unternimmt, um waffenfähiges Uran anzureichern. Während der Westen den Iran also immer weiter isoliert, nähert sich das islamische Regime Staaten wie China und Russland an, die ein großes Interesse an den Rohstoffen und der geostrategischen Lage des Irans haben.

Allerdings sind es nicht nur die westlichen Staaten, zu denen der Iran ein schwieriges Verhältnis hat. Im Gegensatz zu einigen arabischen Staaten, die mit den Abraham Accords eine Annäherung an Israel wagen, erkennt der Iran den jüdischen Staat nach wie vor nicht an. Außerdem unterstützt er militante Gruppierungen im Kampf gegen Israel oder um schiitische Minderheiten zu schützen. De facto destabilisiert das islamische Regime die Region und versucht so seinen Anspruch als Regionalmacht geltend zu machen. So tobt im Jemen seit 2015 ein Stellvertreterkrieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, der bisher rund 400.000 Menschen das Leben gekostet hat. 21 Millionen Menschen, darunter viele Kinder, sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Aber auch im Irak, Libanon oder in Syrien versucht das islamische Regime durch die Unterstützung von teilweise gewaltbereiten und als terroristisch gelisteten Gruppierungen wie der Hisbollah seinen Einfluss geltend zu machen. Dabei gilt als Konkurrent ausgerechnet das wahhabitische Saudi-Arabien, das eine puristische Form des sunnitischen Islams als Staatsreligion vorschreibt. Beide Staaten konkurrieren rücksichtslos um Einfluss in der Region.

Ausblick

Die geopolitische Lage – die Konkurrenz zu Saudi-Arabien, die Isolation von Europa und die dadurch entstehende Abhängigkeit von China und Russland – bringt auch wirtschaftliche Konsequenzen mit sich: Seit Jahren schrumpft die iranische Mittelschicht und wenngleich der Bildungsstandard hoch und vergleichbar mit Deutschland ist, leidet das Land unter einem großen Braindrain, also dem Abwandern von Akademikern. Allein im Jahr 2016 haben 150.000 Akademiker das Land verlassen. Grund dafür sind nicht nur die eingeschränkte Freiheit, sondern auch eine hohe Arbeitslosigkeit von rund einem Viertel bei Jugendlichen. Und

spätestens seit der Grünen Bewegung 2009, als die Mittelschicht auf die Straße ging, um gegen Wahlbetrug zu demonstrieren, kommt es immer wieder zu Protesten.

Dabei sind die Proteste von 2022 nur das Ende einer weitreichenderen Kette. Der iranischen Bevölkerung, so verschieden wie sie ist, geht es dabei nicht nur um einen Regimewechsel. Sowohl die ethnischen Minderheiten der Kurden im Nordwesten als auch die Belutschen im Südosten an der Grenze zu Pakistan kämpfen schon lange für mehr Autonomie. Dazu kommen die Folgen des Klimawandels und des stetigen Bevölkerungswachstums und damit eine immer bedrohlicher werdende Wasserknappheit und häufigere Extremwetterereignisse wie Dürren oder Flutkatastrophen. Selbst die Revolutionsgarden, die Eliteeinheit des Regimes, erkannten – allerdings noch vor den Protesten 2022 – den Klimawandel als größte Bedrohung für das Land. Will sich der Iran langfristig diesen Ereignissen anpassen, muss er – wie auch die anderen Staaten in der Region – multilateral agieren. Es braucht neue Technologien und für ein effizientes Wirtschaften eine komplette Überholung der maroden Infrastruktur. Diese steht unter dem jetzigen System jedoch nicht in Aussicht. Die Proteste im Iran sollten uns also nicht nur aus Sicht von Menschenrechten interessieren, ein neues Regime wäre vermutlich auch deutlich offener für neue Wirtschaftsbeziehungen, kulturellen Austausch und einen nachhaltigen Kampf gegen den Klimawandel.

Literaturtipps:

- Imperatori, Marc (2022): Die Gesichter des Protests, zenith, URL: <https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/widerstand-gegen-das-iranische-regime>
- Lukas, Stefan (2021): Brandbeschleuniger Klimawandel, Internationale Politik und Gesellschaft, URL: <https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/brandbeschleuniger-klimawandel-5344/>
- Steinberg, Guido (2020): Front im Regionalkonflikt. Der Jemen zwischen Iran und Saudi-Arabien, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/302926/front-im-regionalkonflikt/>
- Steinberg, Guido (2021): Kalter Krieg im Nahen Osten: Der iranisch-saudische Konflikt dominiert die Region, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, URL: <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2021/kalter-krieg-im-nahen-osten-der-iranisch-saudische-konflikt-dominiert-die-region>

Emma Nentwig

Saudi-Arabien: Transformation zur Regionalmacht am Golf

„Vision 2030“ nennt der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman – kurz MbS – seine Ambitionen, mit denen er das konservative, wahhabistische Königreich bis 2030 fit für die Zukunft machen will. Das primäre Ziel: Unabhängigkeit vom Öl durch wirtschaftliche Diversifizierung. Doch neben offensichtlichen Maßnahmen wie einer verstärkten Zusammenarbeit mit China folgen daraus auch Annäherungen an den Iran und Israel sowie eine gesellschaftliche Transformation. Saudi-Arabien drängt – wie auch die anderen Golfstaaten – mit hohen Ambitionen auf die weltpolitische Bühne. Dafür muss es aber weg vom religiös-fundamentalistischen Image, hin zu einem modernen, weltoffenen Staat. Doch wo steht das Land zwischen Ölreichtum, der Ermordung von Jamal Khashoggi, einer linienförmigen Millionenstadt mitten in der Wüste und dem Weltfußballer und Publikumsliebbling Cristiano Ronaldo?

Um die gewollte gesellschaftliche Transformation in Saudi-Arabien nachvollziehen zu können, muss ein Blick in die Geschichte des Königreichs geworfen werden. 1938 wurde in Saudi-Arabien erstmals Öl gefunden, was dem Staat bis heute einen enormen Reichtum bescherte. Damit gehört Saudi-Arabien zu den sogenannten Rentierstaaten oder auch Rentenstaaten. Als Rente wird ein Einkommen bezeichnet, das nicht direkt im Zusammenhang mit geleisteter Arbeit, sondern mit Besitz von Ressourcen oder Kapital verbunden ist. Der Großteil dieses Renteneinkommens fließt direkt in die Staatskassen, da dem Staat die Ressourcen gehören bzw. er die Nutzungsrechte vergibt. Dieser Staatsreichtum bringt aber nicht nur Vorteile mit sich: Das saudische Königreich hat es trotz vergeblicher Versuche nicht geschafft vom Öl unabhängig zu werden. Vor der COVID-19-Pandemie speiste sich der Staatshaushalt zu 87 Prozent aus dem Ölsektor. Gleichzeitig sind aber nur etwa ein Viertel der Beschäftigten des Landes in der Industrie beschäftigt, während der Großteil der Bevölkerung mit Staatsleistungen und Scheinbeschäftigungen versorgt wird. Im Gegenzug zu dieser großzügigen staatlichen Unterstützung, die Subventionen für Wasser, Lebensmittel, Strom, Treibstoff und Bildung enthält, verzichten die saudischen Bürgerinnen und Bürger auf politisches Mitspracherecht. Das alles hat zur Folge, dass das System extrem anfällig ist und der hohe Lebensstandard auf wackeligen Beinen steht, sollte es zu einem langfristigen Fall des Ölpreises kommen. Dazu ist verschiedenen Schätzungen zufolge das leicht zugängliche Öl bereits etwa um das Jahr 2040 in Saudi-Arabien aufgebraucht. Das Königreich muss langfristig zum einen also unabhängig von Erdöl werden und gleichzeitig seine Bevölkerung anders als nur durch Alimentierung an sich binden.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation

Deshalb geht es in der „Vision 2030“ nicht nur um Wirtschaft, sondern eben auch um eine gesellschaftliche Transformation. Zum einen soll die junge Generation von Saudis über Entertainment und Sport wie eben der Kauf des Fußballclubs Newcastle United, die Verpflichtung von Stars oder die Austragung von Großereignissen zufrieden gestellt werden.

Eine ähnliche Funktion haben auch Megaprojekte wie NEOM, eine linienförmige, komplett klimaneutrale Stadt, die 170 Kilometer durch die Wüste verlaufen und mit 9 Millionen Einwohnern die größte Stadt des Landes werden soll. Solche Investitionen strahlen aber auch nach außen. So soll der Staat auf Außenstehende modern und hoch technologisiert wirken, um – verstärkt durch eine blühende Kultur- und Unterhaltungsbranche – den Tourismus in Saudi-Arabien anzukurbeln.

Des Weiteren forciert MbS die Umbildung der Gesellschaft durch eine Identitätspolitik, die gesellschaftliche Strukturen und Hierarchien umbildet und traditionelle Lebensweisen adaptiert, was alles in einem neuen nationalen Selbstbewusstsein münden soll. Dafür wurden traditionelle, religiöse Eliten schrittweise entmündigt und die Geschlechtergleichheit vorangetrieben. MbS inszenierte sich selbst als Symbol für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufschwung des Königreichs und duldet neben seiner keine anderen Stimmen oder Narrative. Kritiker und Oppositionelle werden repressiv unterdrückt, dabei ist das prominenteste Beispiel der Mord an dem Reporter Jamal Khashoggi. Während die Gesellschaft schrittweise liberalisiert und modernisiert wird, werden individuelle Freiheiten eingeschränkt und unterdrückt.

China als neuer Partner

Mit der Abwendung von den USA und dem Westen sowie der Hinwendung Saudi-Arabiens zu neuen Partnern, proklamiert das Königreich nicht nur sicherheitspolitische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, sondern auch seine Eigenständigkeit in einer multipolaren Welt. Die Bevölkerung unterstützt diese neue außenpolitische Ausrichtung zur Stärkung der Position als Regionalmacht als wiedererstarkendes, saudisches Selbstbewusstsein.

Zum wichtigsten Partner Saudi-Arabiens hat sich in den letzten Jahren China entwickelt. Die Volksrepublik ist bereits der größte Handelspartner des Königreichs und Saudi-Arabien im Gegenzug der bedeutendste Öllieferant für das Reich der Mitte. Gerade in Zeiten von globalen Energiekrisen ist die Anbindung Saudi-Arabiens elementar für Pekings immer größeren Bedarf an billiger Energie, entsprechend hoch ist die Wertschätzung des Königreichs in China. Gleichzeitig sind große chinesische Firmen wie PetroChina und Huawei bereits in Saudi-Arabien vertreten, doch die Volksrepublik engagiert sich nicht nur auf der Golfhalbinsel, sondern in der gesamten Region im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ („Neue Seidenstraße“). China strebt dabei eine neue, multipolare Weltordnung an, die konträr zur unipolaren Macht der USA stehen soll. Dabei kümmert sich Peking wenig um die innere Verfasstheit eines Staates, solange er als Handelspartner taugt, denn das chinesische Narrativ ist eindeutig: Modernisierung ist nicht mit Verwestlichung gleichzusetzen, sondern auf verschiedene Weisen zu erreichen. Dabei ist Demokratie keine Voraussetzung, denn verglichen mit den USA oder anderen westlichen Partnern bietet China den Autokratien im Nahen Osten eine vielversprechende Alternative: wirtschaftliche Entwicklung, ohne dabei politische Kontrolle aufgeben zu müssen.

Die Ergebnisse des chinesischen diplomatischen Engagements in der Region können sich auch jenseits der wirtschaftlichen Bilanz sehen lassen: Seit Beginn des Jahres 2023 ist Saudi-Arabien Dialogpartner der „Shanghai Cooperation Organization“ (SCO). Diese 2001 von China, Russland und der GUS gegründete Organisation dient als ein politisches, wirtschaftliches und

militärisches Gegengewicht zu den westlichen Institutionen. Daneben feierte Peking im März 2023 einen diplomatischen Erfolg, als sich die Außenminister des Irans und Saudi-Arabiens unter chinesischer Vermittlung erstmals die Hände reichten und wieder Botschafter austauschten – ein Affront gegen den einst engen Verbündeten USA.

Beziehungen zum Iran und zu Israel

Denn die saudisch-iranischen Beziehungen waren nicht erst seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahr 2016 angespannt. Die saudische Bedrohungsperzeption wird seit Jahrzehnten grundlegend vom Iran und seinen Akteuren im Jemen, Libanon, Irak, Syrien und auch in Form der eigenen schiitischen Minderheiten im Land dominiert. Dabei spielt insbesondere der Krieg im Jemen eine große Rolle, denn durch phasenweise Eskalationen stieg auch die Zahl der Raketen- und Drohnenangriffe auf saudisches Territorium durch die Huthis, die in der saudischen Öffentlichkeit als „5. Kolonne der Islamischen Republik“ bezeichnet werden. Anti-iranische Rhetorik, in welcher der Kronprinz den iranischen Revolutionsführer durchaus auch schon als „neuen Hitler“ bezeichnet hatte, dient nicht nur als einendes Element in der Bevölkerung, sondern auch dazu die saudische Führung zu stärken und sich gegen externe Bedrohung abzugrenzen.

Doch in Saudi-Arabien hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Feindschaft zum Iran kontraproduktiv ist. Für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzung braucht es ausländische Investoren und entsprechend ein Image jenseits eines unmenschlichen Stellvertreterkrieges, Marschflugkörpern und Drohnenangriffen. Und so reiste im Juni 2023 erstmals seit 2006 wieder ein saudischer Außenminister in den Iran und seit September gibt es wieder diplomatische Vertretungen der jeweiligen Staaten in Riad und Teheran. Die Annäherung glich einem Erdbeben, dennoch haben beide Staaten sehr unterschiedliche Positionen in regionalen Fragen – so ist auch der Konflikt im Jemen noch lange nicht gelöst – und das Abkommen bleibt auf wackeligen Beinen.

Mindestens genauso viele ungelöste Probleme, wenn nicht gar noch mehr, bestehen zwischen Israel und Saudi-Arabien. Seit vor gut drei Jahren die Abraham Accords abgeschlossen wurden, die eine Zusammenarbeit und Dialog zwischen Israel und einer Reihe von arabischen Staaten beinhalten, wurde immer wieder spekuliert, ob Saudi-Arabien den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, Marokko und dem Sudan folgen würde. Doch wenngleich dies bisher nicht geschah, hatte sich seit einigen Jahren eine mehr oder weniger geheime Zusammenarbeit der beiden Staaten entwickelt. Mit der aktuellen israelischen Regierungskoalition und der Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran schien die Normalisierung aber wieder ins Leere zu verlaufen.

Unter US-amerikanischer Federführung laufen die Verhandlungen zwar weiter, doch die Anforderungen Riads sind hoch: Das Königreich möchte moderne Waffensysteme, die Sicherheitsgarantie der USA und die zivile Nutzung von Atomkraft. Diese könnte aber, so befürchtet Israel, in ein militärisches Atomprogramm führen und Saudi-Arabien so eine Gegenmacht zum iranischen Atomprogramm aufbauen. Israel, das wenngleich nicht offiziell, selbst Atomwaffen besitzt, hingegen fürchtet sein eigenes Abschreckungspotential zu verlieren. Zumal eine solche Situation zu einem Wettrüsten in der Region führen könnte, was sich auch auf Ägypten und die Türkei übertragen könnte. Daneben stehen die saudischen

Forderungen nach Zugeständnissen an die Palästinenser, diese lehnen die rechtsextremen Koalitionspartner Netanyahus aber strikt ab.

Saudi-Arabien und der Westen – wo stehen wir?

Die aktuelle Außenpolitik Saudi-Arabiens zeigt also eine große Diversität. Während China zwischen Iran und dem Königreich verhandelt, sind es zwischen den Saudis und Israelis die USA. Die Golfstaaten, allen voran das wahhabitische Königreich wollen ihre Position auf der weltpolitischen Bühne verstärken und ausbauen. Dabei wollen sie schon lange nicht mehr nur als der Juniorpartner der USA, sondern als eigenständige Regionalmacht wahrgenommen werden, was sich nicht nur im vergangenen Winter mit der Energieunsicherheit als Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine gezeigt hat. Durch die gesellschaftliche Öffnung und die gleichzeitige politische Unterdrückung bleibt das Königreich innenpolitisch unberechenbar und auch außenpolitisch steht fest, dass Deutschland nur einer von vielen Partner ist. Deutschland hat aber ein realpolitisches Interesse an einer langfristigen Partnerschaft mit den Golfmonarchien und ihren Ressourcen. Das westliche Dilemma zwischen den Interessen und Werten wie zuletzt während der Männerfußball-WM in Katar, das auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird, braucht also umso mehr ein konsequentes Konzept mit klaren roten Linien. Dabei sollte ganz oben stets die Bewahrung der Menschenrechte als unumgängliches Prinzip stehen.

Literaturtipps:

- Dienstbier, Philipp (2023): Saudi-Arabien: Nach Iran nun Israel?, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/saudi-arabien-nach-iran-nun-israel>
- Lukas, Stefan/Sons, Sebastian (2023): China, Corona, Climate Change: Three Gamechangers for the Arab Gulf States, Center for Applied Research in Partnership with the Orient, URL: https://carpo-bonn.org/wp-content/uploads/2023/06/carpo_report_11_27-06-23.pdf
- Sons, Sebastian (2022): Zwischen Menschenrechten und Interessen, Qantara, URL: <https://qantara.de/artikel/deutschland-und-die-golfstaaten-zwischen-menschenrechten-und-interessen>

Paul Behne

Neuer Krieg im Nahen Osten? Israel, der Libanon und die deutsche Außenpolitik

Seit dem 07. Oktober 2023 verschärft sich Lage an der libanesisch-israelischen Grenze. Auf beiden Seiten warnen offizielle Stimmen vor einem erneuten Ausbruch eines heißen Krieges zwischen der israelischen Armee und der Hisbollah. Zwischen den Fronten steht seit 1978 die United Nations Interim Force in Lebanon, eine Peacekeeping-Mission der Vereinten Nationen, welche die Rückzugslinie der Israelis, die sogenannte Blue Line, kontrolliert. Doch welche Handlungsoptionen hat UNIFIL im Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah und wie wirkungsvoll ist die Mission, in der auch Deutschland eine Führungsrolle einnimmt?

Der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon hat eine lange Geschichte. Als Israels Nachbarland war der Libanon immer Teil des Nahostkonflikts und vor allem das Gebiet südlich des Litani-Flusses Schauplatz der Auseinandersetzung verschiedener Staaten, Milizen und anderen Gruppierungen mit den Israelischen Verteidigungsstreitkräften (IDF). Als die Auseinandersetzung 1978 drohte die Camp-David-Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten zu torpedieren, die versprachen zu mehr Stabilität im Nahen Osten beizutragen, wurde basierend auf den Resolutionen 425 und 426 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen die Mission United Nations Interim Force (UNIFIL) erlassen.

Ziel der UNIFIL-Mission

Ziel der Mission war der Abzug der IDF aus dem Südlibanon und die Wiederherstellung von Stabilität und staatlicher Souveränität im gesamten Staatsgebiet. Obwohl es gelang, die IDF zum Rückzug zu bewegen, sorgte die erste UNIFIL-Mission nicht für dauerhafte Stabilität in der Region und schon 1982 wurde der Libanon erneut Schauplatz eines Krieges. Im sogenannten Libanonkrieg – oder dem israelischen Namen nach Operation „Frieden für Galiläa“ – drangen die IDF als Reaktion auf den Anschlag auf den israelischen Botschafter in London im Kampf gegen die palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und ihre Verbündeten bis in das libanesische Kernland nach Beirut vor.

Als Reaktion auf die israelische Invasion gründete sich die Hisbollah-Miliz, die heute die größte nicht-staatliche Armee der Welt ist und regelmäßig Angriffe auf Israel durchführt – mit Unterstützung des Irans. Nach dem Libanonkrieg hielt Israel eine Schutzzone im Südlibanon besetzt, um Terrorangriffen vorbeugen zu können. Erst im Jahr 2000 zogen die meisten Truppen mit wenigen Ausnahmen aus dem Libanon ab. Sechs Jahre später, im Juli-Krieg 2006 beziehungsweise dem zweiten Libanonkrieg, kam es erneut zu Kampfhandlungen zwischen der Hisbollah und den IDF. Infolge von Auseinandersetzungen der Hamas und Israel in Gaza nahmen die ohnehin schon bestehenden Spannungen an der Blue Line weiter zu. Als Akt der Solidarität mit der Hamas und als Faustpfand für einen Gefangenenaustausch nahm die Hisbollah im Juli 2006 zwei israelische Soldaten gefangen und löste damit den Beginn der Kampfhandlungen aus. Der mit massivem Beschuss einhergehende Folgeangriff auf den

Libanon forderte tausende Tote und Verletzte. Als Reaktion auf die enormen zivilen Opferzahlen wurden die UN erneut aktiv.

Unter der Initiative der Vereinigten Staaten und Frankreichs wurde die Resolution 1701 im UN-Sicherheitsrat verabschiedet, die bis heute die Grundlage der zweiten UNIFIL-Mission darstellt. Das ursprünglich robuste Mandat unter Kapitel VII der UN-Charta, welches die Resolution beinhalten und sie mit umfassenden Rechten zur Erfüllung ihrer Ziele ausstatten sollte, wurde von der libanesischen Regierung abgelehnt, sodass UNIFIL bis heute eine Mischform von Missionstypen darstellt, und zwar einerseits robust ausgestattet ist, jedoch trotzdem nur begrenzt unabhängig handlungsfähig. Nichtsdestotrotz gelang es dadurch einen Waffenstillstand herzustellen, wenngleich der Krieg offiziell bis heute immer noch nicht beendet ist.

UNIFIL zwischen Mandat und Staat

Das Trauma der Kriege mit Israel, der Besatzung und der vielen zivilen Opfer sitzt immer noch tief in den Köpfen der Menschen im Libanon. Die schwere Wirtschaftskrise, die politische Sackgasse, in der es unmöglich scheint, eine Regierung zu bilden und zuletzt der Krieg in Gaza stärken die Hisbollah zusehends. Des Weiteren setzen die zunehmenden Spannungen und regelmäßigen Schlagabtäusche an der Blue Line vor allem auch die UNIFIL-Mission unter Druck, deren Ziele erneut in unerreichbare Ferne gerückt zu sein scheinen.

UNIFIL besteht heute aus rund 11.000 Personen, davon circa 10.000 Soldatinnen und Soldaten, die für die Stabilität im Südlibanon arbeiten. Die Truppenstärke liegt in der Resolution 1701 begründet, die nach dem Krieg 2006 die Anzahl an Personal von zum Schluss 2.000 auf bis zu 15.000 an hob. Die Mission führt täglich rund 450 Operationen durch. Die Soldatinnen und Soldaten patrouillieren und observieren häufig in Kooperation mit den Libanese Armed Forces (LAF) den Südlibanon und bilden so gleichzeitig das libanesisches Militär aus. Der Südlibanon ist dabei in Sektoren aufgeteilt, die jeweils einem truppenstellenden Land unterstellt sind. Insgesamt sind zurzeit 48 Länder an der Mission beteiligt. Das größte Personalaufgebot stellen Indonesien, Italien und Malaysia. Deutschland entsendet zurzeit 197 Soldatinnen und Soldaten. UNIFIL scheint sowohl personell als auch technisch dazu ausgestattet zu sein, das Gebiet südlich des Litani-Flusses zu stabilisieren. Warum aber wird das Gebiet immer noch von der Hisbollah kontrolliert? Kommt es zu regelmäßigen Scharmützeln an der Blue Line? Gibt es immer wieder Vorfälle, in denen die UNIFIL Einheiten sich der Hisbollah ausgeliefert sehen?

Der Libanon ist eine sogenannte Konkordanzdemokratie, also eine Demokratie, in der der Proporz bestimmter Bevölkerungsgruppen in der Regierung festgelegt ist. Diese Bevölkerungsgruppen sind anhand der Konfession definiert. So muss der Ministerpräsident immer sunnitische Muslim, der Sprecher der Nationalversammlung schiitische Muslim und der Präsident maronitische Christ sein. Durch die Notwendigkeit der gegenseitigen Zustimmung für die Besetzung der Ämter ist seit dem Rücktritt des letzten Präsidenten Michel Aoun im Oktober 2022 die Neuwahl eines Präsidenten von der Hisbollah und der verbündeten Amal-Partei verhindert worden und der Libanon ohne handlungsfähige Regierung. Es ist im Libanon schon lange kein Geheimnis mehr, dass die Hisbollah bis tief in die staatlichen Strukturen des Landes vorgedrungen, ja eine politische Partei geworden ist, und kaum etwas

geschieht, ohne das Hassan Nasrallah, ihr Generalsekretär, dies billigt. Das aktuelle Vakuum verstärkt diesen Einfluss zusätzlich.

Vereinfacht gesprochen liegt die Antwort auf die Frage nach der Wirkung von UNIFIL in dem Zusammenhang der Natur des Mandates unter Kapitel VI der UN-Charta und der Staatlichkeit im Libanon begründet. Zwar verfügt die Mission über die Fähigkeiten auf eine effektive Stabilisierung des Südlibanons hinzuarbeiten, schlicht die Zustimmung der libanesischen Regierung für einen konstruktiven Einsatz der Fähigkeiten fehlt. So steckt die UNIFIL-Mission in einer misslichen Lage. Die handlungsunfähige und zudem von der Hisbollah unterwanderte Regierung des Libanons hat das letzte Wort, wenn es um die Durchführung von Operationen der UN geht. Es ist also undenkbar, dass die Mission die Entwaffnung der Hisbollah herbeiführen wird oder – mehr noch – dass UNIFIL noch im Libanon wäre, wenn die Hisbollah dies nicht billigen würde. Das bestätigen sowohl libanesischen Quellen als auch Stimmen aus der Mission selbst. Die Mission erscheint wie ein zahnloser Tiger, der nicht aus seinem Mandatskäfig herauskann, um für anhaltende Stabilität in der Region zu sorgen.

Der passive Wirkungsnexus von UNIFIL

Aber worin besteht dann der Sinn der Mission? Neben den Operationen, welche auf den ersten Blick die Wirkung der Mission bestimmen, ergeben sich unter der Oberfläche weitaus mehr, wenngleich passive Effekte. Diese wirken – und das ohne, dass die libanesischen Regierung besonderen Einfluss darauf nehmen kann – tief in das Land hinein und kreieren subtil Stabilität. Der wirtschaftliche Einfluss der Mission ist für den Libanon, insbesondere im Süden, enorm. Die Logistik der Mission von Ernährung über verschiedene Dienstleistungen oder auch Immobilien hat ganze Wirtschaftszweige erschaffen. So ist die UNIFIL-Mission insbesondere auch in der aktuellen Hyperinflation der libanesischen Lira ein Garant für einen stetigen Zufluss von Dollar.

Eine weitere Komponente ist die Kommunikation. Als weitgehend neutraler Akteur agiert UNIFIL im Konflikt zwischen Israel und dem Libanon als einziger Kontaktpunkt zwischen den beiden Streitkräften. Im sogenannten Tripartite-Mechanismus wird über das Hauptquartier von UNIFIL in Naqura ein Kommunikationskanal geschaffen, der schon mehrmals zur Beilegung von akuten Konfliktsituationen führen konnte. Dazu kommt, dass bei den regelmäßig vorkommenden Überschreitungen der Blue Line durch die Zivilbevölkerung, wie zum Beispiel durch libanesischen Hirten, UNIFIL die Lage aufklären kann, bevor der Übertritt als möglicher Angriff auf eine der beiden Konfliktparteien gewertet wird.

Die dritte und vielleicht wichtigste passive Wirkung liegt in der Sicherheitsperzeption der Bevölkerung begründet. Die allgemeine Wahrnehmung der UNIFIL-Mission im Südlibanon ist sehr positiv. Durch die Erfahrungen des Juli-Kriegs 2006, bei dem UNIFIL intensiv an der Evakuierung der libanesischen Bevölkerung beteiligt war und dabei auch selbst Verluste zu verzeichnen hatte, prägen bis heute die Sicherheitswahrnehmung der südlibanesischen Bevölkerung. Die Präsenz der Truppen, die Sichtbarkeit der verschiedenen Stützpunkte und die regelmäßigen Unterstützungsleistungen an die Menschen tragen erheblich zur Normalisierung der Stimmung im Südlibanon bei, wenngleich diese seit dem 07. Oktober 2023 zu kippen droht.

Maritime Task Force und Bundeswehr

Eine besondere Rolle kommt dabei auch der Maritime Task Force (MTF) zu, die unter deutschem Kommando steht. Mit ihren Aktivitäten in Jounieh, nur wenige Fahrminuten nördlich von Beirut, und den regelmäßigen Patrouillen vor der libanesischen Küste ist sie wohl der präsenteste Truppenteil von UNIFIL außerhalb vom Südlibanon. Basierend auf einer Ertüchtigungsinitiative des Bundesministeriums für Verteidigung ist Deutschland hier zudem auch über das unmittelbare Engagement in der Mission hinaus darin tätig, Radarstationen für die libanesischen Marine entlang der Küste aufzubauen und so eine umfassende Überwachung des Seeraums zu gewährleisten. Die MTF ist damit ein überregionales Aushängeschild der UNIFIL-Mission und demonstriert sichtbar die Kräfte, die dieser zur Verfügung stehen.

Trotzdem wird auch hier wieder das Mandatsproblem in erschreckender Weise deutlich. Die MTF, die damit beauftragt ist Waffenschmuggel im Libanon zu unterbinden, muss verdächtige Schiffe direkt an die libanesischen Marine melden, denn nur diese ist befugt, Kontrollen durchzuführen. In den tausenden durchgeführten Kontrollen wurde seit 2006 laut der libanesischen Marine keine einzige Waffe sichergestellt. Ob dies auf die vollständige Unterbindung des Waffenschmuggels in den Gewässern entlang der levantinischen Küste zurückzuführen ist oder ob die MTF und damit die Bundesregierung unfreiwillig zu höchst effizienter Waffenakquise mächtiger Gruppen im Libanon beiträgt, bleibt dabei Produkt der eigenen Fantasie.

Wirken ohne Gewalt

Schlussendlich kann gesagt werden, dass UNIFIL vor allem als politische Mission zu werten ist. Ihr Fortbestehen scheint alternativlos, nachdem sie nach mittlerweile über 45 Jahren nicht nur im Libanon etabliert, sondern ein Teil der Machtstrukturen des Landes geworden ist. Ihre Entfernung könnte das labile Gleichgewicht in der Region noch weiter zum Kippen bringen. In der aktuellen Zuspitzung der Ereignisse bleibt UNIFIL der zahnlose Tiger, der ohne ein neues Mandat nicht in der Lage sein wird, etwaige Kampfhandlungen zwischen Israel und der Hisbollah zu unterbinden. Das muss aber auch gar nicht die Erwartungshaltung sein. Sollte es zum Ausbruch eines heißen Krieges an der Blue Line kommen, wird die UNIFIL wie auch schon 2006 zur Stelle sein, um die Zivilbevölkerung zu schützen und stabilisierend in die Region zu wirken, ohne dabei einen einzigen Schuss abgeben zu müssen.

Literaturtipps:

- Männer, Stella (2024): Libanon: Das war nicht die letzte Eskalation, Die Zeit, URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2024-02/libanon-israel-armee-hisbollah-eskalation>
- von Finckenstein, Valentina (2021): Kriege und Konflikte: Libanon, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54644/libanon/>

- Weber, Anne Françoise (2022): Israel und Libanon: Vergiftete Nachbarschaft, Deutschlandfunk Kultur, URL: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/israel-libanon-krieg-100.html>

3. Asien

Felix Burckhardt

Myanmar, die Ex-Scheindemokratie – Von einem Land, das keine Wahl hatte

Am ersten Februar 2021 holte sich das Tatmadaw, wie das burmesische Militär genannt wird, das bisschen Macht zurück, welches es knapp zehn Jahre zuvor an ein Parlament abgegeben hatte. Dabei wurde vor allem die National League for Democracy entmachtet. Die Frontfrau der Partei, Aung San Suu Kyi, ist in den Europäischen Medien vor allem für ihren Friedensnobelpreis, aber auch durch ihre Rolle am Völkermord an den Rohingya zu kontroverser Berühmtheit gekommen. Ersteren errang sie durch ihren aufopferungsvollen Kampf für Demokratie in einer brutalen Militärdiktatur. Letzteres durch die wiederholte und öffentliche Rechtfertigung einer brutalen Vernichtungskampagne an einer muslimischen Volksgruppe, die ihre blutigen Höhepunkte 2016 und 2017 fand.

Vor diesem Hintergrund hat sich in den vergangenen Wochen mancherorts der Eindruck verbreitet, bei dem Putsch handele es sich um eine Art Rache des Schicksals für ihre Komplizenschaft bezüglich der Gräueltaten an den Rohingya. Doch um ein faires und vollständiges Bild des Putsches, der darunter leidenden Bevölkerung und der jüngst wieder eingesperrten Landesmutter zu bekommen, ist eine differenziertere Betrachtung nötig. Als Betrachter aus dem Ausland müssen wir uns fragen: Was bedeutet der Putsch für das junge demokratische Myanmar? Um darauf eine Antwort zu finden, müssen wir eintauchen in die grausame Geschichte und tragische Gegenwart eines zersplitterten Landes – eines Landes, in dem es keine Helden mehr gibt und welches keine Wahl hatte.

Der lange Weg zur Verfassung von 2008

Vor seiner Kolonialisierung war das burmesische Königreich eine der militärisch erfolgreicheren Regionalmächte seiner Zeit, jedoch sehr zum Leidwesen seiner Opfer. Die Eroberung und brutale Brandschatzung des Königreichs Arakan ist beispielsweise Teil des hässlichen Fundamentes für den aktuellen Bürgerkrieg im Rakhine State, der zum Teil parallel zum Völkermord an den Rohingya stattfand. 1824 brach über einen Grenzdisput zwischen Britisch-Indien und Myanmar der erste Anglo-Burmesische Krieg aus. Im Laufe der folgenden 60 Jahre und zweier weiterer Kriege wurde Myanmar in Gänze der britischen Kolonie angeschlossen. Im Vergleich zu den Ländern Südasiens fand dieser Prozess spät statt, weshalb die britischen Kolonialherrscher wenig Interesse daran hatten, Zeit und Geld zu investieren, um Burmesen zu den Mittelsmännern ihrer kolonialen Infrastruktur zu machen. Stattdessen wurden dafür bereits ausgebildete Inder aus der regionalen Nachbarschaft eingeschifft. Vor allem die Bahar, die bevölkerungsreichste und politisch dominante Ethnie des vorkolonialen Myanmars, erfuhren so besonders drastisch den Abstieg hin zu einer Arbeiterklasse, welcher keinerlei Zugang zu Bildung oder politischem Einfluss gewährt wurde.

Erforscht man die Natur des tiefsitzenden Rassismus in Myanmar, der sich unter anderem in der Vielzahl rassistischer Gesetze, wie den ethno-religiös gestaffelten Bürgerrechten und auch in der kulturellen Fixierung auf das letzte vorkoloniale Jahr 1824 manifestiert, ist dieser

Klassenabstieg ein wichtiger Eckstein. Hier findet sich die offizielle Begründung, mit der das Tatmadaw und Aung San Suu Kyi versuchten, die Verbrechen an den Rohingya zu rechtfertigen. Für viele Kommentatoren waren diese ein Ausdruck reiner Islamophobie, bei genauerer Betrachtung reicht dieser Erklärungsansatz jedoch nicht aus. Schließlich können andere muslimische Minderheiten vergleichsweise unbehelligt, wenn auch als Bürger zweiter Klasse, in Myanmar leben. Was die Rohingya hervorhebt, ist, dass sie nach der in Fachkreisen angezweifelte Lesart der Geschichte, auf die sich das Regime beruft, nicht Teil der ethnischen Zusammensetzung Myanmars vor 1824 sind.

Die Unabhängigkeit vom britischen Empire erkämpfte sich das Land unter Führung eines jungen Generals namens Aung San. Seine Karriere begann als Verbündeter Japans, doch als klar wurde, dass der japanische Kaiser Hirohito die Freiheit Myanmars nicht mehr garantieren konnte, ließ er sich diese von den Alliierten versprechen und wechselte kurzerhand mit samt seiner Milizen die Seiten. Ein unabhängiges Myanmar sah er allerdings nie, denn im Juni 1947, ein halbes Jahr vor den offiziellen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten, erschossen Uniformierte den 32-jährigen und acht weitere Menschen während einer Kabinettsitzung der Übergangsregierung.

Aung San wurde seitdem zu einem überlebensgroßen Landesvater stilisiert, einer Art südostasiatischem Atatürk. Sein Todestag wird bis heute als Martyrs' Day gefeiert, einem der wichtigsten nationalen Feiertage. Sein Status als legendärer Befreier der Burmesen und Gründer des Tatmadaw überdauerte die erste burmesische Demokratie, die in den frühen 1960ern von einem militärisch gestützten Einparteiensystem abgelöst wurde. Dieses wich wiederum 1988 einer Militärdiktatur. In den 1990ern allerdings begann das totalitäre Regime mit dem Versuch, Aung San aus seiner tragenden Position im Gründungsmythos herauszulösen. Das hatte vor allem mit seiner Tochter Aung San Suu Kyi und der von ihr angeführten Demokratiebewegung zu tun. Selbst wenn heute offizielle Tatmadaw-Pressemitteilungen von ihr nur als Suu Kyi' sprechen, handelt es sich dabei um den aktiven Versuch, sie vom Ansehen und Einfluss ihres Vaters zu trennen, da Namenstrennung als Konzept im Burmesischen eigentlich nicht existiert.

Aung San Suu Kyi war dem Tatmadaw ein besonderer Dorn im Auge, da sie 1990 mit der National League for Democracy (NLD) in den ersten freien Wahlen seit über 30 Jahren eine überwältigende Mehrheit erzielte. Den Wahlen folgte allerdings keine Machtübergabe. Für die Frontfrau der Partei folgten ein Friedensnobelpreis und eine Kaskade von Hausarrestperioden. Zwischen 1989 und 2011 verbrachte sie insgesamt weniger als sechs Jahre in Freiheit.

In der Zwischenzeit beriet das Tatmadaw über die Frage, wie man sich wohl am besten der harschen internationalen Sanktionen entziehen könne, ohne sich dabei unter Kontrolle demokratisch gewählter Volksvertreter begeben zu müssen. Die Lösung resultierte in der Verfassung von 2008. Sie erlaubte freie Wahlen, um 75 Prozent der Sitze in einem Parlament zu füllen, welches wiederum eine zivile Regierung bilden und die meisten Ministerien besetzen konnte. Davon ausgenommen waren lediglich das Verteidigungsministerium, das Ministerium des Innern und das Ministerium für Grenzangelegenheiten, deren Minister direkt vom Tatmadaw ausgewählt wurden. Dabei handelte es sich um die drei bewaffneten Ministerien im burmesischen Staatsapparat. Diese Ausnahmen waren auch vor einer Verfassungsänderung

sicher, denn dafür wären Stimmen aus dem verbliebenen 25 Prozent im Parlament notwendig, der ebenfalls vollständig von Tatmadaw-Kandidaten besetzt ist.

Diese zutiefst undemokratischen Elemente der Verfassung von 2008 wurden von der NLD keineswegs klaglos hingenommen. Zumal hatte das Tatmadaw seine Unfähigkeit eben erst unter Beweis gestellt, indem es wenige Monate zuvor bei der nationalen Hilfsaktion für die gewaltigen Schäden durch den Taifun Nargis versagte und internationale Unterstützung teils monatelang blockierte. Durch eine Kombination von gewaltsamen Repressalien gegen die NLD und einer breit angelegte Propagandakampagne in den Regime-kontrollierten Medien wurde die Verfassung von 2008 aber dennoch in einem nationalen Referendum angenommen. 2010 folgten dann Parlamentswahlen, zumindest für den wählbaren Teil des Parlamentes.

Fruchtbarer Boden für Bürgerkrieg und Genozid

Die Verfassung von 2008 brachte, sowohl direkt als auch indirekt, eine gewaltige Fülle an Veränderung für die burmesische Bevölkerung. Ein Land, das in vielerlei Hinsicht in einer 1960er-Jahre-Zeitblase gefangen war, wurde über Nacht in das 21. Jahrhundert katapultiert. Mindestens die Stadtbevölkerung hatte auf einmal Zugang zum internationalen Warenhandel. Telekommunikationskonzerne boten plötzlich erschwinglichen Internetzugang an, meist per Prepaid-Handy. Tourismus begann als Wirtschaftszweig relevant zu werden. Digitales Bankwesen ermöglichte erstmals Immobilienhandel ohne Geldkoffer, auch wenn händische Übergabe großer Geldsummen immer noch gängige Praxis ist. Andere Dinge wiederum änderten sich nicht. Cronyismus und Korruption blieben prominenter Bestandteil des täglichen Lebens. Die Militärangehörigen, die zuvor Politiker, Journalisten und Aktivisten gefangengenommen und gefoltert hatten, traten ihren ehemaligen Opfern in der Öffentlichkeit nach wie vor mit einem Selbstverständnis der respektablen Vertreter der Exekutive gegenüber. Durch den immensen politischen Einfluss, den sich das Tatmadaw in der Verfassung von 2008 garantiert hatte, musste kein einziger Täter um persönlichen Wohlstand oder Karriere fürchten. Dieses Damoklesschwert von einem politischen Klima entschuldigt zwar nicht, aber erklärt in weiten Teilen die mangelnde Bereitschaft von Aung San Suu Kyi und der NLD-Regierung, mäßigend auf die während der 2010er Jahre immer stärker werdenden Ressentiments gegen die Rohingya zu reagieren. Zumal die tatsächliche Regierungskontrolle über das Militär sehr begrenzt ausfiel.

Einen weiteren wichtigen Grundstein für die Gewalt dieses Jahrzehnts, vor allem die gegen Rohingya, bildet die Art, in der die Digitalisierung des Landes vorstättenging. Eine große Zahl der Mobiltelefone, die das Land überschwemmten, hatten entweder die Facebook App vorinstalliert oder sind in Netzinfrastruktur eingebunden, die Facebooks Dienste bevorzugt. Als direkte Folge ist Facebook bis heute der „Browser“ für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit Internetzugang. Im Jahr 2021 ist die radikalierende Wirkung von Social-Media-Plattformen bekannt und beschrieben. Laut einer Studie des renommierten Fachmagazins Nature Human Behavior ist gerade Facebook für die besonders schnelle Verbreitung von Fake News verantwortlich.

Heute wissen wir, dass mindestens starke Moderation auf Seiten der Anbieter und ein kritisches Medienkonsumverhalten auf Seiten der User notwendig ist, um realer Gewalt vorzubeugen. Während der Anti-Rohingya Pogrome 2012 befanden sich jedoch lediglich zwei

Facebook-Mitarbeiter in Myanmar, wovon keiner eine der lokalen Sprachen beherrschte. Die Täter des Genozids waren Menschen, die zu diesem Zeitpunkt über 50 Jahre keinen Zugang zu freier Presse mehr hatten. Das soll nicht heißen, dass es keine Profiteure, wenn nicht sogar Anstifter dieser ausufernden Gewaltexzesse gab. Die muslimischen Rohingya stellten die Mehrheit der Bevölkerung im nördlichen Teil von Rakhine State. Die Arakani-Regionalregierung schürte angesichts dessen die auch von rechtspopulistischen Parteien in Europa verbreiteten Mythen eines angeblichen Bevölkerungsaustausches. Dem Tatmadaw kam der Konflikt mit und gegen eine muslimische Minderheit mutmaßlich gelegen, da dies den Generälen erlaubte, sich als die Beschützer der Buddhisten aufzuspielen.

Es ist fast nicht möglich, den darauffolgenden Konflikt auf eine klare und differenzierte Art kurz zusammenzufassen. Der Genozid an den Rohingya in den Jahren 2016 und 2017 ist eingebettet in ein dichtes Netz aus bürgerkriegsähnlichen Konflikten in so gut wie jeder Grenzregion Myanmars. Neben der schier Fülle einzelner Konfliktherde, verschleiern die selbst in den demokratischen Jahren Myanmars außerordentlich schlechten Bedingungen für Journalisten das Lagebild weiter. Zusätzlich werden durch das Tatmadaw oft ganze Regionen über Jahre vom Internetzugang abgeschnitten und für Zivilisten unzugänglich gemacht.

Die folgende Beschreibung der Konfliktlage im demokratischen Myanmar ist daher nicht vollständig und sollte nicht als der Weisheit letzter Schluss betrachtet werden. Die Gewalt im demokratischen Rakhine State begann 2012 mit gewaltsamen Ausschreitungen und Lynchmobs und hat noch immer kein abschließendes Ende gefunden. Als Antwort auf die Bedrohung der Rohingya, bildete sich die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) unter der Führung des aus Saudi-Arabien zurückgekehrten Rohingya-Imams Ataulah abu Ammar Jununi. 2016 stürmte eine Gruppe von angeblich hunderten ARSA-Rebellen einen Grenzposten in der Stadt Maungdaw am Grenzübergang nach Bangladesch. Die mit Macheten und Schleudern bewaffneten Angreifer töteten 13 Grenzschilder und erbeuteten dutzende Feuerwaffen.

Das Tatmadaw antwortete mit einer brutalen „Clearance Operation“, die den Kreislauf der Gewalt nur noch weiter befeuerte. Willkürliche Verhaftungen, Hinrichtungen ohne jeglichen Prozess und die Verweigerung von UN-Hilfsgütern für die Region waren an der Tagesordnung. Gerade die Zivilbevölkerung geriet dabei regelmäßig unter einen generellen Verdacht, für den jeweiligen Feind zu spionieren. Der ARSA wurden in diesem Zusammenhang über die Jahre hunderte Morde an Zivilisten zugeschrieben, für gewöhnlich an der Nicht-Rohingya-Bevölkerung. Dem Tatmadaw wird die Tötung ziviler Opfer im niedrigen 10.000er-Bereich zugerechnet. Selbst veralteten Schätzungen zufolge belaufen sich die Opferzahlen auf um die 25.000 Tote sowie mindestens 18.000 Fälle sexueller Gewalt. Im Lichte solcher Meldungen, ergriffen etwa eine Millionen Rohingya die Flucht, 128.000 gelten als „internally displaced persons“ und über 950.000 machten sich auf den Weg nach Cox's Bazar in Bangladesch.

Die ARSA ist allerdings nicht die einzige ethnische Miliz in Rakhine State. Die seit 2009 existierende Arakan Army (AA) war ebenfalls an mehreren Kampfhandlungen in der Region, aber auch auf anderen inländischen Konfliktschauplätzen, beteiligt. Interessanterweise ist ihr großes Ziel, eigenen Aussagen zufolge, nicht eine Sezession, sondern ausgeweitete Autonomierechte im Rahmen eines föderalen Staates. Der Hauptsponsor der AA ist die Kachin Independence Army (KIA), eine prominente, aus den 1960er Jahren stammende Armed Ethnic

Group mit Hauptsitz in Kachin State. Es ist davon auszugehen, dass der größte Teil der ungefähr 8.000 AA-Soldaten in KIA-Einrichtungen ausgebildet wurde. Beide Gruppen bilden zusammen mit der Myanmar National Democratic Alliance Army und der Ta'ang National Liberation Army die Northern Alliance. Vor allem durch dieses Bündnis war die AA auch außerhalb von Rakhine State an Kampfhandlungen beteiligt. Es ist davon auszugehen, dass weite Teile dieser Allianz vor allem durch die Produktion von und den Handel mit Opium und Meth finanziert werden. Myanmar ist nach Afghanistan zweitgrößter Opium Produzent und weltweit sogar größter Meth-Produzent.

Laut dem Irrawaddy, einer großen englischsprachigen Tageszeitung, soll eine Eskalation des Bürgerkrieges im Spätsommer 2019 dadurch ausgelöst worden sein, dass Polizeikräfte beim Sturm auf ein „ganzes Dorf von Meth-Küchen“ mit Mörserfeuer beschossen worden sein sollen. Nach Beteiligung an verschiedenen anderen Kampfhandlungen mit der Northern Alliance trat die AA zuerst 2015 in Rakhine State auf. Ihr Operationsgebiet beschränkt sich allerdings auch hier nicht nur auf einen Bundesstaat, sondern entlang der ganzen westlichen Grenzregion Myanmars. Ihren Hauptsitz hat die AA höchstwahrscheinlich im dichten Dschungel von Chin State, direkt nördlich von Rakhine State. Von dort aus führt sie regelmäßig verschiedene Operationen durch. Große Überfälle auf Tatmadaw-Truppen in Rakhine und Chin State mit dutzenden Toten sind nicht ungewöhnlich. Vereinzelt soll es auch zu Gefechten zwischen AA und ARSA-Truppen gekommen sein. Darüber hinaus wirft das indische Militär der AA vor, mit Unabhängigkeitskämpfern in der indischen Grenzprovinz Nagaland zusammenzuarbeiten. Indien beschuldigt China in diesem Zusammenhang, die AA und andere Rebellengruppen mit Waffen zu unterstützen.

Im post-Coup Myanmar spielen die Dynamiken zwischen den Armed Ethnic Groups und dem Tatmadaw nach wie vor eine zentrale Rolle. Die zwei Dutzend verschiedene Gruppen haben wiederholt unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage sind, das Tatmadaw in langatmige Guerillakriege zu verwickeln. Andererseits haben die Gruppen jetzt womöglich mehr denn je die Möglichkeit, sich mit einer entsprechenden Menge Bestechungsgeld ihre Autonomierechte zu sichern. Denn gerade jetzt käme ein erneutes Aufflammen von Kampfhandlungen dem Militär denkbar ungelegen.

Quo vadis Myanmar?

Nachdem das Tatmadaw am 1. Februar 2021 den größten Teil der NLD-Führung unter Arrest gesetzt hat, sah zunächst alles nach einem Coup ohne Blutvergießen aus. In den folgenden Tagen und Wochen resultierten Zusammenstöße von Polizei und Militär mit dem wachsenden (zivilen) Widerstand gegen die Putschisten in teils bürgerkriegsähnlichen Zuständen auf den Straßen Myanmars.

Wie geht es also weiter mit Myanmar? Für das Tatmadaw wäre das Best-Case Szenario wohl eine Fortführung der Verfassung von 2008, nur ohne lästige Seitenhiebe von Aung San Suu Kyi und der NLD, dafür aber mit einem Präsidentschaftsposten für Oberbefehlshaber Min Aung Hlaing. Der verfassungsmäßige Ablauf seiner Amtszeit, gepaart mit dem Unwillen der NLD, ihm einen hohen Posten in der Regierung zu überlassen, wird als zentrale Ursache dafür betrachtet, dass der Putsch ausgerechnet Anfang Februar stattgefunden hat. Das macht Aung San Suu Kyi und die NLD zum zentralen Gegenstand der Proteste. Denn nach allem, was bis jetzt zu sehen

ist, fordern die meisten Menschen nicht etwa eine neue, demokratischere Verfassung, sondern lediglich eine Anerkennung der letzten Wahlergebnisse. Das Tatmadaw plant jedoch, die Wahlen in einem Jahr zu wiederholen und mutmaßliche bis dahin Umstände zu schaffen, die einen militärfreundlicheren Ausgang garantieren.

Ein Szenario, in dem anhaltende Proteste oder neu aufflammende Bürgerkriege einen solchen Ausgang unmöglich machen, ist denkbar, allerdings käme auch das dem Tatmadaw nicht unbedingt ungelegen. Die Militärführung und ihre Cronies sind langjährige und brutale Sanktionen gewohnt und haben wenige Assets außer Landes, die von der internationalen Staatengemeinschaft sanktioniert oder eingefroren werden könnten. In Diplomatenkreisen gilt es als sicher, dass internationale Sanktionen in der allgemeinen Bevölkerung erneut extremes Leid erzeugen würden, bevor einflussreiche Eliten irgendeinen Druck zu spüren bekämen. Sollte das Tatmadaw also beschließen, dass die Demokratie insgesamt ein Fehler war, hätte es zwar die Verfassung von 2008 verspielt, wäre jedoch nach wie vor in einer komfortablen Position. Weitere Jahrzehnte der Militärherrschaft wären selbst unter schwersten Sanktionen kein gänzlich inakzeptabler Ausgang für die Generäle.

Bedenkt man Myanmars besonderen ethnischen und geographischen Hintergrund, gäbe es allerdings noch ein weiteres denkbare Szenario. Sollte es zum Ausbruch weiterer Bürgerkriege kommen, wäre es durchaus denkbar, dass genügend Armed Ethnic Groups das Tatmadaw in ihren jeweiligen Bundesstaaten mit nachhaltigem Erfolg bekämpfen, was effektiv einer Sezession gleichkäme. Es wird oft unterschätzt, wie groß die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Myanmars Ethnien tatsächlich sind. Sowohl aus der burmesischen Diaspora-Community als auch auf den Straßen ist zu hören, dass sich Myanmar mittlerweile weniger wie ein Land, sondern mehr wie vier Länder unter der Kolonialherrschaft des Tatmadaw anfühlt. Wie weit diese Perspektive wirklich verbreitet ist, lässt sich aktuell, vor allem bei Betrachtung aus dem Ausland, schwer sagen.

Auch wenn die wegweisenden Entscheidungen für die nächsten Jahre aktuell auf den Straßen und in Militärbüros gefällt werden, ist ein Blick auf die regionalen Großmächte Indien und China trotzdem aufschlussreich. Indien hat für seinen Teil von einer offiziellen Verurteilung des Putsches abgesehen, auch wenn in der offiziellen Mitteilung zur Lage in Myanmar zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgerufen wird. Gänzlich überraschend ist das nicht, denn Indien pflegte im vergangenen Jahrzehnt ein gutes Arbeitsverhältnis mit dem Tatmadaw. So gibt es schon seit längerem Koordination zwischen Tatmadaw und der Indian Army, vor allem bei der Sicherung der gemeinsamen Grenze. Das schließt sowohl den bereits erwähnten Konflikt in Nagaland auf indischer Seite als auch den in Chin State auf burmesischer Seite mit ein. Zudem verkaufte Indien ein altes U-Boot der Kilo-Klasse an die Tatmadaw Navy. Es ist gut vorstellbar, dass Indien im Endeffekt die relative Stabilität einer Militärregierung bevorzugt, vor allem gegenüber eines Bürgerkriegsszenarios oder einer demokratischen Regierung mit einem instabilen Verhältnis zu den Streitkräften.

China hat ebenfalls starkes Interesse an einem stabilen Myanmar. Eine zentrale Route des Belt-and-Road-Netzwerkes verläuft über die chinesisch-burmesische Grenze in Shan State, über Mandalay und an den Hochseehafen von Sittwe in Rakhine State. Es ist liegt also nahe, dass China ein Interesse daran hat, seine bisherigen Investitionen zu sichern und den reibungslosen

Betrieb der Route zu gewährleisten. Viele der Protestierenden in Myanmar halten es deshalb für sicher, dass China das Tatmadaw aktiv unterstützt, vor allem bei Maßnahmen, die die digitale Absprache von Demonstranten unterdrücken soll. Unumstößliche Beweise dafür fehlen jedoch, zumindest bis jetzt. Natürlich hätte die Volksrepublik kein Interesse an einer demokratischen Erfolgsgeschichte in der direkten Nachbarschaft, allerdings könnte selbst ein Erfolg der Proteste ohne Änderungen an der Verfassung von 2008 kaum als ein solcher bezeichnet werden. Aus dieser Perspektive ist ein Einmischen Chinas in die aktuelle Lage zwar nicht undenkbar, handfeste Anzeichen dafür fehlen jedoch. Da es von allen internationalen Akteuren allerdings mit Abstand die besten Beziehungen in alle Ebenen der burmesischen Gesellschaft, inklusive NLD und Tatmadaw pflegt, könnte gerade China auch nicht-militärischen Einfluss ausüben.

Vor dem Hintergrund des insgesamt extrem begrenzten Einfluss internationaler Spieler auf Myanmar werden die Weichen für die nächsten Jahrzehnte wohl im Land selbst gestellt. Auch wenn die Protestierenden aktuell nach einer UN-Intervention rufen, ist ein solches Szenario unter Berücksichtigung der Vetomächte im UN-Sicherheitsrat schlicht unvorstellbar. Letzten Endes sollte die Geschichte Myanmars aber auch uns zum Nachdenken anregen. Die Geschichte wäre womöglich sehr unterschiedlich verlaufen, hätten die Staaten Europas als Teil der Völkergemeinschaft nicht so bereitwillig eine Demokratisierung gelobt, die schon damals als Papiertiger hätte erkannt werden können. Wäre das Tatmadaw dazu bereit gewesen, echte Macht abzugeben, wenn andere demokratische Staaten den Bluff der Verfassung von 2008 durchschaut hätten? Rückblickend ist das schwer zu sagen.

Die Lehre, die Deutschland und Europa im Hinblick auf die Entwicklungen in Myanmar ziehen können, ist, dass Demokratie stets unterstützt werden sollte. Aber wenn es sich dabei nur um die Maskerade einer Demokratie handelt, wird jenen, die sich Freiheit und Selbstbestimmung wünschen, keinen Gefallen damit getan bedeutendere nicht-demokratische Machtstrukturen abseits der Parlamente zu ignorieren. Myanmar war unter der Verfassung von 2008 schlicht nie so demokratisch, wie das in Europa gemein aufgefasst wurde.

Literaturtipps:

- Diettrich, Silke/Bodewein, Lena (2017): Katastrophe der Rohingya, Deutschlandfunk, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/verfolgt-vertrieben-verarmt-die-katastrophe-der-rohingya-100.html>
- Fox, Mandy (2020): Birma/Myanmar, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54586/birma-myanmar/>
- Heiduk, Felix (2021): Bürgerkrieg in Myanmar, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/buergerkrieg-in-myanmar>

Julius Vellenzer

Indien auf dem Weg zur Großmacht?

Seit der Jahrtausendwende zählt Indien zu den ökonomisch aufstrebenden Nationen. Auch in der globalen Politik gewinnt das südasiatische Land immer mehr an Bedeutung. Zusammen mit der EU, China, Russland und Brasilien wird Indien zu den potenziellen Supermächten gezählt. Der seit 2014 regierende Premierminister Narendra Modi forciert die Liberalisierung der Wirtschaft mit dem Ziel, Indien noch stärker in den globalen Markt zu integrieren. Außenpolitisch fokussiert sich die Regierung auf den Ausbau regionaler und globaler Netzwerke, um den politischen und ökonomischen Einfluss des Landes zu erhöhen. Parallel setzt Modi hindu-nationalistische Gesetze um, die die religiösen Konflikte im Land verstärken und die schwierigen Beziehungen zum Nachbarland Pakistan weiter belasten. Die aktuellen wirtschafts-, innen- und außenpolitischen Entwicklungen bleiben nicht ohne Folgen für die Gesellschaft und den möglichen Aufstieg Indiens zu einer Großmacht.

Indien vollzog erst in den 1990er Jahren eine ökonomische Liberalisierung, die das Land in den Weltmarkt integrierte. Die Folge war ein wirtschaftlicher Boom, der sich in jährlichen Wachstumsraten von 4 bis 10 Prozent widerspiegelte. Die föderale und demokratische Republik profitierte hierbei von der Übernahme der früheren Kolonialsprache Englisch und der geografischen Lage zwischen dem Nahen und Fernen Osten. Die wichtigsten Handelspartner stellen die Arabische Liga, die EU, der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), die Vereinigten Staaten und die Länder Ostasiens dar. Die Landwirtschaft, von der mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt, hat jedoch noch immer eine wichtige Stellung inne. Auf der anderen Seite nimmt die Bedeutung des Dienstleistungsgewerbes und der Industrie, insbesondere die der IT-, Automobil-, Pharma- und Textilbranche, stetig zu.

Indien zählt heutzutage zu den Schwellenländern mit fortschreitender Industrialisierung und hohen Wachstumsraten, die in den 2010er Jahren sogar die Chinas überboten haben. Das Land stellt laut Weltbank-Daten von 2019 den sechsgroßten Konsummarkt der Welt dar, der einen hohen Anteil des Eigenkonsums am Bruttoinlandsprodukt aufweist. Neben der Binnennachfrage tragen privatwirtschaftliche Investitionen und staatliche Förderungen zum Wachstum bei. Vor dem Hintergrund der laut Prognosen auch in Zukunft steigenden Wirtschaftsleistung und Investitionen bezeichnen einige Ökonomen das 21. Jahrhundert als ein mögliches „indisches Jahrhundert“.

Armut und Spannungen in der Gesellschaft

Der Wirtschaftsboom seit der Jahrtausendwende trug zur Erhöhung des Durchschnittseinkommens, der Lebenserwartung, der Alphabetisierungsrate und der Urbanisierung bei. Von diesen Entwicklungen profitierten vor allem die städtische Bevölkerung und die wachsende Mittelschicht. Die Infrastrukturen und der Lebensstandard der Menschen auf dem Land haben sich hingegen nur geringfügig verändert. Einkommen und Wohlstand innerhalb der Gesellschaft sind ähnlich ungleich verteilt wie in China oder Russland. Nach

Angaben der Vereinten Nationen lebten im Jahr 2018 trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs noch 22 Prozent der Bevölkerung in Armut. Davon betroffen sind insbesondere die Dalits, die dem niedrigsten sozialen Stand im indischen Kastensystem angehören, und die Adivasi, eine Sammelbezeichnung der anerkannten indigenen Stammesgesellschaften. Beide Gruppen sind gesellschaftlich und ökonomisch ausgegrenzt und stellen rund ein Viertel der Bevölkerung. Aufgrund der abnehmenden Bedeutung der Agrarwirtschaft migrieren immer mehr ärmere Menschen in Großstädte und suchen Arbeit im Dienstleistungsgewerbe oder in der Industrie, den Wachstumsmotoren der Wirtschaft.

Indien weist laut Zahlen der UN aus dem Jahr 2018 eine Bevölkerung von 1,38 Milliarden Menschen bestehend aus diversen Volks- und Religionsgruppen auf. Die Gesellschaft ist seit Jahrzehnten von großen innenpolitischen Konflikten geprägt, bei denen die Spannungen zwischen der hinduistischen Mehrheit (80 Prozent) und der muslimischen Minderheit (14 Prozent) herausragen. Verstärkt wird dieser religiöse Konflikt durch Terroranschläge islamistischer Gruppierungen und hindu-nationalistische Gesetze, die von der Modi-Regierung und den Bundesstaaten beschlossen wurden. So löste ein Gesetz über die Staatsbürgerschaft von Flüchtlingen aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan im Dezember 2019 landesweite Proteste unter indischen Muslimen aus. Der Beschluss wurde als diskriminierend aufgefasst, da er ausschließlich Personen betraf, die als religiöse Minderheit in den Ländern verfolgt wurden und nicht dem Islam angehörten. Nach den Demonstrationen brachen im Februar 2020 anti-muslimische, gewalttätige Unruhen in der Metropole Delhi aus.

Ein weiteres Konfliktfeld stellen die militanten Aufstände der maoistischen Naxaliten dar, die landesweit gegen die Bundesregierung kämpfen. Anschlagziele der linksextremen Paramilitärs sind vor allem Angehörige des Militärs und der Polizei. Daneben existieren in dem Vielvölkerstaat separatistische Bewegungen, die gewaltsam mehr Autonomie oder ihre Unabhängigkeit erreichen wollen.

Militärische Stärke und Partnerschaften

Indien stellt als siebtgrößtes und zweitbevölkerungsreichstes Land der Welt aufgrund seiner Größe und geografischen Position einen wichtigen politischen Faktor in Asien dar. Das Land nimmt bei den Verteidigungsausgaben weltweit die dritte Position ein und stellt mit rund 1,5 Millionen aktiven Soldaten, noch vor den USA, die zweitgrößten Streitkräfte. Mehr als zwei Drittel der Rüstungsgüter stammen aus Russland, gefolgt von Israel und Frankreich. Mit Russland als Nachfolgestaat der Sowjetunion verbindet Indien seit der Unabhängigkeit eine enge militärische, ökonomische und politische Partnerschaft. Auch in der Nuklearenergie kooperieren beide Länder, die zu den Atommächten zählen. Zu Frankreich entwickelte Indien in den letzten Jahren eine Partnerschaft und kooperiert in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Verteidigung und Terrorabwehr.

Das Land ist neben Brasilien, Russland, China und Südafrika Mitglied der 2009 gegründeten Organisation BRICS, deren Bezeichnung für die Initialen der fünf Staaten steht. Die fünf aufstrebenden Wirtschaftsnationen streben den Ausbau einer stärkeren ökonomischen und politischen Zusammenarbeit an und tauschen sich auf jährlichen Konferenzen aus. Des Weiteren nahm Indien als Gast an mehreren Gipfeln der ASEAN teil, die die Vertiefung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen festlegten. Im Nahen Osten pflegt Indien ein

partnerschaftliches Verhältnis zu Bahrain, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo Millionen Gastarbeiter indischer Herkunft leben. Mit Israel verbindet das Land eine umfangreiche militärische und ökonomische Partnerschaft. Zudem hat Indien in den letzten Jahren sowohl die Kooperation mit dem Iran weiter intensiviert als auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien deutlich ausgebaut.

Regionale Freundschaften, Konkurrenten und Konflikte

Die politischen Beziehungen zu Nachbarstaaten und Ländern im südasiatischen Raum sind überwiegend freundlich. Insbesondere zu Afghanistan, Bangladesch und Bhutan hat Indien ein enges Verhältnis, auch die Beziehungen zu Sri Lanka und Myanmar sind überwiegend gut. Ausnahmen stellen die zunehmenden Grenzstreitigkeiten mit Nepal, die Balance zwischen Kooperation und Konkurrenz mit China sowie die fortwährenden Konflikte mit Pakistan dar. Mit China verbindet Indien eine wirtschaftliche und strategische Zusammenarbeit, die jedoch auf politischer Ebene durch die langjährige chinesisch-pakistanische Partnerschaft belastet wird. Des Weiteren entsteht aufgrund des ökonomischen Aufstiegs beider Länder eine Konkurrenz um den Einfluss auf die Staaten Südasiens. Im Jahr 2020 kam es zudem zum Wiederaufflammen des indisch-chinesischen Grenzkonflikts in der Himalaya-Region, der zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen beigetragen hat.

Das Verhältnis zu Pakistan ist seit der Trennung und Unabhängigkeit beider Länder vom Vereinigten Königreich im Jahr 1947 von Misstrauen und Abneigung geprägt. Hauptgrund der politischen Teilung waren die Spannungen zwischen der hinduistischen und muslimischen Bevölkerung. Während fast alle Hindus nach Indien migrierten oder flüchteten, wurde Pakistan zur Heimat der meisten südasiatischen Muslime. Die militärische Unterstützung Indiens bei der Abspaltung Bangladeschs von Pakistan 1971 festigte das schwierige Verhältnis. Versuche, die politischen Beziehungen nachhaltig zu verbessern, scheiterten bisher. Ein bis heute ungelöstes Problem stellt der Kaschmir-Konflikt dar. Beide Staaten beanspruchen die mehrheitlich muslimische Region im Himalaya und versuchten in Kriegen eine Entscheidung herbeizuführen. Im indischen Landesteil kommt es oft zu Protesten und Unruhen bis hin zu militärischen Revolten von Separatisten. Für islamistische Attentate macht die indische Regierung Pakistan verantwortlich. Nach der Rücknahme des Autonomiestatus des indischen Landesteils im August 2019 brach die pakistanische Regierung alle diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Indien ab. Von November 2020 bis Februar 2021 kam es nach Jahren an der Landesgrenze wieder zu Gefechten.

Indien auf der Bühne der Weltpolitik

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ging nicht nur der Ausbau von Handelsbeziehungen und eine militärische Aufrüstung einher, sondern auch der wachsende geopolitische Einfluss Indiens. Weltpolitisch bedeutend sind die strategischen Partnerschaften zu Russland und Frankreich, die zu den fünf ständigen Mitgliedern und Vetomächten im UN-Sicherheitsrat zählen. Indien strebt als Mitglied der G4 neben Brasilien, Deutschland und Japan einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat an. Der indische Antrag wird unter anderem von den Großmächten Russland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den USA befürwortet. Das Vorhaben scheiterte bisher stets am Veto Chinas, nimmt aber in der indischen Außenpolitik weiterhin eine herausragende Stellung ein.

Brasilien entwickelte sich auf politischer und ökonomischer Ebene zu einem bedeutenden Partner. Beide Länder zählen zu den aufstrebenden Wirtschaftsnationen, kooperieren in Formaten wie den G4 und BRICS und unterstützen sich in geopolitischen Fragen. Insbesondere unter dem seit 2019 regierenden brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, der einen ähnlichen nationalistischen Kurs wie Modi verfolgt, wurde die Zusammenarbeit intensiviert. Sowohl in der Skepsis gegenüber China als auch im Kaschmir-Konflikt und in Indiens Streben nach einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zählt das südamerikanische Land zu den wichtigsten Verbündeten. Auch die engen Beziehungen zu Staaten im Nahen Osten gehen über gegenseitige Investitionen hinaus. Zu Partnerländern wie Bahrain, Israel, Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestehen Kooperationen in der Terrorabwehr und in der internationalen Politik. Des Weiteren zählen die vier Staaten zu den größten Unterstützern Indiens bei der Aufnahme in die Riege der Vetomächte.

Die indischen Regierungen drängen seit Jahren auf eine umfassende Reform des UN-Sicherheitsrats. Als Hauptargument wird angeführt, dass der Rat die gegenwärtigen geopolitischen Realitäten widerspiegeln sollte. Aufgrund der ökonomischen und politischen Bedeutung des Landes, die Analysten zufolge im Verlauf des 21. Jahrhunderts zunehmen wird, sieht sich Indien in seinem Streben um eine ständige Mitgliedschaft im Recht.

Großmachtstreben – Traum oder künftige Realität?

Kaum ein Schwellenland hat in den letzten Jahren eine so rasante wirtschaftliche Entwicklung zurückgelegt wie Indien. Vor allem im Dienstleistungs- und Industriebereich entstehen neue Jobs, die zum Anstieg der Einkommen und Lebenserwartung beitragen. Auch wenn das Land noch mit Armut sowie innen- und außenpolitischen Konflikten zu kämpfen hat: Der Wirtschaftsboom scheint langsam bei den Menschen anzukommen. Den Aufschwung investiert die Regierung vor allem in militärische Aufrüstung und die Bildung politisch-ökonomischer Netzwerke. Welche Auswirkungen die COVID-19-Pandemie auf das jahrelange Wirtschaftswachstum haben wird, zeigt sich wahrscheinlich erst im nächsten Jahr.

Es ist davon auszugehen, dass sich Indien auch in naher Zukunft neben dem südasiatischen Raum auf die strategischen Partnerschaften zu Russland, Frankreich, Brasilien und Staaten im Nahen Osten fokussieren wird. Folglich wird de facto eine Konkurrenz zu China bestehen bleiben, welches das Streben der indischen Regierung nach einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat weiterhin blockieren wird. Die wirtschaftlichen Prognosen, die personellen und militärischen Ressourcen sowie die globalen Netzwerke weisen jedoch eindeutig auf eine größere geostrategische Rolle und politische Einflussnahme Indiens hin. Der Weg zu einer neuen Großmacht ist möglich. Führt dieser Weg auch in ein „indisches Jahrhundert“?

Literaturtipps:

- Bidwai, Praful (2014): Indiens Nuklearwaffenprogramm: Vom Mythos der Mäßigung, Heinrich-Böll-Stiftung, URL: <https://www.boell.de/de/2014/03/24/indiens-nuklearwaffenprogramm-der-mythos-der-maessigung>

- Chiari, Bernhard/Schetter, Conrad (2010): Wegweiser zur Geschichte: Pakistan, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, URL: <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/zmsbw-publikationen-wegweiser-pakistan-5324280>
- Eimer, Thomas R. (2017): What if the subaltern speaks? Traditional knowledge policies in Brazil and India, Third World Quarterly Volume 41, 2020 - Issue 1, URL: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01436597.2019.1650639>
- Wojczewski, Thorsten (2020): Indien, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/215390/indien/>

Julius Vellenzer

Indopazifik im Blick: Chinas Netzwerke und Amerikas Antwort

Ein Abkommen sorgte Ende März 2022 für große Aufregung in den Vereinigten Staaten: Fernab vom Ukrainekrieg rücken die Inselgruppe der Salomonen und die Volksrepublik China sicherheitspolitisch zusammen. Zwei Monate später folgte die Meldung, dass der „Chinafreund“ Ferdinand Marcos Jr. zum neuen Präsidenten der Philippinen gewählt wurde. Im August schließlich spitzte sich der Streit um den Inselstaat Taiwan nach einem Besuch der amerikanischen Politikerin Nancy Pelosi zu. Kommt es demnächst zur Eskalation des Konflikts zwischen China und den USA?

Mit der Unterzeichnung des Sicherheitspaktes gelangten die Salomonen kurzzeitig in den Fokus des amerikanisch-chinesischen Konflikts. Laut offizieller Vereinbarung unterstützt das Reich der Mitte den kleinen Inselstaat in den Bereichen Gesellschaft und Sicherheit. Die USA und ihre engsten regionalen Verbündeten Australien und Japan befürchten hingegen die Errichtung einer chinesischen Militärbasis. Die dort stationierten Kriegsschiffe wären weniger als 2000 Kilometer von der australischen Küste entfernt. Der Ausblick auf eine ständige Militärpräsenz der Volksrepublik befeuert den Konflikt zwischen China und den USA.

Chinas Expansionskurs

Aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Einflusses gilt das von einer kommunistischen Einheitspartei regierte China als potenzielle Supermacht. Das Land steht somit in direkter Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten, der einzig verbliebenen Supermacht seit dem Ende des Kalten Krieges. Das von Xi Jinping seit 2012 geführte Land forciert massiv den Ausbau seines wirtschaftspolitischen Netzwerkes „Neue Seidenstraße“. Bisher beteiligen sich 146 Staaten am Netzwerk, das von Europa und Afrika über den Indopazifik bis Südamerika reicht. Hierbei unterstützt das Reich der Mitte Projekte im Infrastruktur- und Energiebereich, vor allem in ärmeren Ländern. Das Ziel der Seidenstraßen-Projekts ist der Ausbau des globalen Einflusses und der Zugang zu bedeutenden Ressourcen.

Auch im Bereich Sicherheit nimmt die Einflussnahme der asiatischen Großmacht erheblich zu. So unterstützt China Partnerländer bei der Ausbildung von Polizeikräften oder beim Ausbau der Cybersicherheit. Auch werden immer mehr Streitkräfte mit chinesischen Waffen und Militärfahrzeugen ausgestattet. Die Volksrepublik erhält zudem Zugangsrechte für Soldaten oder das Recht, Militärbasen in Übersee zu errichten. Letzteres geschah 2017 im ostafrikanischen Djibouti. Medienberichten zufolge baut China seit Mitte 2022 einen Stützpunkt in Kambodscha. Die USA und ihre Partner vermuten, dass dies bald auch auf den Salomonen geschehen wird.

Von den Salomonen und anderen Pazifikinseln

Der Sicherheitsvertrag zwischen China und den Salomonen Ende März 2022 schlug hohe Wellen. Die USA und ihre größten regionalen Partner Japan und Australien kritisierten die

Vereinbarung und befürchteten einen Domino-Effekt. Bereits zwei Monate später strebte die asiatische Großmacht einen regionalen Kooperationsvertrag mit mehreren Inselstaaten an. Hierzu zählten neben den Salomonen Fidschi, Kiribati, Mikronesien, Osttimor, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Vanuatu. Ähnlich wie beim Pakt mit den Salomonen standen die Ausbildung von Sicherheitskräften und die Unterstützung der Cybersicherheit auf dem Plan. Das Vorhaben scheiterte, da insbesondere Mikronesien, Papua-Neuguinea und Samoa dem Abkommen misstrauten.

Trotz des Scheiterns gilt der Vorstoß Chinas als Coup. Viele pazifische Inselstaaten haben traditionell ein enges Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, folgten aber dennoch der chinesischen Einladung. Zudem kam zwar kein multinationaler Vertrag zustande, aber es wurden bilaterale Vereinbarungen geschlossen. Nach dem Treffen kündigte das Reich der Mitte neue Gespräche an.

China investiert bereits heute in viele Pazifikinseln, die stark von den Auswirkungen – und damit Folgekosten – des Klimawandels betroffen sind. Mit dem gemeinsamen Treffen und den Vereinbarungen hat China sein Netzwerk in der Region ausgebaut. Nicht eingeladen waren die Marshallinseln, Nauru, Palau und Tuvalu, da sie diplomatische Beziehungen zu Taiwan pflegen.

Taiwan-Frage und Japan

Chinas Selbstbewusstsein und Expansionsstreben nahm in den letzten Jahren deutlich zu. Erwähnenswert ist zum einen das immer aggressivere Vorgehen gegen die aus Sicht Chinas „abtrünnige Provinz“ Taiwan. Des Weiteren sind die Ansprüche auf Inseln im Südchinesischen Meer, bei denen Öl- und Gasvorkommen vermutet werden, bedeutsam. In beiden Fällen erkennt die asiatische Großmacht die offiziellen territorialen Zugehörigkeiten nicht an und verletzt regelmäßig den Luft- und Seeraum.

Taiwan liegt im Norden des Pazifiks vor der Küste Chinas und wird von den Vereinigten Staaten politisch und militärisch unterstützt. Im August 2022 kam es zu einer politischen Krise um den kleinen Inselstaat. Hintergrund war der Besuch der US-Politikerin Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, in Taiwan. Die Volkrepublik war erzürnt und reagierte mit Militärobungen vor der Insel. Taiwan ist eine westlich orientierte Demokratie, die jedoch offiziell von fast keinem Staat weltweit anerkannt wird. Dies ist auf die Ein-China-Politik zurückzuführen, wonach sich die Volksrepublik als einzigen Vertreter Chinas betrachtet. Diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten werden nur geführt, wenn diese Prämisse anerkannt wird. Folglich erkennen auch die USA und ihre Verbündeten seit den 1970er Jahren Taiwan offiziell nicht als eigenständigen Staat an.

Der wichtigste Partner Amerikas in Ostasien ist Japan. Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges sehr eng. Eine immer bedeutsamere Rolle nimmt das Verhältnis Japans zu China ein. Beide Staaten sind große Ökonomien mit starken Handelsbeziehungen. Dennoch gilt das Verhältnis als schwierig. Während China die japanischen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg hervorhebt, kritisiert Japan dessen aggressives Vorgehen im Indopazifik. Hinzu kommt die ideologische Trennung: Im Gegensatz zu China ist Japan nicht nur eine Demokratie, sondern auch Teil der G7.

Streit um das Südchinesische Meer

Der westliche Pazifik ist der Hauptschauplatz des Streits um Inseln im Südchinesischen Meer. Neben China sind die Staaten Brunei, Malaysia, die Philippinen und Vietnam involviert. Brunei erhebt zwar Ansprüche auf Inseln, nimmt aber zu China eine pragmatische Position ein. Die Beziehungen zum Reich der Mitte sind gut und das kleine Sultanat gilt als wichtiger Teil der „Neuen Seidenstraße“. Im Gegensatz dazu vertritt Malaysia seine Interessen deutlicher und kritisiert Gebietsübertretungen durch chinesische Streitkräfte. Das Land pflegt seit Jahrzehnten enge politische, wirtschaftliche und militärische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Obwohl ideologisch China nahestehend hat die Zunahme an Verletzungen des Luft- und Seeraums auch das kommunistisch regierte Vietnam verstimmt. Vietnam hat im Gegensatz zu den anderen Staaten im Südchinesischen Meer eine Landgrenze zu China und fühlt sich durch die militärischen Provokationen besonders bedroht. Parallel haben sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA verbessert. Dies hat dazu geführt, dass Vietnam mittlerweile als potenzieller Partner des Westens wahrgenommen wird.

Als traditionell engster Partner der USA in der Region gelten die Philippinen. Zwischen beiden Ländern existieren wichtige Verträge zu gegenseitiger Verteidigung und militärischer Kooperation. Rodrigo Duterte, philippinischer Präsident von 2016 bis 2022, hingegen baute die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen zu China aus. Hierbei spielten auch die Beilegung der Insel-Streitigkeiten eine wichtige Rolle. Fachleute vermuteten eine Fortführung dieser Politik unter seinem Nachfolger Ferdinand Marcos Jr., Sohn des früheren Diktators Ferdinand Marcos. Bisher hat sich diese Annahme nicht bewahrheitet. Sollten sich die Philippinen jedoch tatsächlich stärker an China binden, hätten die USA einen wichtigen strategischen Alliierten verloren.

Immer offenere Konfrontation

Die diplomatische Atmosphäre zwischen den Vereinigten Staaten und China hat sich in den letzten Jahren erheblich abgekühlt. Vor allem die Amtszeit von US-Präsident Donald Trump von 2017 bis 2021 stellte eine Zäsur dar. Das Reich der Mitte wurde aufgrund der militärischen Aktivitäten im Indopazifik und verstärkten Spionageangriffe zum „strategischen Konkurrenten“ erklärt. Folglich hob die amerikanische Regierung die Militärallianz mit Australien und Japan hervor. Fachleute spekulierten bereits über einen „neuen Kalten Krieg“.

Neben der geopolitischen Machtverschiebung zugunsten Chinas sind die Wirtschaftsbeziehungen ein großer Streitpunkt. Da Trump mit dem US-Handelsdefizit und dem erzwungenen Technologietransfer in China unzufrieden war, initiierte er einen Handelskrieg. Er führte Importzölle auf chinesische Produkte ein, die wiederum zu Strafzöllen auf der Gegenseite führten. Trumps Ziel, einen für die USA positiven Wandel der Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen, scheiterte. Die Ökonomien beider Staaten litten unter dem Handelskrieg.

Der seit 2021 regierende US-Präsident Joe Biden führt diesen Diplomatie- und Wirtschaftskurs gegenüber der asiatischen Großmacht fort. So verkündete er Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs beizustehen und bei einer Militarisierung der Salomonen militärische

Gegenmaßnahmen zu überprüfen. Des Weiteren kritisierte Biden die Misshandlung der Volksgruppe der Uiguren in China und die Zerschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong.

Amerikas Antwort auf Chinas Einfluss

Der Expansionskurs Chinas hat dazu geführt, dass die Vereinigten Staaten ihr Engagement im Indopazifik deutlich erhöht haben. Eine bedeutende Rolle in der amerikanischen Strategie nimmt die Unterstützung der engsten strategischen Partner Japan und Australien ein. Australien ist Teil der im September 2019 gegründeten Militärallianz AUKUS mit den USA und dem Vereinigten Königreich. Im Fokus steht die Unterstützung Australiens bei der Entwicklung eigener Atom-U-Boote. Die militärische Zusammenarbeit zielt auch auf den Austausch in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie und Cyber ab. Neuseeland ist aufgrund seiner Anti-Atom-Politik kein Mitglied. China kritisierte die Allianz scharf und nannte das australische Vorhaben eine Provokation.

Japan und Australien sind zusammen mit Indien und den USA Teil des 2017 wiederbelebten Quadrilateral Security Dialogue (QUAD). An dem Treffen im März 2020 nahmen als Gäste Neuseeland und Südkorea, ebenfalls wichtige US-Partner, sowie Vietnam teil. Der sicherheitspolitische Zusammenschluss stellte im März 2021 sein Ziel eines freien und offenen Indopazifiks vor und möchte dem Einfluss Chinas entgegenreten. Japan und Australien gelten als Schlüsselpartner in der Region. Die engen bilateralen Beziehungen wurden im Januar 2022 bei der Unterzeichnung von zwei Verteidigungs- und Sicherheitsverträgen unterstrichen.

Parallel steht der Ausbau der politischen und ökonomischen Beziehungen zu möglichst vielen Staaten in der Region auf dem Programm. Nach dem QUAD-Gipfel im Mai 2022 riefen die Mitglieder das „Indo-Pacific Economic Framework“ ins Leben. Der Wirtschaftsinitiative schlossen sich Brunei, Fidschi, Indonesien, Malaysia, Neuseeland, die Philippinen, Singapur, Südkorea, Thailand und Vietnam an. Die Ziele sind ein freier und fairer Handel, transparente und sichere Lieferketten, der Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Infrastrukturen sowie eine robuste Steuer- und Anti-Korruptionspolitik.

Ausblick

Der Versuch Chinas, nach dem Deal mit den Salomonen Ende Mai 2022 ein regionales Sicherheitsabkommen mit zehn Inselstaaten abzuschließen, ist gescheitert – vorerst. Trotz der Absage zeigt das Treffen, welche Pläne und welchen Einfluss das Reich der Mitte bereits jetzt im Indopazifik hat. Die Vereinigten Staaten setzen verstärkt auf regionale Alliierte wie Australien oder Japan. Auch die von Biden verkündete militärische Unterstützung Taiwans sowie die neue regionale Wirtschaftsinitiative zeigen, dass die USA Chinas Expansionskurs ernst nehmen. Die amerikanischen Gegenmaßnahmen und verbesserten Beziehungen zu Vietnam erhöhen die Spannungen zur asiatischen Großmacht. Entscheidend für die USA könnten die Philippinen unter ihrem neuen Präsidenten werden: Sollte sich der langjährige Partnerstaat weiter in Richtung China orientieren, könnte der amerikanisch-chinesische Konflikt eskalieren.

Literaturtipps:

- Dean, Sidney E. (2022): Werden die USA Taiwan zur Seite stehen?, .loyal, URL: <https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/werden-die-usa-taiwan-zur-seite-stehen/>
- Görlach, Alexander (2022): Chinas Ambitionen im Pazifik wachsen, Deutsche Welle, URL: <https://www.dw.com/de/g%C3%B6rlach-global-chinas-ambitionen-im-pazifik-wachsen/a-62027327>
- Hieber, Saskia (2021): Chinas Sicherheitspolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/asien/china/336927/chinas-sicherheitspolitik/>
- Walkenhorst, Peter (2021): Ein neuer kalter Krieg?, Internationale Politik, URL: <https://internationalepolitik.de/de/ein-neuer-kalter-krieg>

Julius Vellenzer

Vietnam: Neuer Partner des Westens im Indopazifik?

Seit der Jahrtausendwende zählt Vietnam zu den ökonomisch am stärksten wachsenden Staaten in der Welt. Aufgrund seiner Wirtschaftskraft und geografischen Lage hat sich das südostasiatische Land zu einem wichtigen ökonomischen und politischen Akteur im Indopazifik entwickelt. Das haben auch westliche Staaten erkannt. Dass sich Vietnam wegen Grenzstreitigkeiten mehr und mehr vom großen Bruder China distanziert, macht das Land auch aus sicherheitspolitischer Perspektive für den Westen hochattraktiv. Bereits jetzt existieren Kooperationen im militärischen Bereich. Entsteht hier eine neue Partnerschaft?

Doi Moi ist vietnamesisch und bedeutet „Erneuerung“. Unter diesem Begriff leitete die Kommunistische Partei Vietnams 1986 die bedeutendsten Wirtschaftsreformen des Landes ein. Die Entwicklungen ähnelten denen Chinas. Eine ineffektive Planwirtschaft, das westliche Handelsembargo und Kriege mit Nachbarstaaten machten den Wandel zu einer sozialistisch-orientierten Marktwirtschaft notwendig. Die Regierung integrierte das zuvor von Hungersnöten bedrohte und vom Westen isolierte Land in die Weltwirtschaft. Dank der Reformen erreichte Vietnam nicht nur enorme Wachstumsraten, sondern auch eine stärkere wirtschaftliche Unabhängigkeit. Parallel verbesserten sich die Beziehungen zu den USA, Japan und Europa – sehr zum Missfallen Chinas.

Staat und Gesellschaft in Vietnam

Vietnam weist eine etwas geringere Fläche als Deutschland und eine Bevölkerung von rund 100 Millionen auf. Das Land ist ein Einparteienstaat, der von einer kommunistischen Partei autoritär regiert wird. Es existiert keine Opposition und keine Gewaltenteilung. Politik und Gesellschaft werden von der Kommunistischen Partei kontrolliert. Korruption und staatliche Zensur sind weit verbreitet. Die Menschenrechtslage gilt als katastrophal, da Meinungs- und Pressefreiheit unterdrückt und die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten diskriminiert werden.

Obwohl mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes keine politische Liberalisierung einherging, so hatten die Reformen einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft. Der Staat investierte viel in das Bildungs- und Gesundheitssystem – auch in den ländlichen Gebieten. Die breite Streuung der Investitionen verhinderte zudem eine zu starke Ungleichheit. Das Land weist eine geringere Einkommensungleichheit auf als China oder die Vereinigten Staaten. Dank des Wirtschaftswachstums verringerte sich die Armut signifikant. 2022 betrug die Arbeitslosigkeit lediglich 2,4 Prozent, was nahezu einer Vollbeschäftigung entspricht.

Das Land wandelte sich von einem reinen Agrarstaat zu einer modernen Wirtschaft, die sich auf Exporte fokussiert. Hierzu zählen insbesondere Lebensmittel sowie Produkte der Elektronik- und Informationstechnik-Branche. Des Weiteren stellt Vietnam auch den drittgrößten Ölproduzenten Südostasiens und den achtgrößten im Indopazifik dar. Wichtigster Exportpartner sind mittlerweile die USA. China steht bei Exporten an zweiter und bei Importen

an erster Stelle. Die Beziehungen der „ideologischen“ Freunde gilt aber zunehmend als belastet.

Grenzstreitigkeiten mit China

Die vietnamesische Bevölkerung ist besorgt über eine mögliche militärische Eskalation durch China – trotz der ideologischen Nähe beider Regime. Von 1979 bis 1989 befanden sich beide Länder in einem Grenzkonflikt, der auch als „Bruderkrieg“ bezeichnet wurde. Hintergrund war die Unterstützung Vietnams durch die Sowjetunion, die wiederum in Rivalität zum Reich der Mitte stand. Die chinesischen Truppen zogen sich zwar später aus Nordvietnam zurück, zerstörten aber die lokalen Infrastrukturen. Der Grenzkrieg belastet die bilateralen Beziehungen bis heute.

Im Gegensatz zur Landesgrenze ist die maritime Grenze und folglich die Zugehörigkeit einiger Inseln nicht vertraglich geregelt. Mit dem immer aggressiveren Vorgehen Chinas im Indopazifik nahmen die Zwischenfälle zu. So führte die Verlegung der chinesischen Ölplattform „Hai Yang Shi You 981“ schließlich zu einer großen Krise im Jahr 2014. Beide Länder hielten Schiffsmanöver ab und China nahm 13 vietnamesische Fischer fest. Es folgte eine Welle an anti-chinesischen Protesten in Vietnam. Nach über zwei Monaten verkündete China das Ende der Bohrungen und zog die Plattform wieder ab.

Eine militärische Eskalation konnte abgewendet werden. Dennoch ging das Reich der Mitte nicht geschwächt aus der Krise hervor. So stellte die Großmacht seine Ambitionen im Südchinesischen Meer unter Beweis. Die vietnamesische Regierung dagegen stand innenpolitisch stark unter Druck, da deren Legitimation vor allem auf wirtschaftlicher Entwicklung und dem Schutz der Bevölkerung beruht. Trotz der Mitgliedschaft Vietnams im Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) blieb deren Reaktion gegenüber China eher verhalten. Die USA hingegen verurteilten das Vorgehen Chinas als Provokation und stellten sich damit demonstrativ auf Seite Vietnams.

Indopazifik im Wandel: Eine Chance für den Westen?

Chinas aggressive Wirtschafts- und Sicherheitspolitik wird vor allem im Indopazifik deutlich. Dabei stellt der Streit um Inseln im Südchinesischen Meer neben der Taiwan-Frage eine der Hauptschauplätze dar. Davon betroffen sind neben Vietnam auch Brunei, Malaysia und die Philippinen. Im Gegensatz zu den drei anderen Ländern zählt Vietnam nicht zu den traditionellen Partnern des Westens. Die Expansion Chinas, die auch von den USA und ihren Verbündeten als reale Gefahr angesehen wird, trägt allerdings zum diplomatischen Wandel bei.

Die vietnamesische Regierung sucht neue Verbündete und möchte unter anderem ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ausbauen. Die US-Regierung ist aus geopolitischen Gesichtspunkten ebenfalls an einer Annäherung interessiert. Die Rivalität zu China eint somit die jahrzehntelangen ideologischen Feinde. Seit der Normalisierung der Beziehungen in den 1990er Jahren haben beide Staaten ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit intensiviert. So wurde im Jahr 2000 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Auch die Europäische Union unterhält immer stärkere Wirtschaftsbeziehungen zum südostasiatischen Land. Das 2019 beschlossene Handelsabkommen wurde bisher von 12 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert.

Die Zusammenarbeit mit den USA nimmt im sicherheitspolitischen Bereich ebenfalls zu. So befürwortet die vietnamesische Regierung eine stärkere Rolle der Vereinigten Staaten bei Spannungen im indopazifischen Raum sowie eine engere bilaterale Sicherheitskooperation. US-Kriegsschiffe dürfen vietnamesische Häfen anfahren und es finden Gespräche zwischen Militärexperten statt. 2013 unterzeichneten beide Staaten einen Vertrag, der nuklearen Treibstoff und Technologie nach Vietnam transferierte. Seit der Aufhebung des Waffenembargos 2016 erhält das südostasiatische Land auch amerikanische Rüstungsgüter. Im September 2023 verkündeten beide Staaten offiziell ihre strategische Partnerschaft. Diese Entwicklungen werden von China sehr kritisch beäugt.

Kooperationen in der Raumfahrt

Im Bereich der Raumfahrttechnologie wird Vietnam bereits seit einigen Jahren von westlichen Staaten als Partner wahrgenommen. Der Nutzen und die Bedeutung des Weltraums gehen weit über den Bereich der Forschung hinaus. Vor allem Satellitenprogramme nehmen im Hinblick auf Kriege und Sicherheitsstrategien eine immer wichtigere Rolle ein. Vor dem Hintergrund der chinesischen Provokationen im Indopazifik kooperiert Japan seit 2006 mit dem südostasiatischen Land in der Weltraumforschung. Im Jahr 2018 wurde das Raumfahrtzentrum „Hoa Lac Hi-Tech Park“ in Hanoi eröffnet. Japan investierte 688 Millionen Dollar in das Zentrum, das vietnamesische Ingenieure ausbildet.

Der Erdbeobachtungssatellit „VNREDSAT-1“ hingegen ist auf eine Kooperation mit der EU zurückzuführen. Federführend bei der Entwicklung des Programms war der Konzern Airbus und die französische Regierung. Der Start des Satelliten vom europäischen Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana 2013 gilt als Meilenstein der vietnamesischen Raumfahrt. „VNREDSAT-1“ ist mittlerweile über die geplanten fünf Jahre hinaus im Weltall unterwegs und sammelt Daten über die Folgen des Klimawandels.

Vietnam hat in den letzten Jahren sowohl eigene Satelliten entwickelt als auch die Kooperation mit dem Westen ausgebaut. Beispiele für Konzerne, mit denen das Land zusammenarbeitet, sind Nippon Electronic Corporation (Japan) oder Spacebel (Belgien). Der erste eigens von Vietnam entwickelte Satellit „PicoDragon“ hob 2013 erfolgreich ab und sammelte Umweltdaten. Im Satelliten „NanoDragon“ war ein automatisches Identifikationssystem eingebaut, um Daten für die Sicherung des Schiffsverkehrs im Südchinesischen Meer bereitzustellen. „NanoDragon“ startete 2021 vom Weltraumbahnhof Uchinoura Space Center in Japan, verlor jedoch den Funkkontakt. Dennoch zeigen die Projekte, warum Vietnam in der Raumfahrttechnologie ein attraktiver Partner für den Westen geworden ist.

Entstehung einer neuen Partnerschaft?

Dank seiner ökonomischen und geostrategischen Bedeutung hat sich Vietnam zu einem relevanten Player im Indopazifik entwickelt. Durch das aggressive Vorgehen Chinas fühlt sich das Land von ehemals großem Bruder direkt bedroht und sucht neue Verbündete. Da die USA, Europa und Japan wichtige Partner sowie wirtschaftliche Interessen in der Region haben, ist Vietnam verstärkt in den Fokus gerückt. Dabei haben sich nicht nur die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen deutlich verbessert, sondern auch die im Sicherheitsbereich.

Beispielhaft hierfür ist Aufhebung des jahrzehntelangen Waffenembargos der USA im Jahr 2016.

Ein weiteres Beispiel der sicherheitspolitischen Annäherung sind die Kooperationen in der Raumfahrttechnologie. Diese sind insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung des Weltalls in der Geopolitik zu sehen. So können mit Satelliten aufgenommenen Daten für die Sicherheit im maritimen Raum genutzt werden. Wie bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit profitieren auch hier beide Seiten davon – sehr zum Ärger Chinas. Während die USA im „klassischen“ militärischen Bereich die dominante Rolle innehaben, sind Europa und Japan in der Raumfahrt beliebte Partner Vietnams. Gemein ist allen Entwicklungen, dass sich das südostasiatische Land auf dem Weg zu einem wichtigen Partner des Westens befindet.

Literaturtipps:

- Beke-Bramkamp, Niklas/Feyerabend, Florian C. (2023): Der sino-vietnamesische Grenzkonflikt: Ein vergessener Krieg?, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/der-sino-vietnamesische-grenzkonflikt-ein-vergessener-krieg>
- European Commission (2023): EU-Vietnam Trade Agreement and Investment Protection Agreement, URL: https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/vietnam/eu-vietnam-agreement_en
- Heiduk, Felix/Paul, Michael (2015): Keine Entspannung im Inselstreit, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/inselstreit-in-ost-und-suedostasien>
- Tran, Ton Anthony/Feyerabend, Florian C. (2023): The Sky is No Limit!? Das Weltraum- und Satellitenprogramm Vietnams, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/the-sky-is-no-limit-das-weltraum-und-satellitenprogramm-vietnams>

Josef Hebeda

Falsche Euphorie – Indien als zuverlässiger Partner Deutschlands?

Deutschlands Interesse an Indien hat sich intensiviert. Verteidigungsminister Boris Pistorius sprach sogar von Indien als „der wichtigste strategische Partner für Europa und für Deutschland“. Innerhalb eines halben Jahres besuchten Bundeskanzler Olaf Scholz sowie drei Bundesminister das Land. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Indien bietet Potenziale, aber auch Risiken. Die Bundesrepublik muss sich im Klaren sein, auf welchen Feldern sie mit Indien enger zusammenarbeiten will. Dabei spielen deutsche Interessen im Indopazifik eine zentrale Rolle.

Seit mehreren Jahren gibt es zwischen Berlin und Neu-Delhi Regierungskonsultationen. Zuletzt fanden diese im Jahr 2022 statt. In einer gemeinsamen Erklärung bekannten sich beide zur regelbasierten internationalen Ordnung und zur Reform des multilateralen Systems, um Zukunftsfragen und Krisen besser bewältigen zu können. Beide Staaten erklärten sich zudem bereit, eine Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung einzugehen. Diese Partnerschaft stand auch im Fokus des Besuchs von Wirtschaftsminister Robert Habeck Mitte Juli 2023.

Indien ist für Deutschland ein wichtiger Handelspartner. Bei den Exportländern lag es 2022 auf Platz 22. Mit Blick auf den Import lag Indien im Jahr 2022 auf Platz 24. Indiens Wirtschaftswachstum erreicht weiterhin Raten von über fünf Prozent. Das birgt große Potenziale. Mit den 2022 begonnenen Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien könnten sich die Handelsbeziehungen weiter intensivieren. Vorhergehende Anläufe waren gescheitert. Aber heute ist die Ausgangslage eine andere als noch 2013. Deutschland und die EU haben erkannt, dass eine zu starke Bindung an ein einziges Land zu Problemen führt. Der Blick nach Indien ist eine unmittelbare Folge der jahrelangen, zu starken Abhängigkeit von Russland und China. Gleichzeitig sieht sich auch Indien weltweit nach neuen Partnern um.

Auf gleicher Linie im Indopazifik

Indien tritt offen für den Erhalt der regelbasierten Ordnung im Indopazifik ein und verfolgt eine multilaterale Sicherheitspolitik. Auch Deutschland steht für die regelbasierte Ordnung im Indopazifik ein. Offene Seewege sind für die Bundesrepublik ein zentrales Interesse, auch wenn hier zweigeteilte Signale gesendet werden. Schließlich beteiligt sich Deutschland seit 2022 nicht mehr an der EU-Mission ATALANTA, obwohl die Absicherung der freien Schifffahrt entlang dem Horn von Afrika die wesentliche Aufgabe der Mission ist.

Des Weiteren ist eine engere Zusammenarbeit bei den Streitkräften vorteilhaft. In diesem Jahr ist eine gemeinsame Militärübung im Indopazifik geplant. Daran teilnehmen sollen seitens der deutschen Marine eine Fregatte sowie ein Versorgungsschiff. Die Beteiligung an Militärübungen mit Indien zeigt, dass Berlin das Entstehen für eigene Interessen im Rahmen seiner Möglichkeiten ernst nimmt. Auch auf anderen Ebenen ließe sich die Zusammenarbeit

zwischen den Streitkräften beider Länder vertiefen, beispielsweise über gegenseitige Ausbildungsangebote.

Zwischen China und Indien findet seit mehreren Jahren ein Disput über die Vormacht in Südasien statt. Indien ist besorgt, dass Peking die Staaten in der Region auf seine Seite zieht und somit eingekreist wird. Bangladesch hat 2016 mit China eine Vereinbarung über Investitionen in Höhe von 24 Milliarden US-Dollar im Rahmen der Belt and Road Initiative (BRI) getroffen. Dennoch hat Indien weiterhin ein sehr gutes Verhältnis zu Bangladesch. Auch Sri Lanka ist Teil des Wettrennens der beiden Großmächte. Hier jedoch scheinen beide Mächte einen ähnlichen Stand zu haben, je nach politischer Ausrichtung des sri-lankischen Präsidenten. China hält einen sehr hohen Anteil der Schulden des Landes. Gleichzeitig leistet Indien finanzielle und humanitäre Unterstützung an Sri Lanka in Höhe von vier Milliarden US-Dollar.

In diesem regionalen Wettstreit, der jederzeit auch militärisch eskalieren kann, ist eine Zusammenarbeit im Bereich Rüstung für Indien und Deutschland von Vorteil. Die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zum Kauf von sechs deutschen U-Booten während des Besuchs von Verteidigungsminister Pistorius im Sommer 2023 kann der Auftakt zu einer engeren und umfangreichen Kooperation im Bereich Rüstung sein. Will Deutschland im Indopazifik dauerhaft für seine Interessen eintreten, braucht es starke Partner aus der Region. Indien hat die wirtschaftliche und militärische Stärke sowie regionalen Einfluss, um so ein Partner zu sein.

Die Tradition des Non-Alignment

Trotz der Rivalität haben Indien und China enge Handelsbeziehungen. Das Handelsvolumen hat im Jahr 2022 neue Höchstwerte erreicht, wobei Neu-Delhi gegenüber Peking ein Handelsdefizit eingefahren hat. Indien ist Mitglied in der Gruppe der BRICS-Staaten sowie in der Shanghai Cooperation Organization. Gleichzeitig ist das südasiatische Land Teil des Formates Quadrilateral Security Dialogue (QUAD) zusammen mit den USA, Japan und Australien. Bei Resolutionen zur Verurteilung des Krieges in der Ukraine hat sich Indien regelmäßig enthalten. Gleichzeitig rief es immer wieder zur Abkehr von der Gewalt auf und betonte die Souveränität und territoriale Integrität von Staaten.

Seit Jahren gehört Indien zu den größten Rüstungsimporteuren in der Welt. Einer der wichtigsten Lieferanten stellt Russland dar. Diese enge Bindung ergab sich im Laufe des Kalten Krieges und besteht bis heute. Material und Fahrzeuge aus dem indischen Heer sowie der Luftwaffe haben zum überwiegenden Teil eine russische Herkunft. Schätzungen gehen davon aus, dass Indien 2.400 T-72 Kampfpanzer sowie etwa 60 MiG-29 und 50 MiG-21 besitzt. Vergleichsweise gering, dennoch von russischen Rüstungsgütern geprägt, ist die indische Marine.

Die indischen Regierungen verfolgen seit der Unabhängigkeit 1947 eine Politik der Neutralität. Es zieht aus seinem „Non-Alignment“ Vorteile und vermeidet es, sich auf eine bestimmte Seite zu schlagen. Gleichzeitig versucht sich Neu-Delhi als Führer der Entwicklungsländer und damit als eigener Pol zu etablieren.

Momentum Ukrainekrieg

In den vergangenen Jahren gab es bereits einen Rückgang russischer Exporte sowie eine Zunahme der Importe insbesondere aus Frankreich. Mit Russlands Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich für die Staaten des Westens womöglich ein Momentum ergeben, das jetzt genutzt werden muss.

Die russischen Rüstungsgüter werden in der Ukraine gebunden sein. Umfangreiche Sanktionen könnten den Import notwendiger Maschinen und Maschinenteile teilweise einschränken. Somit würde auch die Rüstungsproduktion aufgrund der Sanktionen eingeschränkt. Bereits jetzt kann Russland Lieferzusagen an Indien nicht einhalten. Indien wird gezwungen sein sich neue Partner zu suchen, will es mittelfristig seine Armee weiterhin gut ausrüsten.

Bei einem Besuch im Juni 2023 vereinbarte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin mit seinem Amtskollegen Rajnath Singh eine Roadmap für eine tiefere Rüstungskoooperation. Diese umfasst unter anderem auch die gemeinsame Zusammenarbeit bei der Produktion von Flug- und mobilen Landsystemen, Munition sowie Überwachungs- und Aufklärungstechnik. In Washington wurden weitere Verträge in verschiedenen Rüstungssektoren geschlossen. Mit Frankreich wurde ein Vertrag für 26 Rafale Kampffjets Anfang Juli 2023 vereinbart. Auch Deutschland kann und muss sich dieses Momentum zunutze machen, solange Indien neue Partner im Rüstungsbereich sucht.

Realismus statt Blauäugigkeit

Die indische Außen- und Verteidigungspolitik ist interessengeleitet. Indiens Ruf nach Reformen in den internationalen Organisationen, um den globalen Süden besser zu repräsentieren, ist interessengeleitet. Auch Indiens Balanceakt mit Blick auf den russischen Angriff auf die Ukraine ist geprägt von dem Interesse die Rüstungskoooperation mit Russland nicht zu gefährden – zumindest so lange keine adäquaten Partner gefunden sind. Zuletzt verfolgt Neu-Delhi auch mit der „Make in India“-Initiative das Ziel, ausländische Investoren nach Indien zu ziehen, von einem Technologietransfer zu profitieren und stärker zu exportieren. All das sind legitime Interessen. Eine deutsche Außen- und Verteidigungspolitik muss diese Interessen jedoch im Blick behalten. Überschneidung von Interessen kann sich Deutschland zunutze machen, beispielsweise bei der Reform des UN-Sicherheitsrates, oder der Sicherung offener Seewege im Indopazifik.

An Indien zeigt sich, dass die Welt eben nicht einfach in Autokratien und Demokratien einzuteilen ist. Einerseits wird Indien als die größte Demokratie der Welt bezeichnet. Seit einigen Jahren lebt in Indien jedoch ein Nationalismus auf, der an diesem Titel ein großes Fragezeichen hinterlässt. Genau deshalb darf eine tiefere Partnerschaft jedoch auch nicht blauäugig sein. Dort, wo indische und deutsche Interessen kollidieren, muss Deutschland frei genug sein, um dies anzusprechen. Beispiele stellen Menschenrechtsverletzungen oder die Einschränkung der Pressefreiheit dar. Aber auch eine protektionistische Handelspolitik wäre aus deutscher Sicht problematisch.

Mit Blick auf den potenziellen Auftrag zur Produktion der sechs U-Boote für die indische Marine ist bereits geklärt, dass diese durch die indische Mazagon Dock Shipbuilders Limited durchgeführt. Thyssenkrupp Marine Systems wird die technische Planung übernehmen sowie

beratend tätig sein. Das Vorhaben entspricht dem Ziel der „Make in India“-Initiative, die Produktion stärker ins eigene Land zu verlagern.

Partnerschaft mit klarem Rahmen

Indien ist ein wichtiger Partner Deutschlands, nicht nur im Indopazifik. Auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder militärischer Ebene bestehen viele Kontakte. Wenn man die Partnerschaft mit Indien ausbauen möchte, braucht es einen klaren Rahmen und klare Grenzen. Ohne eine Strategie kann es keine strategische Partnerschaft geben. In den Indopazifik-Leitlinien hat die letzte Bundesregierung bereits Felder der Zusammenarbeit mit Indien formuliert. Darauf aufbauend kann ein Rahmen im laufenden Prozess weiterentwickelt oder jetzt durch eine Strategie definiert werden.

In jedem Fall muss die Bundesregierung einige Fragen beantworten, beispielsweise inwieweit sie auf die protektionistische Handels- und Industriepolitik Indiens eingehen will. Ferner muss sie darlegen, wie das deutsche Engagement im Indopazifik mittelfristig auch militärisch aussehen soll und ob die eigenen rüstungspolitischen Vorgaben und Regeln noch zeitgemäß sind. Die Bundesrepublik darf sich nicht zu sehr auf einseitige Abhängigkeiten einlassen. Das könnte mittelfristig erneut zu großen Problemen führen. Am Ende ist Deutschland einer von vielen Partnern Indiens. Genauso sollte auch Neu-Delhi einer von vielen Partnern Berlins im Indopazifik sein, wenn auch zweifelsohne ein wichtiger. Verpasst man es, die Partnerschaft mit Indien in einem klaren Rahmen zu fassen, bleibt wohl nichts als falsche Euphorie.

Literaturtipps:

- Grossmann, Derek (2023): India Is Pushing Back Against China in South Asia, RAND Corporation, URL: <https://www.rand.org/pubs/commentary/2023/08/india-is-pushing-back-against-china-in-south-asia.html>
- Jaffrelot, Christophe/Sud, Aadil (2022): Indian Military Dependence on Russia, Institut Montaigne, URL: <https://www.institutmontaigne.org/en/expressions/indian-military-dependence-russia>
- Kollakowski, Tobias (2021): Das „Indo“ im Indo-Pazifik: Deutschlands verteidigungspolitische Beziehungen zu Indien, German Institute for Defence and Strategic Studies, URL: https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2021/10/Statement_Kollakowski_Indien_Gesamt_2021-10-20.pdf
- Lickova, Vladimira (2023): India Deepens Defense Ties with the West, But Criticism of Russia Remains Unlikely, The Diplomat, URL: <https://thediplomat.com/2023/11/india-deepens-defense-ties-with-the-west-but-criticism-of-russia-remains-unlikely/>
- Wenke, Florian (2023): Der deutsch-indische Handel erreichte 2022 Rekordniveau, Germany Trade & Invest, URL: <https://www.gtai.de/de/trade/indien/wirtschaftsumfeld/der-deutsch-indische-handel-erreichte-2022-rekordniveau-962700>

Julius Vellenzer

Folter ohne Folgen? Die Uiguren als Opfer der Geopolitik

Im Jahr 2022 gelangten die „Xinjiang Police Files“ an die Öffentlichkeit. Die geleakten Dokumente beweisen, was seit Jahren vermutet wird: Die Unterdrückung, Inhaftierung und Folter der Uiguren durch das chinesische Regime. Einige Fachleute bezeichnen das staatliche Vorgehen gar als Völkermord. Die Menschenrechtsverletzungen werden von westlichen Regierungen öffentlich kritisiert, haben aber bisher kaum negative Konsequenzen für China nach sich getragen. Warum verfolgt das Regime die Uiguren? Und weshalb reagiert der Westen nicht schärfer?

Die Verfolgung der Uiguren gilt als größte Inhaftierung einer ethnischen oder religiösen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit Beginn der staatlichen Repressionswelle 2014 wurden Schätzungen zufolge 1 bis 3 Millionen Menschen eingesperrt. Die umfassende Unterdrückung und Umerziehung des uigurischen Volkes fallen somit in die Amtszeit von Xi Jinping, der seit 2013 Präsident der Volksrepublik China ist. Das autoritäre, kommunistische Regime leugnet die Menschenrechtsverletzungen bis heute und rechtfertigt sein Vorgehen als „Kampf gegen Terroristen“.

Islamisches Turkvolk im Nordwesten Chinas

China weist eine Bevölkerung von 1,4 Milliarden auf, von denen über 91 Prozent Han-Chinesen sind. Mit fast 12 Millionen stellen die Uiguren die drittgrößte Ethnie dar. Viele der über 50 anerkannten Minderheiten unterscheiden sich sprachlich (Zhuang, Miao, Mandschu, Mongolen) von den Han-Chinesen. Hierzu zählen auch die Uiguren, die eine Turksprache und keine sino-tibetische Sprache wie die der Yi oder Tibeter sprechen. Im Gegensatz zu anderen Minderheiten kommt bei den Uiguren noch die religiös-kulturelle Unterscheidung von den Han-Chinesen hinzu: Sie praktizieren den islamischen Glauben und gehören nicht dem Buddhismus oder einer Volksreligion mit Ahnenverehrung an.

Die Zugehörigkeit zum Islam trifft auch auf weitere Volksgruppen zu. Wie die Uiguren sind die 5 Millionen turksprachigen Kasachen Muslime. Des Weiteren stellen mit über 11 Millionen die muslimischen Hui die viertgrößte Ethnie des Landes dar. Die Hui stammen mehrheitlich Ostasiaten ab, deren Vorfahren im Mittelalter zum Islam konvertierten. Im Gegensatz zu den Uiguren unterscheiden sich die Hui sprachlich und kulturell fast nicht von den Han-Chinesen. Während die Hui über ganz China verteilt anzutreffen sind, sind die Uiguren und andere Turkvölker fast ausnahmslos in der nordwestlichen Provinz Xinjiang beheimatet.

Bedeutung von Xinjiang für die chinesische Regierung

Xinjiang – von den Uiguren „Ostturkestan“ genannt – gilt aufgrund seines Rohstoffreichtums und seiner geografischen Lage als wirtschaftlich und strategisch bedeutsam. So weist die Provinz unter anderem die größten Kohle-, Erdgas- und Erdölvorkommen Chinas auf. Allein im Tarimbecken wurden in den letzten Jahren 16 Milliarden Tonnen Öl- und Gasreserven

entdeckt. Wie ökonomisch wichtig Xinjiang für die chinesische Regierung ist, unterstreicht der stetige Ausbau der West-Ost-Pipeline. Die über 7.300 Kilometer langen Pipelines werden dringend benötigt, um die Ressourcen-hungrigen Metropolen im Osten des Landes zu versorgen.

Des Weiteren grenzt die Provinz an sechs Länder, die für Xi von großem Interesse sind: Die Mongolei, Russland, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan und Indien. Bis auf die Mongolei und Afghanistan, die Beobachterstatus haben, sind alle Mitglieder in der „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“. Das Bündnis fokussiert sich auf sicherheitspolitische und ökonomische Kooperation. Ziel ist auch die Eindämmung des amerikanischen Einflusses in Zentralasien. Fünf der sechs Staaten sind auch Mitglied im chinesischen Wirtschaftsnetzwerk „Neue Seidenstraße“. Eine Ausnahme bildet der regionale Wirtschaftskonkurrent Indien. Dem Netzwerk gehören auch einige Länder in Süd- und Osteuropa, wie zum Beispiel Polen oder Ungarn, an. Das 2013 gestartete Projekt zielt offiziell auf die Förderung von Infrastrukturen und des globalen Handels ab. Faktisch beabsichtigt Xi den Ausbau der Rolle Chinas in der Geopolitik und Weltwirtschaft. Xinjiang stellt für die „Neue Seidenstraße“ einen zentralen Handelskorridor dar.

Für Peking ist die Provinz somit in vielfacher Hinsicht von großer Wichtigkeit. Eine stärkere Autonomie oder gar Unabhängigkeit von Xinjiang käme einem Kontrollverlust gleich. Dies kann und wird das Regime nicht zulassen, da von dem wirtschaftlichen Boom der Region primär die Han-Chinesen profitieren. Verschiedene uigurische Gruppen setzen sich – mit friedlichen oder militanten Mitteln – für ein unabhängiges Ostturkestan ein. Folglich werden, wie in der Provinz Tibet, separatistische Aktivitäten massiv unterdrückt. Die Attentate islamistischer Gruppen nahm Peking schließlich zum Anlass, die gesamte uigurische Unabhängigkeitsbewegung dem Terrorismus zuzuordnen. 2014 rief die Regierung die Anti-Terror-Kampagne ins Leben. Was folgte war die Errichtung eines Überwachungs- und Internierungssystem in Xinjiang.

Verfolgung und Folter vor den Augen der Welt

Die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Uiguren nahmen seit der Jahrtausendwende immer drastischere Züge an. Zu Beginn fokussierte sich das Regime auf die Inhaftierung politischer Aktivisten, um die Unabhängigkeitsbewegung zu schwächen. Des Weiteren forciert Peking seit den 1960er Jahren eine demografische Verschiebung in der Region. So werden verstärkt Han-Chinesen angesiedelt, um deren politischen und sozialen Einfluss in Xinjiang zu erhöhen. Ihr Bevölkerungsanteil stieg allein zwischen 2018 und 2020 von 34 auf 42 Prozent an. Dies hatte zur Folge, dass die uigurische Mehrheit von 51 Prozent auf 45 Prozent schrumpfte.

Mit der Verabschiedung des Anti-Terrorgesetzes 2014 folgte die Massenüberwachung, Indoktrinierung und gewaltsame Einschüchterung. Das Ziel: Die erzwungene Assimilierung aller Uiguren. Auch andere turksprachige Muslime wie die Kasachen sind, wenn auch in geringerem Ausmaß, davon betroffen. Wenige Jahre später wurden die ersten Internierungslager errichtet. Die Regierung spricht von „beruflichen Bildungs- und Erziehungsanstalten“ und verneint die Existenz von Lagern. Faktisch handelt es sich um ein „Gulag-System“, bei dem Menschen ohne Verfahren willkürlich inhaftiert werden. Schätzungen gehen von bis zu 3 Millionen Häftlingen aus (Stand 2019).

2019 gelang es uigurischen Exilanten geheime Regierungsdokumente an das Internationale Netzwerk investigativer Journalisten zu senden. Die Veröffentlichung der „China Cables“ über die US-Organisation bewies die Existenz der Internierungslager. Diese werden durch Berichte von Gefangenen bestätigt. Lokale Dokumente belegen auch Kampagnen zur Zwangssterilisation uigurischer Frauen. Mit den 2022 veröffentlichten „Xinjiang Police Files“ kamen auch das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen ans Tageslicht: Misshandlungen, Vergewaltigungen, Zwangsarbeit und Folter. Einige Fachleute sprechen von einem Ethnozid oder kulturellen Völkermord.

Reaktionen des Westens und das neue Verhältnis zu Peking

Die internationalen Reaktionen auf die Verfolgung und Unterdrückung der Uiguren fallen höchst unterschiedlich aus. Unterstützt wird China von Verbündeten wie Russland, dem Iran oder Pakistan. Auch viele Staaten im Nahen Osten und Afrika verteidigen die Position Pekings, obwohl sie islamisch geprägt sind. Beispiele hierfür sind Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten. Hintergrund ist nach Ansicht von Fachleuten das Interesse an der Stabilität der eigenen autoritären Regime. So könnte die Unterstützung der Minderheit der Uiguren die Spannungen mit ethnischen oder religiösen Minderheiten im eigenen Land anheizen.

Der Westen verurteilt Chinas Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang. 2020 prangerten die USA, die EU und weitere Staaten das Regime in einem Statement an. Die Vereinigten Staaten beschlossen ein Sanktionsgesetz gegen chinesische Politiker, die in die Verbrechen involviert sind. Zudem wurden das Vorgehen Pekings als Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet. Die EU blieb zur Verabschiedung des Sanktionspakets 2021 milde. Auch das Verhalten der deutschen Regierungen galt lange als zu passiv. Erst mit der Chinastrategie der Ampel-Regierung fand ein – zumindest verbaler – Wandel statt. So forderte Außenministerin Annalena Baerbock nach Veröffentlichung der „Xinjiang Police Files“ umgehend Aufklärung. Im April 2023 sprach sie das Thema bei ihrem Antrittsbesuch in China erneut an. Peking weist bis heute alle Vorwürfe zurück. Einige Monate später bezeichnete sie Xi in einem Interview im US-Fernsehen öffentlich als Diktator und kritisierte die fehlende Rechtsstaatlichkeit.

Das Dilemma des Westens: Die wirtschaftliche Abhängigkeit von China. Diese wird oft als Grund für die lange Zeit verhaltene Kritik Europas in der Uiguren-Frage gesehen. Dem will die EU entgegenwirken und klassifizierte Peking 2019 als „systemischen Rivalen“. Zwei Jahre später legte Brüssel ein geplantes Investmentabkommen mit China auf Eis. 2023 wurde eine Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit vorgestellt. Das Ziel ist die Minimierung des Abhängigkeitsrisikos im Technologiebereich. Parallel wird betont, dass man den Handel nicht gefährden, sondern sogar ausbauen möchte. So ist es nicht verwunderlich, dass die EU und China auch 2023 die jeweils wichtigsten Handelspartner darstellten.

Große Reden, aber keine Veränderung

Ungeachtet der mittlerweile deutlichen Worte auf der politischen Bühne: An der Situation der Uiguren hat sich nichts geändert. Trotz der geleakten Dokumente gehen Unterdrückung, Inhaftierung und Folter vor den Augen der Welt weiter. Positiv hervorzuheben ist die

gemeinsame Linie der EU und USA. Doch die Sanktionspakete sind nicht hart genug, da man Peking als Handelspartner braucht. Zudem steht der Westen mit seiner Haltung global betrachtet allein dar. Schließlich macht die Zunahme an politischen Krisen wie der Ukraine, Taiwan und Gaza es noch schwieriger, die Aufmerksamkeit des Themas hochzuhalten. So bleiben die Uiguren am Ende weiterhin ein Opfer der Geopolitik.

Im Gegensatz zu den Parlamenten der USA, Kanadas, des Vereinigten Königreichs, der Niederlande, Tschechiens, Litauens oder Frankreichs stuft der Bundestag die Verbrechen gegenüber den Uiguren bis heute nicht als Völkermord ein. Gerade Deutschland sollte angesichts der Massenmorde der eigenen Vergangenheit – wie den Völkermorden an europäischen Juden und Roma sowie in Namibia oder den Verbrechen gegen ethnische Polen – stärker die Stimme heben.

Literaturtipps:

- Deutschlandfunk (2022): Minderheiten in China: Die Lage der Uiguren, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/minderheiten-in-china-die-lage-der-uiguren-100.html>
- Krumbein, Frédéric (2019): China im Wettstreit mit den USA um globalen Einfluss, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/china-im-wettstreit-mit-den-usa-um-globalen-einfluss>
- Schulten, Lucia (2023): EU-China-Beziehungen: Der Ton wird rauer, Deutsche Welle, URL: <https://www.dw.com/de/eu-china-beziehungen-der-ton-wird-rauer/a-66988823>
- Shi-Kupfer, Kristin (2021): China – Xinjiang, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54592/china-xinjiang/>

4. Afrika

Julius Vellenzer

Chinas Einfluss auf Afrika – eine Gefahr für Europa?

Die Volksrepublik China hat vor allem in den letzten Jahren den politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Staaten Afrikas erheblich ausgebaut. Mittlerweile stellt das Land, noch vor den Vereinigten Staaten, den größten Handelspartner des Kontinents dar. Die Großmacht aus Asien investiert in Infrastrukturen, Industriezweige, Energieanlagen und Banken und erhält im Gegenzug wichtige Ressourcen wie Erdöl, Metalle und Agrarprodukte. Auch im militärischen Bereich nimmt die Bedeutung Chinas zu, wie die Zunahme an Waffenexporten aufzeigt. Was sind die Gründe für das große Interesse des Reichs der Mitte an Afrika und welche Gefahren entstehen dadurch für die Europäische Union?

Die Gründung des „Forum on China-Africa Cooperation“ im Jahr 2000 bildete einen wichtigen Schritt zur Vertiefung der chinesisch-afrikanischen Beziehungen. Vorausgegangen war eine Steigerung des Handelsvolumens von 700 Prozent in den 1990er Jahren – analog zum globalen wirtschaftlichen Aufstieg Chinas. Der erste Gipfel des Forums fand 2006 in Peking statt, wo die Gründung des „China-Africa Development Fund“ beschlossen wurde. Über diesen Fonds investiert das asiatische Land seitdem Milliarden Euro in Afrika. Auf dem zweiten Gipfel 2015 im südafrikanischen Johannesburg verkündete die chinesische Führung, weitere 60 Milliarden Euro an Krediten und Investitionen bereitzustellen. Ferner wurde ein Projekt entwickelt, das zehntausenden Dörfern in Afrika den Zugang zu digitalem Fernsehen ermöglichen soll. Die Bedeutung des Forums unterstrich der dritte Gipfel im Jahr 2018 in Peking, an dem mehr afrikanische Staatschefs teilnahmen als an der parallelen Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Wirtschaftliches Potenzial Afrikas

Viele westliche Regierungen – und auch Medien – stellen die politisch-wirtschaftliche Rückständigkeit Afrikas und das Thema Flucht in den Vordergrund. Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und Wirtschaftszeitschriften wie The Economist hingegen weisen auch auf das Potenzial des Kontinents hin. Demnach übersteigt das jährliche Wachstum in Afrika seit 2007 das Ostasiens und betrug in den letzten Jahren zwischen 3,5 und 5,6 Prozent. Ein Drittel der Staaten weist sogar Wachstumsraten von mehr als 6 Prozent auf. Parallel werde Berechnungen zufolge auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen zwischen 2013 und 2023 um 6 Prozent steigen. Laut Berechnungen der Weltbank werden die meisten afrikanischen Länder bis zum Jahr 2025 ein im Durchschnitt mittleres Einkommen aufweisen. Die arabischsprachigen Mittelmeerstaaten sowie Nigeria und Südafrika zählen bereits jetzt zu bedeutenden Schwellenmärkten. Ökonomische Beobachter wie die globale Strategieberater-Firma Boston Analytics betrachten Afrika als zukünftigen Motor des Wirtschaftswachstums in der Welt.

Der Kontinent weist eine große Vielfalt an wertvollen Ressourcen auf, die in den letzten Jahren die Wirtschaften vieler Entwicklungsländer massiv vorangetrieben hat. Hohe Erdölvorkommen

in Angola, Gabun, Kongo und Nigeria tragen zur fortschreitenden Industrialisierung bei. In Ghana, Guinea, Sambia und Tansania nimmt der Abbau von Metallen wie Gold, Aluminium, Kupfer oder Platin eine bedeutsame wirtschaftliche Rolle ein. Botswana und Südafrika haben große Diamantenvorkommen, während Kenia, Marokko und die Elfenbeinküste vom Export landwirtschaftlicher Produkte profitieren. Parallel dazu steigt in Staaten wie Äthiopien und dem Senegal die Bedeutung des Service- und Transportsektors, auf dem sich der kleine Küstenstaat Djibouti konzentriert. Vor dem Hintergrund des ökonomischen Potenzials und Aufstiegs nimmt die Bedeutung Afrikas im globalen Handel zu. Wichtige Märkte für afrikanische Exporte stellen Indonesien, Malaysia, Saudi-Arabien, Thailand, die Vereinigten Arabischen Emirate, Indien und insbesondere China dar.

Auch im Energiebereich ist in vielen Ländern eine Modernisierung mit dem Fokus auf neue Technologien zu beobachten. Die geografischen und klimatischen Vorteile des Kontinents, wie die höchste Sonneneinstrahlung der Welt, werden zunehmend genutzt. So nimmt der Bau von Photovoltaikanlagen und Solarwasserpumpen rapide zu, auch in schwächer entwickelten Staaten wie Ruanda, dem Sudan und dem Tschad. In den wirtschaftlich stärkeren Ländern Algerien, Ghana und Südafrika sind große Solarparks geplant, während Kenia und Marokko den Ausbau von Windkraftanlagen vorantreiben. Das Potenzial erneuerbarer Energien werde Wirtschaftsexperten zufolge für den fortschreitenden ökonomischen Aufstieg und die zunehmend global orientierten und medial vernetzten Bevölkerungen benötigt.

Wachstum trotz struktureller Probleme und Konflikte

Die Bevölkerung Afrikas hat sich seit 1990 mehr als verdoppelt und beläuft sich im Jahr 2018 auf rund 1,3 Milliarden. Aufgrund der weiterhin sehr hohen Geburtenziffer beträgt die Wachstumsrate mehr als 2,5 Prozent, die zum niedrigen Durchschnittsalter von 20 Jahren beiträgt. Folglich weisen fast alle Staaten eine junge Bevölkerung auf, von denen nach Ansicht von Analysten bei effektivem Regierungshandeln die Ökonomien profitieren können. Die Gründe hierfür liegen in der höheren Migrationsbereitschaft und -möglichkeit der jungen Generation und ihrer stärkeren Affinität zu Globalisierungstrends. Sie machen einen Großteil der laut offiziellen Zahlen über 19 Millionen innerafrikanischen Migrantinnen und Migranten aus, die primär aus wirtschaftlichen Motiven und nicht aufgrund von Konflikten flüchten.

Das Bevölkerungswachstum ermöglicht einerseits das Potenzial einer jungen, für die Arbeitsmärkte flexiblen und bedeutsamen Generation. Andererseits legt es aber die strukturellen Defizite vieler Staaten offen dar. So kann die Entstehung einer Überbevölkerung die Gefahr von Hungersnöten, die vor dem Hintergrund des Klimawandels vermehrt auftreten, weiter erhöhen. Auch die schwachen Gesundheits- und Sozialsysteme stehen bei Fortsetzung der aktuellen Geburtenraten vor großen Schwierigkeiten. Ein weiteres Hemmnis für eine noch stärkere wirtschaftliche Entwicklung stellen die teils immer noch maroden Infrastrukturen dar. Diese Missstände sind vor allem auf die hohe Anzahl an ethnischen Konflikten und die langjährigen korrupten und autoritären Regime zurückzuführen.

Trotz der strukturellen Probleme verläuft der ökonomische Aufschwung des Kontinents rasant und die globale Vernetzung nimmt zu. Viele Länder profitieren hierbei von der Übernahme der ehemaligen Kolonialsprachen Englisch, Französisch und Portugiesisch. Des Weiteren bestehen politische und wirtschaftliche Netzwerke innerhalb Afrikas. Der auf politischen und

wirtschaftlichen Austausch fokussierten Afrikanischen Union (AU) gehören alle 55 Staaten des Kontinents an. Die internationale Organisation unterhält unter anderem enge Beziehungen zu Europa und China. Daneben haben sich auch regionale Organisationen gebildet. Hierzu zählt die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) aus 15 Staaten, die die Einführung der gemeinsamen Währung Eco anstrebt. Weitere Beispiele sind die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und die Zollunion des Südlichen Afrika (SACU), die gegenseitige Freihandelsabkommen abgeschlossen haben.

Auch auf sozialer Ebene sind positive Entwicklungen zu beobachten. Trotz Verbreitung von Krankheiten wie HIV und Malaria, Epidemien wie dem Ebolafieber oder temporären Hungersnöten, nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung stetig zu. Laut Daten der UN beträgt sie im Jahr 2020 mehr als 63 Jahre. Die Gründe hierfür liegen in der verbesserten medizinischen Versorgung und stärkeren innerafrikanischen Kooperation. Wichtig waren zudem die Erfahrungen aus vergangenen Epidemien, wie dem Ebola-Ausbruch in Westafrika 2013 bis 2016. Parallel zum sozioökonomischen Wachstum verzeichnen die meisten Staaten eine enorme Urbanisierung, die die Bildung weltwirtschaftlich attraktiver Metropolen in die Wege geleitet hat. Das „Globalization and World Cities Research Network“ führt 2020 als mittelstarke bis stärkere Megastädte Johannesburg (Südafrika), Kairo (Ägypten), Casablanca (Marokko), Nairobi (Kenia) und Lagos (Nigeria) auf. Aufstrebende kleinere Metropolen finden sich laut Auffassung der Denkfabrik in Uganda, Tansania, Ghana, Kamerun, Angola, Mozambique und im Senegal.

China und der neue Wettlauf um Afrika

Das Wirtschaftswachstum vieler afrikanischer Staaten und die positiven Prognosen hat China früh erkannt und in der Folge die diplomatischen und ökonomischen Beziehungen erheblich ausgebaut. Das Reich der Mitte unterhält unter anderem enge Beziehungen zu Angola, Äthiopien, Ghana, der Demokratischen Republik Kongo, Nigeria, Senegal, Tansania und dem Tschad. Hierbei spielt zum einen das Interesse an Ressourcen wie Erdöl und Metallen eine große Rolle. Neben dem Industriebereich investiert China aber auch massiv in den Telekommunikations-, Banken-, Energie- und Agrarsektor. Des Weiteren werden neue Krankenhäuser und Fabriken, zum Beispiel für die Textilindustrie, gebaut und das marode Straßennetz modernisiert. Laut Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Afrika gingen 2020 mehr als 25 Prozent der Infrastrukturinvestitionen auf China zurück. Mit diesen vielfältigen Investitionen und Projekten will die asiatische Großmacht die Staaten Afrikas in sein globales wirtschaftliches Netzwerk und seine politische Einflusshemisphäre binden.

Die Strategie Chinas scheint aufzugehen. So wurden die Handelsbeziehungen und Partnerschaften zu afrikanischen Staaten deutlich ausgebaut. Dies wird sowohl von den dortigen Regierungen als auch von den Bevölkerungen überwiegend positiv bewertet. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass die Mehrheit der Länder eine Fortführung oder Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen anstrebt. Mittlerweile haben fast alle afrikanischen Regierungen im Rahmen der „Belt and Road Initiative“, dem interkontinentalen Handels- und Infrastruktur-Netzwerk Chinas, Kooperationsverträge abgeschlossen. Auch im Verteidigungssektor nimmt der Einfluss des asiatischen Landes zu. Neben steigenden Waffenexporten nach Afrika verdeutlicht dies die Fertigstellung des

chinesischen Marinestützpunkts in Djibouti 2017. Die große Teilnehmerzahl am letzten „Forum on China-Africa Cooperation“ und die freundliche bis neutrale Haltung zum Hongkong-Gesetz 2020 weisen auf die erfolgreiche politische Einflussnahme Chinas hin.

Diese Entwicklungen stellen eine Bedrohung für den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Europas auf Afrika dar. Enge Verbindungen bestehen vor allem zu Kenia, Nigeria, Südafrika, Tansania und den Mittelmeerstaaten Ägypten, Marokko und Tunesien – allesamt relativ starke Ökonomien. Bei schwächer entwickelten Ländern hat der Einfluss europäischer Staaten hingegen abgenommen, auch wenn die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich, Großbritannien und Portugal weiterhin wichtige strategische und wirtschaftliche Partner darstellen. Die EU hat ein starkes Interesse, die bestehenden Kooperationen mit der AU in den Bereichen Wirtschafts-, Gesundheits- und Sicherheitspolitik fortzuführen. Im Dezember 2020 haben die Staatenverbunde gemeinsame Strategiegruppen zu Gesundheit, Digitalisierung, Landwirtschaft, Energie und Transport gegründet. Dem zunehmenden Einfluss Chinas versucht Europa auch mit einer Vielzahl an Wirtschaftspartnerabkommen entgegenzuwirken. Von diesen wurden bis 2020 bereits 19 verbindlich oder provisorisch angewendet. Des Weiteren waren 21 Verträge finalisiert, für die noch gegenseitige Unterzeichnungen ausstehen. Ob und inwieweit diese Strategie die Bindung afrikanischer Länder an China reduzieren und den europäischen Einfluss erhöhen werden, werden die nächsten Jahre zeigen.

Gefahr für Europa

Die Wirtschafts- und Diplomatieoffensive Chinas in Afrika stellt für Europa eine gegenwärtige und zukünftige Bedrohung dar. Seit dem Jahrtausendwechsel hat die asiatische Großmacht massiv – und selbstverständlich nicht uneigennützig – in den wirtschaftlich florierenden Kontinent investiert. Auch in Zukunft erwarten Analysten eine Steigerung der ökonomischen Attraktivität Afrikas und eine höhere Lebenserwartung der Bevölkerungen. Heute betrachten viele afrikanische Regierungen China als wichtigen und zum Teil sogar als wichtigsten politökonomischen Partner, mit dem sie auch im militärischen Bereich kooperieren. Erst in den letzten Jahren hat die EU die Notwendigkeit des verstärkten Blicks auf den südlichen Nachbarkontinent erkannt. So wird unter anderem der Ausbau von Wirtschaftspartnerabkommen mit afrikanischen Staaten vorangetrieben. Nur wenn dieser Weg konsequent fortgesetzt wird, kann Europa seinen Einfluss wahren und China ökonomisch und diplomatisch Paroli bieten.

Literaturtipps:

- BICC/HSFK/IFSH/INEF (2021): Fokus / China – Partner, Konkurrent oder Rivale?, Friedensgutachten 2021 – F Fokus, S.27-47, URL: <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839457863-006/html>
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2018): Die komplexe Realität von Chinas Engagement auf dem afrikanischen Kontinent, URL: <https://www.giz.de/en/downloads/giz2018-de-impulse-vierseiter.pdf>

- Kamp, Mathias (2021): Das Engagement autoritärer Geberstaaten in Afrika, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/das-engagement-autoritaerer-geberstaaten-in-afrika>

Emma Nentwig & Philipp Rieth

Somalia: Problem-Champion am Horn von Afrika

Seit Jahrzehnten herrscht in Somalia am Horn von Afrika Bürgerkrieg. Nach dem Sturz des Diktators Siad Barre vor knapp 30 Jahren konnte im Land keine funktionierende Staatlichkeit mehr etabliert werden. Damit gehört Somalia zu den so genannten failed states. Das sind Länder, die ihre grundlegenden staatlichen Funktionen nicht mehr erfüllen können, weil sie das Gewaltmonopol verloren haben und dadurch den Schutz der Bürger nicht gewährleisten können. Die Folgen sind Gewalt, Armut und Hunger. Verschärft wird dies von der Klimakrise, islamistischem Terror und lokalen Rivalitäten. Neuerdings verschlimmert der russische Angriffskrieg in der Ukraine die bereits prekäre Versorgungslage in Ostafrika weiter. Wie konnte Somalia so zerfallen und was unternimmt die internationale Gemeinschaft dagegen? Ein Überblick.

Eigentlich sollte im Februar 2021 sowohl ein neues Parlament als auch ein neuer Präsident in Somalia gewählt werden – die ersten demokratischen Wahlen seit einem halben Jahrhundert. Doch die Wahl wurde kurzfristig abgesagt: Offiziell fehlt es an Geld für die Organisation sowie an benötigten Daten der Wahlberechtigten. Tatsächlich wird jedoch auch der seit Jahren andauernde Machtkampf zwischen Präsident und Ministerpräsident eine Rolle bei der Wahlverschiebung gespielt haben. Zumindest aber ist die Sicherheitslage zu prekär, um die Wahl durchzuführen. Die islamistische Terrormiliz Harakat as-Shabaab al-Mujahidin (arab. „Bewegung der Mudjahidin-Jugend“), kurz as-Shabaab (arab. „die Jugendlichen“), hatte zuvor angekündigt, die Wahl durch Anschläge verhindern zu wollen.

Gewaltbereite Gruppierungen und Nahrungsmittelknappheit bedrohen das Land

Laut dem UN-Sonderbeauftragten für Somalia, James Swan, bleibt as-Shabaab deshalb weiter die größte Bedrohung für die Sicherheit des Landes. Fast wöchentlich kommt es zu Anschlägen mit vielen Toten und Verletzten, auch im Nachbarland Kenia. Die durch die politischen Spannungen und die Wahlverschiebung erodierte Macht der politischen Führung ermöglicht der islamistischen Miliz zudem ihren Einfluss weiter auszubauen. Sie beherrscht vor allem die ländlichen Gebiete in der Mitte und im Süden des Landes und hat sich nahezu überall, außer in der nördlichen Region Puntland, als zweitstärkste Kraft etabliert. Sie treibt Steuern ein, bietet teils verlässlichere Dienstleistungen als die Regierung an und ist fest in der Gesellschaft verwurzelt. Allerdings wird die Organisation auch für den schlagkräftigsten al-Qaida-Ableger weltweit gehalten. Ihr Ziel: Die Gründung eines wahhabitischen islamischen Staates in Somalia.

Neben gewaltbereiten Islamisten sieht sich die Zentralregierung auch mit secessionistischen Milizen konfrontiert. Im Süden des Landes, in der Provinz Jubaland, kämpfen diese für mehr Unabhängigkeit. Unterstützt werden sie von Kenia, das so die eigenen Grenzen gegen Islamisten schützen will – ein Dorn im Auge der somalischen Zentralregierung. Im Norden des Landes dagegen ist Somaliland mit seinen 4,5 Millionen Einwohnern als autonome Region

bereits heute de facto unabhängig. Die von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannte Region gilt mit ihrer demokratisch gewählten Regierung sogar als politisch stabil und als Vorbild am Horn von Afrika.

Doch nicht nur gewaltbereite Gruppierungen destabilisieren das Land. Mehrere Regenzeiten sind in Ostafrika – eine Region, in der es schon immer Kämpfe um Wasser gab – ausgefallen. Die Ernten sind auf den Feldern verdorrt und es kam in den letzten Jahren zu mehreren Heuschreckenplagen. Folglich sind Hungersnöte und Nahrungsmittelknappheit allgegenwärtig. Entsprechend liegt die Lebenserwartung in dem ostafrikanischen Land bei rund 52 Jahren, bei einem Durchschnittsalter von gerade einmal 19 Jahren. Dabei weiß die Hälfte von ihnen nicht, wann sie das nächste Mal wieder etwas zu essen bekommen wird. Insgesamt ist Somalia vollständig von Importen abhängig. Die Hauptlieferanten für Grundnahrungsmittel sind Russland und die Ukraine. Bereits jetzt haben sich die Preise wegen des Krieges in der Ukraine verdoppelt. Aushelfen könnte in dieser Situation China, auch mit Krediten, und sich so geopolitischen Einfluss sichern.

Es sind also nicht nur Krieg und Gewalt, die die Menschen zur Migration zwingen. Dürren und Nahrungsmittelknappheit treibt die Landbevölkerung in die Städte, wo ein Großteil der knapp drei Millionen Binnenvertriebenen in überfüllten Slums lebt. Dazu kommen Hunderttausende außerhalb des Landes, die zumeist in überfüllten Lagern in den Nachbarländern Kenia, Äthiopien und Jemen ausharren. Obwohl diese Staaten selbst mit Krisen zu kämpfen haben, gibt es hier eine lange Tradition der Aufnahme somalischer Flüchtender. Ein Hinweis darauf, wie lange der Krieg am Horn von Afrika schon währt, aber gleichzeitig auch ein Spannungsfaktor in der Region.

Von der Kolonisation über die Diktatur in den Bürgerkrieg

Ein Großteil der politischen Probleme des heutigen Somalias lassen sich, wie in so vielen anderen afrikanischen Staaten auch, auf die willkürliche Grenzziehung europäischer Kolonialherren Ende des 19. Jahrhunderts zurückführen. Damals teilten Briten, Italiener und Franzosen das Stammesgebiet der Somali weitestgehend unter sich auf. Erst im Zuge der Dekolonisation entstand 1960 das heutige Somalia durch Zusammenschluss der britischen und italienischen Kolonialgebiete. Das französische Gebiet wurde zu Djibouti, weitere von den Somali bewohnte Gebiete wurden Äthiopien und Kenia zugeschlagen. Ethnische Spannungen befeuern seitdem immer wieder gewaltsame Konflikte am Horn von Afrika.

Das in die Unabhängigkeit entlassene Somalia war eine parlamentarische Demokratie, doch bereits nach wenigen Jahre putschte sich das Militär an die Macht. Nachdem der Diktator Siad Barre in den ersten Jahren populäre wirtschaftliche und soziale Reformen durchgeführte, ließen Korruption und Repressalien die Autorität des Regimes nach und nach schwinden und führten schließlich zu seinem Sturz 1991. Doch die Befreiung von der Diktatur brachte keinen neuen Aufschwung für die Somalier. Im Gegenteil: Der nun zwischen verschiedenen Warlords, Clans und islamistischen Gruppierungen entbrannte Kampf um die Füllung des Machtvakuumms stürzte das Land in der Folgezeit immer tiefer in einen Bürgerkrieg. Dazu kam eine extreme Dürre, die sich durch das Fehlen jedweder staatlichen Ordnung zu einer der größten humanitären Katastrophen der 1990er Jahre ausweitete. Hunderttausende verhungerten, Millionen flohen in die Nachbarländer Äthiopien und Kenia. Unter der Führung der USA

intervenierten die Vereinten Nationen. Doch auch mit Waffengewalt gelang es ihnen nicht, Schutz und Versorgung der Bevölkerung wieder herzustellen. Nach drei Jahren gestand sich die internationale Gemeinschaft ihr Scheitern ein und zog wieder ab.

Von nun an konzentrierte sie sich darauf Friedensgespräche zu führen. Eine geschaffene Zentralregierung konnte sich jedoch nicht durchsetzen, entsprechend wurde keine effektive Staatlichkeit aufgebaut. So gewann der dritte einflussreiche Akteur in Somalia, die islamistischen Gruppierungen, Mitte der 2000er Jahre immer mehr an Einfluss. Unter der Führung der Union Islamistischer Gerichte (UIG), ein politischer und militärischer Zusammenschluss unabhängiger islamischer Gerichte, gelang es ihnen, die unbeliebten Warlords zu vertreiben und die Zentralregierung zurückzudrängen. Auf lokaler Ebene konnten so grundlegende juristische und administrative Strukturen geschaffen werden. Nach mehr als einem Jahrzehnt herrschte in weiten Teilen Somalias wieder Ordnung und Sicherheit.

Internationale Interventionen in Somalia

Die radikalen Kräfte innerhalb der Bewegung gewannen in den folgenden Jahren jedoch immer mehr an Einfluss und die Jugendorganisation der Union entwickelte sich hin zu einer international agierenden Terrormiliz: as-Shabaab. Diese Entwicklung wurde weltweit, vor allem von den USA und Äthiopien, mit großer Sorge beobachtet. Die USA hatten jahrelang unter dem Stichwort „War on Terror“ eine zweifelhafte Partnerschaft mit den Warlords gepflegt und betrachteten Somalia nun sowohl als möglichen Rückzugs- als auch Ursprungsort des internationalen Terrorismus. Äthiopien fürchtete ein Übergreifen des Islamismus auf die eigene Bevölkerung und eine Annexion seiner mehrheitlich von Somali bewohnten Region Ogaden.

Beide Staaten entschieden sich daher militärisch zu intervenieren. Während die USA im Schwerpunkt Luftschläge gegen as-Shabaab durchführten – und dies bis heute tun –, marschierte Äthiopien 2006 in Somalia ein. Den, offiziell zur Unterstützung der Zentralregierung agierenden, äthiopischen Truppen gelang es zwar die UIG zu vertreiben, ihr Vorgehen erzeugte jedoch auch Ressentiments bei den Somaliern und führte zu einer weiteren Radikalisierung der Islamisten. Das Land war erneut destabilisiert. Nach einem Jahr wurde der umstrittene äthiopische Einsatz durch die African Union Mission to Somalia (AMISOM) abgelöst, die bis heute andauert.

Ursprünglich lediglich zur Unterstützung der somalischen Sicherheitskräfte gedacht, trägt AMISOM nun seit über einem Jahrzehnt mit ca. 20.000 Soldatinnen und Soldaten die Hauptlast bei der Bekämpfung as-Shabaabs und dem Schutz der Bevölkerung. Im vergangenen Jahr sollte die Mission zurückgefahren werden, doch es kam zur erwähnten Verschiebung der Wahl und ohne geordnete politische Verhältnisse und schlagkräftige somalische Sicherheitskräfte ist ein Abzug unmöglich. Darüber, wie es nun mit der Mission weitergehen soll, berät derzeit der UN-Sicherheitsrat. Doch die europäischen Geldgeber sind über den Verlauf der Mission frustriert und Truppensteller ziehen ihre Soldatinnen und Soldaten bereits zu anderen Einsätzen ab.

Neben der Mission der Afrikanischen Union gibt es weitere, europäische Missionen im Land. Die prominenteste, die Mission Atalanta, wurde 2008 als erster maritimer Einsatz der EU ins Leben gerufen. An ihm beteiligte sich in der Vergangenheit auch die Bundeswehr mit bis zu

300 Soldatinnen und Soldaten. Ziel dieser Mission ist es, sowohl die Seegebiete rund um das Horn von Afrika als Haupthandelsroute zwischen Europa, der Arabischen Halbinsel und Asien zu sichern als auch Piraterie und Schmuggel zu unterbinden. Sie ist aber auch entscheidend für die humanitäre Hilfe in der Region.

Somalia braucht weitere internationale Hilfe und endlich eine tatkräftige Regierung

Die durch die angesetzten Wahlen erzeugte Aufbruchstimmung in Somalia kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation am Horn von Afrika stetig verschlechtert. Nicht zuletzt tragen dazu auch der Bürgerkrieg in der Region Tigray im benachbarten Äthiopien und der fortwährende Streit mit dem südlichen Nachbarn Kenia bei. Die dauerhafte internationale (militärische) Hilfe konnte nicht zu einem Staatsaufbau beitragen. Von dieser instabilen Lage profitiert in erster Linie die islamistische Miliz as-Shabaab, die versuchen wird ihren Einfluss weiter auszubauen. Gleichzeitig verschiebt sich die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft aber auf andere Krisenherde in der Welt.

Darunter leidet insbesondere die weitestgehend mittellose Bevölkerung. Bereits vor der COVID-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine gab es Versorgungsengpässe in dem ostafrikanischen Staat. Nun ist davon auszugehen, dass die Lebensmittelpreise weiter steigen werden, und durch den Klimawandel werden Hungerursachen wie Überschwemmungen, Dürren oder Insektenplagen zukünftig immer häufiger und plötzlicher eintreten und sich nicht mehr langsam anbahnen. Für Risikomanagement und Notfallvorsorge bräuchte es aber eine funktionierende Regierung, die die Probleme der Bevölkerung bewusst angeht und nicht nur im eigenen oder im Interesse des Clans handelt. Die Chance zur Bildung einer solchen Regierung haben die politischen Eliten im vergangenen Jahr mit der Verschiebung der Wahl jedoch erstmal verstreichen lassen. Es ist also anzunehmen, dass sich weder im gewaltsamen Konflikt noch in der humanitären Notlage zeitnah eine Besserung zeigen wird. Im Gegenteil: Ganz Ostafrika und insbesondere Somalia stehen aufgrund des Konfliktes in der Ukraine vor einer großen humanitären Katastrophe und entsprechend weiter vor gewaltigen Herausforderungen. Entsprechend muss die internationale Gemeinschaft handeln.

Literaturtipps:

- Höhne, Markus Virgil (2021): Das bessere Somalia, Welt-Sichten, URL: <https://www.welt-sichten.org/artikel/38873/das-bessere-somalia>
- Kollmer, Dieter H./Mückusch, Andreas/Konopka, Torsten (2019): Wegweiser zur Geschichte: Horn von Afrika, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, URL: <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/zmsbw-publikationen-wegweiser-afrika-5324198>
- Weber, Annette (2021): Somalia: Straucheln auf dem Weg zu mehr Stabilität, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/somalia-straucheln-auf-dem-weg-zu-mehr-stabilitaet/>

Roland von Kintzel

Völkermord und Bürgerkrieg am Horn von Afrika

Hunderttausende Tote, mindestens zwei Millionen Vertriebene: Das ist die grausame Bilanz des Bürgerkrieges in Äthiopien bis jetzt. Seit fast zwei Jahren kämpfen die Zentralregierung und unterschiedlichste Gruppierungen im Nordosten Äthiopiens. Dabei ist das Land, in dessen Hauptstadt der Hauptsitz der Afrikanischen Union liegt, lange Jahre ein Symbol für Stabilität gewesen. In diesem Konflikt aber scheint es keine Zurückhaltung zu geben, die Anzeichen für Völkermord häufen sich. Entwickelt sich Äthiopien gerade zum nächsten afrikanischen failed state?

Während das gesamte Horn von Afrika auf eine Katastrophe zurast, ist es vonseiten öffentlicher Stellen in Europa auffällig ruhig. Zwar hat das Auswärtige Amt seit dem vergangenen November seine Reisewarnung für Äthiopien ausgeweitet und Deutsche zur Ausreise aufgefordert, eine politische Verurteilung der Vorgänge steht aber noch aus. Kommentare aus Kreisen der deutschen Außenpolitik lassen außerdem vermuten, dass die Krise nach wie vor weder ausreichend beobachtet noch ernstgenommen wird. Hunger und Vergewaltigung werden als Kriegswaffe eingesetzt, Millionen Menschen sind auf der Flucht. Zwar hat ein Waffenstillstand Hilfslieferungen im März 2022 wieder ermöglicht, in vielen Regionen wurde aber nicht gesät, um den Gegner auszuhungern oder weil Kampfhandlungen die Bestellung der Felder verhindert haben. Dazu kommt die anhaltende Dürre, unter der die gesamte Region leidet.

Im Zuge des Ukrainekrieges wird die Versorgungslage noch schlimmer werden, befürchtet das UN World Food Program (WFP). Äthiopien bezieht nämlich, wie viele Länder am Horn von Afrika, den Großteil seiner Getreideimporte aus der Ukraine. Laut einer Schätzung des WFP haben rund 90 Millionen Menschen in der Region nicht genug zu essen. Für die 20 Millionen Tonnen Getreide, die derzeit noch in ukrainische Häfen festhängen, gibt es bislang noch keine realistische Perspektive. Bislang ist ein Großteil der Menschen, die auf der Flucht sind, noch innerhalb Äthiopiens bzw. Ostafrikas unterwegs. Sollte sich die Lage weiter verschlechtern – und es gibt keinen Grund, das Gegenteil anzunehmen – droht der ohnehin strukturschwachen Region der Kollaps. Die Fluchtrouten führen zum Beispiel über Dschibuti und den selbst völlig zerstörten Jemen nach Saudi-Arabien, aber auch nach Europa. Zahlreiche Geflüchtete sterben unterwegs, andere stranden in den ebenfalls strukturschwachen Transitländern.

Koloniale Reflexe

Westliche Staaten haben in der Bewertung der Situation vor Ort in der Vergangenheit häufig falsch gelegen. Hauptgrund dafür dürfte der Griff zu bewährten Allegorien für ähnlich gelagerte Konflikte in Afrika sein. Äthiopien ist ein riesiges und komplexes Land, in dem einfache Erklärungsmuster wie „Rebellen gegen Regierung“ nicht greifen. Die Ursachen für die unterschiedlichen Konflikte, die mit dem Ausbruch der Gewalt nun mit kriegerischen Mitteln ausgefochten werden, sind verschieden. Einige wenige Gegenden in Äthiopien sind

monokulturell oder monoethnisch. In den meisten anderen jedoch sind verschiedene Ethnien und Kulturen, auch Religionen, beheimatet. Je nach Zählweise gibt es zwischen 50 und 90 Sprachen im Land. Zwar ist das Amharische die offizielle Regierungssprache und wird in vielen Gegenden als Verkehrssprache eingesetzt, aber nur etwa ein Drittel der Menschen in Äthiopien sind dieser Sprache mächtig. Auch das Afan bzw. Oromo hat mit ebenfalls etwa einem Drittel einen großen Anteil an Sprechern. Die nationalstaatliche Teilhabe fällt daher klein aus. Zwischen 80 und 90 Prozent der Äthiopier gelten als marginalisiert. Politik und Identität spielen sich daher vor allem in den Provinzen ab. Parallel dazu gibt es eine völlig andere, moderne Gesellschaft, die in Addis Abeba lebt. Eine einheitliche Öffentlichkeit kann es so nicht geben. Wollen sich andere Länder ein Bild von der Lage in Äthiopien machen, können sie daher nicht auf öffentliche Quellen zurückgreifen, sondern brauchen neben verschiedenen Sprachkenntnissen auch zwingend Menschen vor Ort.

Zentral für das Verständnis von Äthiopiens verfahrenere Lage ist das Wissen um seine blutige Vergangenheit. 1935 überfiel das faschistische Italien das damalige Kaiserreich Abessinien auf dem Territorium des heutigen Äthiopiens. Ziel war die Eroberung eines „Lebensraumes“. Für die Bevölkerung ging dieser Krieg nahtlos in den Zweiten Weltkrieg über. Italien nutzte Äthiopien als „Versuchslabor“ für viele technologische und ideologische Ideen. Neu war die unglaublich brutale Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung, die mit eigens zu diesem Zweck entwickelten Massenvernichtungswaffen angegriffen wurde. Bis zu 400.000 Menschen verloren ihr Leben, die Verbrechen wurden nie richtig aufgeklärt. Insgesamt wurde die Episode kolonialer Besatzung nie von unabhängiger Seite aufgearbeitet. Auch nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1941 stand das Land noch stark unter dem Einfluss europäischer Mächte. Darauf folgte eine Periode politischer Fehlentscheidungen, die das Land immer tiefer im Blut versinken ließen. 1951 wurde das Land auf Ansinnen der UN mit Eritrea vereinigt. Weitere zehn Jahre später begann Eritrea einen Unabhängigkeitskrieg, der auch nach dessen Unabhängigkeit als Zweistaatenkrieg weitergeführt wurde. Über 200.000 Menschen starben. Zwischenzeitlich putschte sich in Äthiopien eine kommunistische Regierung an die Macht und das Land wurde zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges mit über einer Million Toten. Hoffnung kehrte mit der Gründung der Bundesrepublik Äthiopien 1995 ein, für die größten Teile der Bevölkerung änderte das aber nichts an ihrer Lebensweise. Alle Kriege haben das Land wesentlich geprägt und viele Wunden sind nie verheilt.

Krieg gegen die Zivilbevölkerung

Die offenen Auseinandersetzungen im aktuellen Bürgerkrieg begannen im November 2020, als Friedensnobelpreisträger und Ministerpräsident Abiy Ahmed Ali die eigentlich fälligen Parlamentswahlen auf Bundes- und Länderebene mit Verweis auf die COVID-19-Pandemie auf unbestimmte Zeit verschob. Die Region Tigray im Nordwesten des Landes hielt die Wahlen dennoch ab, die die demokratisch-sozialistische Volksbefreiungsfront von Tigray (Tigray People's Liberation Front, TPLF) deutlich gewann. Als sich der Machtkampf zwischen der tigrayischen Landesregierung und der äthiopischen Bundesregierung zuspitzte, übernahm die TPLF das Kommando über die auf ihrem Gebiet befindlichen Militärbasen. Daraufhin griffen verschiedene Truppen aus unterschiedlichen äthiopischen Regionen unter der Führung der Bundesregierung Tigray an. Die kriegerischen Handlungen verliefen in Wellen. Nach immer wieder ausgerufenen und gebrochenen Waffenstillständen hat die Situation sich festgefahren.

Regierungstruppen blockieren Tigray, die Versorgung mit Lebensnotwendigem ist nur noch durch Schmuggel möglich. Seit Ende August 2022 sind die Kämpfe wieder ausgebrochen. Die tigrayische Hauptstadt Mekele wurde mit Luftschlägen gegen zivile Ziele angegriffen, wie UNICEF berichtet. Die Gesamtzahl der Toten ist durch die Abwesenheit neutraler Beobachter unklar. Eine Untersuchung der Universität Ghent grenzt die Größenordnung der durch Hunger Gestorbenen auf zwischen 300.000 und 500.000 Menschen ein.

Im Kampf der äthiopischen Zentralregierung gegen die Provinz Tigray setzen sich lokale und regionale Konflikte fort. Die föderale Armeestruktur und die Grenzlage zum alten Kriegsgegner Eritrea haben dazu geführt, dass Tigray die am meisten militarisierte Region in Äthiopien geworden ist. Die Einheiten, die sich gegen die Bundesregierung zusammengeschlossen haben, verfügen über 20.000 Kommando-Soldaten, 230.000 Reservisten bzw. bewaffnete Zivilisten, 15.000 ehemalige äthiopische Soldaten und schweres Gerät. Damit ist sie deutlich besser aufgestellt als ihre Gegner, deren Truppen aus Amhara, Afar, aber auch aus Eritrea und Somalia schon aus sprachlichen Gründen große Probleme bei der Koordination haben. Die äthiopische Regierung wird unterstützt von den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei und dem Iran, während die TPLF von Teilen der Oromo Unterstützung erfährt. Die Verluste halten sich bislang vermutlich in etwa die Waage, wobei die äthiopische Regierung und ihre Verbündeten bereits hochwertiges militärisches Gerät wie MiG-Jets, Mi-Helikopter und mit einer Lockheed C-130 sogar ein Großraumflugzeug verloren haben. Über Einsatz und Verluste eritreischer Kräfte ist nichts Belastbares bekannt.

In West-Tigray finden nach Angaben von Human Rights Watch und Amnesty International genozidäre Vorgänge statt. Ziel ist demzufolge die Vernichtung der tigrinischen Ethnie. Übereinstimmende Berichte unterschiedlicher Organisationen (am prominentesten: der gemeinsame Bericht des Unabhängigen Äthiopischen Menschenrechtsrates und der UNOCHR) zeigen, dass in den TPLF-Gebieten alle Jungen über sieben getötet, alle Mädchen über acht vergewaltigt werden sollen. Die Kämpfer haben offenbar Befehle, durch ungeschützten Verkehr mit Frauen und Mädchen der Tigrinya deren Ethnie zu vernichten und durch eine „rein äthiopische“ zu ersetzen. Der Einsatz von Vergewaltigung als befohlener Kriegswaffe und Mittel zur Durchführung eines Genozids ist nicht neu, aber in dieser Grausamkeit selten. Und dennoch findet ein Großteil der Gewalt ohne internationale Beachtung statt.

Ein äthiopischer „deep state“

Der äthiopische Präsident Abiy Ahmed erhielt für seinen Friedensschluss mit Eritrea, der benachbarten totalitären Diktatur, den Friedensnobelpreis. Gerade seine Aussagen und Handlungen sind es aber, die den Konflikt im Inneren weiter anheizen. Ihm wurde in den vergangenen Monaten von verschiedenen Seiten eine de facto Blockade Tigrays vorgeworfen. Es ist kaum denkbar, dass diese außerordentlichen Kriegsverbrechen ohne sein Zutun oder sein Wissen stattfinden. Dazu kommt die extreme Rhetorik, mit der die Regierung gegen die Tigrinya mobil macht. Die Volksgruppe wird gleichzeitig rassistisch als minderwertig verunglimpft und wesentlich für die Macht des „tiefen Staates“ in Äthiopien verantwortlich gemacht. Solche Denkmuster gingen schon in anderen Ländern Genoziden voraus.

Äthiopien und Eritrea grenzen an Dschibuti, einem kleinen Staat mit starker internationaler Militärpräsenz und strategisch zentraler Lage am Roten Meer. Dort befindet sich die einzige

Überseebasis Chinas. Die beteiligten Mächte waren bislang immer am strategischen Ausgleich interessiert, da der Überseehandel mit Ostafrika ganz wesentlich über Dschibuti abgewickelt wird. Abiy Ahmed spricht bei öffentlichen Auftritten in Äthiopien gern über die Bedrohung Äthiopiens durch „dunkle Mächte“, er inszeniert sich als Kämpfer gegen eine Art äthiopischen „deep state“. Sein Kriegsnarrativ ist, dass hinter den Regionalregierungen die Interessen internationaler Großmächte stehen. Ihm zufolge geht es in diesem Bürgerkrieg um die Zukunft Äthiopiens als Staatengebilde. Das erklärt auch, warum die äthiopische Regierung international verlauten lässt, man sei politisch dialogbereit, aber den Konflikt weiter ausficht.

Vor Kriegsausbruch eskalierte bereits die Gewalt in der Zivilgesellschaft mehr und mehr, sogar an den Universitäten gab es politische Morde. Darüber hinaus gibt es keine verlässlichen Allianzen. Im allgemeinen Chaos von Informationskrieg, Truppenbewegungen und Angriffen auf die Zivilbevölkerung dürfte keine der Parteien ein umfassendes Lagebild besitzen. Die von der äthiopischen Regierung zur Hilfe gerufenen eritreischen Soldaten etwa handeln oft nicht in deren Sinne. Berichte von zerstörten Fabriken und verwüsteten Farmen legen eher den Verdacht nahe, dass die eritreische Regierung ganz eigene Ziele auf äthiopischem Boden verfolgt. Die externe Lagebeurteilung wird nicht einfacher durch die Tatsache, dass Statements der beteiligten Akteure gerne auf den jeweiligen Sprachen unterschiedlich ausgegeben werden. Eritrea verfolgt außerdem die interessante Strategie, in ihrem deutschsprachigen Newsletter Russlands Angriff auf die Ukraine schwer zu verurteilen, gleichzeitig in der Generalversammlung der UN aber gegen ebenjene Verurteilung zu stimmen. Offiziellen Verlautbarungen von Eritrea und Äthiopien ist daher grundsätzlich zu misstrauen.

Düstere Aussichten

Wie wird dieser Konflikt enden? Manche Experten sprechen davon, dass Äthiopien tatsächlich zerfallen könnte. Das Spaltprodukt wäre dann ein failed state mit 115 Millionen Einwohnern und einer Hunderte Kilometer langen Grenze zu Somalia, ein humanitärer und strategischer Albtraum. Die möglichen Auswirkungen einer solchen Katastrophe ließen sich kaum prognostizieren. Die Schwäche des äthiopischen Nationalstaats erweckt zudem Begehrlichkeiten in der Nachbarschaft. Ägypten, dem das Nil-Staudammprojekt Great Ethiopian Renaissance Dam schon seit Jahren ein Dorn im Auge ist, könnte diesen Moment ausnutzen. In den vergangenen Monaten zeichnete sich ab, dass der Bürgerkrieg zu Ungunsten der äthiopischen Zentralregierung verläuft und damit mittelfristig ein strategisches Patt zu erwarten ist. Die durch den Ukrainekrieg erschwerte Hungerkrise lässt bei allen Parteien Kampfkraft- und Moral immer weiter schwinden. Intern bereitete man sich in vielen Armeen und NGOs daher bereits auf eine mögliche UN-Peacekeeping-Mission in Äthiopien vor. Seit dem Beginn des Ukrainekrieges und der damit einhergehenden Blockade des UN-Sicherheitsrates ist jene aber in weite Ferne gerückt. Die Hoffnung ruht nun auf der Afrikanischen Union, die in diesen Dingen historisch bislang eher mäßig erfolgreich gewesen ist.

Die Konflikte in der gesamten Region wurden im Westen bislang kleingeredet. Tatsächlich nimmt die unmittelbare Wahrscheinlichkeit für eine weitere Destabilisierung Ostafrikas mit jedem Monat weiter zu. Im Radarschatten des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine übersehen die Verantwortlichen die Gefahren, die nicht nur auf Ostafrika beschränkt sind.

Langfristig wird die hohe Zahl an Gräueltaten die Gesellschaften der Region weiter zerstören und Fluchtursachen schaffen. Auch Deutschland muss die kurzfristig denkende Bequemlichkeit abstreifen, wenn es neue humanitäre Katastrophen am Horn von Afrika und einen Fallout bis nach Europa verhindern will.

Literaturtipps:

- Amnesty International, Human Rights Watch (2022): „We Will Erase You from This Land“: Crimes Against Humanity and Ethnic Cleansing in Ethiopia’s Western Tigray Zone, URL: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/5444/2022/en/>
- Kollmer, Dieter H./Mückusch, Andreas/Konopka, Torsten (2019): Wegweiser zur Geschichte: Horn von Afrika, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, URL: <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/zmsbw-publikationen-wegweiser-afrika-5324198>
- OHCHR – UN Office of the High Commissioner for Human Rights, EHRC – Ethiopian Human Rights Commission (2021): Joint Investigation into Alleged Violations of International Human Rights, Humanitarian and Refugee Law Committed by all Parties to the Conflict in the Tigray Region of the Federal Democratic Republic of Ethiopia, URL: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2063259.html>

Emma Nentwig

Sudan-Südsudan: Chaos ohne Ende?

Der Südsudan ist der jüngste Staat in den Vereinten Nationen. Erst im Januar 2011 wurde der Süden nach zwei Bürgerkriegen und jahrzehntelangen Konflikten vom Norden unabhängig. Doch trotz Eigenständigkeit kommt es immer wieder sowohl zu innerstaatlichen als auch zu Zusammenstößen mit dem nördlichen Nachbarn. Neben vergangenen Kriegsverbrechen, ethnopolitischer Feindschaft und einem hohen Maß an Korruption liegt das unter anderem auch daran, dass bis heute die Grenzen zwischen den beiden Staaten nicht eindeutig anerkannt sind. Doch wie ist die aktuelle Lage in den beiden Staaten? Und was macht es so schwierig diese langandauernden Konflikte nachhaltig zu befrieden?

Um die heutigen Konflikte zu verstehen, ist es unablässig, den historischen Kontext der beiden Staaten zu kennen. Noch bevor der Sudan 1956 von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, brach im Südsudan ein erster Bürgerkrieg aus, in welchem der Süden die Autonomie vom Norden forderte. Denn beide Teile sind sowohl wirtschaftlich als auch kulturell sehr verschieden. So ist die Bevölkerung des Nordens zum großen Teil muslimisch und hellhäutiger als die überwiegend christlichen oder traditionell religiösen Nachbarn im Süden, die vor allem aus schwarzafrikanischen Völkern wie den Nuba oder Dinka bestehen. Da die Bevölkerung des Nordens jene des Südens historisch als Sklaven gejagt hat, wurden beide Landesteile von der britischen Kolonialmacht getrennt verwaltet. Im Süden wurde beispielsweise Englisch statt Arabisch als Verwaltungssprache gesprochen und christliche Missionare zugelassen. Zu Beginn der Entkolonialisierung gab es außerdem Pläne, beide Gebiete getrennt in die Unabhängigkeit zu entlassen. Nordsudanesische Vertreter waren bei der Juba-Konferenz 1947 aber gegen diesen Vorschlag und der Sudan wurde als ein einheitlicher Staat unabhängig. Doch schon von Beginn an beanspruchte der Nordsudan die ausschließliche Verfügung über Verwaltung und Militär, wohingegen südliche Bevölkerungsgruppen außervorgelassen wurden.

Geschichte bis zur Teilung

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass von 1955 bis 1972 südliche Rebellengruppen gegen die sudanesische Zentralregierung in Khartum kämpften. Ähnlich wie im zweiten Bürgerkrieg ging es neben der Unterdrückung nicht-muslimischer Bevölkerungsgruppen auch um machtpolitische und wirtschaftliche Ressourcen sowie allgemeine Selbstbestimmung. Als Konsequenz aus dem ersten Bürgerkrieg wurde der regionalen Regierung im Süden Autonomie in inneren Angelegenheiten zugesprochen. Dennoch begann 1983 ein erneuter Bürgerkrieg, da der damalige sudanesische Präsident Dschafar Numairi die islamische Gesetzesgrundlage (Scharia) als Gesetzesgrundlage für den Sudan einführen wollte.

Erst 2005 endete dieser Bürgerkrieg mit einem Friedensabkommen zwischen dem General Omar al-Baschir, der sich bereits 1989 an die Macht geputscht hatte, und der südsudanesischen Befreiungsbewegung SPLA. Das Friedensabkommen gewährte dem

Südsudan Autonomie und sah ein Referendum vor. Dieses Referendum entließ den Südsudan 2011 mit 98,8 Prozent der Stimmen der südsudanesischen Bevölkerung in die Unabhängigkeit. Doch mit der Unabhängigkeit des Südsudans waren die Konflikte keinesfalls vorbei. Zwar brach zwischen den beiden Staaten kein offizieller Krieg mehr aus, doch kommt es regelmäßig zu Zusammenstößen zwischen den Truppen des Südens und des Nordens. Insgesamt starben in den beiden Kriegen seit 1956 rund 2,5 Millionen Menschen und etwa vier Millionen wurden vertrieben.

Lage im Südsudan

Die Eigenständigkeit brachte dem Südsudan bisher keinen Frieden: Von 2013 bis 2018 herrschte ein Bürgerkrieg zwischen Präsident Salva Kiir und Vizepräsident Riek Machar. Der Konflikt zwischen den beiden verfeindeten Rebellenführern ließ den jüngsten Staat der Staatengemeinschaft zu einem failed state werden. Zwar kam es bereits 2015 zu einem Friedensabkommen, dieses musste aber aufgrund von erneuten Gewaltausbrüchen 2018 erneuert werden. Seit 2020 gibt es eine Übergangsregierung, lokal kommt es aber immer wieder zu Gewaltausbrüchen zwischen verschiedenen Stammesgruppen.

Allein 2018 starben laut Schätzungen rund 400.000 Menschen in den bewaffneten Konflikten. Hinzu kommen laut UN-Flüchtlingsagentur rund vier Millionen Vertriebene – knapp ein Drittel der Bevölkerung. Circa die Hälfte der Flüchtlinge sind Binnenvertriebene, die andere Hälfte floh in die Nachbarländer Uganda, Kenia, Sudan und Äthiopien. Dabei sind rund 80 Prozent der Flüchtlinge Frauen und Kinder. Doch der Südsudan ist nicht nur für die eigene Bevölkerung gefährlich. Er gilt laut Analyse der Hilfsorganisation CARE aus dem Jahr 2022 nach wie vor als gefährlichstes Land für humanitäre Helferinnen und Helfer. Zwar gibt es momentan eine Pause in den Kämpfen, doch der Frieden ist äußerst fragil, wie Berichte des UN-Sicherheitsrats warnen.

Gesellschaftliche Herausforderungen im Südsudan

Als neuer Staat steht der Südsudan vor enormen gesellschaftlichen Aufgaben. Neben historisch gewachsenen gesellschaftlichen Ungleichheiten wie der Verteilung von Ressourcen und Machtpositionen, ist das Bildungsniveau äußerst niedrig sowie Infrastruktur und Verwaltung kaum vorhanden. So war ein wichtiger Schritt die Aufteilung des Staatsgebietes in zehn Bundesstaaten, da diese das Machtvakuum auf regionaler Ebene füllten, in welchem zuvor Clans und ethnische Gruppen gegeneinander wirkten. So kommt es immer wieder zu kleineren Überfällen auf andere ethnische Gruppierungen. Insgesamt dominiert die Volksgruppe der Dinka die circa 64 anderen ethnischen Gruppierungen. Schon vor der Unabhängigkeit gehörten vier von fünf ständigen Mitgliedern des politischen-militärischen Oberkommando der SPLA der Dinka an. Diese Ungleichheit zieht sich bis in die heutige Gesellschaft und zeigt sich auch in der Zusammensetzung der aktuellen Regierung.

Zwar lebt ein Großteil der südsudanesischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und hat somit täglich weniger als 1,90 US-Dollar zur Verfügung, trotzdem ist das Land reich an Bodenschätzen wie Erdöl, Gold und verschiedenen Erze sowie Wasser und fruchtbarem Ackerland. Doch die politische Instabilität, Korruption und Misswirtschaft verhindert, dass davon etwas bei der Bevölkerung ankommt. So konnte eine nationale Privatwirtschaft nicht

aufgebaut werden, landwirtschaftliches Know-how ging durch die langandauernden Konflikte verloren und Ackerflächen sind nicht nutzbar, da es regelmäßig zu Überfällen kommt oder Landminen im Boden liegen. Hinzu kommen dem Klimawandel geschuldete Wetterextreme wie Dürren, Überflutungen oder Schädlingsplagen. Insgesamt hatten 2021 rund 7 Millionen Menschen im Südsudan nicht ausreichend Lebensmittel zur Verfügung.

Die Lage im Sudan

Auch im Sudan sieht es keineswegs besser aus. Zwar konnten vor drei Jahren Demonstrierende den seit 1989 herrschenden Herrscher Omar al-Baschir absetzen, doch die Zeit der zivilen Übergangsregierung währte nur kurz. Mit einem Militärputsch im Oktober 2021 kam Armeechef Abdal Fattah al-Burhan an die Macht, die er trotz militärinternen Uneinigkeiten hart und gewaltsam verteidigt. Doch das Chaos und die Massendemonstrationen gehen weiter: Obwohl bereits Tausende bei gewaltsamen Zusammenstößen von Sicherheitskräften verletzt und mehr als 100 Menschen getötet wurden, kommt es in den großen Städten immer noch regelmäßig zu Protesten. Die breite Demokratiebewegung, die nach dem Absetzen von al-Baschir so viel Hoffnung hatten, fordern vor allem eins: Mitspracherecht und Freiheit.

Neben diesen gesellschaftlichen Unruhen leidet der Sudan unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer der höchsten Inflationsraten der Welt. Hinzu kommt die Abhängigkeit von ukrainischem und russischem Getreide: Rund 90 Prozent hat das afrikanische Land mit Importen aus den beiden Kriegsparteien abgedeckt. Schon jetzt leiden rund zwölf Millionen Menschen – ein Viertel der Bevölkerung – an Hunger, denn die Lebensmittelpreise sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 250 Prozent gestiegen. Die UN prognostiziert, dass gegen Ende des Jahres jeder zweite im Sudan hungern wird.

Internationales Engagement

Ein weiterer Grund für die Misere im Sudan ist das Einfrieren von Hilfsgeldern der internationalen Gemeinschaft nach dem Militärputsch. Im Südsudan sind die Hilfseinsätze seit Jahren chronisch unterfinanziert. Dabei sind beiden Staaten essenziell auf ausländische Hilfe angewiesen, das zeigt sich nicht nur in einer der größten Flüchtlingskrisen Afrikas, die der Bürgerkrieg im Südsudan auslöste. Neben humanitärer Hilfe engagiert sich die UN im Rahmen der Mission UNMISS (United Nations Mission in the Republic of South Sudan) seit der südsudanesischen Unabhängigkeit 2011 in dem Land mit aktuell 17.000 Soldatinnen und Soldaten sowie rund 2.000 Polizistinnen und Polizisten. Die Bundeswehr stellt dafür vor allem Einzelpersonal in Stäben und Hauptquartieren der UN.

Aussicht und Problematik

Beide Staaten sind nicht nur kulturell verschieden, sondern stehen seit ihrer Trennung auch vor unterschiedlichen Herausforderungen. Im Sudan ist momentan viel im Aufbruch. Vor drei Jahren konnte der langjährige Machthaber abgesetzt werden und wenngleich erneut ein Militärregime im Amt ist, ist die Demokratiebewegung sehr resilient und widersetzt sich bisher erfolgreich dem brutalen Armeechef al-Burhan. Für sie ist Demokratie nicht verhandelbar, sie wollen eine zivile Regierung. Dennoch ist auch hier Armut vorherrschend und es droht eine Katastrophe angesichts der steigenden Preisen von Lebensmittel und der Inflation.

Im Südsudan dagegen geht es vor allem darum, eine funktionierende Staatlichkeit aufzubauen und Stabilität herzustellen. Die Lebensbedingungen dort sind schon lange unzureichend, Armut und Hunger allgegenwärtig, der Staat ist kaum handlungsfähig und es kommt immer wieder zu lokalen Auseinandersetzungen. Dennoch: Das Land ist fruchtbar und wäre bei Frieden und Stabilität durchaus in der Lage sich selbst zu ernähren. Das zu erreichen sollte das Ziel der Politiker und auch der internationalen Gemeinschaft sein.

Literaturtipps:

- Abdalla, Gihan (2021): Südsudan, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/228561/suedsudan/>
- Konopka, Torsten (2018): Wegweiser zur Geschichte: Sudan und Südsudan, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, URL: <https://zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/zmsbw-publikationen-wegweiser-sudan-suedsudan-5324224>
- Kurtz, Gerrit (2022): Machtkampf in Sudan. Die Vorherrschaft der Militär- und Sicherheitskräfte stößt an ihre Grenzen, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2022A21/>
- Maihack, Henrik (2017): Ein Konflikt um politische Legitimität im Südsudan, Friedrich-Ebert-Stiftung, URL: <https://library.fes.de/pdf-files/iez/13822.pdf>

Emma Nentwig

Warum der Ostkongo nicht zur Ruhe kommt

Der Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) gilt als eine der gefährlichsten Regionen der Welt. Seit Jahrzehnten sind in unregelmäßigen Abständen Bilder von Rebellen Gruppen, Konflikten mit Regierungstruppen und Angriffen auf die Zivilbevölkerung in unseren Nachrichten. Allein die sich zum Islamischen Staat bekennenden Allied Democratic Forces (ADF) wird seit Mitte der 1990er für tausende Todesopfer verantwortlich gemacht. Doch das sind nicht die einzigen Milizen. Es gibt derzeit etwa 100 verschiedene bewaffnete Gruppierungen und im Laufe der Jahre Millionen von Toten und Vertriebenen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sprach im Februar 2024 von einer der größten und komplexesten humanitären Krisen der Welt.

Die Gründe für die Instabilität des Landes sind diffus: Zum einen ist der Staat nicht in der Lage seine Bevölkerung und sein Territorium zu sichern und zu schützen. Darüber hinaus kommt es immer wieder zur Einflussnahme von Nachbarstaaten und nicht zuletzt finanzieren sich die Konflikte durch die vielen Bodenschätze von selbst. Nachdem der Konflikt schon seit gut 25 Jahren schwilt, ist er 2021 in eine neue Phase getreten: Die Rebellen Gruppe der Bewegung des 23. März, auch M23 genannt, die in den höheren Dienstgraden aus Tutsi besteht, hat nach ihrer Vertreibung 2013 die Kämpfe wiederaufgenommen. Damit kommt auch die Frage nach der Einflussnahme Ruandas wieder auf, das die M23 aktiv unterstützt. Neben Nachbarstaaten sind auch mehr und mehr private Sicherheitsdienste in die Konflikte involviert. So ist beispielsweise eine rumänische Söldnertruppe von der kongolesischen Regierung zur Ausbildung von Soldaten und zur Bewachung des Flughafens in Goma eingesetzt. Die Lage ist insgesamt unübersichtlich, aber die diversen Konfliktparteien lassen sich grob in zwei Lager einteilen: Die kongolesische Armee auf der einen und die M23, mit Unterstützung Ruandas, auf der anderen Seite. Daneben gibt es einige weitere Akteure, wie beispielsweise der Islamische Staat in Form der bereits erwähnten ADF, die zwar in einer anderen Region weiter im Norden agieren, aber dennoch von der unsicheren Lage profitieren.

Kolonisation, Völkermord und Bürgerkriege

Grundsätzlich lassen sich die aktuellen Kriege der DRK nicht ohne die Kolonisation und die anschließende mehr als 30-jährige Diktatur von Mobutu Sese Seko (1965 bis 1997) denken. Während der Kongo zuerst in Privatbesitz des belgischen Königs Leopold II. (1888 bis 1908) war, ging die Kolonie später in die Hände des Staates Belgien (1910 bis 1960) über. Die koloniale Ausbeutung dieser Zeit gilt als eine der brutalsten der Welt. Auch nach der Unabhängigkeit gab es keinen funktionierenden Staat mit entsprechendem Vertrauen in Institutionen wie Militär, Justiz oder Politik. Stattdessen bereicherte sich Mobutu, der die Republik in Zaire umbenannte, wie auch seine Vorgänger durch Ausbeutung der Bevölkerung massiv an den natürlichen Ressourcen des Landes.

Erste Instabilität kam mit dem Ende des Kalten Krieges und den abkühlenden Verhältnissen der bisherigen Schutzmächte USA und Frankreich. Stattdessen wurde die Opposition im Land lauter und es kam zu Unruhen und Revolten. Als Schlüsselereignis ist schließlich der Völkermord im Nachbarland Ruanda 1994 zu nennen: Trotz internationaler Öffentlichkeit ermordete die ethnische Mehrheit der Hutu in weniger als 100 Tagen fast eine Millionen Tutsi. Als sich eine Tutsi-Miliz im Exil bildete und nach Ruanda zurückkehrte, um den Völkermord zu stoppen, flohen die Täter. Innerhalb kürzester Zeit sind so insgesamt mehr als eine Millionen Menschen – sowohl Opfer als auch Täter, also Tutsi und Hutu – im benachbarten Kongo (damals: Zaire). Als Mobutus Regierung ein Gesetz erließ, das alle Tutsi unter Androhung der Todesstrafe aus dem Land verwies, gingen diese mit anderen verbündeten Oppositionsgruppen in eine offene Rebellion und eroberten im ersten Kongokrieg im Mai 1997 schließlich die Hauptstadt Kinshasa. Rebellenführer Laurent Kabila kam mit Unterstützung von Uganda und Ruanda an die Macht, Mobutu war gezwungen zu fliehen und Zaire wurde in Demokratische Republik Kongo umbenannt. Doch ein Frieden ist nicht in Sicht.

Es kommt zum zweiten Kongokrieg: Wieder wollen Rebellen die Regierung stürzen, wieder werden beide Seiten massiv von anderen afrikanischen Staaten unterstützt. Der Konflikt regionalisiert sich und geht als „Erster Afrikanischer Weltkrieg“ in die Geschichte ein. Auch dieser Krieg ist wie der dritte Kongokrieg mittlerweile vorbei. Doch bis heute ist das Machtvakuum, das Mobutu hinterließ, nicht adäquat gefüllt – auch wenn seit 2006 offiziell Frieden und Demokratie herrscht.

Lage im Ostkongo

Während sich die Lage im restlichen Land halbwegs beruhigt – von einem stabilen Staat kann immer noch nicht die Rede sein. So schwillt der Konflikt im Osten des Landes stetig weiter. Dabei spielen ethnische Spannungen genauso eine Rolle wie Rohstoffe oder die Frage nach Landbesitz.

Was den ethnischen Aspekt betrifft, so geht es nicht nur um die Tutsi, als deren Schutzmacht sich der ruandische Präsident Paul Kagame und die Rebellengruppe M23 sehen, und die noch immer Jagd auf die Hutu, die Täter des Genozids, machen. Für Ruanda, denen vorgeworfen wird die M23 zu unterstützen, gilt dies als „Angelegenheit der nationalen Sicherheit“. Es geht auch um koloniale Grenzziehungen und die Ethnisierung von außen. Ursprünglich sind Hutu und Tutsi keine verschiedenen Ethnien, wurden in der Kolonialzeit aber als solche definiert. Daneben gibt es viele andere ethnischen Gruppierungen, zwischen denen es durch die willkürliche Grenzziehung immer wieder zu Konflikten kommt. Damit einher geht die Frage nach dem Landbesitz, denn der Osten der DRK ist eine der am dichtesten besiedelten Gegenden in der gesamten Region, und auch in Ruanda mangelt es an Platz für die wachsende Bevölkerung. Diese Landkonflikte, die schon immer in der Region vorherrschten, werden politisch missbraucht und feuern die Konflikte weiter an. Hinzu kommen die Rohstoffe der Region wie Diamanten, Gold, Kupfer, Coltan oder Uran, die zwar keine Hauptursache für die Kriege sind, durch illegalen Abbau und Handel – Ruanda ist als Transitland von elementarer Bedeutung – den Konflikt weiter finanzieren.

Welche Rolle spielt der Islamische Staat?

Wie bereits erwähnt, ist es nicht nur der ethnisch aufgeladene Konflikt zwischen den Hutu und den Tutsi, beziehungsweise indirekt zwischen DRK und Ruanda, der sich abspielt. Mit den Allied Democratic Forces (ADF), die in der jüngsten Vergangenheit vermehrt für Aufsehen sorgen, gibt es etwas weiter nördlich auch einen Ableger des Islamischen Staates in Zentralafrika. Wenngleich die Gruppierung islamisch geprägt ist, weicht sie inhaltlich stark von konventionellen IS-Gruppen wie beispielsweise der im Irak ab. Sie gründete sich bereits vor gut 30 Jahren, schloss sich aber erst vor gut zehn Jahren – vor allem aus finanziellen Gründen – dem IS an. Wie bei der Lord's Resistance Army (LRA), die zu den christlichen Extremisten gezählt werden, handelt es sich bei ihr um eine religiös-extremistische Miliz. Für solche Gruppierungen dient der instabile Ostkongo als Rückzugsort. Beide Rebellengruppen stammen ursprünglich aus Uganda und sehen dort in der Regierung von Yoweri Museveni auch ihre Gegner. Anders als die meisten Ableger des IS versucht die ADF aber nicht einen eigenen islamischen Staat zu errichten. Und wenngleich es Videoaufnahmen gibt, in denen islamische Rituale zu sehen sind und arabisch gesprochen wird, wird davon ausgegangen, dass die Religion primär aus Gründen des Gruppenzusammenhalts verwendet wird.

Und wie auch bei den meisten anderen Gruppierungen schließen sich viele lokale Kämpfer nicht aus ideologischen oder politischen Gründen der Miliz an, sondern vor allem aus Perspektivlosigkeit und wirtschaftlicher Alternativlosigkeit. Darüber hinaus ist es bei vielen Milizen üblich bei Angriffen auf die Zivilbevölkerung Kinder und Jugendliche zu entführen und diese in ihren Camps entsprechend zu indoktrinieren und auszubilden. Es gibt Videoaufnahmen, in denen sowohl Frauen als auch Kinder Waffen tragen und bei Angriffen aktiv beteiligt sind – ein Thema, bei dem sich die Gruppierung mit der IS-Zentrale zerstritten haben soll. Insgesamt spielt Gewalt sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gruppe eine elementare Rolle. Nicht umsonst gilt die ADF als eine der brutalsten Rebellengruppen der Welt und die tödlichste im Ostkongo. Häufig wird ihre Taktik mit „Do as much damage as possible“ beschrieben.

Die humanitäre Situation

Die Kolonisation im Kongo galt als die brutalste der Welt und auch die aktuellen Konflikte können als äußerst gewaltsam bezeichnet werden. Dabei hat der Vormarsch der Rebellengruppe M23 eine noch verheerendere humanitäre Situation geschaffen, wie die Vereinten Nationen in einer Presseerklärung im April 2024 mitteilten. Nicht nur die ADF zeichnet sich durch eine brutale Kriegsführung aus. Grundsätzlich werden viele ziellose Angriffe auf die Zivilbevölkerung mit Macheten durchgeführt, um Munition zu sparen. Es wird geplündert und anschließend werden Häuser, Läden, Fahrzeuge oder medizinische Versorgungszentren abgebrannt. Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden ebenso wie sexuelle Gewalt gegenüber Männern, Frauen und Kindern als Waffe missbraucht – auch zur Durchsetzung der Hierarchie innerhalb der Milizen. Kindersoldaten sind ebenso wie Zwangsehen keine Seltenheit. Humanitäre Organisationen sprechen von alarmierenden Verhältnisse hinsichtlich Hygiene und Ernährungssituation in Flüchtlingscamps.

Durch die anhaltende Gewalt brach die Landwirtschaft ein, die Arbeitslosigkeit insbesondere unter jungen Menschen ist hoch und die Milizen brauchen Kämpfer und Arbeiter für ihre

Minen. Dank Massenvertreibungen ist die Anzahl der Arbeitskräfte im illegalen Bergbau stark angewachsen und durch den stetigen Zuwachs an verarmten Geflüchteten können die Rohstoffe dort auch unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gewonnen werden. Während die Zivilbevölkerung ausgebeutet wird und verarmt – die UN zählten im Februar 2024 landesweit rund 6,29 Millionen Binnenvertriebene – bereichern sich so die Kleptokraten. Neben der illegalen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen gilt auch der Schmuggel insbesondere im Bereich der natürlichen Ressourcen, Holz und Waffen als äußerst lukrative Einkommensquelle.

Internationales Engagement

Für Christoph N. Vogel, Politikwissenschaftler und Mitbegründer der Kongo-Forschungsgruppe der New York University, sind die Kriege im Osten der DRK mittlerweile wohl im gefährlichsten ihrer bisherigen vier Jahrzehnte. Dennoch richtet sich die Aufmerksamkeit der Welt eher gen Gaza oder Ukraine, obwohl seit 1999 mit MONUSCO (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) eine der größten UN-Friedensmissionen in der Region läuft. Doch diese wurde nach und nach zum politischen Verbündeten der Regierung in Kinshasa beziehungsweise der westlichen Interessen degradiert und immer weiter zurückgedrängt. UN-Generalsekretär Antonio Guterres räumte im März 2024 ein, dass diese Truppen sowohl personell als auch materiell nicht gut genug ausgestattet sind, um die Region adäquat zu überwachen. Auf Wunsch der kongolesischen Regierung und wegen Ineffizienz soll MONUSCO nun sukzessive verringert und offiziell bis Ende 2024 sogar beendet werden.

Anderen Akteure wie den Friedenstruppen der Ostafrikanischen Gemeinschaft, die 2023 einen prekären Waffenstillstand überwachen sollten, erging es kaum besser. Sie sind bereits von der Regierung in Kinshasa entlassen. Nun soll es eine neue regionale Truppe der Entwicklungsgemeinschaft südliches Afrika (SADC) mit rund 2.900 Soldaten richten. Ob ihnen das nach dem Abzug der Blauhelme gelingt, ist fraglich, nicht zuletzt da erst im April mehrere SADC-Soldaten in ihrer Mission gegen die M23 ums Leben kamen. Und so erscheint der Abzug der Blauhelme immer unrealistischer, je weiter sich das Jahr dem Ende zuneigt.

Dennoch: In der Demokratischen Republik Kongo macht sich das Bewusstsein breit, dass internationale Friedensmissionen keine Lösungen bringen. Auch große, afrikanische Friedensinitiativen sind bisher zu keinen Ergebnissen gekommen. Für die internationalen Großmächte bleibt es ein Randproblem. Auch wenn die EU im August 2023 Sanktionen sowohl gegen ruandische als auch kongolesische Akteure aufgrund von Menschenrechtsverletzungen ausgesprochen hat, sieht vor allem die kongolesische Seite darin einen Widerspruch zu den guten, westlichen Beziehungen zu Ruanda.

Literaturtipps:

- Ansorg, Nadine (2020): Demokratische Republik Kongo, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54628/demokratische-republik-kongo/>

- Blanshe, Musinguzi/Toulemonde, Marie (2023): Uganda: Why has ADF outlasted other rebels fighting Museveni?, The Africa Report, URL: <https://www.theafricareport.com/314348/uganda-why-has-adf-outlasted-other-rebels-fighting-museveni/>
- Vogel, Christoph N. (2024): Kongo: Die unlösbare Krise, Rosa Luxemburg Stiftung, URL: <https://www.rosalux.de/news/id/51858/kongo-die-unloesbare-krise>
- Wollschläger, Manuel (2024): Bye Bye Blauhelme, Internationale Politik und Gesellschaft, URL: <https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/bye-bye-blauhelme-7313/>

Roland von Kintzel

Showdown in Ankara: Die äthiopische Absichtserklärung und ihre Folgen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan legt sich ins Zeug. Seit nun fast drei Monaten geht er, von der westlichen Öffentlichkeit wenig beachtet, voll in seiner neuen Rolle auf. Er will in einem der schwierigsten und gefährlichsten Konflikte der jüngeren afrikanischen Geschichte vermitteln. Dass Ankara in den vergangenen Jahren immer wieder als Genf des 21. Jahrhunderts aufgetreten ist und etwa Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland veranstalten wollte, überrascht weniger. Viel verwunderlicher ist, worum es inhaltlich geht – um ein Memorandum of Understanding (MOU), eine nicht-bindende Absichtserklärung also. Im diplomatischen Geschäft gehört das zu den stumpfsten Schwertern im Arsenal. Doch diese einfache Absichtserklärung hat einen Skandal ausgelöst. Dabei ist über den Inhalt nichts gesichert bekannt, das Schreiben ist geheim. Viel wichtiger sind die beiden Verfasser, nämlich die Bundesrepublik Äthiopien und das international nicht anerkannte Somaliland, eine separatistische Region von Somalia.

Berichten zufolge geht es in dem Schreiben darum, dass Somaliland einen Teil seiner Küstenlinie für Äthiopien zugänglich machen soll, um somit den seit Jahrzehnten von Äthiopien herbeigesehnten Meerzugang zu erschließen. Die Regierung in Mogadischu sah sich vom großen Nachbarn verraten und währte territoriale Ansprüche. Nun sollen also die Gespräche zwischen Somalia und Äthiopien in der Türkei die Wogen glätten. Dass jene überhaupt stattfinden, ist zwar prinzipiell als diplomatischer Fortschritt zu bewerten. Trotzdem ist aufgrund der de facto nicht vorhandenen Staatlichkeit Somalias nicht von großen Fortschritten auszugehen. Vielmehr werden hier gerade Interessen verschiedenster Akteure abgesteckt.

Ein riskantes Joint Venture

Somaliland lässt mit Geld aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) den Hafen von Berbera zum „DP World Berbera New Port“ ausbauen. Damit hat es zwar theoretisch einen wesentlichen Teil der seewirtschaftlichen Unabhängigkeit eingebüßt, doch einen solchen Hafen im Zeitalter der Globalisierung zu betreiben ist kein triviales Geschäft. Neben der Fähigkeit zum ausreichenden Güterumschlag, bemessen in TEU (Twenty-foot Equivalent Unit, deutsch: Zwanzigfuß-Standardcontainer-Äquivalent) und der ausreichenden Wassertiefe (Deep-Water-Quays, Ultra-Deep-Water-Quays) wird heute auch der Einklang des Hafens mit den ISPS-Regeln verlangt. Der von der UN aufgestellte International Ship and Port Facility Security Code (ISPS) stellt sicher, dass Schiffe an Häfen nicht „mit Unsicherheit kontaminiert werden“, wie es im Fachjargon heißt. Das bedeutet insbesondere für Entwicklungs- und Schwellenländer, dass sichere Häfen im Wortsinne vital sind für die Teilnahme am Welthandel.

Somalia – das bedeutet inklusive Somaliland – führt den Index fragiler Staaten des Fund for Peace an. Anders ausgedrückt: Es gibt weltweit kein Land, in dem die Durchsetzung staatlicher Gewalt so wenig garantiert werden kann wie dort. In diesem Sinne lässt sich die Existenz von Somaliland deuten wie die einer Kommune, die sich aus mangelndem Schutz durch die

Behörden eine Bürgerwehr zugelegt hat. Doch die Sicherheitslage in Somaliland ist, wenn überhaupt, nur unwesentlich besser als jene in Somalia. Die allermeisten Staaten raten ihren Bürgern von jeglichen Reisen nach Somalia ab, insbesondere aufgrund der ungemindert hohen Terrorgefahr durch verschiedenste Gruppierungen, hierzulande am bekanntesten die al-Shabaab-Miliz. Sichere Handelswege sehen anders aus, wie ein anderes Nachbarland zeigt. Das größte Containerterminal der Region, bislang das Tor zur Welt für Äthiopien, befindet sich in Dschibuti. Der Hafen schlägt derzeit etwa 650.000 TEU im Jahr um, womit er in ganz Afrika etwa auf Platz 7 landet. Ganz frisch hat auch Saudi-Arabien einen 92 Jahre währenden Vertrag zur Einrichtung einer Logistikzone im Hafen von Dschibuti unterzeichnet. Auch das findet nicht im luftleeren Raum statt: 2008 überfiel Eritrea Dschibuti im Zusammenhang mit einem andauernden Grenzkonflikt, der seitdem eingefroren ist.

Die arabischen Golf-Staaten betreiben hier, neben klassischer Wirtschafts- und Handelspolitik, auch Diplomatie. So scheint es Bestrebungen der VAE zu geben, in Zusammenarbeit mit Israel in Somaliland eine Militärbasis als strategischen Außenposten in Afrika zu errichten. Auch wenn die Quellenlage dazu nebulös ist, so haben sowohl die Golf-Staaten als auch Israel großes Interesse an stabilen Verhältnissen am Horn von Afrika. Die wiederholten Angriffe aus dem Jemen von Huthi-Rebellen auf Tanker und Cargo-Schiffe im Roten Meer hindern nicht nur den Handel in der Region, sie lähmen den Welthandel insgesamt. Die Kooperation einzelner Golfstaaten mit Israel gegen Terrorismus in der Region ist daher nicht allzu verwunderlich.

Infrastruktur, Infrastruktur, Infrastruktur

Die mit dem Projekt in Somaliland beauftragte Firma DP World befindet sich im Besitz der Sultane der Emirate. Dieser Effekt wirkt in beide Richtungen: Einerseits wickelt DP World weltweit etwa 10 Prozent des maritimen Containerhandels ab. Dass der Konzern über das notwendige Knowhow verfügt, diese Anlage dauerhaft zu betreiben, steht außer Frage. Andererseits nehmen die diplomatischen Verwicklungen über die De-facto-Anerkennung Somalilands, das ausschließlich vom seinerseits kaum anerkannten Taiwan anerkannt wird, damit zu. Äthiopien steuerte zu dem Projekt immerhin 19 Prozent der Investitionskosten bei, hat also auch abseits des MOU schon einen Fuß in der Tür.

Ob Somalia oder Somaliland überhaupt in der Lage wären, sichere und dauerhaft nutzbare Infrastruktur bereitzustellen, um Güter von Äthiopien an einen Hafen und zurückzuliefern, ist fraglich. Denn die Infrastruktur in Somalia und Somaliland, unabhängig vom Hafen, ist ohnehin unzureichend. Die Road Number One stellt die einzige Verbindungsstraße von Somalia nach Somaliland dar. Sie endet am Hafen von Berbera. 2022 kündigte Äthiopien noch Investitionen in diese Straße an, von denen allerdings bislang wenig umgesetzt wurden. Hier soll die Vision Wahrheit werden, dass Somaliland als „Drehkreuz für ganz Ostafrika“ dienen soll. „Wir bieten Dienstleistungen für ganz Ostafrika an, für alle Länder, die keinen Zugang zum Meer haben“, so Muse Bihi Abdi, Präsident von Somaliland, im Gespräch mit arte. Die Konzession an die Emirate soll 30 Jahre währen.

Eigentlich sollte der gemeinsame Nachbar Eritrea mit seiner endlosen Küstenlinie und seinem stramm organisierten Staatsapparat in der Lage sein, die benötigte Infrastruktur vorzuhalten. Das Problem: Seit dem äthiopisch-eritreischen Krieg (1993) liegt der Hafen von Assab aus sowjetischer Zeit, über den Äthiopien bis dahin seinen maritimen Außenhandel abwickelte,

völlig brach. Mit einem Jahresumsatz von 32.000 TEU und einem maximalen Tiefgang von zehn Metern ist der Hafen als Drehkreuz uninteressant. Noch übler ist die Lage in Massawa, wo trotz aufwendiger Sanierungsarbeiten seit den 1990er Jahren mit Spitzenumsätzen von ca. 25.000 TEU in den 2000ern nichts mehr übriggeblieben ist. Heute bedient der Hafen ausschließlich das wirtschaftlich schwache Eritrea, der aktuelle Jahresumsatz wird mit ca. 4.200 TEU angegeben. Zum Vergleich: Deutschlands größter Hafen, Hamburg, setzt ca. 8 Millionen TEU im Jahr um und bietet eine Fahrrinne von circa 16 Metern Tiefe.

Pulverfass Horn von Afrika?

Nicht nur die Regierung in Addis Abeba träumt von einer neuen Exportmöglichkeit. Vor allem der Konsumgütergigant Unilever hat seit Beginn des Jahrzehnts Produktionsstätten für Dinge wie Seife, Waschpulver, Brühwürfel, Zahnpasta oder Shampoo hochgezogen und würde gern skalieren. Doch die äthiopische Bundesregierung hat derzeit weder die finanziellen Ressourcen, um noch mehr in derartige Projekte zu investieren, noch kann sich die äthiopische Volkswirtschaft den Import von Konsumgütern leisten. Äthiopien ist der bevölkerungsreichste Binnenstaat der Welt. Einen Großkonzern im eigenen Land zu haben, der die dringend benötigten Waren einfach überproduziert und mangels Exportmöglichkeit am Binnenmarkt verschleudern muss, kann seine Vorzüge haben. Das stellt keinerlei nachhaltige Strategie dar, könnte aber in der angespannten Lage in Äthiopien Teil des Kalküls sein.

Im August wurde die Lage zusätzlich dadurch verschärft, dass Ägypten, mit dem Äthiopien wegen eines großen Staudammprojektes am Nil seit Jahren im Streit liegt, 10.000 Soldaten, Waffen und Munition im Rahmen einer „Friedensmission“ nach Somalia verlegt hat. Wie ernst diese Drohung ist, sei dahingestellt. Beide Seiten überziehen sich seit der Eröffnung des Great Ethiopian Renaissance Dam (GERD) mit wüsten Drohungen, passiert ist bislang allerdings wenig. Der GERD, der den Nil durch das größte Wasserkraftwerk und eine der größten Talsperren Afrikas stark in seinem Durchfluss beschränkt, ist seit Baubeginn 2011 umstritten. 2022 fertiggestellt, begann Äthiopien mit der Befüllung des Stausees unter erheblichem Protest Ägyptens. Seitdem reißen die gegenseitigen Beschuldigungen und unfreundlichen Gesten nicht ab. Ägypten hat bereits damit gedroht, den Damm zu zerstören und angeblich bunkerbrechende Bomben zu diesem Zweck beschafft. Äthiopien seinerseits ist vom Bürgerkrieg insbesondere in der Grenzregion Tigray nach Hungerblockaden und genozidalen Zuständen im Inneren schwer geschwächt. Die Regierung in Addis Abeba braucht dringend Erfolgsmeldungen, sei es beim GERD oder beim Seezugang. Das äthiopische Militär ist organisatorisch fragmentiert, viele wichtige Funktionsträger sind in Tigray aufgrund ihrer Abstammung aus dem Dienst entfernt worden. Ob die Kohäsion des Staates und des Militärs einem Angriff von außen standhalten würde, ist unklar. Auch dieser Umstand destabilisiert die Region.

Unterm Strich lässt sich in der Angelegenheit wenig Kaffeesatz lesen. Der gesamte Vorgang zeigt, wie Nationalstaaten, nicht-staatliche Akteure und multinationale Großkonzerne einen gordischen Knoten geschaffen haben, dessen Zerschlagung nicht mit einer Problemlösung einhergehen muss. Die Kriegsgefahr am Horn von Afrika ist unvermindert hoch. Die Anrainerstaaten streiten um überlebenswichtige Ressourcen wie Wasser, Lebensmittel und Medikamente. Die Ernährungssicherheit der gesamten Region ist seit Jahren gefährdet, was

durch den russischen Überfall auf die Ukraine, Dürreperioden und Schädlingsbefall verstärkt wurde. Beobachter mutmaßen, dass Äthiopien den Hafen von Berbera als Marine-Stützpunkt nutzen möchte, um dem durch den somalischen Staatszerfall andauernden Piratenproblem etwas entgegenzusetzen. Das wäre neu, da die Sicherung der Schifffahrts- und Handelswege bislang meist durch Industrieländer übernommen wurde, um den Gefahren für die eigenen Exportrouten entgegenzutreten.

Interesse der Türkei

Stellt sich also immer noch die Frage, warum ausgerechnet die Türkei hier als Mittler auftritt – und natürlich tut sie das nicht uneigennützig. Hintergrund ist der India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEEC). IMEEC ist die europäisch-zentralasiatisch-indische Antwort auf die „Neue Seidenstraße“ Chinas. Die Europäische Union steuert 300 Milliarden Euro für das gigantische Vorhaben bei, das Lieferketten von Indien bis nach Europa unter Umgehung des Suez-Kanals und der Türkei auf zukunftssichere Beine stellen will. Die türkische Regierung, die ihrerseits in der Gestalt des Istanbul-Kanals vorbei am Bosphorus mit Infrastruktur-Gigantomanie aufwartet, fühlt sich übergangen. Auch andere Länder wie Ägypten, die ihre strategische Lage in den Lieferketten in den vergangenen Jahren extraktiv ausgenutzt haben, sehen ihre Felle davonschwimmen. In einem weltweit immer angespannteren Umfeld ist es also gut zu wissen, dass noch miteinander gesprochen wird. Hoffentlich erfolgreich.

Literaturtipps:

- Africa Business Guide (2022): Nachgefragt: Konsumgüterriese Unilever startet in Ostafrika durch, URL: <https://www.africa-business-guide.de/de/praxis/erfahrungen/nachgefragt-konsumgueterriese-unilever-startet-in-ostafrika-durch-866810>
- Biyenssa, Abdi (2024): Ethiopia: What Is Driving Egypt's Involvement in the Ethiopia-Somalia Standoff?, AllAfrica, URL: <https://allafrica.com/stories/202409230582.html>
- Perras, Arne (2024): Vorstoß zur Küste, Süddeutsche Zeitung, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/aethiopien-hafen-somaliland-konflikt-abiy-somalia-1.6327766>
- Terlinden, Ulf (2024): Region im Umbruch: Eine Reise ans Horn von Afrika, Heinrich-Böll-Stiftung, URL: <https://www.boell.de/de/2024/01/25/region-im-umbruch-eine-reise-ans-horn-von-afrika>

5. Klima, Umwelt und Flucht

Julian Bajo

Die Erde brennt – doch wie sehr heizt der Klimawandel globale Konflikte an?

Die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels nehmen heutzutage viel Platz im öffentlichen Diskurs ein. Die sicherheitspolitischen Folgen der Erderwärmung werden dort jedoch nur selten erwähnt. „Klimapolitik ist vorbeugende Sicherheitspolitik“, stellte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen schon 2007 fest. Seither hat sich die Lage noch verschärft – allerdings lassen entschiedenes Handeln und weitsichtige Entscheidungen bis heute auf sich warten. Wie kann es sein, dass ein Faktor von so zentraler Bedeutung nur am Rande vieler Diskussionen erwähnt wird?

Wer an Klimawandel denkt, denkt wahrscheinlich an Autoabgase, Kohlekraftwerke und Solaranlagen. Sicherheitspolitik verbindet man erst mit diesem Thema, wenn man den Kontext von Krisen und Umweltfolgen betrachtet. Ob der Klimawandel für einzelne Konflikte die Hauptursache darstellt, ist bisher umstritten. Unstrittig ist allerdings seine maßgebliche Rolle als Risikomultiplikator. Der Klimawandel spielt seit vielen Jahrzehnten schon eine immer dramatischere Rolle, wenn es darum geht, die Ursachen lokaler Konflikte und der Veränderung der Lebensbedingungen vor Ort zu finden. Eine Vielzahl an Studien hat bereits festgestellt, dass immer mehr Konflikte um Ressourcen oder aufgrund regionaler Spannungen in Gebieten entstehen, die stark von klimatischen Veränderungen betroffen sind wie beispielsweise in Mali oder dem Sudan.

Auswirkungen des Klimawandels

Einige der Folgen sind jetzt schon erkennbar, andere sind bisher nur prognostiziert. Dabei treten je nach geografischer Lage, klimatischen Bedingungen, der örtlichen Bevölkerungsdichte und des Technologiegrades unterschiedliche Folgen von unterschiedlicher Intensität und Häufigkeit auf. Viele afrikanische Staaten sind schon heute von immer heißeren Sommern und ausbleibendem Regen betroffen, was für die lokale Bevölkerung unmittelbar zu Hungersnöten und Mangelernährung führt. Auf anderen Kontinenten führt der Anstieg des Meeresspiegels durch das Schmelzen der Eispole zu Überflutungen und dem Absinken ganzer Landstriche, wie in den Niederlanden oder auf Inselarchipeln im pazifischen Ozean. Klimabedingte Stürme entstehen oft auch in Industriestaaten wie den USA oder zerstören Armenviertel mit Tsunamis wie 2008 auf Haiti. Insbesondere touristisch erschlossene und eng besiedelte Küstengebiete werden von auftretenden Überflutungen hart getroffen und die jüngste Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit über 100 Toten wird als direkte Folge der Erderwärmung angesehen.

Doch nicht nur zu viel – auch zu wenig Wasser fordert immer mehr Menschenleben. Der Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur verändert in vielen Ländern die grundlegenden klimatischen Bedingungen für Pflanzen und Tiere. Vor allem Bauern in ländlichen und teils ärmlichen Verhältnissen haben selten die Möglichkeit, die Bedingungen für ihre Nutzpflanzen

selbst zu verbessern. Fehlt das nötige Kleingeld oder sind alternative Möglichkeiten zur Produktion von Nahrungsmitteln nicht umsetzbar, können diese Temperaturanstiege zu flächendeckenden Hungersnöten führen. Die fortschreitende Austrocknung des Bodens und das Aussterben einheimischer Nutzpflanzen ermöglichen nicht einmal extrem angepassten Pflanzen das Tragen von Früchten unter diesen klimatischen Bedingungen. Zudem erhöht die Hitze das Risiko von gigantischen Flächenbränden über fruchtbaren Flächen und ganzen Siedlungen.

Die neuen klimatischen Bedingungen verändern zudem den Lebensraum vieler Tiere. Während immer mehr Tierarten durch die zunehmende, immer öfter klimatisch bedingte, Zerstörung ihres natürlichen Lebensraumes vom Aussterben bedroht sind, profitieren landwirtschaftliche Schädlinge. Durch den klimabedingten Rückgang an natürlichen Feinden, vermehren sich beispielsweise Heuschrecken um ein Vielfaches und zerstören fruchtbare Gebiete in einem enormen Ausmaß. Die Folge: Viele Landstriche sind nicht mehr kultivierbar. Dass Extremwetterereignisse zu einem Anstieg der Armut führen und damit das Risiko bewaffneter Konflikte erhöhen, ist schon lange nichts Neues mehr. Seit vielen Jahrzehnten ist bekannt, welche Faktoren den Nährboden für fragile politische Systeme und aufstrebende lokale Milizen und Warlords ebneten.

Ressourcenknappheit

Viele Industriestaaten versuchen, bereits bestehende Produktionsprozesse nachhaltiger zu gestalten, doch manche Ressourcen sind unersetzbar und stellen damit eine Schlüsselrolle im weltweiten Handel dar. Ob seltene Erden und Erze für Computerchips und Batterien oder Millionen Tonnen an Öl und Gas – je geringer die verfügbare Menge und je höher die Nachfrage der Industrienationen, desto härter erfolgen die Ressourcenwettläufe entlang globaler Lieferketten. China fördert derzeit fast 90 Prozent der benötigten seltenen Erden für die Industrie- und Rüstungsproduktion. Laser, Kampfflugzeuge, Munition, Satellitenkommunikation und U-Boote – militärisches Gerät ist besonders davon abhängig. Es ist kein Geheimnis, dass China dieses Machtpotential durch mögliche Ausfuhrbeschränkungen in vollem Umfange bewusst ist. Selbst der Ausbau an Förderalternativen überall auf der Welt wird die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von einzelnen Staaten mit Schlüsselvorkommen an seltenen Ressourcen nicht vollends beheben können.

Folgen des Klimawandels

Zwar haben nicht alle Folgen in direkter Konsequenz explizit sicherheitspolitische Bedeutung, der (indirekte) Einfluss des Klimawandels auf sicherheitspolitisch relevante Ereignisse und Entwicklungen ist jedoch enorm. Eine zentrale Folge des Klimawandels sind regionale und globale Massenfluchten. Sowohl innerstaatliche Binnenmigration als auch globale Flüchtlingsströme werden durch die Zerstörung der Lebensbedingungen der Bevölkerungen in vielen Regionen forciert – mit weitreichenden Folgen. Massenmigration erkennt man aus sicherheitspolitischer Sicht schon lange als Unsicherheitstreiber. Schon wenige tausend Flüchtlinge können insbesondere strukturell ohnehin schwächere und politisch instabilere Länder kurzfristig vor ungeahnte technische, kulturelle, organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellen. Kulturelle Unterschiede, ethnische Differenzen und wirtschaftliche Schwäche führen zu einem gesellschaftlichen Konflikt und oft zu menschenrechtlichen

Katastrophen. Solche Umstände fördern eine Radikalisierung innerhalb der frustrierten und perspektivlosen Teile der Bevölkerung und Flüchtenden. Armut und fehlende Bildung machen anfällig für die Vereinnahmung von extremistischen Gruppierungen und sorgen für einen Anstieg an Kriminalität und Gewalt bis hin zu Terroranschlägen. Je weniger der Staat in der Lage ist, für die Bevölkerung und Flüchtlinge zu sorgen und die Sicherheit aller zu gewährleisten, desto größer werden die Destabilisierungsfaktoren. Ein Teufelskreis mit geringen Chancen, diesen aus eigener Kraft zu durchbrechen.

Klimakriege

Eine zentrale Erkenntnis ist die nachgewiesene Korrelation zwischen der Vulnerabilität zum Klimawandel und der Fragilität von Staaten. Der Dafur-Konflikt wird von vielen Wissenschaftlern als der erste „Klima-Krieg“ bezeichnet. In den 1980er Jahren führten ein kontinuierlicher Temperaturanstieg zusammen mit immer längeren Dürreperioden, der Erosion landwirtschaftlicher Flächen und dem Rückgang der Regenfälle um rund 30 Prozent zu einer Massenmigration der nördlichen Landesbevölkerung in den wasserreicheren Süden des Landes. Diese Wanderbewegung führte über Verteilungskämpfe von Land und Boden bis zu bewaffneten Plünderungen ganzer Dörfer zu einem Nord-Süd-Konflikt und ist in Kombination mit bereits bestehenden ethnischen und politischen Unruhen ein Grund für die ausbrechende Gewalt, die die Region bis heute begleitet und seit den 1980er Jahren politische Rebellionen und überregionale Konflikte antreibt.

Militärische Risiken

Viele westliche Thinktanks und Armeen haben bereits versucht, Prognosen über mögliche militärische Folgen des Klimawandels zu erstellen und mögliche Handlungsalternativen zu begründen. Die Gefahr überschwemmter Inseln und Atolle wurde vom US-Militär als Risiko identifiziert, da die Anzahl von Inseln mit militärisch nutzbaren Flugbasen oder Radarstationen drastisch reduziert werden könnte. Auf der anderen Seite führt immer schneller schmelzendes Eis in der Arktis zu neuen Möglichkeiten, um arktische Militärbasen einzurichten – wovon allerdings primär Russland profitieren würde. Durch die geografische Lage ist es nicht nur einfacher, erste Schritte Richtung Nordpol zu unternehmen, im russischen Murmansk zeichnet sich zudem die Perspektive des ersten dauerhaft eisfreien Hafens des Landes mit Zugang zum Atlantik ab. Dies würde Russland neue Möglichkeiten bei der Seekriegsführung ermöglichen und hätte damit weiten Einfluss auf Russlands internationaler Operabilität. Dem US-Militär nach sind zwei Drittel aller militärischen Anlagen der USA außerhalb des amerikanischen Kontinents durch den Klimawandel bedroht.

Die tendenziell zunehmende Ressourcenknappheit bei der Produktion konventioneller Treibstoffe führen zu weiteren Problemen. Wenn der Nachschub an Treibstoffen nicht mehr sichergestellt werden kann, ist die Mobilität und Funktionalität ganzer Truppenteile in Gefahr. Ein langfristiges logistisches Ziel ist daher die Unabhängigkeit militärischer Waffensysteme von konventionellen Treibstoffen nachhaltig einzuführen. Diese ist durch die Entwicklung alternativer Antriebe unter Einbezug militärischer Anforderungen zu erreichen. Selbst der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg forderte jüngst ein eindeutiges Bekenntnis der einzelnen Mitgliedsstaaten zur Reduzierung der Emissionen in den Streitkräften. Er prägt damit

den Begriff einer „Green Defense“, also einer umfassenden Betrachtung militärischer Prozesse und Einheiten unter Nachhaltigkeitsaspekten.

Am Ende geht es um Konfliktprävention

Um dem Klimawandel zu entgegnen, bestehen zwei Ansätze: Prävention und Resilienz. Prävention stellt dabei vor allem eine gesellschaftliche und politische Aufgabe dar. Es gilt die Treiber des Klimawandels zu erkennen und mit klugen, gesellschaftlich akzeptierten Maßnahmen die CO₂-Emissionen zu senken und den nationalen Impact auf die Umwelt zu minimieren. Die Bundeswehr ist hier auch gefragt, vor allem indem alte Beschaffungsprozesse auf den Prüfstand gestellt werden und nachhaltige Kriterien bei der Instandhaltung und dem Einkauf von Panzern, Stiefeln und weiterer Ausstattung größere Beachtung finden.

Aus der militärischen Perspektive spielt jedoch die Resilienz eine noch entscheidendere Rolle. Um den nationalen und internationalen Aufgaben der Bundeswehr gerecht zu werden, gilt es sämtliche Einsatzorte auf mögliche Klimarisiken zu prüfen und entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Auch die einzelnen Einheiten müssen zukünftig in der Lage sein, in ihrer ganzen Breite mit klimabedingten Extremwetterlagen umgehen zu können – bei gleichzeitiger Sicherstellung der Einsatzfähigkeit.

Die Herausforderungen für militärische, gesellschaftliche und politische Akteure sind gigantisch. Es gilt, die ökologischen Probleme zu erkennen und breite Maßnahmen umzusetzen, um die Erhöhung der Erdtemperatur aufzuhalten. Gleichzeitig müssen jedoch sicherheitspolitische Perspektiven auf bestehende oder drohende Konflikte fokussiert werden und es müssen konkrete Handlungen durch die Streitkräfte erfolgen, um militärische Risiken einzuschätzen und darauf frühzeitig zu reagieren. Es kommt jetzt auf weitsichtiges und verantwortungsvolles Handeln an, um auf mögliche humanitäre und Naturkatastrophen sowie militärisch veränderte Einsatzszenarien vorbereitet zu sein. Am Ende kann nur ein ganzheitlicher Ansatz unter Einbeziehung aller Akteure den Umschwung erreichen, der es ermöglicht, die globale Erderwärmung aufzuhalten. Dies liegt zutiefst im sicherheitspolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

Literaturtipps:

- Klepp, Silja (2018): Klimawandel und Migration, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/269304/klimawandel-und-migration/>
- Vinke, Kira (2021): Außenpolitik im Anthropozän, Internationale Politik, URL: <https://internationalepolitik.de/de/aussenpolitik-im-anthropozan>
- World Meteorological Organization (2020): State of the Climate in Africa 2019, URL: <https://library.wmo.int/records/item/57196-state-of-the-climate-in-africa-2019?offset=2>

Leon Voigt

Verbrannte Wälder und florierende Korruption – Brasilien unter Bolsonaro

Jair Bolsonaro – ein Name, der Brasilien und die Welt jahrelang polarisierte. Es ist der Name des 38. Präsidenten der größten Nation des südamerikanischen Kontinentes. International bekannt wurde er durch seine militaristische Politik, rechtsextreme Rhetorik und letztendlich Verstrickung in illegale Brandrodungen. Als er Ende 2018 die Wahlen in Brasilien gewann, versprach er seinen Wählern viele Dinge. Allem voran nahm er sich vor, die vorherrschende Macht der Kriminalität einzudämmen. Aber ist es ihm wirklich gelungen das Land zu einem sicheren Ort zu machen?

Um beurteilen zu können, wie sich Brasilien unter Bolsonaro entwickelt hat, muss vorher ein Bild gezeichnet werden, wie es vor seiner Amtszeit aussah und was sich seitdem getan hat. Während der Wahlperiode Ende 2018 ließ sich Bolsonaro als Spitzenkandidat der wirtschaftsliberalen und konservativen Partei Partido Liberal aufstellen. Nachdem der ehemalige Fallschirmjäger Jahrzehnte vorher als Abgeordneter im Senat tätig war und mehrere Parteiwechsel vollzogen hatte, war ihm in der letzten Wahlperiode der Sieg zur Präsidentschaft gelungen. Bolsonaro gestaltete Wahlprogramme und eine Weltanschauung ähnlich jenen des ein Jahr zuvor gewählten US-Präsidenten Donald Trump, in dem die Probleme des Landes auf soziale Randgruppen und die politische Opposition abgewälzt wurden. Dabei kannte der Populist sein Wählerklientel sehr gut und stimmte viele Punkte auf die Bedürfnisse dieser gesellschaftlichen Gruppen ab: Erz-katholisch, auf dem Land ansässig, konservativ und mit verhältnismäßig wenig finanziellen Mitteln ausgestattet.

Illegale Waldrodungen und Ungleichverteilung

Ähnlich anderen populistischen Politikern hat es Bolsonaro auf eine begrenzte, aber dafür sehr aktive Wählerschaft abgesehen. Seine Gesetze und Kampagne beschränkten sich auf sehr einseitige Ziele, welche nicht das Allgemeinwohl steigern, sondern anhand der „Brecheisenmethode“ Werte einer konservativen Splittergruppe erfüllen sollten. Dies hat sich zuletzt durch schwere Waldbrände geäußert, die im Amazonas-Gebiet gelegt wurden, um Grasland für Nutztiere, allen voran Kühe, zu schaffen. Die in Brasilien ansässige Fleischindustrie, welche für den internationalen Markt produziert, ist ein wichtiger Bestandteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) sowie ein Hauptindustriezweig außerhalb urbaner Gewerbegebiete. Doch die Zerstörung des wichtigsten Biotopes der Erde konnte Brasilien nicht zu neuem Glanz verhelfen. Das BIP des Landes befindet sich seit 2014 in einem Negativ-Trend und erholt sich nur langsam. Gleichzeitig wächst die örtliche Bevölkerung zusammen mit der Arbeitslosenquote. Letztere hat 2021 mit 14,2 Prozent den seit 20 Jahren höchsten Stand erreicht.

Dieser ökonomisch angeschlagene Zustand des Tropenlandes schlägt sich dementsprechend auf das gesellschaftliche Klima nieder. Die Armut hat, basierend auf ökonomischen und sozialen Faktoren, in Brasilien in den letzten Jahren wieder zugenommen. Verdeutlicht wird

dies durch den sogenannten Gini-Koeffizienten (GK), welcher in einem Bereich zwischen 0 (keine soziale Ungleichheit) und 1 (absolute soziale Ungleichheit) angegeben wird. Obwohl Brasilien mit vielen Entwicklungsprogrammen und Investitionen die soziale Gleichheit im Land wesentlich verbessern konnte, beläuft sich der GK aus dem Jahr 2020 auf 0,489. Damit hat Brasilien noch heute eine der größten sozio-ökonomischen Klüfte weltweit. Das bedeutet, dass ein kleiner Teil der Gesamtbevölkerung die Mehrheit der Finanzgüter besitzt. Diese Ungleichverteilung erzeugt wiederum einen finanziellen Druck auf Mitglieder der unteren Einkommensschichten. Mit instabiler wirtschaftlicher Situation und wenig Aussichten auf wirtschaftlichen oder sozialen Aufstieg steigen allerdings auch Anzahl und Intensität von Straftaten, sodass die organisierte Kriminalität (OK) über signifikante Macht im Land verfügt.

Städte als Territorien der Kriminalität

Diese Situation von Unsicherheit und Druck, mit der die Bürger Brasiliens immer noch allein gelassen werden, erzeugt eine angespannte soziale Situation, in welcher Perspektivlosigkeit ein großes Problem darstellt. Im Angesicht dieser schier ausweglosen Situation bleibt vielen Menschen oft nur ein Weg, um aus der Armut zu entfliehen: Kriminalität. Diese wird mittlerweile in etablierten Strukturen organisiert und ist durch Handel mit illegalen Gütern neben dem Staat zu einem weiteren Macht-Pol herangewachsen. Diese strukturierten Gangs, in Brasilien auch Comandos genannt, unterscheiden sich dabei in ihrer Identität hauptsächlich durch die Herkunft ihrer Gründungsstädte. So residiert das in Rio de Janeiro gegründete Comando vermelho (CV), auf Deutsch rotes Kommando, ebendort und stärkt seinen Einfluss auf die Bevölkerung. Bis heute ist das CV eine der größten Gangs in ganz Brasilien. Wichtig zu beachten ist jedoch, dass diese Strukturen der OK keine einheitliche Form bilden. Sie sehen sich untereinander oft der Rivalitäten mit anderen Banden konfrontiert und versuchen sich auf dem von Gewalt geprägten Schwarzmarkt zu behaupten. So sind einige bekannte Feinde des CV andere einflussreiche Gangs, wie die ebenfalls in Rio de Janeiro anzutreffenden Amigos dos Amigos („Freunde der Freunde“) oder Terceiro Comando Puro („Drittes „reines“ Kommando“) sowie die aus São Paulo stammende Primeiro Comando do Capital („Erstes Kommando der Hauptstadt“).

Historisch gesehen sind die Gangs in den Diktaturperioden Brasiliens entstanden. In Zeiten der Unterdrückung wurden Mitglieder der politischen Opposition zusammen mit normalen Kriminellen inhaftiert. Die Folge dessen war, dass verbrecherisches Wissen mit zivilem Widerstand verschmolz und so die Grundlage für die heutigen Comandos geschaffen wurde. Während diese Banden anfänglich lokal aktiv waren und sich auf Raubüberfälle und ähnliche Straftaten fokussiert haben, sollte der Kokain-Rausch der 1980er Jahre schnell Wandel in die kriminelle Dynamik des Tropenlandes bringen. Damals wie heute sind die Armutsviertel in Brasilien, auch als Favela bekannt, zentraler Punkt sämtlicher illegaler Aktivitäten und Rückzugsort für die Comandos. Auch sie sind aus Unterdrückung entstanden. Ehemals stellten sie Unterkünfte für Menschen dar, die aus der Sklaverei entlassen, aber in der folgenden Periode nur wenig unterstützt wurden. Diese Siedlungen werden bis heute nicht offiziell als Stadtteil anerkannt, obwohl ein Großteil der in den Städten lebenden Arbeiter dort wohnt. Dadurch, dass der Staat seine Souveränität in diesen Gebieten aufgibt, entsteht ein Machtvakuum, das von anderen Akteuren gefüllt wird. Dies hat sich unter anderem bereits während der Corona-Pandemie gezeigt, in welcher örtliche Gangs internationale

Empfehlungen zur Maskennutzung und sozialen Isolierung durchgesetzt haben. Das ist bemerkenswert, da vor allem Bolsonaro Corona für nicht existent erklärte und keine Regulierungen durchsetzen wollte.

Was im ersten Moment wohlwollend zum Schutz der Bürger klingt, ist in Wahrheit nur eine von vielen Machtdemonstrationen gegenüber den Bewohnern der *Favela* und dem Staat. Das tägliche Geschäft in vielen dieser Viertel sieht anders aus. Da der Staat mitsamt der Exekutiven keinen gefestigten Einfluss hat und somit Gesetze nur schwer umsetzbar sind, haben die Gangs ihr eigenes Gesetz, das sogenannte „Lei do tráfico“, geformt. Was auf Deutsch Gesetz des Handels bedeutet, ist im Grunde ein loses Regelwerk, an welches sich Bandenmitglieder orientieren, um in den Favelas ein Klima von Ordnung aufrecht zu erhalten. Dabei geht es jedoch nicht um Gerechtigkeit oder Rechtstaatlichkeit für die Menschen, sondern um Ruhe, welche den reibungslosen Ablauf der illegalen Geschäfte gewährleisten soll. Nicht nur sind diese Gesetze sehr vage formuliert, auch die Methoden diese umzusetzen sind von dem Urteilsvermögen des jeweils ausführenden Bandenmitglieds abhängig.

Hohe Mordraten und Produktion an Rauschmitteln

Betrachtet man Statistiken über Mordraten kann in jüngsten Entwicklungen Stagnation mit einem leicht sinkenden Trend beobachtet werden. Dies ist jedoch mehr auf die oben angesprochenen Maßnahmen gegen Corona zurückzuführen, sodass durch weniger Menschen auf den Straßen auch die Morde verringert wurden. Betrachtet man die Zahlen über einen längeren Zeitraum ist ein starkes Wachstum an Gewaltverbrechen gegenüber dem letzten Jahrzehnt zu verzeichnen. Dies ist besonders regional bedingt, wie das Beispiel von Rio de Janeiro zeigt. Daher ist zu resümieren, dass Bolsonaro es nicht aufgrund seiner Agenda geschafft hat, die Mordrate oder die Macht der OK zu verringern, sondern die sinkenden Zahlen ein Produkt ihrer Umstände sind. Gemessen daran, dass Brasilien immer noch wirtschaftlich geschwächt ist und auch die geduldeten Brandrodungen im Amazonasgebiet nur vorübergehendes und regionales Wachstum erzeugen konnten, ist zu erwarten, dass Bolsonaro weiteren Nährboden für die OK geschaffen hat. Demnach ist außerdem nicht davon auszugehen, dass sich der Handel mit verbotenen Gütern unter Bolsonaro verringert hat.

Die Comandos in Brasilien produzieren Rauschmittel aller Art, sowohl für den Binnenmarkt als auch den Export. Insbesondere der Handel mit Kokain wird so eher florieren. Während die Herstellung und der Vertrieb früher aus Kolumbien erfolgte, hat sich die Produktionskette seit Anfang der 2000er über den gesamten südamerikanischen Kontinent verteilt. So ist mittlerweile Mexiko für den Norden Amerikas verantwortlich, während Schmuggler aus Brasilien mit Hilfe einer sprachlichen Brücke eine Handelsroute nach Mozambique errichtet haben. Das afrikanische Land, welches genau wie Brasilien eine portugiesische Kolonie war, wird durch die geteilte Sprache und Infrastruktur ein Anlaufpunkt für Lieferungen der OK. Auch ist Mozambique sehr zentral gelegen, was die Weiterfuhr von Rauschmitteln nach Südafrika, den Nahen Osten und Europa erleichtert.

Das in Südamerika produzierte Kokain wird von anderen Banden vor Ort transportiert und verkauft. Sollte die Produktion also nicht reguliert werden, wird der Einfluss der afrikanischen und europäischen OK nicht eingedämpft werden, was maßgeblich die lokale Sicherheitssituation im europäischen Raum beeinflussen wird. Auch Länder des afrikanischen

Kontinents werden mit den gleichen, wenn nicht sogar mit größeren Problemen zu kämpfen haben. Bereits in der Vergangenheit konnte Material aus Krisengebieten gesichtet werden, welches bewies, dass kriminelle Gruppen und terroristische Vereinigungen eine Art Zusammenarbeit eingingen. Die Terrorgruppen in Afrika und im Nahen Osten finanzierten ihren Glaubenskrieg unter anderem mit dem Verkauf von Rauschmitteln aus Ländern des südamerikanischen Kontinents. Auch wenn dieser Vertrieb nicht die Haupteinnahmequelle sein mag, so wirken sich Kriminelle und Terroristen, die Europa zum Ziel haben, dennoch aufeinander aus und formen unsere Sicherheitssituation mit.

Brasilien: Stabilisierung in Sicht?

Zusammenfassend kann man schlussfolgern, dass unsere Sicherheit von globalen Faktoren abhängig ist, auf die wir nur wenig Einfluss nehmen können. Dies ist insbesondere dann kritisch, wenn sich die rechtsstaatliche Staatengemeinschaft Europas auf antidemokratische Akteure wie Bolsonaro verlassen muss. Denn sein Wahlversprechen, Brasilien aus der ökonomischen Krise zu verhelfen, konnte er als Präsident nicht durchsetzen. Auch die Kriminalitätsbekämpfung, welche er durch Ermächtigungen der Polizei und Lockerungen der Waffenkontrollgesetze fördern wollte, konnte er nicht umsetzen. Wobei es fraglich ist, ob das erhoffte Sinken der Zahl der Straftaten dadurch tatsächlich eingetreten wäre. Der Einfluss der OK ist mittlerweile weit mehr als ein politisches links-gegen-rechts-Problem und wird sich nur mit der Stabilisierung von Brasilien lösen lassen. Ob dies Luiz Inácio Lula da Silva, Bolognaros linksgerichtetem Nachfolger, gelingt, werden die kommenden Jahre zeigen.

Literaturtipps:

- Czymmeck, Anja/García, Luiz Eduardo (2022): Wahljahr in Brasilien: zwischen Ungewissheit und Unentschlossenheit, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/wahljahr-in-brasilien-zwischen-ungewissheit-und-unentschlossenheit>
- RedaktionsNetzwerk Deutschland/dpa (2022): EU-Experten schlagen Alarm: „Drogen waren noch nie so leicht zugänglich wie jetzt“, URL: <https://www.rnd.de/politik/drogen-in-der-eu-hohe-verfuegbarkeit-beunruhigt-experten-44ZAI7ZP66HU4LR7W5RHKBPPXE.html>
- Welch Guerra, Paul (2022): Niklas Franzen über Brasilien unter Präsident Bolsonaro, Deutschlandfunk, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/niklas-franzen-schreibt-ueber-brasilien-unter-praesident-bolsonaro-100.html>

Emma Nentwig

Die Migration über das Mittelmeer und die Transitländer Tunesien und Libyen

Fast gewohnheitsmäßig erreichen uns Nachrichten von Migranten, die über die zentrale Mittelmeerroute versuchen nach Europa zu gelangen. Die Zahlen waren zu Beginn des Jahres so hoch wie lange nicht mehr. Die Flüchtenden starten in Libyen oder Tunesien in maroden Schlauchbooten, kommen in Italien an, ertrinken oder werden Opfer von Push Backs und landen in libyschen Gefängnissen. Von dort sind Nachrichten von Folter und menschenwürdigen Bedingungen zu hören. Doch warum fliehen trotzdem so viele Menschen über das Meer? Und wie gestaltet sich die Situation im kriegsgeplagten Libyen und dem einstigen demokratischen Hoffnungsträger Tunesien?

Noch nie mussten so viele Menschen auf der ganzen Welt infolge von Kriegen, Verfolgung und Gewalt ihre Heimat verlassen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) berichtet von rund 110 Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die auf der Flucht sind. Der Großteil davon sind Binnenvertriebene, doch viele machen sich auch auf den Weg in andere Länder. Ein begehrtes Ziel: Europa. Und so versuchten im ersten Quartal des Jahres 2023 so viele Menschen wie seit 2017 nicht mehr – von Januar bis Mai waren es fast 49.000 – das Meer zu überqueren. Nach UN-Angaben sind dabei insgesamt 441 Menschen gestorben und mehr als 20.000 seit 2014 – die Dunkelziffer liegt noch viel höher, denn viele Leichen werden vermutlich nie geborgen. Dabei steigen die Zahlen der Flüchtenden und damit die der Toten stetig. Nach dem Ausbruch der Kämpfe im Sudan waren bereits vier Tage später die ersten Flüchtenden in Sfax in Tunesien angekommen.

Tunesien: Einstige demokratische Hoffnung

Tunesien war nach dem Arabischen Frühling 2011 der einzige Staat, in dem Hoffnung auf eine demokratische Zukunft bestand. Es wurden anschließend Wahlen abgehalten und ein Parlament etabliert – die Frauenquote war so hoch wie im Bundestag. Doch das Parlament wurde 2022 von Präsident Qais Saied wieder aufgelöst. Bei der ersten Sitzung des neuen – deutlich schwächeren – Parlament mussten Journalisten draußen bleiben – nur Staatsmedien durften berichten. Dabei war Tunesien 2019 noch das Land mit der freiesten Presse in Nordafrika und dem Nahen Osten. Doch seitdem hat sich viel verändert: Saied führte eine neue Verfassung ein und kann nun als Präsident eigenmächtig Richter ernennen und entlassen. Dazu kommen fast wöchentlich neue Festnahmen von Spitzenpolitikern und Journalisten, denen Korruption oder Putschpläne vorgeworfen werden. Saieds Handschlag mit Syriens Machthaber Bashar al-Assad beim Treffen der Arabischen Liga im Mai 2023 kann als symbolisches Ende des Arabischen Frühlings und damit der demokratischen Bestrebungen in Tunesien gedeutet werden.

Durch die unsichere Situation in Libyen wandelte sich Tunesien seit Ende letzten Jahres zum wichtigsten Transitland für alle, die sich auf dem Weg nach Europa begeben und das obwohl die Regierung mit harter Hand gegen illegale Migration vorgeht. Saied erklärte in einer Rede

im Februar, dass Menschen aus Ländern südlich der Sahara die Identität des Landes bedrohen und Teil einer Verschwörung gegen die arabische Kultur seien. Infolgedessen kam es zu einer Welle von fremdenfeindlichen Übergriffen gegen die rund 21.000 Menschen, die sich momentan illegal im Land aufhalten. Viele Flüchtende beschleunigten aus Angst unter unsicheren Bedingungen ihre Ausreise – es kam zu eben jener aktuellen Flüchtlingswelle nach Europa. Doch es sind nicht nur Menschen aus Subsahara-Afrika, die sich auf den Weg nach Europa machen. Auch junge Tunesier verlassen vermehrt aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage, hoher Arbeitslosigkeit und einer allgemeinen Perspektivlosigkeit die Heimat.

Der Nachbar: Failed state Libyen

Kaum besser sieht es im leidgeplagten Nachbarstaat Libyen aus, wenngleich die Lage aufgrund einer Vielzahl von Akteuren deutlich unübersichtlicher ist. Seit dem Sturz des langjährigen Machthabers Muammar al-Gaddafi 2012 entstanden aus den geplünderten Waffenarsenalen viele neue Milizen, die das Machtvakuum füllten, nachdem die anschließenden Wahlen zu keiner stabilen Regierung führten. Zwei Jahre später eskalierte dann die Lage in einen Bürgerkrieg, in dem sich zwei rivalisierende Regierungen und Parlamente gegenüberstanden, die von unterschiedlichen internationalen Akteuren unterstützt wurden. Seitdem ist das Land in zwei Teile gespalten. Die international (unter anderem von der UN) anerkannte Regierung, die den Westen Libyens kontrolliert und vor allem aus ehemaligen Revolutionären besteht, wurde von der Türkei und Ägypten unterstützt. Dagegen steht General Chalifa Haftar im Osten, der die selbsternannte libysche Nationalarmee (LNA) kommandiert, die sich vor allem aus kriminellen Banden, radikalen Islamisten und Gaddafi-Loyalisten zusammensetzen. International wurden sie in der Vergangenheit von den Vereinigten Arabischen Emiraten und russischen Söldnern unterstützt. Immer wieder geraten die Gruppierungen aneinander, so kam es seit 2011 zu zwei offenen Bürgerkriegen.

Zwar kam es seit dem Berliner Prozess, der 2020 gestartet und in dessen Rahmen zwei Libyen-Konferenzen abgehalten wurden, zu keinem offenen Ausbruch der Gewalt mehr, dennoch ist die Lage bei weitem nicht stabil. Der Frieden beruht auf Abschreckung vor Luftschlägen der jeweiligen internationalen Unterstützer der anderen Seite. Durch Vermittlungsbemühungen der UN 2021 kam es zwar zu Wahlen einer Einheitsregierung, doch der Wahlkampf war nur eine Fortführung des jeweiligen Konfliktes. Verschärft wird diese Situation dadurch, dass es bis heute keine neutralen Sicherheitskräfte gibt. Zudem erhöht die Wahl das jeweilige Schutzbedürfnis, eine Niederlage würde von einer der beiden Parteien zu einem möglichen Untergang und damit dem Ende der Privilegien führen, entsprechend hat keine Seite Interesse daran den Konflikt nachhaltig zu lösen. Denn Libyen verfügt über die größten Ölvorkommen in ganz Afrika, an denen die bewaffneten Gruppierungen, Amtsinhaber und Kriminelle reich verdienen. Und trotz der vielen Konflikte in der Vergangenheit hat Libyen 2022 nach Angaben der Weltbank schwarze Zahlen geschrieben. Für 2023 sieht der internationale Währungsfonds sogar ein Wachstum von 17,9 Prozent vor. Zwar müssen die niedrigen absoluten Zahlen des Bruttoinlandsprodukts berücksichtigt werden, dennoch – es gibt ein Wirtschaftswachstum. Das wirkt sich tatsächlich auch verhalten auf das Leben der Menschen aus: So wurde viel in Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen, Parks und Einkaufsmöglichkeiten in den Städten

investiert. Freilich profitieren davon auch die durchschnittlichen Stadtbewohner Libyens, vor allem aber natürlich die Eliten des Landes.

Trotz verhaltener Hoffnung auf Besserung sieht es bei Weitem nicht gut aus in Libyen. Gerade in Bezug auf Flüchtlinge ist seit Jahren immer wieder von Folter und Menschenhandel zu hören – eine lukrative Einnahmequelle. Obwohl dieser Zustand in Libyen bekannt ist, machen sich viele Menschen aus der Subsahara auf den Weg. Der Krieg im Sudan, Nahrungsmittelknappheit und die Folgen des Klimawandels werden diesen Trend auch weiterhin verstärken. Durch Social Media ist die Migration zudem viel organisierter: Nach der COVID-19-Pandemie, die zu vielen Grenzsicherungen führte, hat sich ein Netzwerk aus ägyptischen Reisebüros und Fischern etabliert, das mit korrupten libyschen Grenzbeamten und Offizieren zusammenarbeitet und so ein äußerst lukratives Geschäft mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft der Menschen betreibt. Dazu kommen immer wieder Nachrichten von inhaftierten und gefolterten Flüchtlingen, die auf dem Weg nach Europa sind, und gegen Lösegeld freigekauft werden können.

Und was macht Europa?

Als Konsequenz des letzten Unglücks, als Mitte Juni 2023 ein selbstgebautes Schiff mit bis zu 700 Menschen an Bord kenterte und die meisten vor der Küste Griechenlands ertranken, besuchte Bundesinnenministerin Nancy Faeser ihre tunesischen Amtskollegen. Ziel ist ein Migrationsdeal, der die reguläre Erwerbsmigration nach Deutschland erleichtern und die illegalen Boote über das Mittelmeer erschweren soll. Auch die EU streitet seit Jahren um eine Reform des Asylsystems. Das Ziel sind strengere Aufnahmeeinrichtungen und eine Prüfung innerhalb von zwölf Wochen, ob eine Möglichkeit für Asyl besteht. Wird dem nicht stattgegeben, sollen Migranten in sichere Herkunftsländer abgeschoben werden.

Auch andere Länder wie Italien führen bilaterale Verhandlungen. So setzt Italiens rechtskonservative Ministerpräsidentin Giorgia Meloni auf diejenigen in den Transitländern, die wirklich an der Macht sind und verhandelte deshalb unter anderem mit dem libyschen General Haftar, obgleich dieser und seine LNA wegen Menschenhandel verurteilt sind. Schließlich beruht Melonis Wahlerfolg unter anderem auf dem Versprechen die Zahl der Migranten auf Lampedusa und Sizilien zu reduzieren. Dafür wird beispielsweise die libysche Küstenwache gestärkt, um Boote mit Flüchtenden zurückzuhalten.

Doch ist die bilaterale Zusammenarbeit insbesondere mit dem tunesischen Präsidenten Saied nicht immer einfach. So ist er mit seinen fremdenfeindlichen Reden hauptverantwortlich für die Flüchtlingswelle zu Beginn des Jahres. Bei einem Besuch im Juni versucht Meloni ihn nun zu Reformen zu überzeugen. Diese könnten allerdings soziale Unruhen nach sich ziehen und trotz der Eindämmung von demokratischen Strukturen hat Saied noch die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Ob er diese Unterstützung zu Gunsten Europas und somit für die Rücknahme ausgewiesener Migranten oder von EU-Politikern gewünschte Asylcenter in Tunesien riskieren wird, ist fraglich. Manche Unterstützer Saieds fordern dagegen sogar die Abkehr von Europa und den damit einhergehenden Migrationsabkommen. Stattdessen präferieren sie den Beitritt des Landes zur Allianz der BRICS-Staaten.

Was die Lage in Libyen angeht, so lag die Federführung von UNSMIL seit 2011 in deutscher Hand, der Berliner Prozess wurde maßgeblich von Europa vorangetrieben und dennoch bleibt der EU nur die Statistenrolle mit dem Pochen auf Menschenrechte und demokratische Lösungen. Zwar kam es im Zuge der Berliner Konferenz 2020 zu einem Waffenembargo gegen Libyen und zu der EU Marinemission IRNI, die das Embargo überwachen sollte. Doch werden die meisten Waffen auf dem Landweg geschmuggelt und die Effekte des Einsatzes waren insgesamt übersichtlich.

Ausblick

Die angestrebte EU-Reform im Asylsystem zeigt, dass die Maßnahmen nur dazu dienen die Auswirkungen, nicht aber die Fluchtursachen zu bekämpfen. Sowohl die Sahelzone als auch die Staaten südlich der Sahara bleiben überwiegend instabil, Konflikte wie im Sudan werden in Zukunft zunehmen, schon allein, weil der Klimawandel zu mehr Verteilungskämpfen führen wird. Folglich werden sich auch immer mehr Menschen auf dem Weg Richtung Europa machen. Um mit diesem Ansturm human und nachhaltig umzugehen, muss die EU eine gemeinsame Lösung finden und auf bilaterale Verhandlungen setzen, um so auf die Interessen der Herkunftsländer eingehen zu können. Gleichzeitig könnten durch Ausbildungsprojekte und Hilfen in der Verwaltung in den Herkunftsländern die legale Ausbildungs- und Arbeitsmigration gestärkt und somit der in Europa verbreitete Fachkräftemangel nachhaltig bekämpft werden.

Die Ereignisse in der Nachbarregion des Nahen Ostens zeigen, dass China schon lange einen Blick auf die arabischen Staaten geworfen hat und durchaus auch bereit ist, aktiv um sie zu werben. Will Europa Staaten wie Tunesien und Libyen nicht langfristig verlieren – und damit auch ein Stückweit Kontrolle über die Migrationsströme behalten, sollte sich mehr um sie bemüht und vor allem mit ihnen gemeinsam zusammengearbeitet werden. Schon allein aufgrund der vielen Rohstoffe in Nordafrika wäre das für alle von Vorteil.

Literaturtipps:

- Bossong, Raphael/Angenendt, Steffen (2023): EU-Migrationspolitik: Partnerschaft statt Visahebel, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/eu-migrationspolitik-partnerschaften-statt-visahebel>
- Lacher, Wolfram (2020): Kriege und Konflikte: Libyen, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54649/libyen/>
- Schaer, Cathrin/Altrash, Islam (2023): Libyen: Wirtschaftswunder im politischen Krisenland, Deutsche Welle, URL: <https://www.dw.com/de/libyen-kleines-wirtschaftswunder-im-politischen-krisenland/a-65743217>

Roland von Kintzel

Stabilität ist nicht alles: Warum Eritrea Flüchtlinge produziert, die sich in Europa Straßenschlachten liefern

„Schluss mit der Dämonisierung Eritreas!“, brüllt eine Frau in ein Megafon. Nach jedem Wort lässt sie eine kurze Pause, damit die Demonstrierenden vor dem Bundesrat es wiederholen können. Es hat etwas von „listen and repeat“. An der undeutlichen Aussprache ist zu erkennen, dass viele von denen, die ihr Echo sein sollen, nur rudimentäre Deutschkenntnisse besitzen. Von der angekündigten Großdemonstration mit mehreren tausend Menschen war im regennassen Berlin nicht viel zu sehen. Nach Angaben der Polizei versammelten sich rund 800 Protestierende. Viele hielten offensichtlich in Serie hergestellte Schilder mit Sprüchen wie „Stoppt die Gewaltexzessen auf unseren Veranstaltung“, „Ich habe die Nase voll vom Victim Blaming“ oder „Unsere Vereine verdienen Respekt und Anerkennung“ hoch. Es wehten Eritrea- und Deutschland-Flaggen, dazu kamen Regenschirme in den Landesfarben zum Einsatz.

Am Tag zuvor hatte es die gleichen Bilder in den Niederlanden gegeben: Die gleichen Regenschirme, die gleichen Flaggen, die gleichen Schilder – natürlich in Landessprache und mit niederländischen Flaggen. Diese Demonstrationen spielten in der Medienöffentlichkeit Deutschlands und der Niederlande kaum eine Rolle. Es gab lediglich eine DPA-Meldung, dass es dieses Mal friedlich geblieben war. Bereits im Vorfeld der Demonstration hatten Social-Media-Kanäle aus dem Umfeld des Zentralrats der Eritreer in Deutschland (ZRED) unter dem Motto „Gewalt schafft kein Recht“ gefordert, dass die „Anstifter von Gewalt und Hass“ bei Veranstaltungen der „eritreischen Gemeinschaften“, die „ihr kulturelles Erbe feiern“ wollten insbesondere mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen durch die deutschen Behörden verfolgt werden sollten. Eine ohne Frage ungewöhnliche Forderung einer Migrationsgemeinschaft. Sie ist nicht nur ein weiteres Indiz für die Regimetreue des in Stuttgart gemeldeten Vereines, sondern zeigt auch, wer Adressat dieser Aktionen ist. Es handelte sich um unverhohlene Drohungen gegen oppositionelle Eritreer im Exil. Auf solche Machtdemonstrationen des autoritären Regimes im Ausland reagierten Oppositionelle mehrfach mit Gewalt.

Eskalation auf Festival

Die immer wieder auftretenden Straßenschlachten waren in der deutschen Innenpolitik nur kurz Thema. Vor allem das im Sommer stattfindende Eritrea-Festival, das vom Zentralrat der Eritreer veranstaltet wird, steht im Verdacht Spenden für das international stark sanktionierte Regime einzuwerben. Beim Festival im Juli 2022 in Gießen eskalierten die Ausschreitungen. Es flogen Steine und Flaschen, über 130 Personen wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen und 26 Polizisten verletzt. Bereits im Vorfeld hatte die Eritrean Initiative for Dialogue and Cooperation (ERIDAC), eine Art Dachverband der eritreischen Exilgemeinschaft in Deutschland, vor Ausschreitungen gewarnt. Auf dem Festival in Gießen waren – wie schon seit 2013 – Menschen in schwarzen T-Shirts mit der Zahl 52 zu sehen. Der Code steht für EB, eine Abkürzung für die im Ausland aktive, regimetreue und gewaltbereite Gruppierung

Eriblood. Mirjam van Reisen, Professorin für Internationale Beziehungen an der Universität Tilburg in den Niederlanden, weist seit Jahren wiederholt auf diese illegal bewaffnete Gruppierung auf europäischem Boden hin. Eriblood rekrutiert sich vor allem aus der Jugendorganisation der Regierungspartei. Auf die gewaltbereite Brigade N'Hamedu, eine wohl oppositionelle Gruppierung unklarer Genese, wurden die Sicherheitsbehörden schon vor einigen Jahren aufmerksam.

Trotz der Schlichtungsversuche durch den Dachverband ERIDAC zeigen die Ausschreitungen, dass die eritreische Exilgemeinschaft kaum in ein binäres Schema für oder gegen das Regime aufzuteilen ist. Verschiedene Gruppierungen haben unterschiedliche Vorstellungen über eine mögliche Zukunft Eritreas, mit oder ohne Machthaber Isayas Afewerki. Das für Ende September 2023 in Stuttgart angekündigte Festival wurde kurzfristig abgesagt. Dem waren langwierige juristische Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Verband vorausgegangen, da erstere die Veranstaltung verbieten wollte, was ihr nicht möglich war. In Israel, Schweden und Deutschland gab es bereits gewalttätige Auseinandersetzungen von Regimegegnern gegen die im Ausland aktiven regimetreuen Gruppierungen.

Situation der Flüchtlinge in Deutschland

Die Lage von eritreischen Flüchtlingen in Deutschland ist durchwachsen. Sie haben eine sogenannte „gute Bleibeperspektive“. Aus dem ostafrikanischen Staat mit 3,5 Mio. Einwohnern stellen zwischen fünf- und zehntausend Menschen jährlich einen Antrag auf Asyl. Immer häufiger werden sie nicht als politische Flüchtlinge anerkannt, sondern bekommen lediglich subsidiären Status zuerkannt. In Kombination mit dem reformierten Staatsangehörigkeitsrecht kann dies zu einem gefährlichen Schwebезustand führen. Wie etwa das Hamburgische Obergericht im September 2021 entschied, genießen aus Eritrea vor dem Nationaldienst Geflüchtete keinen Flüchtlingsstatus im Sinne des Grundgesetzes: „Die Einberufung zum Nationaldienst in Eritrea knüpft nicht an einen Verfolgungsgrund im Sinne der §§ 3 Abs. 1 Nr. 1, 3b AsylG an. [...] Eine mögliche Sanktionierung aufgrund der Desertion vom Militärdienst begründe keinen Flüchtlingschutz“. Das Gericht argumentiert damit, dass „keine beachtliche Wahrscheinlichkeit“ dafür bestehe, dass die Klägerin von ihrer Heimatregierung als Oppositionelle eingeschätzt werde. Es wird ausdrücklich betont, dass die ethnische Zugehörigkeit der Klägerin, einer Tigrinya, die Einschätzung des Gerichts nicht verändere. Abschiebungen nach Eritrea sind allerdings in den meisten europäischen Staaten unüblich.

Die Amsterdamer Denkfabrik DSP-groep hat Dokumente aus eritreischen Botschaften, unter anderem in Kanada und Schweden, veröffentlicht. Kehren Menschen nach Eritrea zurück, sind sie gezwungen, dort das sogenannte Reue-Formular auszufüllen. Wie aus den geleakten Dokumenten hervorgeht, müssen die „Reumütigen“ nach Angabe ihrer Aufenthaltsorte im Ausland und einer schriftlichen Reueerklärung gegenüber dem eritreischen Staat auch auf jeglichen Rechtsschutz verzichten. Sie akzeptieren schriftlich jegliche Maßnahmen, die der Staat ihnen gegenüber zu treffen gedenkt. Die deutsche Nichtregierungsorganisation Pro Asyl klagte erfolgreich vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gegen die Praxis, dass Eritreer, die etwa zur Dokumentenbeschaffung das Konsulat Eritreas bemühen mussten, keine andere Wahl hatten, als dieses Dokument unterzeichnen.

Auch die sogenannte Diaspora-Steuer ist regelmäßig Grund für Rechtsstreitigkeiten. Das Regime behält sich vor 2 Prozent aller Nettoverdienste ihrer Bürger auch im Ausland noch einzufordern, sobald diese konsularischen Dienstleistungen in Anspruch nehmen müssen. Da gerade bei Neuankömmlingen in Deutschland sich dieses Geld in erster Linie aus Sozialausgaben speist, verdient der eritreische Staat sein Geld auch durch die Ausbeutung deutscher Solidarsysteme. Diese Diaspora-Steuer ist von der Bundesregierung als zumutbar eingestuft worden, da sie mit internationalem und deutschem Recht in Einklang stehe. Wenn dann, wie in vielen Fällen, der Familiennachzug verweigert wird, sind die Geflüchteten gezwungen, weiterhin regelmäßig konsularische Dienste in Anspruch zu nehmen und so weiterhin die Steuer zu entrichten. Das Regime kennt darüber hinaus auch andere Mittel, abgängige Staatsangehörige als Steuerzahler zu erhalten. So leben Flüchtlinge, die sich im Exil gegen das Regime zusammenschließen, in ständiger Gefahr durch Loyalisten und bezahlte Spitzel. Neben Drohungen schrecken diese auch vor Gewalt nicht zurück. Sogar auf Veranstaltungen von Pro Asyl soll es schon zu derartigen Zwischenfällen gekommen sein.

Ein Staat frisst seine Sklaven

Seit 30 Jahren gab es in dem kleinen Land keine Wahlen. Präsident Isayas Afewerki regiert das „Nordkorea Afrikas“ mit eiserner Hand. Die Bezeichnung hat sich vor allem wegen Eritreas stark beschränkter Kommunikation mit der Außenwelt durchgesetzt. Seit 2002 verfolgt das Land „Wefri Warsay Yika’alo“, ein Programm zum Wiederaufbau Eritreas nach der heißen Phase des eritreisch-äthiopischen Krieges von 1998 bis 2000. Die Anstrengungen sollten das Ziel verfolgen, Eritrea mit einer prestigeträchtigen Infrastruktur auszustatten. Die dafür benötigten Arbeitskräfte wurden kurzerhand aus dem bereits bestehenden Nationaldienst rekrutiert, der für die Menschen nach der Schulzeit beginnt. Bereits nach kurzer Zeit wurde klar, dass dieser verpflichtende Dienst, der auch Frauen umfasst, zur Organisation von Zwangsarbeit im landesweiten Umfang diene. Anstelle eines verpflichtenden Jahres wird ein Großteil der „Wehrdienstleistenden“ dauerhaft im Dienst des Regimes gehalten, häufig im Einsatz in Minen oder Fabriken im Besitz einer kleinen Elite, aber auch als Lehrkräfte und Beamte.

Damit nicht genug: Die Bürgerinnen und Bürger benötigen sogar Papiere, um sich innerhalb von Eritrea frei bewegen zu können. Das Regime will so sicherstellen, dass es zu jedem Zeitpunkt über die Aufenthaltsorte seiner Untertanen Bescheid weiß – wenn sie nicht ohnehin schon im Gefängnis sitzen. Über die Zustände in den Gefängnissen gibt es nur Schätzungen, die Regierung veröffentlicht keine Zahlen. Sicher bekannt ist das Problem unhygienischer Zustände sowie völlig überfüllter Gefängnisse. Vor allem Mitglieder der Zeugen Jehovas werden verfolgt und unter besonders menschenfeindlichen Bedingungen in Arbeitslagern untergebracht.

In gewisser Hinsicht kommt Eritrea aus dem selbstgeschaffenen Problem der Zwangsarbeit nicht mehr heraus, denn die Wirtschaft des Landes wäre viel zu schwach, um die Arbeitskräfte angemessen zu bezahlen. Eine Flucht ist für viele junge Menschen daher auch die einzige Möglichkeit, um an Geld für die Familie zu kommen. Angesichts der Massenflucht aus dem Land ist der Regierung dieser Umstand bewusst und so ist der eigene Grenzschutz ein Druckmittel gegenüber Nachbarländern und den Staaten des globalen Nordens. Da das Verlassen des Landes ohne Ausreisevisum illegal ist, benötigen Geflüchtete Schleuser, die vor

allem durch das Transit-Land Sudan auf bereits gut eingefahrenen Wegen ihr Geschäft betreiben. Dort herrscht seit April 2023 ein Bürgerkrieg, der die Staatlichkeit des Landes vollkommen zerstört hat. Die Flucht über Äthiopien ist aufgrund des regelmäßig aufflammenden Bürgerkrieges in nördlichen Tigray keine zuverlässige Route mehr. Eritreische Grenztruppen schießen regelmäßig auf Flüchtlinge an allen Grenzen. Zusagen Äthiopiens, den Grenzschutz zum eigenen Land zu übernehmen und humanitär zu betreiben, wurden bis heute nicht eingehalten. Dennoch gehen jedes Jahr Zigtausende dieses Risiko ein.

Eine eigene Außenpolitik

Diplomatische Bestrebungen, etwa von der EU, die die Praxis des Arbeitsdienstes beenden sollten, verliefen im Sande. Ohnehin laufen die Außenbeziehungen Eritreas auf genereller Sparflamme, das Regime weder ausreichend Ressourcen noch das Interesse hat Bündnisse auf der internationalen Bühne einzugehen. Wie auch in anderen ostafrikanischen Ländern üblich sind daher auch vermeintliche strategische Partnerschaften mit Russland oder China cum grano salis zu verstehen. Im regelmäßigen Newsletter der deutschen Botschaft etwa werden im Monatswechsel Bildern von eritreischen Offiziellen mit Vertretern Chinas, Russlands oder, etwas seltener, europäischer Staaten gezeigt. Der strategische Amorphismus sichert dem Land seine zwei wesentlichen Interessen: Wenig weltöffentliche Aufmerksamkeit und gelegentlichen Mittelzufluss in Form von Entwicklungshilfe.

Eritrea ist regelmäßig Schlusslicht in vielen internationalen Indizes, die Menschenrechte, Pressefreiheit oder die Stärke des Reisepasses bewerten. Weil Informationen nur schwerlich aus dem Land kommen können, besteht das Wissen der Weltöffentlichkeit zu einem Großteil aus Erzählungen Geflüchteter – einer monatlich um 2000 Personen wachsenden Menschengruppe. Die Exilgemeinschaften sind politisch überwiegend oppositionell eingestellt, verhalten sich aber zum größten Teil eher still. Eine eritreische Staatsbürgerschaft zu besitzen, hat nämlich den gravierenden Nachteil, dass sie nicht ablegbar und vererblich ist. Das macht nicht nur den Erwerb einer anderen Staatsbürgerschaft noch komplizierter als ohnehin schon, es sichert dem Staat auch eine weitere Einnahmequelle: Das Regime kassiert eine Extrasteuer auf im Ausland erworbenes Geld seiner Staatsangehörigen.

Ähnliches zeigt sich beim Umgang Eritreas mit BRICS, dem 2011 gegründeten losen Zusammenschluss verschiedener Staaten. Hierzu zählen die Namensgeber Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Das von BRICS erklärte Ziel ist die Schaffung einer multipolaren Weltordnung, die als Gegengewicht zur rechtsbasierten liberalen Weltordnung dienen soll. Zwischenzeitlich war auch die Gründung einer eigenen Währung als Gegengewicht zum US-Dollar im Gespräch. BRICS hat seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 allerdings eine andere Dynamik angenommen. Im August 2023 fand das Gipfeltreffen in Südafrika aufgrund des internationalen Haftbefehls gegen Russlands Präsident Wladimir Putin, der sich per Videokonferenz zuschalten musste, nur mit seinem Außenminister Sergej Lawrow statt. Der eritreische Präsident Afewerki war ebenfalls zu Gast. In einer Grundsatzrede beklagte er den US-amerikanischen Exzeptionalismus und warb für die multipolare Weltordnung. Auch wenn über die Verhandlungen um neue Mitgliedsstaaten selten etwas nach außen dringt, ist anzunehmen, dass Eritrea mit Neuzugang Äthiopien gleichziehen will.

Es wäre allerdings voreilig, aus diesem und anderen Staatsbesuchen zu schließen, dass Eritrea sein Heil in der BRICS-Gruppe sucht. Viel eher hat die Isolierung Russlands auf der internationalen Bühne dafür gesorgt, dass man sich am diplomatischen Katzentisch mit Ländern wie Nordkorea oder Syrien wiederfindet. Und anders als es regimenahe russische Blogger derzeit verlauten lassen, ist die Nähe zwischen Russland und Eritrea in dieser Tiefe eine neue Entwicklung. Afewerki nutzt den Glanz der Prominenz, den Fotos mit Putin und Chinas Präsident Xi Jinping auf ihn abstrahlen, für innenpolitische Machtdemonstrationen.

Düstere Zukunftsaussichten

Was die Zukunft für Eritrea und die eritreische Exilgemeinschaft bereithält ist offen. Im Februar 2023 ist Afewerki 77 Jahre alt geworden. In der Personalwelt afrikanischer Diktatoren ist das noch kein Alter. Gerüchte, nach denen er seinen ältesten Sohn Abraham als Nachfolger in Stellung bringe, haben sich bisher nicht bewahrheitet. Die notorische Instabilität Ostafrikas spielt beim Blick in die Zukunft ebenso eine Rolle. Äthiopien hat in den vergangenen Jahren von chinesischen Krediten profitiert, deren Zurückzahlung – wie so oft – das Land vor unlösbare Probleme stellt. Daraus erwachsen Befürchtungen, dass Äthiopien auf der Suche nach neuen Absatzmärkten enorme Risiken eingehen könnte, wenn es um die mögliche Erschließung eines Hafenzugangs zum Roten Meer geht. Bisher wickelt das Land sämtliche außerafrikanischen Exporte über den Hafen in Dschibuti ab, was zu Abhängigkeiten führt.

Eritrea hat eine strategisch wichtige Lage am Roten Meer und weist eine Küstenlänge von über 1.000 Kilometer auf. Das Land trennt Äthiopien vom Meereszugang. Dennoch verfügt Eritrea mit dem Hafen von Massawa lediglich über ein einziges Containerterminal. Mit Assab hat es nur einen weiteren internationalen, für den Frachtverkehr aber zu vernachlässigenden Hafen. Massawa wurde von Äthiopien bis zum Krieg mitbenutzt, seit dem Friedensschluss 2018 sind diese Tätigkeiten jedoch nicht wieder aufgenommen worden. Da Eritrea keine nennenswerten Exportgüter hat, liegt der Hafen faktisch still. Auch durch russisch-ukrainischen Krieg ist ganz Ostafrika in einem labilen Zustand, geplagt von Dürren und politischer Ungewissheit.

Literaturtipps:

- Ferstl, Max/Koopmann, Christoph/Perras, Arne (2023): Was hinter den Krawallen der eritreischen Diaspora steckt, Süddeutsche Zeitung, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/eritrea-festivals-gewalt-angriffe-1.6247088>
- Friedrich, Rudi (2018): Eritrea: Ein Land im Griff einer Diktatur, Connection e.V./PRO Asyl e.V., URL: <https://www.proasyl.de/news/eritrea-ein-land-im-griff-einer-diktatur/>
- Hirt, Nicole (2020): Der lange Arm des Regimes – Eritrea und seine Diaspora, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/ostafrika/304246/der-lange-arm-des-regimes-eritrea-und-seine-diaspora/>

Sina Behrend

Arktis und Antarktis zwischen Geopolitik und Klimakrise

Die Arktis und die Antarktis sind Regionen von einzigartiger Schönheit. Sie sind aber auch von unbestrittener, jedoch nicht so häufig thematisierter globaler Bedeutung. Es handelt sich um Regionen, die zu keinem Staat gehören, aber viele wertvolle Ressourcen bergen – Konfliktpotenzial ist vorprogrammiert. Gemessen an diesen Umständen blicken Arktis und Antarktis auf eine sehr friedliche Vergangenheit zurück. Ob das im Angesicht der veränderten geopolitischen Situation und des fortschreitenden Klimawandels so bleiben wird?

Als Arktis wird das Gebiet oberhalb des nördlichen Polarkreises bezeichnet, das zum größten Teil aus Ozean besteht. Die Landflächen im europäischen Teil verzeichnen verstärkt menschliche Präsenz, die Inuit sind die indigene Volksgruppe der Arktis. Der größte Teil der Arktis ist allerdings keine Landmasse, sondern nur eine dicke Eisschicht. Die Antarktis liegt am südlichen Ende der Erde und umfasst den Südpol und den Südpolarkreis. Sie ist ein Kontinent, der von einem massiven Eisplateau bedeckt und von einem Ozean umgeben ist. Während auf dem Südpol die Pinguine zu Hause sind, tummeln sich auf dem Nordpol die Eisbären.

Neben den Unterschieden haben die Regionen aber auch viele Gemeinsamkeiten. Beide Landstriche bergen viele kostbare Ressourcen: Große Mengen Erdöl und -gas, Steinkohle sowie seltene Erden liegen dort verborgen. Das birgt geopolitisches Konfliktpotenzial. Außerdem sind die Auswirkungen des Klimawandels in beiden Regionen besonders dramatisch: Die Temperaturerhöhungen liegen bis zu dreimal über dem weltweiten Durchschnitt und die Veränderungen dort sind längst keine Prognosen mehr, sie sind Realität.

Antarktis – Eine Zone der Vernunft

Aktivitäten in der Antarktis unterliegen dem Antarktisvertrag von 1959. Er regelt die Nutzung der Fläche. Deutschland trat diesem Vertrag, der südlich des 60. Breitengrades gilt, 1979 bei. Der Vertrag erlaubt ausschließlich die Nutzung zu friedlichen, wissenschaftlichen Zwecken, verbietet also jegliche militärische Nutzung der Antarktis. Er ist auf die Förderung wissenschaftlicher Forschung und internationale Kooperation ausgelegt. Der Antarktisvertrag markierte einen bedeutenden Meilenstein in der internationalen Zusammenarbeit, da er das erste internationale Abkommen nach dem Zweiten Weltkrieg darstellt. Trotz des Kalten Krieges haben sich West- und Ostblockstaaten darauf geeinigt, den unbewohnten Kontinent friedlich gemeinsam zu nutzen. Besonders bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sieben der zwölf Unterzeichnerstaaten ihre vorher erhobenen territorialen Ansprüche in der Antarktis vorübergehend auf Eis gelegt haben. In der Vergangenheit wurde die Sonderstellung der Antarktis auch als „antarktischer Exzeptionalismus“ bezeichnet. Dank der geografischen Lage als entlegener, schwer für Menschen zugänglicher und politisch isolierter Raum waren diese Entwicklungen möglich. Es war unter diesen Umständen sogar so, dass die USA und die Sowjetunion während des Kalten Krieges wissenschaftlich kooperierten.

Im Jahr 1991 wurde das Umweltschutzprotokoll zum Antarktisvertrag verabschiedet, das die einzigartige Bedeutung der Antarktis als Naturreservat für die Stabilität der Umwelt betont. Auch die zentrale Bedeutung für die wissenschaftliche Forschung wurde erneut untermauert. Das Protokoll legt den Vertragsparteien die explizite Verpflichtung auf, effektive Maßnahmen zum Schutz der empfindlichen antarktischen Ökosysteme zu ergreifen.

Ein weiterer bedeutender Schritt wurde im Jahr 2011 unternommen, als im Rahmen des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) das Ziel festgelegt wurde, die Gewässer rund um den antarktischen Kontinent durch die Einrichtung von Meeresschutzgebieten besonders zu schützen. Diese Maßnahmen verdeutlichen das Engagement der internationalen Gemeinschaft für den Schutz und die Erhaltung der einzigartigen Umwelt der Antarktis und ihrer reichen biologischen Vielfalt. Die Antarktis gilt als das größte Naturschutzgebiet des Planeten und gehört auch zu den Teilen der Welt, in denen Naturschutz tatsächlich am stärksten ausgeübt wird.

Bleibt es vernünftig?

Wie kann es sein, dass trotz Spannungen im internationalen Kontext die Haltung zur Antarktis konsensuell scheint? Das antarktische Vertragssystem sieht weder eine strikte Regulation noch die Anwendung von Sanktionen vor. Eine ehrliche Analyse zeigt: Entscheidungsprozesse in der Antarktis sind zäh geworden, wie das Beispiel eines seit 2005 noch nicht ratifizierten Haftungszusatzes zum Umweltprotokoll zeigt. Die letzten Antarktistagungen legten die Schwierigkeiten dar, die die diplomatischen Beziehungen belasten. In Berlin wurde der russische Delegierte für die Verteidigung des Angriffs auf die Ukraine kritisiert. Auch scheiterten die Staaten daran, China zu überzeugen, einen erhöhten Schutzstatus für den Kaiserpinguin zu unterstützen. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Antarktis keine automatische Erfolgsgeschichte der Kooperation ist, sondern dynamische politische Strukturen zwischen Rivalen und Partnern erfordert.

Des Weiteren gibt es Herausforderungen, die potenziell zu einer Militarisierung führen könnten. Die globale Erwärmung hat die Zugänglichkeit zur Antarktis und ihren Schätzen verbessert, was zu einer Zunahme menschlicher Aktivitäten in der Region geführt hat. Das Interesse an unterirdischen Ressourcen wie Edelmetallen muss wirtschaftliches Verlangen geweckt haben, das bisher aber untersagt bleibt. Fortschritte in der Technologie haben dazu geführt, dass Ausrüstung mit doppeltem Verwendungszweck eingesetzt werden kann. Dadurch wird die Grenze zwischen zivilen und militärischen Aktivitäten verwischt und militärische Aktivitäten könnten unbemerkt bleiben.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wäre eine Diplomatie erforderlich, die eine klare Trennung zwischen der Antarktis und dem Rest des internationalen Systems gestaltet. Eine solche Strategie könnte den Frieden und die wissenschaftliche Forschung in der Antarktis unterstützen. Ob dies in Anbetracht der aktuellen Gefahr, dass externe Konflikte und die Klimakrise den antarktischen Exzeptionalismus bedrohen, realistisch ist, bleibt abzuwarten.

Die geopolitische Gemengelage in der Arktis

Die schwindenden Eisflächen und der Rückgang des arktischen Meereises haben die geopolitischen Interessen verschiedener Parteien verstärkt. Der Rückgang der Eisflächen

macht neue Seewege möglich. So wird sich eine neue Pazifik-Atlantik-Route eröffnen. Nicht nur die etablierten arktischen Staaten – Kanada, Dänemark (durch Grönland), Finnland, Island, Norwegen, Russland, Schweden und die Vereinigten Staaten – beanspruchen vermehrt Einfluss in der Region. Außerhalb dieser traditionellen Akteure hat China 2018 eine Selbstdeklaration als „arktischer Staat“ veröffentlicht.

Seit 2007 befindet sich auf dem Meeresboden am geografischen Nordpol eine Flagge Russlands. Realpolitische oder rechtliche Konsequenzen hatte dies nicht. Die russische Föderation möchte die Arktis als Ressourcenbasis nutzen, so lauten Grundsatzzpapiere von 2008 und 2013. Bis 2015 wollte Russland die internationale Rechtslage geklärt wissen. Auch neun Jahre später ist dieses Ziel nicht erreicht. Machthaber Wladimir Putin porträtiert sich dennoch gerne selbst als starken Mann der Arktis.

Ein ratloser Rat

Der Arktische Rat, als Plattform für die Zusammenarbeit der acht arktischen Staaten 1996 ins Leben gerufen, soll Fragen der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes in der Region behandeln. Allerdings spiegelt die jüngste Dynamik in der Arktis eine zunehmende Verschiebung der Prioritäten wider. Die Konflikte in der geopolitischen Arena haben auch Spuren innerhalb des Arktischen Rates hinterlassen. Kurz nach Russlands Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 zogen sich die sieben westlichen Staaten aus dem Arktischen Rat zurück, um nicht unter dem Vorsitz des Aggressors Russland arbeiten zu müssen – die Arbeit wurde somit „auf Eis gelegt“. Dieser demonstrative Akt war als politische Konsequenz aus dem Angriffskrieg eine wichtige Entscheidung, hatte jedoch ungewollte Auswirkungen. Die Klimaforschung in der Arktis, die für das Verständnis des weltweiten Klimawandels entscheidend ist, wurde stark beeinträchtigt.

Russland, das stark auf die Erschließung von Kohle, Öl und Gas in der Arktis fokussiert ist, priorisiert seine nationale Sicherheit und seine Energieinteressen gegenüber der Agenda des Arktischen Rates. Im Mai 2023 hat Norwegen den Vorsitz des Gremiums übernommen und Russland abgelöst. Seitdem beteiligen sich auch die anderen Staaten wieder an gemeinsamen Projekten, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass Russland nicht beteiligt ist.

Während diese Entscheidung aufgrund des anhaltenden Ukrainekriegs und der allgemeinen geopolitischen Spannungen alternativlos scheint, sind die Auswirkungen auf die Arktis alarmierend. Die Region, die bereits mit extremen Umweltbedingungen zu kämpfen hat, ist zum Schauplatz eines zunehmenden Ringens um Ressourcen und Einfluss geworden. Ohne weitere genaue wissenschaftliche Beobachtung und Erforschung der klimatischen Bedingungen sind die ökologischen Entwicklungen in der Region nur grob absehbar. Die Herausforderung besteht darin, eine Balance zwischen den geopolitischen Interessen und dem Schutz dieser einzigartigen, aber bedrohten Umgebung zu finden, um eine nachhaltige Zukunft für die Arktis und das Weltklima zu gewährleisten.

Was die Zukunft bringen könnte

Kann für die Arktis ein „arktischer Exzeptionalismus“ nach Vorbild der Antarktis die Lösung sein? In Anbetracht der Haltung Putins scheint dies schwer vorstellbar. Während er weiter seinen erbarmungslosen Krieg gegen die Ukraine führt, wird kein westlicher Staat mit ihm

zusammenarbeiten wollen. Ende 2022 haben die Vereinigten Staaten entschieden, vier Milliarden Dollar zu investieren, um für weitere zwölf Jahre eine Luftwaffenbasis auf Grönland zu betreiben. Die Antwort Russlands ließ nicht lange auf sich warten. So führte die Nordmeerflotte Russlands im April 2023 in den Gewässern der Arktis ein umfangreiches Großmanöver durch. Die Zeichen stehen auch seitdem nicht auf Entspannung. Trotz der schweren Verluste im Ukrainekrieg baut Russland seine Militärstützpunkte in der Arktis weiter aus.

Arktis und Antarktis – zwei entlegene Regionen, die angesichts der zunehmenden Globalisierung und des Klimawandels eine immer wichtigere Rolle in der internationalen Zusammenarbeit einnehmen. Was die europäische und deutsche Sicherheitspolitik daraus mitnehmen sollte: Selbst auf die „äußersten“ Regionen der Welt hat der Ukrainekrieg entscheidende Auswirkungen. Die fortlaufende Unterstützung der Ukraine ist auch aus diesem Grund elementar wichtig.

Literaturtipps:

- Auswärtiges Amt (2024): Warum auch die Arktis die Außenpolitik beschäftigt, URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/regelbasierte-internationale-ordnung/voelkerrecht-internationales-recht/einzelfragen/arktis-grundlagentext-node>
- Flamm, Patrick (2019): 60 Jahre Antarktisvertrag: Multilateralismus mit Zukunft, German Institute for Global and Area Studies, URL: <https://www.giga-hamburg.de/de/publikationen/giga-focus/60-jahre-antarktisvertrag-multilateralismus-mit-zukunft>
- Paul, Michael (2024): Zurück in die Zukunft der Arktis: Die andauernde Relevanz von Rüstungskontrolle, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: <https://www.swp-berlin.org/publikation/zurueck-in-die-zukunft-der-arktis>
- von der Stein, Inga (2023): Vom Niemandsland zum Kontinent des 21. Jahrhunderts? Zur Zukunft der Antarktis, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/vom-niemandsland-zum-kontinent-des-21-jahrhunderts>

Julius Vellenzer

Umweltzerstörung als Sicherheitsrisiko

Illegale Bergwerke, ungesicherte Ölbohrungen oder verseuchtes Industrieabwasser: Die Liste der von Menschen herbeigeführten Umweltschäden ist lang. Aufgrund der weltweit hohen Nachfrage an Bodenschätzen werden in Ländern des globalen Südens auf Natur und Lebensräume meist keine Rücksicht genommen. Die Auswirkungen der rücksichtslosen Ausbeutung der Natur sind lokale Spannungen und Konflikte, die als Treiber von Fluchtbewegungen auch ein Risiko für die Sicherheit Europas darstellen. Wie das Ausmaß an Umweltzerstörung und ihre Folgen aussehen, zeigt sich insbesondere in Afrika.

Die natürlichen Ökosysteme sind aus dem Gleichgewicht geraten. Ursächlich dafür sind die massiven Eingriffe der Menschen in die Umwelt seit der Industrialisierung. Zu diesem Fazit kommt der 2022 veröffentlichte Bericht „The Nature of Conflict and Peace“ von WWF International und adelphi consult, der auch den engen Zusammenhang von Umweltzerstörung und Klimawandel hervorhebt. Der Report hat den Einfluss der zunehmenden Umweltkrisen auf Konflikte und Kriege untersucht. Die Fachleute halten fest, dass die Zerstörung der Natur sich negativ auf die politische Stabilität und globale Sicherheit auswirkt. Vor allem der rohstoffreiche Kontinent Afrika, der am meisten unter der globalen Erwärmung leidet, bekommt die Folgen der Umweltzerstörung am stärksten zu spüren. Doch die dortigen prekären Entwicklungen bleiben auch nicht folgenlos für Europa.

Gier nach Metallen

Die Produktion von Computern, Smartphones, Photovoltaikmodulen oder Batterien für Elektroautos ist ohne eine Vielzahl an Metallen nicht möglich. Hierzu zählen unter anderem Gold, Platin, Kupfer, Nickel, Zink, Kobalt und Lithium. Aufgrund der hohen Nachfrage an Konsumgütern und grüner Energie in reichen Industrieländern nimmt die Bedeutung des Bergbaus stetig zu. Die wirtschaftlich bedeutsamen Rohstoffe liegen vor allem in Entwicklungsländern, wo sie unter gesundheitsschädlichen und unsicheren Arbeitsbedingungen abgebaut werden. Da zudem die Löhne sehr niedrig sind, kommt der Rohstoffreichtum bei den Menschen vor Ort nicht an. Dies hängt auch damit zusammen, dass der Abbau oft illegal durch Unternehmen oder Rebellengruppen stattfindet. So haben chinesische Firmen über 80 Prozent der Kontrolle des Lithium-Abbaus in Afrika inne. Insbesondere China baut seit Jahren seinen wirtschaftlichen Einfluss zulasten westlicher Industrieländer wie den USA und den ehemaligen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich aus. Nicht selten ist in Fachkreisen von einem „neuen Wettlauf um Afrika“ die Rede – analog zur Kolonialisierung im 19. Jahrhundert.

Für die Umwelt und die Bevölkerungen sind die Auswirkungen der Metallindustrie gravierend. Aufgrund der weitverbreitenden illegalen Rohstoffgewinnung wird auf Natur und Mensch keine Rücksicht genommen. So werden für den Bau neuer Bergwerke Regenwälder und Ackerflächen zerstört. Mit der Rodung der „grünen Lunge“ wird der Erde ein wichtiger CO₂-

Speicher genommen. Durch seinen Anteil von mehr als zehn Prozent am weltweiten Emissionsausstoß trägt der Bergbau erheblich zur Klimakrise bei. Des Weiteren werden für den Bau neuer Produktionsstätten nicht selten Teile der Bevölkerung vertrieben. In fragilen Staaten geschehen Zwangsumsiedlungen vor allem durch autoritäre Regime oder Rebellengruppen. Ein Beispiel für einen fragilen Staat stellt die Demokratische Republik Kongo dar. Viele der langjährigen Kämpfe zwischen Rebellengruppen sind nicht nur ethnisch, sondern auch wirtschaftlich motiviert. Diese bis heute andauernden „Ressourcen-Kriege“ haben meist die Zerstörung von Landstrichen und Zwangssiedlungen zur Folge.

Die Gier nach Bodenschätzen fördert nicht nur eine Konkurrenz zwischen gesellschaftlichen Akteuren, sondern trägt auch zur Verschlechterung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung bei. Die prekäre Situation wird insbesondere beim Wasser ersichtlich, das im Metallabbau in hohen Mengen benötigt wird. Verstärkte Wasserentnahme durch die Industrie trägt dazu bei, dass Flüsse und Seen austrocknen und geringere Mengen an Trinkwasser zur Verfügung stehen. Da beim Abbau oft verseuchtes Wasser in die Erde geleitet wird, kommt es zu einer starken Belastung des für die Menschen und Landwirtschaft dringend notwendigen Grundwassers. In vielen Regionen Afrikas sind die Bevölkerungen seit Jahren mit einer Zunahme an Dürren infolge der globalen Erderwärmung konfrontiert. Wenn die Menschen nicht bereits dazu gezwungen wurden, bleibt ihnen spätestens aufgrund der immer bedrohlicheren Wasserknappheit kein anderer Ausweg als die Flucht aus ihrer Heimat übrig.

Fluch des Öls

Die Gewinnung von Erdöl stellt für Regierungen von Entwicklungs- und Schwellenländern eine lukrative Finanzquelle dar. Aufgrund der weltweit hohen Nachfrage fördert dieser Industriezweig das Wirtschaftswachstum und bringt Menschen in Beschäftigung. Doch sie birgt zum einen die Gefahr der Abhängigkeit, wie das Beispiel Nigeria aufzeigt. Fast die Hälfte der Staatseinnahmen und 80 Prozent aller Exporterlöse waren 2021 auf den Erdölsektor zurückzuführen. Größter Produzent in Nigeria ist der britische Konzern Shell, der seit 1936, das heißt seit Kolonialzeiten, im Land operiert. Aufgrund dieser Abhängigkeit war das Land in hohem Maße vom globalen Ölpreissturz 2014 betroffen. Die Produktion musste heruntergefahren werden und die dadurch entstandene Rezession trug zur Verschärfung der Armut bei. Die Exporte des Südsudans, eines der ärmsten Länder der Welt, stammten 2019 zu über 94 Prozent aus der Erdölförderung. Zu den Hauptinvestoren hier zählt der staatliche chinesische Ölkonzern CNPC, was eine sehr starke Abhängigkeit zur Folge hat.

Für die einheimischen Bevölkerungen und Ökosysteme ist die Erdölgewinnung mehr Fluch denn Segen. Obwohl dieser Wirtschaftssektor für Arbeitsstellen sorgt, leiden viele Menschen in den Regionen weiterhin stark unter Armut. Da die Erdölgewinnung CO₂-intensiv ist, stellt sie auch einen Treiber des Klimawandels dar. Profiteure sind primär staatliche und private Ölkonzerne. Diese bauen ihre Förderanlagen sowie ober- und unterirdischen Pipelines meist ohne Rücksicht auf Mensch und Natur. Da Lecks an schlecht gewarteten Rohren keine Seltenheit sind, kann Erdöl direkt in den Boden oder ins Wasser gelangen. Dies hat zur Folge, dass die Lebensräume von Millionen Menschen sowie landwirtschaftlich nutzbare Flächen (dauerhaft) verseucht werden. In Nigeria setzen sich Gruppierungen wie das „Movement for the Survival of the Ogoni People“ seit 1990 friedlich für Entschädigungen durch Konzerne

sowie die finanzielle Beteiligung der Zivilbevölkerung an Erdöleinnahmen ein. Die massiven Öl-Lecks von Shell in Nigeria 2004 bis 2005 landeten sogar vor einem niederländischen Gericht. Dieses hielt in seinem Urteil fest, dass der Ölkonzern seiner Sorgfaltspflicht bei der Wartung der Pipelines und ihrer Sicherung gegenüber Kriminellen nicht nachgekommen sei. Shell wurde zur Entschädigung der von dieser Umweltverschmutzung betroffenen Bauern verpflichtet.

Aufgrund der Abhängigkeit von und den Umweltschäden durch Ölkonzerne nehmen Kriminalität und lokale Konflikte immer mehr zu. So entwickelten sich im Nigerdelta die Spannungen 2003 zu einem bis heute andauernden Konflikt zwischen Rebellen und den nigerianischen Streitkräften. Durch Sabotage legen Milizen regelmäßig Pipelines lahm oder zapfen illegal Erdöl ab. Des Weiteren erpressen sie Lösegelder durch Anschläge oder Entführungen. Leidtragende dieser lokalen Konflikte sind in erster Linie die Zivilbevölkerungen. Den Menschen bleibt am Ende nur die Wahl zwischen einer Anstellung in der Erdölindustrie, der Rebellion gegen (ausländische) Konzerne, einem Leben in Armut oder der Flucht aus der Heimat. Erste Anlaufstelle bei einer Flucht sind Nachbarstaaten, wo meist ebenfalls hoher sozialer Druck herrscht.

Antreiber umfassender Unsicherheit

Die fortschreitende Umweltzerstörung heizt den Klimawandel weiter an. Sie erfolgt oft im Zusammenhang mit der Gewinnung von Rohstoffen wie Metallen oder Erdöl. Den größten Rohstoffhunger weisen die USA, Europa und China, aber auch aufstrebende Ökonomien wie Indien oder das auf Kriegswirtschaft umgestellte Russland auf. Von den Folgen der Umweltschäden und der Klimakrise sind vor allem Länder in Afrika betroffen. Aufgrund ihrer meist schwachen Ökonomien stehen ihnen kaum finanzielle Mittel für Klimaanpassungen und Katastrophenvorsorge zur Verfügung. Da die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen bedroht sind, ist es nicht verwunderlich, dass soziale Spannungen und politische Konflikte zunehmen. Hinzu kommen Vertreibungen in fragilen Staaten infolge von „Ressourcen-Kriegen“ zwischen Rebellengruppen und Regierungen. Kaum ein Kontinent ist so stark von inneren Konflikten und Bürgerkriegen betroffen wie Afrika.

Die Perspektivlosigkeit im eigenen Land treibt vor allem junge Menschen in die Flucht. Auch wenn die meisten (noch) innerhalb des eigenen Landes oder afrikanischen Kontinents flüchten, so nehmen die illegalen Grenzübertritte nach Europa zu. Dies geschieht vor allem über die Mittelmeer-Route, die als die gefährlichste Flüchtlingsroute der Welt gilt. Weil sich die Grenzsicherung hier besonders schwierig gestaltet, setzt das die Europäische Union mit Blick auf den Schutz ihrer äußeren Sicherheit unter starkem Druck. Die Verteilung einer stetig wachsenden Anzahl an Geflüchteten wiederum erhöht zum einen die Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten. Des Weiteren stellt sie auch eine große Herausforderung für die innere Sicherheit der EU-Länder dar, da ein großer Zustrom an Geflüchteten Polizei und Behörden unter starkem Zugzwang stellt. Der „worst case“ wäre ein staatlicher Kontrollverlust oder der Eindruck eines solchen gegenüber den eigenen Bevölkerungen. Die Folgen wären die Zunahme an politischen Streitigkeiten in den europäischen Gesellschaften und Gewinnzuwächse migrationsfeindlicher Parteien. Solche destabilisierenden Entwicklungen in Europa kommen den Systemrivalen Russland und China, die sich parallel immer mehr militärisch und wirtschaftlich in Afrika engagieren, sehr gelegen.

Migrationsabkommen können Fluchtbewegungen abflachen lassen, tragen aber nicht nachhaltig zur Bekämpfung von Fluchtursachen bei. Zudem funktionieren sie nur mit stabilen Staaten. Beispiele hierfür sind die letztjährigen Abkommen von Deutschland mit Marokko und der EU mit Ägypten. Beide Staaten stellen aber in erster Linie Transitländer dar. Des Weiteren befindet sich das derzeit wichtigste afrikanische Transitland Libyen seit Jahren in einem Dauerkonflikt, ebenso wie Nigeria, der Südsudan und die Demokratische Republik Kongo. Insgesamt weist Afrika den höchsten Anteil an fragilen und gescheiterten Staaten in der Welt auf. Solange Natur und Lebensräume aus wirtschaftlichen Gründen weiterhin zerstört werden, werden im globalen Süden Naturkatastrophen und lokale Konflikte zunehmen – und sich Millionen Menschen aufgrund von Perspektivlosigkeit auch in Bewegung Richtung Europa setzen.

Literaturtipps:

- adelphi consult/WMF International (2022): Report: Umweltzerstörung als Treiber globaler Konflikte, URL: <https://adelphi.de/de/news/report-umweltzerstoerung-als-treiber-globaler-konflikte>
- de Vries, Walter Timo (2023): Kostbares Land: Ausbau grüner Energien im globalen Süden ist oft konfliktträchtig, Welthungerhilfe, URL: <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/wirtschaft-menschenrechte/konflikttraechtig-gruene-energien-und-landrechte>
- Deutsche Welle (2023): Lithium-Abbau in Afrika: Die Schattenseite grüner Energie, URL: <https://www.dw.com/de/lithium-mine-in-afrika-zeigt-schattenseite-gr%C3%BCner-energie-auf/a-67459734>
- Drechsler, Wolfgang (2021): Der Fluch des Segens: Nigeria und das Öl, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/nigeria-2021/337812/der-fluch-des-segens/>
- Kirchner, Thomas (2021): Shell muss Bauern in Nigeria entschädigen, Süddeutsche Zeitung, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/umweltverschmutzung-nigeria-shell-urteil-1.5190052>
- Krampe, Florian (2022): Klimawandel und internationale Sicherheit, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/internationale-sicherheit-2022/513513/klimawandel-und-internationale-sicherheit/>

6. Neue Techniken und Räume

Dominik Juling

Corona 2.0: Was hält die Zukunft für uns bereit?

Noch wissen wir nicht, wie sich die COVID-19-Pandemie langfristig auf sicherheitspolitische Herausforderungen auswirken wird. Eines steht allerdings fest: Die Pandemie hat weltweite Auswirkungen auf so gut wie alle Bereiche des Lebens. Zwar sind biologische Erreger als sicherheitspolitische Bedrohung nicht neu, der enorme Umfang dieser Pandemie hingegen schon. Was sind also die bisher bekannten sicherheitspolitischen Auswirkungen? Warum wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die letzte pandemische Bedrohung sein? Was könnte passieren, wenn neue biotechnologische Entwicklungen missbraucht werden?

Auch im dritten Jahr der COVID-19-Pandemie scheint kein Ende in Sicht. Viele ExpertInnen kommen zu dem Schluss, dass uns Corona in Europa zwar auch in den nächsten Jahren begleiten wird, allerdings eher als saisonale Krankheit mit schwächeren Symptomen.

Die Bundeswehr hat tatkräftig ihren Anteil im Inland, in den europäischen Nachbarländern und sogar in Indien geleistet, als dort größte Not herrschte. Der Einsatz erfolgte als personelle und technische Unterstützung, um die katastrophalen Folgen eines drohenden Zusammenbruchs der örtlichen Gesundheitssysteme aufzufangen. Diese Einsätze waren zwar keine „klassischen“ Auslandseinsätze, gleichwohl gibt es zahlreiche Berührungspunkte zwischen Pandemie und Sicherheitspolitik, die weit über die Nachverfolgung von Kontakten hinausgehen.

Viren als Waffe

Bereits vor mehreren Jahrhunderten wurde der militärische Nutzen von Viren erkannt, als verseuchte Tiere bei Belagerungen über Burgmauern geschleudert oder in wichtige Wasserquellen gelegt wurden. Im Zweiten Weltkrieg tötete die japanische Armee tausende chinesische Zivilisten mit biologischen Waffen. Im Kalten Krieg wurden auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs mit Hochdruck an tödlichen Erregern geforscht. In den USA wurde in den 1950er und 1960er Jahren die rapide Ausbreitung von in diesem Fall harmlosen Bakterien in den eigenen Großstädten an zehntausenden Unwissenden erforscht. Eines der damals zahlreich durchgeführten geheimen Großexperimente hatte den Namen Operation „Sea-Spray“.

Aber auch nicht-staatliche Organisationen begannen gegen Ende des letzten Jahrhunderts Erreger als Waffe einzusetzen. So verseuchte eine radikale Gruppe innerhalb der Gefolgschaft des Gurus Bhagwan mehrere Restaurants einer amerikanischen Kleinstadt in den 1980er Jahren mit Salmonellen. Etwa zehn Jahre später stellte die japanische Sekte Omu Shinrikyo diverse virale Kampfstoffe mit potenziell tödlicher Wirkung her. Allerdings entschied sich die Sekte für die Benutzung des chemischen Kampfstoffes Sarin, mit dem sie bei zwei Anschlägen 20 Menschen ermordeten. Später zeigte auch al-Qaida kurz Interesse an biologischen Wirkstoffen. In den Vereinigten Staaten wurden fünf Menschen durch mit Milzbrand-Sporen gefüllte Briefe getötet, die an Senatoren und Nachrichtensender geschickt wurden. Diese Angriffe fanden über mehrere Wochen direkt nach den Anschlägen des 11. September statt,

wobei die Anschläge mit dem komplex hergestellten Kampfstoff nicht mit den Flugzeugentführungen in Verbindung gebracht werden.

Durch die verheerenden Auswirkungen von COVID-19 standen nach längerer Stille wieder die Gefahr möglicher biologischer Terrorattacken auf der Agenda diverser Institute und Behörden. Zwar sind die COVID-19 auslösenden SARS-CoV-2 Viren als solcher keine biologische Waffe, es gab allerdings sehr wohl Versuche extremistischer Individuen sowie einzelner Gruppen, das Virus gezielt zu verbreiten. Entsprechende Aufrufe in sozialen Medien wurden entdeckt und eine sehr kleine Anzahl an tatsächlichen Versuchen festgestellt. Größer schätzen ExpertInnen allerdings die Gefahr ein, dass sich unterschiedliche extremistische Gruppen durch die desaströsen Auswirkungen der Pandemie und die mittlerweile weltweit siebenstellige Zahl an Todesopfern inspiriert fühlen. Dabei passt ins Bild, dass Terrorismus meist als Mittel der Kommunikation für Angst und Unsicherheit dienen soll und sich dafür ein unsichtbares Virus mit nicht einheitlich beurteilten Fähigkeiten gut eignet.

Die Folgen der Pandemie auf globaler Ebene

Doch gibt es auch globale Implikationen durch die Pandemie, die wir gerade erst systematisch zu begreifen beginnen. Dazu zählen massive Disruptionen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie eine leicht beschleunigte Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich in den westlichen Industrienationen. Ein Fokus auf Innenpolitik entsteht, da Demokratien in Krisenzeiten viel schlechter Ausgaben rechtfertigen können, die nicht unmittelbar den Staatsbürgern zugutekommen. Autokratien versuchen es oft mit Ablenkung auf äußere Themen.

Die Befürchtungen, dass die Pandemie autokratische Regime und extremistische Strömungen stärkt, haben sich teilweise bestätigt. Auch hierzulande zeigt sich mit voller Wucht, welche Dynamiken Verschwörungstheorien und unwissenschaftliche Fake-News in der Praxis abseits des Internets entwickeln können. Es gab einen Versuch, das Reichstagsgebäude zu stürmen, und immer wieder handfeste Angriffe auf die Staatsmacht. Ebenfalls dienten die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und der allgegenwärtige Fokus in Medien und Internet als optimale Möglichkeit, Bürger in den Strudel der wie eine Parallelwelt anmutenden Verschwörungserzählungen zu ziehen. Mittlerweile ist auch bekannt, dass zum Beispiel Russland die Krise nutzt, um gezielt Fehlinformationen und destabilisierende Propaganda via staatliche Medien und verdeckter Informationskanäle zu verteilen. Hierbei wird versucht, eine sich schon länger abzeichnende Polarisierung der Gesellschaft gezielt voranzutreiben. Nicht zu vernachlässigen sind auch die tiefgreifenden sozialen und psychischen Effekte der Pandemie, die zwar quantitativ oft nicht in ihrer Gänze erfasst werden können, allerdings von zahlreichen Forschenden als stark eingestuft werden.

Warum wir uns jetzt auf die Seuche von Morgen vorbereiten müssen

Wir verdanken EpidemiologInnen und WissenschaftlerInnen, dass sich Menschen in Europa nicht mehr den Kopf wegen Tetanus, Polio, Masern, Pocken oder Diphtherie zerbrechen müssen. Trotz aller Fortschritte werden meist die ärmeren Teile der Welt weiterhin von, meist lokalen, Ausbrüchen von zum Beispiel Cholera, Ebola, Zika oder Dengue-Viren heimgesucht. Internationale Ausmaße nahmen und nehmen die SARS-CoV Pandemie 2002-2003, MERS-CoV seit 2012, die öfter auftretenden Grippewellen und natürlich HIV ein. Und diese Reihe von

Pandemien und Epidemien wird auch nach Corona kein Ende nehmen, ganz im Gegenteil. Zum einen bleibt noch offen, welche Mutationen SARS-CoV-2 selbst mit sich bringen wird, zum anderen gibt es begünstigende Faktoren für das vermehrte Auftreten und die verstärkte Verbreitung von Seuchen. Zum einen wäre da der Klimawandel, der die Übertragung von Viren auch in ursprünglich zu kalten Gefilden weiter abseits des Äquators zunehmend ermöglicht, Europa inklusive. Ebenfalls gibt es Warnungen, dass seit vielen tausenden von Jahren in tieferen Erdschichten des tauenden Permafrosts unbekannte Erreger konserviert sein könnten, deren Auswirkungen auf Menschen bislang unerforscht sind. Schwere Naturkatastrophen begünstigen ebenfalls die Verbreitung von Infektionskrankheiten und Epidemien.

Zum anderen bedingt der hohe Fleischkonsum in Industrie- und zunehmend auch Schwellenländern die Massentierhaltung, welche wiederum trotz reichlich Antibiotika anfällig für übertragbare Krankheiten ist. Erst Anfang 2021 gab es wieder Fälle in Russland, bei denen das Vogelgrippe-Virus H5N8 in einer Geflügelfarm auf mehrere Arbeiter übersprang. Aber auch andere Aspekte unserer globalisierten Welt führen potenziell zu mehr Pandemien. So führt die manchmal übermäßige Gabe von Antibiotika an Mensch und Nutztier zu multiresistenten Erregern, die über die Zeit unempfindlich gegenüber Behandlungsmitteln werden.

Viren aus dem Labor in der Garage

Leider ist hier die Liste der pandemischen Gefahren noch nicht zu Ende. In den letzten Jahren konnten große Fortschritte in den Bereichen der synthetischen Biologie, Nanotechnologie und DNA-Manipulation erzielt werden, die ganz neue Möglichkeiten im Bereich von manipulierten oder sogar ganz künstlich erzeugten Viren und Bakterien eröffnen. Einer der bedeutendsten wissenschaftlichen Durchbrüche in diesem Bereich ist die CRISPR/Cas Methode, bei der mit geringem Aufwand und Kosten DNA-Stränge geschnitten und somit verändert werden können. Dies führt unter anderem dazu, dass genetische Manipulation mittlerweile zum Hobby von sogenannten Bio-Hackern geworden ist, die oft mit im Internet verfügbaren Kursen und Equipment experimentieren.

Zum anderen gibt es im Netz frei verfügbare DNA-Datenbanken, die diverse gefährliche Viren enthalten. Allerdings bestehen einige Barrieren, die Laien davon abhalten, mit tödlichen Erregern zu experimentieren. Dazu zählen die hohen Kosten von Spezialausrüstung für den Umgang mit hochpotenten Keimen, die enorme fachliche Expertise für komplexe Manipulationen, bereits existierende Schutz- und Prüfmechanismen für die Weitergabe gefährlicher Stoffe und die zahlreichen Testläufe, die für eine effektive biologische Waffe gebraucht werden würden. Auf der anderen Seite ist unzureichende Schutzausrüstung und amateurhafte Handhabung natürlich auch immer eine große Gefahr für das experimentierende Individuum und seine Mitmenschen. Leider gab es in der Vergangenheit immer wieder TerroristInnen mit exzellenter akademischer Ausbildung und Zugang zu bestmöglich ausgestatteten Laboren und gefährlichen Stoffen. Auch sind diverse Fälle von Schmuggel und Bestellungen im Darknet dokumentiert, was häufig auf sehr unterschiedliche Sicherheitsstandards in verschiedenen Ländern zurückzuführen ist.

DNA-manipulierte und synthetische Erreger

Durch die neuen Methoden sind dem Forschungsdrang potenziell keine Grenzen gesetzt, was sich zum Beispiel bei den neuartigen mRNA-Impfstoffen zeigt. Leider können viele der Neuerungen missbraucht werden. Theoretische Gefahren entstehen zum Beispiel durch Viren, die unbemerkt menschliche DNA verändern können, Viren, die durch interne oder externe Einflüsse aktiviert werden können, oder Viren, die nur bei entsprechenden genetischen Markern einzelner Bevölkerungsgruppen aktiv werden, sowie für bestimmte Anwendungen erschaffene bakterielle Überträger.

Vieles klingt nach dem neusten James Bond Film, in dem einzelne dieser Ideen aufgegriffen werden und nicht nach wissenschaftlicher Realität. Tatsächlich sind mehrere Methoden bereits jetzt im Labor durchführbar oder werden es im nächsten Jahrzehnt sein. So gelang es zum Beispiel ein Virus, dem eigentlich ausgerotteten Pockenvirus sehr ähnlich, künstlich nachzubauen. Das große Problem hierbei ist, dass es sich um sogenannte Dual-Use-Forschung handelt, die zivilen Zwecken dient, allerdings für militärische oder terroristische Zwecke missbraucht werden kann, was eine effektive Regulierung oft erschwert oder unmöglich macht. Besonders chinesische Forschende, aber auch Forschungsgruppen anderer Länder, haben in letzter Zeit des Öfteren Interesse an bedenklichen Forschungszielen gehabt. Ein Beispiel sind die nicht ungefährlichen Experimente mit künstlich verbesserten Coronaviren seit 2015 im Institut für Virologie in Wuhan.

Eine weiterhin unterschätzte Gefahr mit disruptiver Wirkung

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die COVID-19-Pandemie kein unvorhersehbares und isoliertes Ereignis ist und diverse Implikationen mit sich bringt. Dazu gehören unter anderem die global weitreichenden Folgen der Pandemie, militärische Unterstützung zur Bekämpfung der Pandemie über Ländergrenzen hinweg und terroristische Versuche, Viren als Waffe einzusetzen. Es wird deutlich, dass sich die Wahrscheinlichkeit für das häufigere Auftreten von Epidemien und Pandemien in den letzten Jahrzehnten erhöht hat und das in den nächsten Jahren mit manipulierten oder synthetisch hergestellten Erregern gerechnet werden kann, die massiv disruptive Auswirkungen nach sich ziehen können. Letztere Gefahr wird aktuell noch wenig wissenschaftlich, politisch und regulatorisch beleuchtet, da es sich meist um Dual-Use-Forschung für zivile Zwecke handelt.

Literaturtipps:

- Hemicker, Lorenz (2020): Unberechenbare Gefahr, .loyal, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/internationale-sicherheit-2022/513513/klimawandel-und-internationale-sicherheit/>
- Smitham, Eleni/Amanda Glassman (2021): The Next Pandemic Could Come Soon and Be Deadlier, Center for Global Development, URL: <https://www.cgdev.org/blog/the-next-pandemic-could-come-soon-and-be-deadlier>

- Telenti, Amalio u.a. (2021): After the Pandemic: Perspectives on the Future Trajectory of COVID-19, Nature 596, S.495-504, URL: <https://www.nature.com/articles/s41586-021-03792-w>
- Wickiser, J. Kenneth u.a. (2020): Engineered Pathogens and Unnatural Biological Weapons: The Future Threat of Synthetic Biology, CTC Sentinel Volume 13 Issue 8, URL: <https://ctc.westpoint.edu/engineered-pathogens-and-unnatural-biological-weapons-the-future-threat-of-synthetic-biology/>

Sina Behrend

Der Weltraum: Kampf um unendliche Weiten

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat gezeigt, dass der Weltraum bereits jetzt ein relevanter Konfliktraum in der internationalen Machtverteilung ist. Der Einsatz der Starlink-Satelliten von SpaceX zu Beginn des Konflikts hat den militärischen Nutzen solcher Technologien aufgezeigt. Des Weiteren nimmt der militärische Einsatz künstlicher Intelligenz auch im All stetig zu. Wie kann die Aufteilung des Weltraums definiert und Weltraumressourcen gesichert werden?

Nach Indien und China hat auch Russland im August 2023 wieder eine Mondmission gestartet. Die Länder wollen weitere Untersuchungen auf dem Mond durchführen. Warum das interessant ist? Der Mond könnte als Ausgangspunkt für Marsmissionen genutzt werden und sein rechtlicher Status ist kaum geregelt. Soll ein Rahmen für menschliche Aktivitäten im Weltraum gefunden werden, erfordert das beträchtliche internationale Anstrengungen: Ein breites Spektrum öffentlicher und privater Akteure in einem zunehmend wettbewerbsorientierten und konfliktgeprägten Umfeld muss an einen Tisch gebracht werden. Die institutionellen Schwächen internationaler Organisationen verhindern die Lösung vieler Auseinandersetzungen. Kann es beim Weltraum anders sein? EU-Kommissar Thierry Breton betonte kürzlich die Notwendigkeit, als Europäische Union eine selbstbewusste Weltraummacht zu werden. Was ist von der EU-Weltraumstrategie zu erwarten?

Der erste Kampf ums All

Um heutige Konflikte zu verstehen, lohnt sich der Blick in die Vergangenheit. 1955 begann das Space Race zwischen den USA und der Sowjetunion. Beide Seiten arbeiteten an und mit Nazi-deutscher Weltraumforschung und versuchten diese möglichst schnell auf ein neues Level zu bringen. Einerseits war diese Entwicklung ideologisch begründet in dem Wunsch, der jeweils anderen Macht auf diesem Feld nicht die Vorherrschaft zu überlassen. Außerdem war es das Ziel, die eigene Überlegenheit propagandistisch darzustellen. Vor allem aber ist Raketenforschung immer auch militärische Forschung und somit generell für Konfliktparteien relevant.

1957 begann das Zeitalter der Raumfahrt mit Sputnik, der es am 1. Oktober als erster Satellit in die Erdumlaufbahn schaffte. Diesen Erfolg konnte die Sowjetunion für sich verbuchen, was in den USA große Besorgnis hervorrief. Auch der erste Mensch im All wurde von der Sowjetunion entsandt: Es war Juri Gagarin am 12. April 1961. Nach dieser Schmach für die USA wurden dort die Forschungsbemühungen nochmal intensiviert. Im Jahr 1969 gelang dann den USA ein großer Durchbruch, sie entsandten erfolgreich die ersten Menschen auf den Mond. Einige Fachleute sehen bereits hier das Ende des Space Race, spätestens aber mit dem ersten Raumfahrt-Kooperationsprojekt zwischen den USA und der Sowjetunion, der Apollo-Sojus-Mission im Jahr 1975, entspannte sich die Lage auf dem Gebiet der Raumfahrt.

Auf dem Mond waren seit Neil Armstrong und Buzz Aldrin nur zehn weitere Menschen. Im All insgesamt gab es mehr Fluktuation. Dort waren bis Juni 2023 bereits 635 Astronauten. Die Zahl der Satelliten, die mittlerweile die Erde umkreisen, ist dagegen unklar. Schätzungen belaufen sich auf ungefähr 13.600, von denen etwas weniger als die Hälfte noch aktiv sein sollen.

Kriegstechnologie im Weltraum

Die Zahl der kommerziellen Satellitenbetreiber steigt. Waffenkonzerne wie Lockheed Martin betreiben eigene Systeme, genau wie die Technologieunternehmen Blue Ocean und SpaceX. Im Telekommunikationsbereich und bei der Navigation sind Menschen im Alltag von der Technologie mittlerweile stark abhängig. Und nicht nur das handelsübliche Auto-Navi ist ohne Satellitenempfang aufgeschmissen, auch militärische Operationen verlassen sich schon lange auf verschiedenste Satellitendaten. Schätzungsweise 20 bis 25 Prozent aller in der Erdumlaufbahn befindlichen Satelliten sind in rein militärischer Nutzung. Die anderen sind naturgegeben im „Dual Use“, lassen sich also neben ihrer kommerziellen Funktion auch militärisch nutzen. Satellitendaten machen den zielgenauen Einsatz von Drohnen und Marschflugkörpern möglich, außerdem sind sie bei der Truppenkoordination hilfreich und können als Frühwarnsystem bei Raketenstarts wirken.

Aus diesem Grund wird, bereits seit Beginn des Space Race, immer auch an Anti-Satelliten bzw. Counterspace-Waffen geforscht. Hierbei kann zwischen direkt disruptiven und nicht-disruptiven Technologien unterschieden werden. Genauer gibt es im disruptiven Bereich kinetisch physische Waffen, die auf die Zerstörung eines Satelliten durch direkten Abschuss oder Detonation abzielen. Nicht-kinetisch physische Waffen machen Satelliten funktionsuntüchtig, in dem sie zum Beispiel durch Laserstrahlung oder Hochleistungsmikrowellen die Sensoren beschädigen.

Durch nicht-disruptive Waffen dagegen wird ein Satellit nicht physisch beschädigt. Man unterscheidet hier zwischen elektronischen Waffen, die die Übertragung der gesammelten Daten durch falsche Signale stören, und cybergestützten Waffen. Das Ziel cybergestützter Waffen ist in der Regel die Kontrolle über einen Satelliten zu übernehmen. Wie der aktuelle Krieg des Kremls zeigt, hat sich die Kriegsführung aber noch nicht völlig in den Cyberspace verlagert; auch im Bereich der ASAT wird das deutlich. Weiterhin gibt es regelmäßig Tests physischer Waffen durch Nationen wie Indien, China und Russland, die ihre Fähigkeiten zum Abschuss unter Beweis stellen wollen. Die Waffen können mittlerweile in einer Höhe von bis zu 800 Kilometer erfolgreich genutzt werden. Durch die Tests entstehen große Mengen Weltraumschrott.

Der neue Kampf ums All

In den USA gibt es seit 2019 die US Space Force. Sie bildet den sechsten Teil der amerikanischen Armee. Dieses Mal gibt es nicht den einen großen Gegner im Wettstreit ums All. Neben dem Nachfolgestaat der Sowjetunion sind, wie bereits angedeutet, auch Indien, China und kommerzielle Anbieter im Rennen. Durch günstigere Produktionswege und einfacheren Wissenstransfer werden auch kleinere Staaten auf die eine oder andere Art aktiv. So hat Frankreich ein Weltraumüberwachungssystem und Israel will 2026 mit einem Weltraumteleskop an den Start gehen, dass die Beobachtung eines Bereichs des Alls möglich

machen soll, der 100-mal größer ist als der Beobachtungsraum bisheriger Satelliten. Am 23. August 2023 landete die Raumsonde „Chhandrayaan-3“ aus Indien erfolgreich auf dem Mond. Die russische Sonde „Luna 25“, die eigentlich am 21. August 2023 auf dem Mond landen sollte, stürzte bereits zwei Tage zuvor ab.

Für die USA ist wohl China aktuell der intensivste beobachtete Gegenspieler. Mit dem Mars-Rover „Zhurong“ gelang der Volksrepublik eine Landung auf dem Mars, außerdem entsandten sie als erstes Land erfolgreich eine Sonde auf die von der Erde abgewandte Seite des Mondes. Das chinesische Militär benennt als potenzielle Bedrohung nicht den amerikanischen Staat, sondern das amerikanische Unternehmen SpaceX von Elon Musk. Erklärtes Ziel seiner Firma ist es, Kunden auf der ganzen Welt durch ein Netz aus tausenden von Satelliten Breitbandinternet mit höchster Geschwindigkeit zur Verfügung zu stellen. Das Projekt ist unter dem Namen Starlink bekannt und die dafür notwendigen Satelliten sind nur 400 bis 600 Kilometer von der Erde entfernt. In Peking sorgt man sich um den eigenen Platz, denn der ist im Weltall begrenzt. Auf der Erde gibt es Spannungen zwischen Russland, China, Indien und den USA, und genau diese Staaten bleiben auch im Weltraum aktiv. Hat das Wettüben im All schon längst begonnen?

Und was macht Deutschland? Seit Juli 2021 gibt es bei der Bundeswehr ein Weltraumkommando, das bei der Luftwaffe angesiedelt ist. Sicherheitspolitische Alleingänge sind von der Bundesrepublik in diesem Bereich nicht zu erwarten. Es gibt allerdings eine Weltraumstrategie der Europäischen Union. Sie soll den bestehenden Mechanismus zur Reaktion auf Bedrohungen im Weltraum, der derzeit für den Schutz von Galileo, dem europäischen Satellitennetz, eingesetzt wird, auf alle Weltraumsysteme und -dienste der EU ausweiten. Es soll jährlich eine Analyse der Weltraumbedrohungslage erstellt werden, die sich auf Informationen der Mitgliedstaaten stützt. Darüber hinaus wird die EU ihre technologische Souveränität durch eine Verringerung strategischer Abhängigkeiten und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit für die Bereiche Weltraum und Verteidigung in enger Abstimmung mit der Europäischen Verteidigungsagentur und der Europäischen Weltraumorganisation stärken. Darüber hinaus will die EU ihre Zusammenarbeit mit anderen Partnern, einschließlich der NATO und anderen gleichgesinnten Ländern, vertiefen, um ihre strategische Position im Weltraum zu stärken.

Ordnung im Orbit

Kern aller weltraumbezogenen internationalen Abkommen ist der Weltraumvertrag von 1967. Er ist eine Erweiterung der Charta der Vereinten Nationen und legt das Aneignungsverbot des Weltraums fest. Weltraumforschung soll danach immer friedlich und gemeinwohlorientiert sein und der freie Zugang zum Weltraum muss für alle theoretisch gegeben sein. Die technologische Weiterentwicklung der Raumfahrttechnologie und die damit einhergehenden neuen Gefahrenpotentiale führten zur Entstehung von weiteren Ergänzungsverträgen auf UN-Ebene. Das Übereinkommen über Weltraumrettung 1968 und das Übereinkommen über Weltraumhaftung 1972 regeln Verpflichtungen zur Rettung aus dem All und zur Kompensation von Schäden, die durch Raumfahrt entstehen. Das Registrierungsabkommen für Weltraummissionen wurde zwar 1975 von der UN-Generalversammlung angenommen, ist aber in der Realität nicht wirklich effektiv. Vielen Staaten kommen ihrer Informationspflicht

nur sehr verspätet, vielfach lückenhaft oder sogar gar nicht nach. Die rechtliche Situation des Mondes schwebt in der Luft. Es gibt einen Mondvertrag, dieser wurde bisher aber nur von 22 Staaten unterzeichnet und nur in 18 dieser Staaten ratifiziert. Weder Indien noch China oder Russland haben den Mondvertrag ratifiziert, sodass diese Länder sich in ihren Mondmissionen uneingeschränkt sehen.

Über die spezifischen Weltraumverträge hinaus gibt es internationale Abkommen, die Auswirkungen auf die Raumfahrt haben, ohne sich explizit nur auf diese zu beziehen. Der Limited Test Ban Treaty verbietet seit 1963 Atomtests auch im All. Die SALT-Verträge, die 1972 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossen wurden, untersagen unter anderem die Stationierung von Massenvernichtungswaffen im All. Das Missile Technology Control Regime (MTCR) ist ein Zusammenschluss von Staaten, der sich 1987 gegründet hat, um die Weiterverbreitung von Trägersystemen für Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Das MTCR nimmt Einfluss auf die Raumfahrttechnologie, da auch diese den Exportkontrollen des Regimes unterliegt. Das Kontrollregime ist allerdings nicht völkerrechtlich bindend, es handelt sich lediglich um eine Selbstverpflichtung. Die EU initiierte 2008 den internationalen Code of Conduct für den Weltraum, der die Vermeidung von Weltraumschrott ins Zentrum seiner Bemühungen stellt.

Eine neue, alle Player mit einbeziehende Regulierung wird vermutlich noch lange auf sich warten lassen. Der UN-Sicherheitsrat mit seinen Vetomächten spiegelt schon lange nicht mehr die geopolitische Realität wider und führt sich in seiner Selbstblockade zum Ukrainekrieg ad absurdum. Und selbst wenn auf Ebene der Vereinten Nationen eine Einigung erzielt werden kann, wird es gelingen auch Konzerne zu den gleichen Regeln zu verpflichten?

Künstliche Intelligenz im Weltraumkrieg: Chancen und Risiken

Neben den um Vorherrschaft kämpfenden Staaten und Profit-orientierten Unternehmen müssen auch KI-gesteuerte Systeme mittlerweile mitgedacht werden. Sie können die Effizienz von Satellitenüberwachung und Navigation verbessern, indem sie in Echtzeit Daten analysieren und Handlungsanweisungen generieren, für die Menschen deutlich länger bräuchten. Dies kann schnelleres Reagieren auf sich verändernde Bedrohungslagen möglich machen und die Früherkennung feindlicher Aktivitäten im Weltraum stärken. Raumfahrzeuge können – unterstützt allein von KI – komplexe Manöver durchführen, um beispielsweise Trümmerteile zu umgehen oder Reparaturen an Satelliten durchzuführen, ohne dabei auf menschliche Steuerung angewiesen zu sein. So kann die Lebensdauer von Weltraumstationen und -sonden verlängert werden, um die Menge an Weltraumschrott nicht stetig zu vergrößern.

Die Einführung von KI in militärische Raumfahrtanwendungen könnte auch eine neue Art von autonomen und noch präziseren Anti-Satelliten-Waffen hervorbringen. Man darf aber bei Technologien nicht vergessen, dass es immer zu unvorhersagbaren Technikaussetzern kommen kann, was zu unbeabsichtigten militärischen Aktionen oder sogar zu einem versehentlichen Start eines Angriffs führen könnte. Im Extremfall könnten menschliche Entscheidungsträger die Kontrolle über kritische Prozesse verlieren, weil ein Fehler vorliegt oder Systeme gehackt wurden.

Um die Chancen von KI im Weltraumkrieg zu nutzen und gleichzeitig die Risiken zu minimieren, wäre eine Aufnahme von spezifischen Regelungen in einem neuen Weltraumvertrag wichtig. Ob das gelingt, steht (noch) in den Sternen.

Literaturtipps:

- Fuhrmann, Johann C. (2023): China: Die neue Supermacht im Weltraum, Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/china-die-neue-supermacht-im-welt-raum>
- Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (2022): Weltraum zwischen Konflikt und Kooperation, Dossier 95, URL: <https://wissenschaft-und-frieden.de/dossier/weltraum-zwischen-konflikt-und-kooperation-2/>
- Neuneck, Götz (2019): Wettrüsten im All? Stand und Perspektiven der Weltraumbewaffnung, Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/293690/wettruerten-im-all/>
- Rotter, Andrea (2021): Sicherheitspolitische Herausforderungen im Weltraum: Handlungsbedarfe und Empfehlungen für Deutschland, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, URL: https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2021_8.pdf

Nikolai Fomm

Militär und Entrepreneurship

Politik und Militär in Deutschland und Frankreich stehen an der Spitze sicherheitspolitischer, militärischer und wirtschaftlicher Herausforderungen in Europa. Die Ansätze damit umzugehen, unterscheiden sich markant. Während Deutschlands Militär trotz fast zweijähriger Zeitenwende noch um Strukturen und Risikominimierung ringt, hat Frankreich mit seiner Startup-Nation-Strategie und der Einbindung des Militärs als wirtschaftlichen Akteur den Wandel bereits eingeleitet.

Durch Kriege und Krisen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Deutschland verstärkt in seine Verteidigungsfähigkeiten investieren muss. Dies gilt in Qualität und Quantität. Der Bedarf an Innovativen wird dabei größer. Gleichzeitig werden Innovationszyklen in der Forschung und Wirtschaft schneller, doch die Bundeswehr scheint davon nur begrenzt profitieren. In der Vergangenheit war das Militär eine führende Kraft bei technologischen Fortschritten. Bahnbrechende Innovationen wie Satelliten, moderne Flugzeuge und Halbleiter gingen oft aus militärischen Initiativen hervor, bevor sie sich in der zivilen Welt durchsetzten. Doch in der Periode um das Ende des Kalten Krieges kam es zu einem bedeutenden Wandel. Der Schwerpunkt der Innovation verlagerte sich vom Militär auf den zivilen Sektor. Im Wesentlichen begann das Militär, sich auf die Privatwirtschaft zu stützen, mit ihr zusammen zu entwickeln oder direkt ihre Innovationen zu beschaffen.

Innovationen im Verteidigungssektor

In der Geschäftswelt führen Startups und Tech-Unternehmen mit ihrer Agilität und Wendigkeit oft bahnbrechende Technologien ein und lassen größere, etablierte Unternehmen hinter sich zurück. Diese Dynamik lässt sich auch auf den Verteidigungssektor übertragen. Innovation muss dabei nicht immer von außen kommen. Es können auch innerhalb von Organisation neue Ideen entwickelt und umgesetzt werden, von sogenannten Intrapreneuren. Intrapreneure können genauso wie ihre Pendanten aus der Wirtschaft die Innovationsfähigkeit steigern, indem sie interne Projekte und Innovationsvorhaben mit einem großen Maß an Autonomie und Eigenständigkeit umsetzen. Dies gilt auch für den öffentlichen Sektor und die Bundeswehr. Das Fördern der Startup-Wirtschaft und die damit zusammenhängende Art des Arbeitens bekommt dadurch eine Bedeutung für die Verteidigungsfähigkeit des Landes.

Es gibt jedoch Unterschiede zwischen Ländern in der Art und Weise, wie sie ihre Startup-Kulturen betrachten, fördern und nutzen. Schon der Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich zeigt große Unterschiede. Diesen Unterschieden liegen kulturelle, historische und strukturelle Faktoren zugrunde. Die Betrachtung dieser Nuancen kann Aufschluss darüber geben, wie das Potential des Entrepreneurships für die Innovation im Militärbereich weiter genutzt werden kann. Die Idee dahinter ist simpel. Wer, wenn nicht die Soldatinnen und Soldaten, die die militärischen Herausforderungen kennen wie sonst niemand, ausgestattet

mit den richtigen Ressourcen und Methodik, können an den Lösungen für die militärischen Innovationen der Zukunft arbeiten. Als Grundlage dafür muss es aber klare Rahmenbedingungen und auch eine Strategie der Führung geben. Der Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland ist dabei aufschlussreich, was bereits funktioniert, welches Potential besteht und welche Hürden noch überwunden werden müssen.

Zentralisierung in Frankreich, Verantwortungsdiffusion in Deutschland?

Trotz Gemeinsamkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung sowie der Beschaffung wird das Thema Innovation in den Armeen in Frankreich und Deutschland unterschiedlich gehandhabt. Auf der deutschen Seite ist das inzwischen berüchtigte Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) für die Anschaffungen verantwortlich. Daneben unterstützt es die Streitkräfte zusammen mit den wehrtechnischen Dienststellen und der Forschung aus den Bundeswehruniversitäten mit Technologien und Innovationen. Es gibt aber keine zentrale Stelle in der Bundeswehr, die die Förderung von Innovation und deren Steuerung zentral steuert. Auch wenn die Forderung zur Schaffung einer neuen Arbeitsgruppe, einer Abteilung oder Stabes in der bereits kopflastigen Organisation Bundeswehr Skepsis hervorrufen sollte, zeigen sich Probleme, wenn dieses Thema nicht zentral bearbeitet wird. Schwerfälligkeit in der Anpassung von Vorschriften oder überkommene Strukturen sind Hemmschuhe, die agile Innovation verhindern. Angehörige der Bundeswehr mit pfiffigen Ideen, die sie gerne testen und umsetzen würden, müssen damit rechnen, dass die Organisation Bundeswehr so viele Steine in den Weg legen wird, bis diese vermeintlich ungewollte Initiative außerhalb der Strukturen wieder leise gestoppt wird.

Frankreich hat Bedeutung des Themas erkannt und mit der Schaffung der zentralen Innovationseinheit Defence Innovation Agency (DIA) im Jahr 2018 reagiert. Die DIA ist direkt der Beschaffungsbehörde des militärischen französischen Militärs, Direction générale de l'armement (DGA, deutsch: Generaldirektion für Rüstung) nachgeordnet und bearbeitet und verantwortet das Thema für die gesamten französischen Streitkräfte. Neben technischen Innovationsprojekten bekommen dort Soldatinnen und Soldaten praktische Unterstützung für Ideen und Innovationsvorhaben, während gleichzeitig die grundsätzlichen Bedingungen für erfolgreiche Innovation im Militär erarbeitet werden. Die Vision der DIA geht dabei explizit über die traditionelle Forschung und Entwicklung hinaus und bezieht auch die Startup-Kultur ein. Diese Bereitschaft, neue Wege zu gehen, hat zur Einrichtung spezialisierter Einrichtungen wie dem Innovation Defence Lab, einem auf Startups ausgerichteten Programm, um Innovation auf schnellem Wege in die Truppe zu bringen, beigetragen. Hinzu kommen die regional ausgerichteten Innovations-Cluster, die auf die Förderung bestimmter Fachgebiete abzielen. Dazu kommt ein jährliches Dokument des Verteidigungsministers, das die Innovationshaben für die französische Armee benennt und Schwerpunkte setzt.

In Deutschland gibt es Akteure, die Innovationsvorhaben auf kleiner Skala umsetzen und diese in Startup-Manier umsetzen. Um schnelle Innovationen, gerade im digitalen Bereich, zu ermöglichen, wurde der Cyber Innovation Hub (CIH) der Bundeswehr gegründet. Zugehörig zum bundeswehreigenen IT-Dienstleister BWI, hat dieser die Aufgabe, Innovation innerhalb der Bundeswehr zu beschleunigen. Dabei stellt der CIH bei Bedarf eine Verbindung zwischen dem Militär und der Startup-Welt her und sorgt dafür, dass neue Lösungen ihren Weg in die

Armee finden. An der Universität der Bundeswehr München sind die sogenannten „Founders“ angesiedelt, eine Einrichtung, die sich der unternehmerischen Innovation innerhalb der Streitkräfte widmet. All diese Akteure sind jedoch auf die Richtlinien und Vorschriften angewiesen, die von höherer Stelle festgelegt, beziehungsweise nicht festgelegt werden. Dies erschwert das Arbeiten an neuen Ideen unnötig.

Gründerinnen und Gründer in der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat das Potenzial prinzipiell erkannt, das in der Einbeziehung der Soldatinnen und Soldaten in die Entwicklung neuer Innovationen liegt. Traditionelle Vorschlagswege wie das Kontinuierliche Verbesserungsprogramm (KVP) reichen nicht aus, um tiefgreifende technologische Fortschritte zu erzielen. Ein neuer Weg sind Inkubationsprogramme, in denen Bundeswehr-Angehörige mit einem hohen Grad an Autonomie an ihren Ideen arbeiten können. Ein Beispiel sind die regelmäßig vom Cyber Innovation Hub organisierten Challenges, bei denen Bundeswehr-Angehörige gezielt an Ideen und Lösungen zu maßgeblichen Herausforderungen arbeiten und dabei gezielt unkonventionelle Wege gehen können. In einem kurzen Zeitrahmen wird die Idee validiert und idealerweise zu einer ersten produkttauglichen Lösung entwickelt. Ein anderes Programm ist die IntraXperience, die von dem Founders-Team der Universität der Bundeswehr München organisiert wird. Dieses Programm ist für alle Bundeswehrangehörige offen und zielt darauf ab, Ideen in einem kurzen Zeitraum zu testen und in praktikable Lösungen umzusetzen. Durch die Nutzung des Fachwissens und der unterschiedlichen Perspektiven der Bundeswehrangehörigen fördert das Inkubationsprogramm eine Kultur der Innovation und Zusammenarbeit.

Die Organisatoren der IntraXperience versuchen die Kluft zwischen militärischer Organisation und Startup-Methoden zu überbrücken, um einen agileren und effektiveren Ansatz zur Problemlösung im Verteidigungssektor zu fördern. Ein wichtiger Punkt berührt dabei das Thema der Kultur, um die beispielsweise die für Innovation notwendige Fehlerkultur stärker im Bundeswehr-Körper zu verankern. Insgesamt macht die Bundeswehr Fortschritte, wenn man sich erste Erfolge anschaut. Wie zum Beispiel, wenn das aus aktiven Soldaten bestehende Team der ARX-Landsysteme in München einen Millionenbetrag von privaten Investoren einsammelt, um eine Art Mini-Panzer zu bauen. Die Prototypen werden bereits in mehreren europäischen Armeen getestet, einen Verkauf in die Bundeswehr gab es aber bisher nicht.

Der Verkauf an die Bundeswehr ist weiterhin eines der größten Herausforderungen für Militärinnovation durch Entrepreneurship, da auch die beste Idee ohne Kunden nicht überleben kann. Gründerinnen und Gründer, aber auch interne Akteure, die das Thema anschieben wollen, beklagen, dass das gesamte System der Beschaffung auf die traditionellen Rüstungsunternehmen ausgerichtet ist. Startups haben kaum Chancen einen staatlichen Auftrag zu gewinnen. So lange dies so ist, werden Startups und Entrepreneure, egal ob in oder außerhalb der Bundeswehr, weiterhin Schwierigkeiten damit haben, ihre Ideen von einem Prototyp hin zu einer funktionierenden Unternehmung zu entwickeln.

Startup-Nation Frankreich und das Militär

Als Präsident Emmanuel Macron das Projekt der Startup-Nation Frankreich ausrief, war damit der Wille gemeint, durch die Schaffung und Förderung einer starken Startup-Industrie zu

schaffen. Vorbild war dabei Israel, wo zahllose Tech-Unternehmen gleichzeitig Innovation und Wertschöpfung schaffen. Wie es Tradition in Frankreich ist, spielt der Staat bei dieser Strategie eine aktive Rolle und das Militär ist ganz vorne mit dabei. Es sollen zwei Fliegen mit einer Klatsche geschlagen werden. Startups sollten Innovationen für Staat und Gesellschaft schaffen und gleichzeitig Wertschöpfung in das von Deindustrialisierung betroffene Land zurückholen. Für das französische Militär bedeutet das, interne Innovationen zu fördern (und auch als Privatunternehmen auszugründen) und gleichzeitig offen für Marktlösung von Startups und Kleinunternehmen zu sein, um Innovation in die Truppe zu bekommen.

Heute gibt es zahlreiche Programme, in der Soldatinnen und Soldaten an Ideen arbeiten können, ähnlich wie in der deutschen IntraXperience. Anders als in der Bundeswehr, wird dabei aber explizit in Kauf genommen, wenn nicht sogar aktiv gefördert, dass es zu einer Ausgründung kommen kann und das Projekt als privates Startup mit dem Militär als erstem Kunden weitergeführt wird. Sorgen um Compliance sind dabei von zweitrangiger Bedeutung. Das bedeutet, dass das Militär als Akteur in Wirtschaftsförderung gesehen wird. Das System der Ausschreibungen wurde so angepasst, dass Startups leichter Zugang zu staatlichen Aufträgen bekommen können. Für Startup-Gründer gilt die Prämisse, dass ein Euro als Auftrag so viel wert ist wie zehn Euro an staatlicher Förderung, da sich mit Umsätzen leichter Geld von Investoren einsammeln lässt. Der Staat soll direkt bei Startups einkaufen und erhält in dieser Form auch die Möglichkeit, innovative Technologien zu erhalten, die sie in dieser Form nicht von den traditionellen Rüstungsunternehmen erwarten können.

Ausblick

Deutschland bleibt noch verhalten in dem Verhältnis von Bundeswehr und Startup-Kultur. Der Fokus auf korrekte Prozesse und Risikominimierung macht es für Startups schwieriger, als es vielleicht sein müsste. Zwar werden erfolgreiche deutsche Rüstungsstartups als Leuchtturmprojekte heroisiert, kommen in der Breite aber noch selten vor. Es fehlt nicht an Bekenntnissen zu Entrepreneurship, Intrapreneurship und dem Interesse an Startup-Lösungen von Seiten der Bundeswehr und des Verteidigungsministeriums. Doch in den konkreten Handlungen rund um die Zeitenwende gibt es auch in diesem Themenbereich noch viel zu tun. Ein Blick nach Frankreich verspricht zumindest einiges an Ideen und Ansatzpunkten.

Literaturtipps:

- European Defence Agency (2021): Defence Innovation in France, European Defence Matters Issue 22, URL: <https://eda.europa.eu/webzine/issue22/cover-story/all-threads-come-together-defence-innovation-agency>
- Fischer, Sophie-Charlotte (2022): France: A European Pioneer in the Geopolitics of Technology, CSS Analyses in Security Policy No. 302, CSS ETH Zürich, URL: <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse302-EN.pdf>

- Kipper, Juliane (2022): Bundeswehr als Kunde Militär wird für Startups salonfähig, ntv, URL: <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Militaer-wird-fuer-Startups-salonfaehig-article23308997.html>
- Ministère des Armées (2022): Guiding Defence Innovation, URL: <https://www.defense.gouv.fr/sites/default/files/aid/DrOID%202022-%20Anglais-1.pdf>